

Wehr bei Forbach. Ansicht von unterhalb des Flusses.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

54. JAHRGANG. N^o 1-2. BERLIN, DEN 5. JANUAR 1920.

HERAUSGEBER: DR.-ING. h. c. ALBERT HOFMANN. * * * *

Alle Rechte vorbehalten. Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

Der architektonische Aufbau des Murgwerkes in Baden.

Architekt: Bauinspektor H. Wielandt in Karlsruhe.

Hierzu die Bildbeilage dieser Nummer und der Nummern 3, 5 und 7, sowie die Abbildungen Seite 4 und 5.



ir haben auf den Seiten 429 ff. des Jahrganges 1918 der „Deutschen Bauzeitung“ das Murgwerk in Baden seiner wasserbautechnischen und konstruktiven Seiten nach veröffentlicht. Wir lassen im Nachfolgenden ergänzend hierzu eine Darstellung seines architektonischen Aufbaues folgen, über

den wir den Abbildungen dieser Nummern noch Abbildungen auf den Bildbeilagen zu den Nummern 3, 5 und 7 folgen lassen.*)

Den Ausführungen über den architektonischen Aufbau mögen jedoch einige technische Angaben vorangehen:

Die Anlage nützt in ihrem ersten vollendeten Ausbau die Wasser der Murg und eines Nebenflusses mit etwa 146 m Gefäll aus. Es gehören zu dieser Stufe an Einzelbauten in der Hauptsache ein Wehr mit Klärbecken und Stolleneinlauf (oberes Sammelbecken von 320 000 cbm für den Tagesausgleich), ein 5633 m langer, in ein Wasserschloß endigender Druckstollen, eine durch ein Schieber- oder Apparatenhaus unterbrochene Rohrleitung, ein Hochdruckkrafthaus (5 Maschinengruppen mit zusammen etwa 35 000 PS. Höchstleistung), ein in der Nähe des letzteren stehendes Schalthaus, ein Wehr mit Niederdruckanlage (unteres Ausgleichbecken von 225 000 cbm

für die Wasserführung der Murg) und endlich die Freileitung mit Zubehör (110 000 Volt Spannung). Ein zweiter Ausbau mit voraussichtlich zwei Talsperren, etwa 350 m Gefäll und schätzungsweise ebenfalls 35 000 PS. Höchstleistung, ist geplant, ein dritter mit einer weiteren Talsperre in Württemberg möglich.

Bei dem architektonischen Entwurf des Ganzen wie der Einzelbauten lag die Aufgabe vor, sachliche Ausdrucksformen für den technischen und geistigen Inhalt unter Wahrung gewisser Anklänge an eine bodenständige Bauweise und unter Rücksichtnahme auf die das Werk umgebende eigenartige und ernste Natur des Schwarzwaldes zu finden.

Am sinnfälligsten tritt die Einheit von Inhalt und Aufbau am Krafthaus bei Forbach in die Erscheinung (Abbildung S. 4, unten, im Vordergrund). Ohne Anbauten, deren Vermeidung von Anfang an beabsichtigt war, führt es als Hallenbau den maschinentechnischen Grundriß nach außenhin fort. Die Kranpfeiler des Inneren haben sich in Fassadenlisenen umgebildet und vermitteln den gewaltigen Eindruck der hier auf einem kleinen Raum zusammengedrängten Energien (Abbildung S. 4, unten, linke Seite). Die hohen Seitenlichtfenster reichen bis nahe an die Decke und das Gesims und spenden zum Vorteil des reinlichen und automatisch sich abwickelnden Betriebes helles und zerstreutes Licht. Ein großflächiges Dach deckt die aufwärts strebenden Bauglieder und stellt durch seine Form gewisse Beziehungen zu landesüblichen Hausbau-Umrissen und damit zur landschaftlichen Umgebung her. Es trägt ferner, wie die auf das menschliche Begriffsvermögen für Größen zugeschnittenen Gesimse und senkrechten Fenster-Unterteilungen, dazu bei, den Größeneindruck der Anlage,

*) Die hier beigefügten Abbildungen geben mit Ausnahme der Abbildungen oben am Kopf, Seite 4 oben und Seite 5 oben (Hochbau-Werkmeister Müller) Originalaufnahmen des Verfassers wieder.

der bei verhältnismäßiger Abstimmung der Bauglieder untereinander und mit flacher Dachausbildung gegenüber den überragenden Bergen ohne Zweifel beeinträchtigt worden wäre, zu fördern und zu steigern.

Bei großen Schalthäusern mit verwickelter Einrichtung und verschiedenen Spannungen läßt sich die innere Gliederung nicht immer wie bei einem klar angelegten Krafthaus in natürlicher Weise auf das Äußere übertragen. Der Wechsel der Zellen, die verschiedenen Breiten derselben, die ungleichen Raum- und Stockhöhen würden beim Entwerfen von „Innen nach Außen“ unter Umständen einen künstlerisch unvorteilhaften Aufbau hervorbringen. Es muß deshalb in solchen Fällen zunächst einmal nach Möglichkeit von der Gesamterscheinung, d.h. von einem einfachen Baukörper ausgegangen werden. Das ist beim **Hauptschalthaus** des Murgwerkes geschehen (Abbildung S. 4 unten, im Hintergrund und Abbildung S. 4 oben). Der bergseitige Mittelspannungs-, der wasserseitige Hochspannungs- und der dazwischen befindliche Betätigungsteil sind zu einer U-förmig angelegten einheitlichen Baumasse verbunden (s. nebenst. Lageplan). Der Gleichmäßigkeit der Fassadengliederung zuliebe wurden die hohen Fenster der eingebauten Werkstätten, sowie die breit gelagerten Öffnungen der Freileitungs-Ausführungen auch da beibehalten, wo sie sonst nach Lage und Größe der Räume oder der Stockwerke eine gewöhnliche Form und Größe hätten annehmen müssen (Abb. S. 4 oben). Fensterachsen und Zellenachsen fallen nur an der wasserseitigen Fassade zusammen, während sie an der Bergseite unabhängig von einander angeordnet werden mußten. Von den Innenräumen bot nur der im Verbindungsflügel liegende Saal für die Zentralbetätigung Gelegenheit zu besonderer Ausbildung.

Das dem Krafthaus abgeneigte Ende ist zur Erweiterung bestimmt; die hier ausgeführten Giebel und die fensterlosen Wände bedeuten daher nur einen vorübergehenden Zustand. Kraft- und Schalthaus ergänzen sich in ihrer Wirkung und werden darin noch unzertrennlicher sein, wenn sich ihr gegenseitiger Abstand beim etwaigen zweiten Ausbau durch Verlängerung des Maschinensaales verringert haben wird (Lageplan rechts oben).

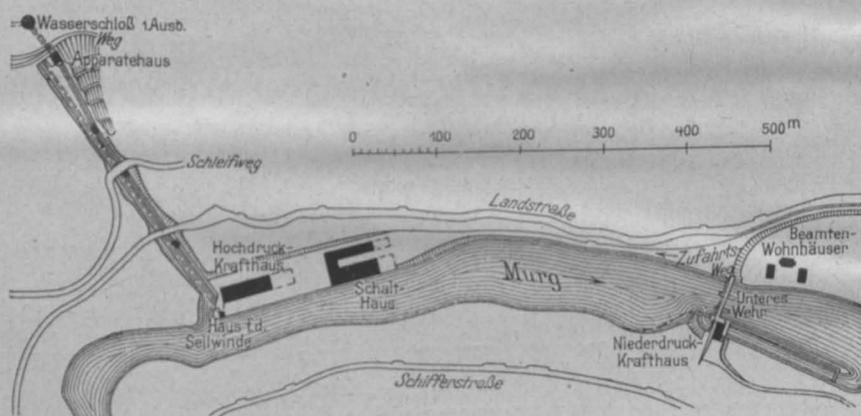
Die Einheitlichkeit der Platzanlage beruht auf verschiedenen Voraussetzungen: Einmal ist das Krafthaus in der Achse der zwischen den beiden Schalthausflügeln und in der unter ihrem Verbindungsteil hindurch führenden Zufahrtsstraße angelegt, wie der Lageplan zeigt. Zum Zweiten setzt sich die das Hauptgebäude tragende Ufermauer, deren Brüstung den gegen den Maschinenhaus-Fußboden tiefer liegenden Rohrhof begrenzt, bis zu dem im rechten Winkel zur Krafthaus-Längsachse angeordneten Windenhäuschen für die Seilbahn (Bildbeilage zu No. 5), ja noch darüber hinaus fort, und endlich läuft die bergseitige Böschung in gerader Linie die andere Langseite des Platzes entlang. Neben seiner verbindenden Eigenschaft besitzt der Rohrhof durch seine Tiefenlage eine weitere, die Wirkung der Krafthaus-Fassade auf hohem Sockel ganz erheblich zu steigern.

Die innere Gliederung der Maschinensäle ist bei Hochdruck-Anlagen nicht unbedingt, aber doch zumeist von der wasserbautechnischen Grundrißbildung abhängig. Eine senkrechte Aufteilung der Räume entsteht in einfacher und selbstverständlicher Weise durch die fast

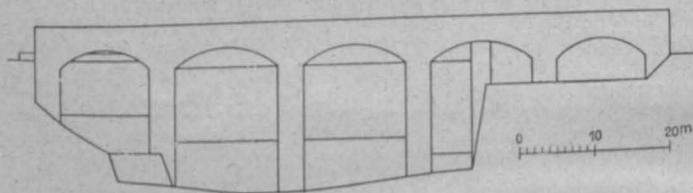
immer in den Maschinenachsen angelegten hohen Fenster und durch die dazwischen befindlichen Mauerteile und Kranpfeiler. Als Gliederung in wagrechtem Sinn wirken dagegen etwaige Galerien für Besucher und die Laufschiene des Kranes sowie die letztere enthaltenden Mauerabsätze.

Beim Krafthaus des Murgwerkes befinden sich die wagrechten Teile in einem gewissen Verhältnis zu einander: die in Galeriehöhe durchgehende Plattenverkleidung (die Nischen sind voll) kann als Sockel, die Mauerfläche darüber mit Fenstern und Kranpfeilern als Hauptteil, und das zwischen Schienen und Decke sichtbare Wandflächenband als Abschluß- oder Gesimsteil angesprochen werden.

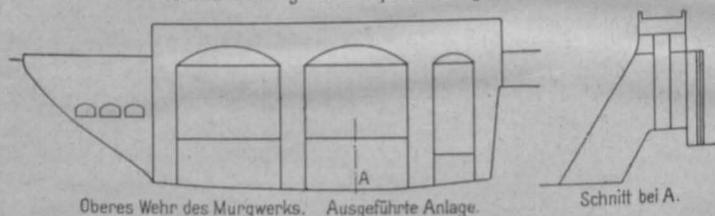
Für den Raum als solchen ist die Lage der Fenster nicht gleichgültig; jedenfalls wird er energischer zusammengefaßt, wenn, wie hier, die Fenster und Kranpfeiler erst über dem Plattensockel beginnen. Auch die



Lageplan des Murgwerkes.

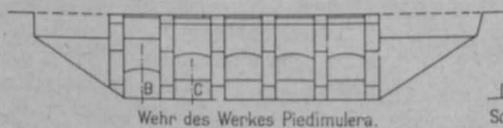


Oberes Wehr des Murgwerkes. Geplante Anlage.



Oberes Wehr des Murgwerkes. Ausgeführte Anlage.

Schnitt bei A.



Wehr des Werkes Piedimulera.

Schnitt bei C.

Schnitt bei B.

Vergleichende Darstellung der Wehranlagen des Murgwerkes.

Lichtwirkung wird nebenbei eine einheitlichere. Beim Murgwerk ist auch der Kran mit Absicht in Anlehnung an das durch die Hallenbinder vorgezeichnete Deckenprofil nach oben ausgebildet.

Die frei sichtbar geführte Rohrleitung, deren starre Linien durch zwei darübergehende Straßenbrücken unterbrochen werden, zeigt ihre technische Form unverhüllt. Ihren Schlußpunkt bildet das in seiner Bedeutung möglichst zurückgedrängte Schieber- oder Apparatehaus.

Etwas oberhalb des letzteren ragt der zylindrische, durch 5 Öffnungen gegliederte, außen granitene Hohlkörper des Wasserschlosses aus dem Berghang hervor und erhält durch die über die Ansätze der flachgewölbten Kuppel hochgeführten Umfassungsmauern einen wagrechten Abschluß für den Blick von den tiefer gelegenen Straßen her.

Die beiden Wehranlagen stehen bezüglich ihrer hochbaulichen Erscheinung in einem gewissen Gegensatz zu einander. Das obere Wehr ist lediglich mo-

numental aufgefaßt; der unüberdeckte Bedienungssteg für die Schützenaufzug-Vorrichtungen hat die Gestalt eines gewaltigen monumentalen Brückenteiles angenommen. Leider konnten Brückenbogen, wie es die Skizze eines früheren Vorentwurfes zeigt (Abbildung S. 2, Mitte), aus verschiedenen Gründen nicht bis zu den Talwänden fortgesetzt werden. Im Fall einer solchen Ausführung wäre die Brückenidee und die Wehridee im Sinn des hier vergleichsweise abgebildeten Wehres bei Piedimulera gänzlich in Eins zusammen gegangen.

Das untere Wehr bei Forbach (Abbildung am Kopf) ist insofern eine nicht einfache Anlage, als sich noch ein kleines Niederdruckwerk unmittelbar anschließt. Die schönheitliche Aufgabe bei dieser Art von Gruppenbildungen liegt immer darin, die verschiedenen Verhältnisse des Wehres — sogar die Wehröffnungen sind wie hier oftmals unter sich ungleich — und des Krafthauses in Einklang mit einander zu bringen. In Verwirklichung dieses Gedankens wurde hier der obere Bedienungssteg bedeutender gehalten (Höherführung der aus den Pfeilern anwachsenden Granitbogenwand), mit einer Bedachung, die überdies die Aufzugs-Vorrichtungen schützt und sie für den Blick von den zum Teil höher liegenden Straßen unsichtbar macht, versehen und die letztere in Beziehung

zu dem hohen Dach des Krafthauses gesetzt. Des Weiteren erfolgte dann die Umwandlung des an die Turbinenhalle anschließenden landseitigen Pfeilers zum Uebergangsbau teil mit Treppenhaus, also zu einem Treppenturm. Die Krafthaus-Rückseite zeigt einen höher liegenden Dachbeginn wie die entsprechende Unterwasserseite; es wird damit das scheinbare Ansteigen des Daches aus dem etwaigen höchsten Stauspiegel vermieden (Bildbeilagen zu No. 1/2, 3 und 7).

Die so entstandene Baugruppe besitzt wiederum eine absolute und zwingende Größenwirkung und ist ohne Zweifel, wie die Abbildungen auch auf den folgenden Bildbeilagen zeigen, eine Bereicherung des an dieser Stelle besonders reizvollen Landschaftsbildes.

Von den in der Nähe des Wehres geplanten kleinen Beamtenwohngebäuden sind zurzeit erst das mittlere Verwaltungsgebäude und ein Doppelwohnhaus errichtet (Lageplan und Abbildung S. 5 oben).

Möge der etwaige Verlust landschaftlicher Schönheiten durch die bewußt einfache Form- und Farbgebung der unter Verwendung bodenständigen Materials (Granit) errichteten neuartigen Bauten wenigstens zu einem kleinen Teil gemildert und wettgemacht werden! —

Zur Neuordnung des Unterrichtes an unseren Baugewerkschulen.

Von C. Kersten in Berlin.

In letzter Zeit ist reichlich viel zur Frage der Umgestaltung des Bauschulwesens gesprochen und geschrieben worden. Man hat um Dinge gestritten, die zum Teil — im Augenblick wenigstens — recht unwesentlicher Natur sind, und hat bei allem Streiten so Manches vergessen, was für eine sofortige Berücksichtigung im Bauschul-Betrieb von der allergrößten Wichtigkeit ist. Wann man wieder in altgewohnter Weise und mit den schönen Mitteln vergangener Zeiten an die Ausführung von Monumentalbauten, Geschäftshäusern, Villen usw. herangehen kann, ist im Augenblick schwer zu sagen; es kann noch lange dauern. Minister Fischbeck wies in der preussischen Landesversammlung vom 8. Nov. 1919 darauf hin, daß wir unsere Industrie, um der Dinge Herr zu werden, auch weiterhin außerordentlich einschränken müßten, daß die Rationierung, wie sie bei den Ziegeleien und Zement-Fabriken schon besteht, weiter ausgedehnt, die Fabriken sogar teilweise ganz still gelegt werden müßten. Wenn wir unsere Volkswirtschaft nicht wieder heben, haben wir, wie sich Minister Oeser am 10. August 1919 in der Berliner Handelskammer äußerte, trotz der furchtbaren Verluste des Krieges noch 20 Millionen Deutsche zu viel im Land. Und Graf Czernin meint in der Schlußbetrachtung zu seinen Erinnerungen, daß der Mangel an Kohlen und Nahrungsmitteln die nächsten Jahre fürchterliche Krisen zeitigen werde.

Nur wirklichkeitsfremde Theoretiker können sich also jetzt noch dem Glauben hingeben, daß unsere völlige Wehrlosmachung in den Herzen unserer Feinde auch nur einen Funken von Wohlwollen oder gerechte Würdigung auslösen würde. Jeder Augenblick mahnt deshalb zu produktiver Tätigkeit. Die Wohnungsnot steigt beständig; man vergesse nicht, daß wir vor dem Krieg in Deutschland jährlich 200 000 Wohnungen erbauten. Es ist unbedingt nötig, auch unsere Schüler und Studierenden über alles das zu unterrichten, und zwar rechtzeitig zu unterrichten, was die neue Zeit gebieterisch fordert.

Zunächst Sorge man für eine sachgemäße Unterweisung in den neuzeitlichen Baustoffen und Bauweisen, in der Schule selbst, wie in abendlichen Fortbildungskursen. Die vorjährige Ausstellung des Reichsverbandes zur Förderung sparsamer Bauweise hat auch für den Unterricht sehr viel nützliche Anregungen gegeben, ebenso das zu Anfang des Jahres erfolgte Ausschreiben des genannten Verbandes. Was alle neuzeitlichen Bestrebungen kennzeichnet, ist ja bekanntlich die durch den Mangel an Ziegelsteinen geschaffene Baustoffkrise und die Notwendigkeit ihrer richtigen Lösung. Die meisten praktischen Vorschläge gehen darauf aus, schon beim Aufbau des Gebäudes Vereinfachungen und Verbilligungen herbei zu führen; insbesondere will man an den Umfangswänden durch neuartige Ausführungen Ersparnisse erzielen.

Emanuel von Seidl †.

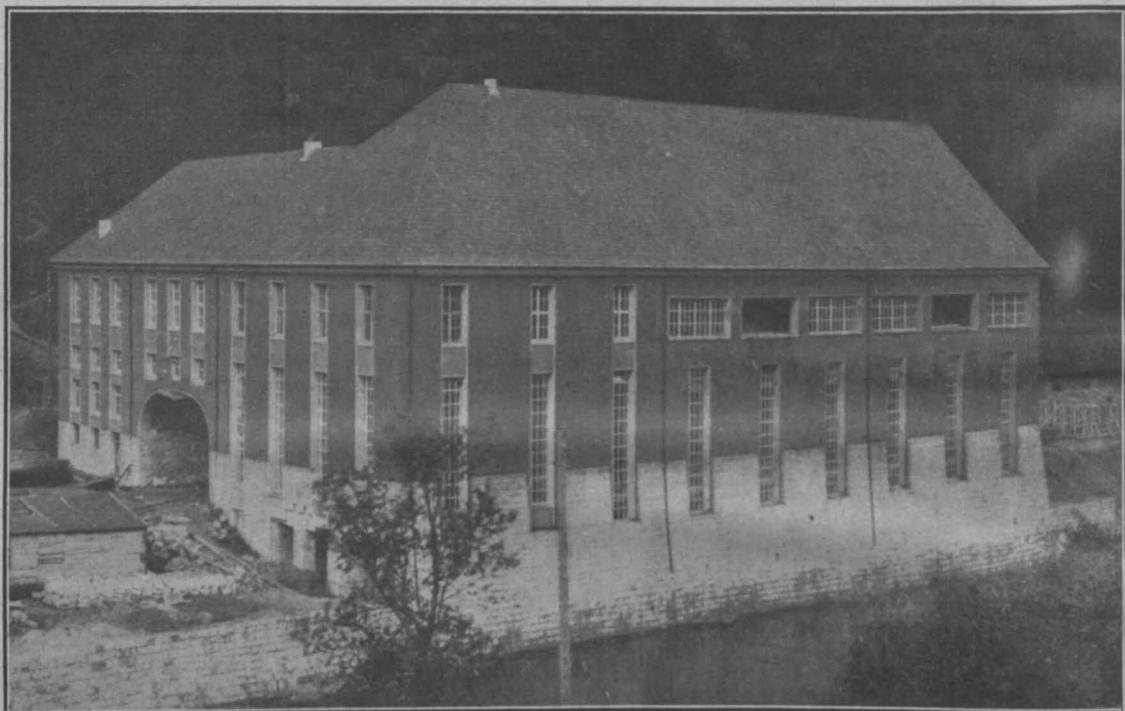
Im Jahr 1835 hielt Peter Cornelius in Rom eine Rede, in der er ausführte: „Als aber König Ludwig den Thron seiner Väter bestieg, da ging's erst los, hei! Wie wurde da gemeißelt, gebaut, gezeichnet und gemalt! Mit welcher Lust, mit welcher Heiterkeit ging da jeder ans Werk! Aber es war eine ernste Heiterkeit. Auch war München damals kein Treibhaus der Kunst.“ Das wurde es erst später, als nach der Abdankung Ludwigs am 20. März 1848 Bestrebungen in der Baukunst einsetzten, die man mit behaglicher Selbstzufriedenheit als Neumünchen bezeichnete und die ihren Ursprung hatten in dem königlichen Symposion vom 21. April 1855, zu dem, wie Paul Heyse in seinen „Jugenderinnerungen und Bekenntnissen“ berichtet, Maximilian II. (1811—1864) alle bedeutenden Architekten des damaligen München geladen hatte, die sich freimütig darüber äußern sollten, ob die Möglichkeit bestehe, den Lieblingsgedanken des Königs, einen neuen Baustil zu schaffen, zu verwirklichen. Im Gegensatz zu König Ludwig wollte Maximilian nicht Bauwerke der verschiedensten Zeiten und Stile nachahmen und sich eigener Erfindung enthalten, sondern er glaubte mit völlig neuen Formen eine neue Bewegung in der Baukunst einleiten zu können. Heyse fügt hinzu: „Daß kein Fürst der Welt eigenmächtig in die Entwicklung dieser so eminent volkstümlichen, aus notwendigen Kulturbedingungen hervorsprossenden Kunst eingreifen könne, war dem Könige nicht aufgegangen. Er hoffte, durch seinen guten Willen und eine reiche Belohnung einem schöpferischen Genius auf

einen neuen Weg verhelfen zu können,“ trotzdem, daß jeder der Befragten die Unmöglichkeit eines aus dem Boden gestampften neuen Baustiles nachwies. Der König war nicht zu überzeugen; die Bauten der Maximilian-Straße und des Maximilianeums waren begonnen und wurden fortgesetzt, denn König Max war Mäzen aus Grundsatz und aus Neigung. Der Erfolg war denn auch der, daß Jacob Burckhardt, als er 1877 nach München kam, von dort in den „Briefen an einen Architekten“ das Maximilianeum ein Kartonmachwerk nannte und von dem „jämmerlichen Gotisch der Maximilian-Straße“ sprach. Das alte München Ludwigs I. fand er freilich auch „sehr abgestanden“, doch nimmt er den Triumphbogen, die Propyläen und die Alte Pinakothek aus. Die Ludwigskirche, in der ihm Cornelius „in gewissen Sachen“ immer noch imponiert, findet er von einer „jammervollen Miserabilität“, sodaß man streiten könne, ob das Äußere oder das Innere schlechter sei. „Wie herrlich dagegen die majestätische Theatinerkirche und St. Michael. Neben diesen beiden ist alle moderne Bauerei hier so matt und schwach, daß einem „relativ übel“ wird.“ Und während diese Neueren so wenig Großes zu schaffen vermöchten, hätten sie die Frauenkirche „streng gotisch purifiziert . . . anstatt dem Himmel zu danken, wenn ein so mäßig ausgestattetes, gotisches Gebäude vom heiteren Barock ist in die Kur genommen worden“. 21 Jahre vorher, also 1856, hatte Burckhardt das Gotteshaus noch mit seinen herrlichen Barockgittern an den Kapellen und mit dem köstlichen Triumphbogen über dem Grab des Kaisers Ludwig, mitten im Schiff und demselben zur schönsten und leichtesten Unterbrechung dienend, gesehen. Dieser 1604 errichtete Benno-

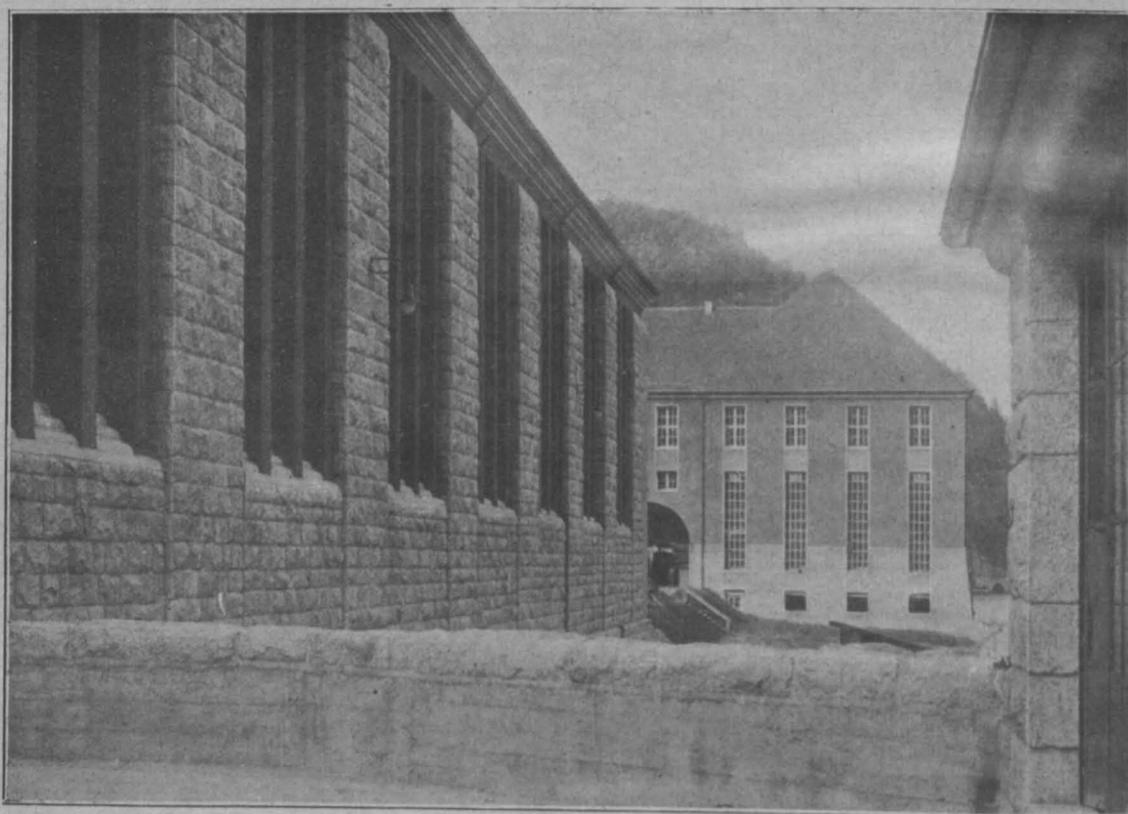
(Fortsetzung Seite 6.)

Die Fragen bezüglich der Anpassung der Ziegelindustrie an die heutige wirtschaftliche Lage sind daher ebenso wichtig, wie die Fragen neuzeitlicher Isolierstoffe, die Fragen der Verwendung leichter Bimsbeton-Bauweisen, die Fragen der Schlackenverwendung und der vielen Betonhohlstein-Verfahren usw. Eingehende Beachtung verdient außerdem die Frage der Verwendung des Betons für den Kleinhaus-

herein den Fortschritt, der die Eigenart des Systemes nicht kennt oder seine Entwicklungs-Möglichkeiten verkennt. Sparsam und gut sind nicht immer gleichbedeutende Begriffe und es wird immer schwieriger, hier die richtigen Grenzen zu ziehen, ganz davon abgesehen, daß heute der Begriff „sparsam“ recht dehnbar und zweifelhafter Natur sein kann. Jedenfalls ist es eine ungemein wichtige Auf-



Hauptschalthaus bei Forbach. Wassereitiger Flügel.



Krafthaus bei Forbach. Blick nach dem Schalthaus von der Windenhause-Terrasse.
Der architektonische Aufbau des Murgwerkes in Baden.

bau unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichsten Zuschlagstoffe. Es ist jedenfalls schon in der Schule nötig, auf alle diese brennenden Fragen aufmerksam zu machen, alles auf Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit hin zu prüfen, was auf dem Baumarkt neu in die Erscheinung tritt. Denn nichts ist einer neuen Bauweise schädlicher, als wenig und schlecht gekannt zu sein; derjenige unterdrückt von vorn-

gabe der Bauschulen, die neuzeitlichen Baustoffe und Bauweisen im Unterricht eingehend zu behandeln und auch für eine entsprechende Bereicherung der Lehrmittelsammlungen Sorge zu tragen.

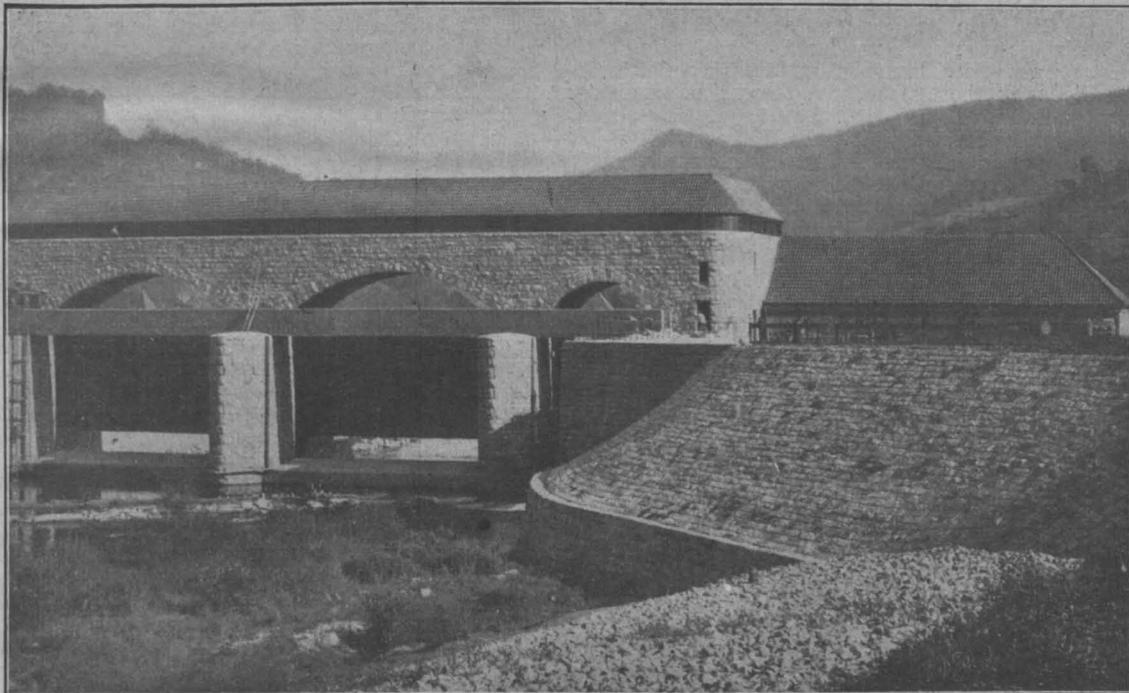
Auch die Frage der Heizung wird im Allgemeinen viel zu nebensächlich behandelt. Da die Baustoff-Industrie weiterhin damit rechnen muß, daß sie nur sehr wenig Kohle bekommt, so muß die Frage geklärt werden, wieweit sich

die bisher stark kohleverbrauchende Industrie in eine kohlesparende umstellen läßt und ferner, wie durch Wahl geeigneter Baustoffe und Bauweisen oder durch Schaffung besserer Heiz- und Feuerungsanlagen auch der Kohlenverbrauch im Hausbrand vermindert werden kann. Schon bei Stubenheizungen ist Vieles verbesserungsbedürftig. Denn es ist eine bekannte Tatsache, daß vielfach eine fehlerhafte Ausführung der Schornsteine die

vermögens darstellen, besser ausgenutzt werden. Professor Brabbée hat festgestellt, daß ein gewöhnlicher eiserner Küchenherd in seiner einfachsten Form eine Nutzwirkung von nur 8% hat, daß also 92% der erzeugten Wärme ungenutzt zum Schornstein hinausgehen. Nimmt man an, daß in Deutschland 20 Millionen Kochanlagen bestehen, die Sommer und Winter täglich benutzt werden, so würde nach Brabbée eine Ersparnis von nur 10% einen jährlichen Min-



Beamten-Wohnhäuser.



Wehr bei Forbach von oben. Becken noch ungefüllt.
Der architektonische Aufbau des Murgwerkes in Baden.

Schuld an unliebsamen Nebenerscheinungen bei Kachelöfen, wie überhaupt bei der Ofenfeuerung trägt. Die neueren Vorschläge zielen darauf ab, einmal in den Kleinwohnungen bessere hygienische Verhältnisse zu schaffen und außerdem eine größere Wirtschaftlichkeit in der Ausnutzung der Brennstoffe zu erreichen, zwei Punkte, welche die Verwendung von Zentralheizungen in hohem Grad wünschenswert erscheinen lassen. Nur durch Zentralisierung können die Brennstoffe, die einen unschätzbaren Teil unseres Volks-

derverbrauch von etwa 20 Millionen Preßkohlen ermöglichen. Bei der Zentralheizung beträgt die Nutzwirkung, am Kessel gemessen, bis 60 und 65%. Jedenfalls ist solchen Heizungsfragen auch im Schulbetrieb erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Fernerhin ist das Unterrichtsfach der Baustofflehre in erheblichem Maß umzugestalten und zu erweitern. Bekanntlich hat der Staatskommissar für das Wohnungswesen durch Runderlaß empfohlen, bei der Aus-

wahl von Ersatzbaustoffen und -bauweisen stets den rechnerischen Nachweis zu bringen und prüfen zu lassen, wie groß der zur Erzeugung des Baustoffes und zur Herstellung des fertigen Mauerwerkes erforderliche Bedarf an Kohle ist. Wie wichtig erscheint z. B. dieser Hinweis für die Freigabe von Kalk und Zement an Baustoffabriken und Baubetriebe! Die Ziegelindustrie muß streben, poröse Lochsteine großen Kalibers zu schaffen, um Kohle sowohl bei der Erzeugung wie beim Transport zu sparen. Auch der Hinweis auf die notwendige Verminderung von Wärmeverlusten ist für den Unterricht von größter Wichtigkeit. Der Wärmeverlust darf bestimmte Höchstwerte nicht überschreiten, die durch behördliche Bestimmungen schnellstens festgelegt werden möchten. Es kann nicht genug davor gewarnt werden, Bauweisen und Baustoffe zu wählen, bloß weil sie in der Anschaffung billig sind. — Der Schüler muß auch einen Ueberblick über die verschiedenen Hohlwand-Bauweisen erhalten; er ist darauf aufmerksam zu machen, daß es gut sei, eine Isolierung durch eingeschaltete Hohlräume zu schaffen, die, mehr oder weniger untergeteilt, in möglichst viele kleine, eingeschlossene Luftzellen aufgelöst sind. Es sind auch Vergleiche der Hauptbaustoffe in wärmewirtschaftlicher Beziehung aufzustellen; ich erinnere nur an die ungemein wichtigen Arbeiten von Knoblauch und Hencky in München.

Von großer Wichtigkeit ist weiterhin die Berücksichtigung der neuzeitlichen Holzbauweisen. Wir wissen, daß der Bau solcher Konstruktionen durch die Not der Kriegsjahre einen starken Aufschwung erhalten hat, begünstigt durch das Fehlen des Eisens auf dem Baumarkt, sowie durch die beispiellose Verteuerung des Zementes und der Rundisen für den Eisenbetonbau. Wir wissen, daß das Bestreben besteht, sich möglichst frei von den alten Zimmermannsregeln zu machen, Knotenpunkte zu finden, die den statischen Verhältnissen mehr entsprechen, als das bisher der Fall war. Das moderne Holzbauwesen hat sich zu einer sehr bedeutenden Industrie entwickelt, die jetzt Hilfskräfte in Menge benötigt. Schon vor dem Krieg sind Lokomotivschuppen in neuzeitlicher Holzbaweise errichtet worden und zwar ohne Verwendung eines besonderen Feuerschutzes für die Holzteile. Die Feuergefährlichkeit des Holzbaues gegenüber dem Eisen wird unbegründeterweise oft viel zu stark unterstrichen. Das sind alles Punkte, die für unsere Schülerschaft eine besondere Wichtigkeit haben. Die nötigen Hilfskräfte werden am besten durch die Bauschulen groß gezogen, deren Schüler ja zu einem Teil gelernte Zimmerer sind. Wichtig ist natürlich auch die Besprechung der Holzhäuser für Siedelungen. Hier bestehen noch mancherlei unbegründete Bedenken bezüglich der Wärmehaltung und der Dauerhaftigkeit des Holzes selbst. Da wir auf Jahre hinaus gezwungen sein werden, wieder mehr Häuser aus Holz zu errichten, so muß auch im Unterricht hierauf entsprechend Rücksicht genommen werden. Der Holzbau darf daher im Unterricht keinesfalls stiefmütterlich oder gar als Notbe-

half behandelt werden. Spricht es doch sogar der Staats-Kommissar für das Wohnungswesen in einem seiner Erlasse aus, daß es „sehr wohl möglich sei, mit Hilfe der modernen Technik solche Holzhäuser so zu konstruieren, daß sie eine Lebensdauer von mehr als 50 Jahren erhalten“ und daß er keine Bedenken habe, Holzhäuser auch als endgültige Bauten — im Gegensatz zu den Behelfs- und Notbauten — anzusehen und hierfür Baukostenzuschüsse zu bewilligen.

Notwendig ist auch die Berücksichtigung der Naturbauweisen, insbesondere des Lehmbaues, der zwar sehr aussichtsreich erscheint, aber doch in vielen Punkten einer eingehenden Erörterung bedarf. Es ist nicht so, daß man den Lehm einfach aus der Baugrube schaufeln und gleich daneben zu Hausmauern aufschichten kann. Man muß schon gewisse Erfahrungen besitzen, um beurteilen zu können, ob der vorgefundene Rohstoff sich überhaupt für den Lehmbau eignet und in welchem Umfang die Beimengung von Sand, Steinen und Wasser zu erfolgen hat. Die Ergebnisse bisheriger Lehrkurse sollten zusammengestellt und dem Unterrichtszweck dienstbar gemacht werden. Auch in diesen Beziehungen ist eine Erweiterung des Unterrichtes von Wichtigkeit. Anzustreben wäre die Mitwirkung der Schüler an einer besonderen Lehrsiedelung; mit praktischen Unterweisungen an Ort und Stelle wird schließlich das Meiste erreicht.

Und schließlich sei noch der Maßnahmen gedacht, die den Arbeitsverlauf im Büro wie auf der Baustelle günstiger gestalten sollen, indem sie dem Bedürfnis einer größtmöglichen Arbeiterleichterung und Bequemlichkeit, d. h. der geringsten Ermüdung Rechnung tragen. Es soll keine Lohn-drückerei erstrebt, sondern danach getrachtet werden, mit weniger Arbeit ein Mehr an Leistung zu erzielen. Fragen, die die Möglichkeit einer zweckmäßigeren Gestaltung der Arbeitsgeräte, einer besseren Auswertung der Fördermittel und eine wirtschaftlichere Ausnutzung der Arbeitskräfte im Baugewerbe betreffen, sind auch für den Bauschul-Unterricht von allergrößter Wichtigkeit, zumal die Schüler für solche Fragen infolge ihrer praktischen Kenntnisse und Erfahrungen in bester Weise vorgebildet sind. Schon heute sind die Gewerkschaften Anhänger des Taylor-systemes, eines Bausystemes, mit dem in Amerika bis zu 70 % Ersparnisse an Arbeitslöhnen erzielt worden sind. Es müssen die günstigsten Bewegungsformen zum Zweck der Kräfte-Ersparnis ermittelt werden. Die Schule verschaffe sich ein Modell eines Gilbreth-Gerüsts und lasse die Schüler daran weiter arbeiten und neue Gedanken finden zum Segen der Allgemeinheit. Die Betriebsführung muß eine wirtschaftlich bessere sein. Es soll normalisiert und typisiert werden; doch darf das Normalisieren nicht zur Erstarrung und Hemmung des Fortschrittes führen. Und schließlich würde es den Schülern auch nichts schaden, schon auf der Schule eine Unterweisung in der Frage der Entlohnung nach neueren Lohnsystemen zu erhalten.

Bogen fiel der „Wiederherstellung“ vom Jahr 1861 zum Opfer, das Grabmal Ludwigs des Bayern wurde bei dieser Gelegenheit unter die Orgelempore versetzt, wo es selbst an hellen Tagen in dauerndem Dämmerlicht steht.

Das etwa waren die Kunstzustände Münchens in der Entwicklungszeit der beiden Seidl, des am 9. Dez. 1848 geborenen Gabriel Seidl und des ihm am 22. Aug. 1856 gefolgten Emanuel Seidl. Ihr Vater, der Bäckermeister Anton Seidl, ausgezeichnet in der Kunst, ein stark begehrtes, schmackhaftes Brot zu backen, verstand es, durch vielseitigen Verkehr mit der Münchener Künstlerschaft seine Häuslichkeit mit künstlerischem Geist zu durchtränken und für sich aus der Bewegung für die Kunst um „der Väter Werke“ sein Teil für die Förderung dieser Bewegung zu bewahren. Es ist ein eigenartiges Zusammentreffen: Bäckermeister und Kunstförderer. Es wiederholt sich in seinem Sohn Anton, dem Hofbäckermeister, der sich gleichfalls die im Vaterhause herrschenden Ueberlieferungen zu eigen machte. Der Vater Seidl konnte sich dieses merkwürdige Mäcenatentum leisten, er war wohlhabend und einer der besten Repräsentanten des damaligen vielfach als Kulturträger geltenden Münchener Bürgertumes. Die Familie war schon wohlhabend nach München gekommen. Der Großvater Emanuels, aus einer oberbayerischen Bauernfamilie stammend, war aus Groß-Dingharting bei Wolfratshausen in München eingewandert, um hier die Bäckerei zu begründen, deren einzelne Geschäfte heute über alle Hauptpunkte der Stadt verteilt sind. Es war also eine glückliche Umwelt, in der Emanuel aufwuchs. Nach dem Besuch des Realgymnasiums und des damaligen Polytechnikums in München trat er in das Baubüro der Generaldirektion der bayerischen Verkehrs-Anstalten ein, widmete sich aber dann mit der zunehmenden Lebhaftigkeit der kunstgewerblichen Bewegung der Kunst des Innenraumes. Diese Bewe-

gung war von so viel Zuversicht getragen, daß der Ehrenpräsident der Deutsch-Nationalen Kunstgewerbe-Ausstellung in München 1888, Staatsminister von Feilitzsch, bei den Eröffnungsfeierlichkeiten dieser Ausstellung ausführen konnte, in den Annalen des deutschen Kunstgewerbes leuchte mit goldenen Lettern und hellem Glanz das für das kunstgewerbliche Schaffen so epochemachend gewordene Jahr 1876. Das Bild deutschen Wesens und Könnens, das durch kunstbegeisterte Männer damals in ungeahnter Fülle und Schönheit geboten wurde, stehe noch lebendig und farbenfrisch vor dem geistigen Auge. „War es doch Aufgabe jenes glorreichen Unternehmens gewesen, nach wiedergewonnener Einheit und nationaler Machtstellung auch dem deutschen Kunstgewerbe die so lange vermißte Freiheit und Selbständigkeit wieder zu erringen, ihm die Wege zu gesunder Entwicklung und Entfaltung zu bahnen, vor Allem aber im deutschen Volk selbst Verständnis und Liebe zu seinem Kunstgewerbe, das ehemals sein Stolz und sein Triumph gewesen, von Neuem zu erwecken. Mit welchem Erfolge dies damals unter dem würdigen Geleite der Werke unserer Väter gelang, gibt uns die alsbald über ganz Deutschland und weit über seine Grenzen hinaus sich erstreckende gewaltige reformatorische Bewegung in der Pflege nationalen Schaffens kund, beweist uns die Gründung zahlreicher dem Kunstgewerbe gewidmeter Schulen, Museen und Vereine, zeigt uns das kunstbegeisterte Streben und Zusammenwirken von Künstlern und Handwerkern, beweist uns die hohe Wertschätzung des deutschen Kunstgewerbes sowohl auf dem heimischen Boden wie auf dem Weltmarkt.“ Emanuel verstand also die Zeichen seiner Zeit, als er sich entschloß, sich dem Kunsthandwerk zu widmen. Bei aller künstlerischen Veranlagung waren sein Wirklichkeitssinn und eine geschäftliche Ader stets stark entwickelt bei ihm. Gleichwohl entsprach

Ich bin weit davon entfernt, zu behaupten, daß ich mit Vorstehendem alle Fragen des neuzeitlichen Bauens, soweit solche für den Unterrichtsbetrieb in Frage kommen können, erschöpfend behandelt habe. Es war lediglich meine Absicht, auf das Allernotwendigste hinzuweisen. Man kann nun nicht gut von jedem Lehrer verlangen, in allen diesen, zum Teil noch in der Entwicklung befindlichen Dingen auf Grund eigener Erfahrungen ein durchaus maßgebliches Urteil zu fällen. Auf der anderen Seite ist man auch kaum in der Lage, den Unterrichtsbetrieb in so bedeutendem Maß zu erweitern. In vielen Fällen handelt es sich mehr um eine Umgruppierung. So erscheinen mir zum Beispiel die oben angeschnittenen, die Baustofflehre betreffenden Fragen im Augenblick ungleich wichtiger, als die alten Fragen der Gesteinskunde, der Eisenherstellung, der Portlandzement-Erzeugung usw. Man kürze jetzt solche Besprechungen auf ein Mindestmaß ab und schaffe auf diese Weise Platz für das Neue. Man verzichte in der Baukonstruktionslehre auf mehr oder weniger veraltete Formen und berücksichtige mehr den wirtschaftlichen Baubetrieb, die Verbesserung der Arbeitsgerüste, die Verwendung von Hohlwänden, den Bau zweckmäßigerer Feuerungs- und Heizungsanlagen usw. Nötigenfalls müßten noch andere Fächer, wie Staatsbürgerkunde, Physik, Projektionslehre einige Stunden im Semester abgeben, insbesondere für Vorträge durch Herren aus der schaffenden Praxis. Im Uebrigen werden die hauptsächlich in Frage kommenden Firmen wohl gerne bereit sein, den Schülern und der Lehrerschaft über ihre Bauweisen an Hand von Stoffproben, Zeichnungen, Modellen, Prüfungszeugnissen und Druckschriften durch geeignete Kräfte Vortrag zu halten. Man gebe Lehrern wie Schülern Gelegenheit zum öffentlichen Meinungs-Austausch. Man bedenke immer wieder, daß sich sehr viele Schüler über derartige Dinge auf Grund ihrer mehrjährigen Praxis oft ein viel besseres Urteil bilden können, als es der lediglich akademisch Vorgebildete zu tun vermag. Nichts dient so zur Klärung der Dinge, als eine gut geleitete Aussprache; der technische Vertreter des Geschäftshauses wird auf alle Einwände zu antworten wissen und es bleibt dann immer noch Sache einer späteren Unterrichtsstunde, das Gehörte noch einmal kritisch zu beleuchten. Ich denke mir solche Vorträge allerdings nur für die beiden oberen Klassen der Hoch- und Tiefbauteilung. Sollten einige Baustoffproben, Zeichnungen und Druckschriften in der Schule zurückbleiben, so wäre das eine wertvolle Bereicherung der Unterrichtssammlung. Man sorge außerdem noch für eine den neuzeitlichen Verhältnissen Rechnung tragende Lichtbildersammlung; so hat z. B. Seemann-Leipzig eine sehr brauchbare Lehrsammlung für neuzeitliche Holzbauweisen herausgebracht.

Neben der Umgruppierung in den verschiedenen Unterrichtsfächern möchte ich allerdings noch die Einführung eines wöchentlich etwa zweistündigen neuen Unterrichtsfaches „Neuzeitliche Bauweisen“ empfehlen.

diese bescheidenere Art seiner Tätigkeit, dessen Charakter schon seit seiner ersten Entwicklung ganz auf das Repräsentative gestellt war, auf die Dauer seinen Neigungen nicht. Die Münchener Kunstgewerbe-Ausstellung des Jahres 1888 brachte die Wendung in seiner Tätigkeit. Mit Unterstützung seiner Brüder Gabriel und des Hofbäcker-Meisters Anton, die im Komitee der Ausstellung saßen, gelang es ihm, gegen Friedrich Thiersch, der einen Entwurf für Ausstellungsbauten im Anschluß an den Glaspalast aufgestellt, und gegen Franz Brochier, der eine selbständige Anlage für die Theresienwiese entworfen hatte, mit einem Plan zu siegen, der die Bebauung eines Ufergeländes an der Isar zum Gegenstand hatte, des Geländes zwischen der Zweibrücken- und der Thiersch-Straße, das nicht nur landschaftliche Vorzüge hatte, sondern auch durch eine ausgezeichnete Verkehrslage hervor ragte. Anton Seidl hatte auf dieses Gelände aufmerksam gemacht und die Zustimmung der Ausstellungsleitung dafür gewonnen. Die Entwürfe Emanuels hielten sich in einem mit deutschen Elementen versetzten italienischen Barock, bei dem das breit Gelagerte, die Wagrechte vorherrschten. Sie waren dem Zweck angemessen, repräsentativ, jedoch mehr von kühler als warmer Repräsentation. Immerhin konnten sie als sein künstlerisches Glaubensbekenntnis gelten, das er in etwas anderer Art, aber in gleichem künstlerischen Geist wiederholte, als er einen Plan für die dauernde Bebauung des Ausstellungsgeländes nach Schluß der Veranstaltung aufstellte. Der Künstler sah hier eine zwar im Stil einheitliche, jedoch im Gegenstand mannigfaltige Bebauung vor, denn er verkoppelte eine große Miethausgruppe an der Zweibrücken-Straße mit einer Familienhausgruppe und einer Gruppe mit großem Saalbau und hochragender Kuppel an der Thiersch-Straße, bei den Zwischenstraßen durch große Triumphbogen-Motive verbunden. Auch hier wieder eine

Ebenso möchte ich angelegentlichst dazu raten, die Schüler zur Mitarbeit bei den Vorschlägen zur Verbilligung des Kleinwohnungsbaues und zur Verbesserung der Arbeitsgerüste und Arbeitsverfahren heran zu ziehen und für besonders gute Lösungen Preise auszusetzen (Bücherprämien und dergleichen.)

Man trete auch möglichst bald dem Gedanken näher, Fortbildungskurse für die Bauschullehrer einzurichten, und suche für diesen Zweck maßgebliche Körperschaften zu gewinnen, wie den „Reichsverband zur Förderung sparsamer Bauweise“, die „Forschungsgesellschaft für wirtschaftlichen Baubetrieb“, den „Deutschen Zementbund“, den „Deutschen Holzbauverein“ usw. Hingewiesen sei auf die vom „Verein deutscher Ingenieure“ in Berlin veranstalteten „Bautechnischen Vorträge und Uebungen“, die mit Unterstützung eben genannter Verbände in umfassender Weise alles das der Fachwelt vermitteln, was zur Kenntnis der neuen Verhältnisse nötig ist¹⁾. Derartige Vortragsreihen sollten eine ständige Einrichtung bleiben und auch von behördlicher Seite ausreichend unterstützt werden. Ihr Besuch sollte den Bauschullehrern empfohlen, den auswärtigen Wohnenden eine entsprechende Reisebeihilfe gewährt werden.

Nur auf solche Weise wird es möglich sein, auch unsere Baugewerkschulen an der Wiedererstarkung der Bauindustrie in positivem Sinn teilnehmen zu lassen. Stillstand ist Rückgang, heute mehr denn je. Man verliere keine Zeit, halte sich nicht bei langatmigen Vorbesprechungen auf und biete den Schülern das, was sie jetzt in der Praxis notwendig gebrauchen, sobald als nur möglich. Die Zahl der stellungslos bleibenden Baugewerkschüler ist schon jetzt eine außerordentlich hohe; eine Besserung in dieser Hinsicht dürfte in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sein.

Abschließend will ich versuchen, für die Zwecke einer sofortigen Inangriffnahme der Arbeit meine Vorschläge und Forderungen in übersichtlicher Form zusammen zu stellen:

I. Forderungen rein organisatorischer Art.

a) Wahl eines besonderen Leiters für den neuzeitlichen Unterricht, der gute Fühlung mit den maßgebenden Körperschaften und Baufirmen hat, die neuzeitlichen Bauverhältnisse auch wirklich kennt und auf Grund solcher Kenntnisse in der Lage ist, die neue Unterrichtstätigkeit einzurichten, zu überwachen und zu leiten. (In vielen Fällen wird hier der Direktor selbst in Betracht kommen.)

¹⁾ Hingewiesen sei u. a. auf die Vorträge von Dr.-Ing. Hencky-München über Vergleiche der Hauptbaustoffe in wärme-wirtschaftlicher Hinsicht, und von Dipl.-Ing. Krakau-Berlin über wirtschaftliche Vergleiche aller Sparbauweisen (siehe auch die Sitzungsberichte des Reichsverbandes zur Förderung sparsamer Bauweise, Heft 4, S. 111 und Heft 5, S. 152).

durchaus auf das Repräsentative gestellte Anlage, das der bleibende Zug seines künstlerischen Charakters ist. Das Barock lag damals in der Luft, Cornelius Gurlitt hatte es durch sein dreibändiges Werk über die Geschichte des Barockstiles auf den Marsch gebracht; es wurde mit dem ihm folgenden Rokoko der Ausdruck der Zeit. Ferdinand Luthmer beantwortete damals mit „Ja“ die Frage, „ob unsere Zeit dem Stil der Spätzeit gewachsen ist, . . . ob der Quell dieser Bildungen aufs Neue angeschlagen ist und aus dem Innersten unseres Kunstlebens hervorbricht“.

Als erfolgreicher Gestalter der Ausstellung von 1888 war Emanuel in das Ausstellungswesen gekommen, das die Kunsttätigkeit des neuen Reiches beherrschte. Die Anlage und Gestaltung der 7. Internationalen Kunstausstellung in München 1901, die Gestaltung der Deutschen Kunstausstellung und des Hauptraumes der deutschen Kunstgewerbe-Ausstellung auf der Pariser Weltausstellung des Jahres 1908, die Gestaltung der Bauten für das 15. Deutsche Bundes-schießen in München 1906, die Hauptrestauration des Ausstellungsparkes auf der Theresienhöhe vor München, die deutsche Abteilung der Weltausstellung von Brüssel des Jahres 1910 waren seine Werke. Die damit verbundene Geschäftstätigkeit und das Aushängen einer flüchtigen Kunst waren sein Element. Deshalb übernahm er auch gern die Veranstaltung von großen öffentlichen Festen, wie des Künstlerfestes in Schleißheim, der Jahrhundertfeier in Kelheim 1913. Dieser repräsentative Geist war ihm so in Fleisch und Blut übergegangen, daß er ihn auch auf sein Privatleben übertrug; die Feste in seinem Stadthaus am Bavaria-Ring in München und in seinem Landhaus in Murnau am Staffelsee sind Zeugnisse für diese eigenartige Veranstaltung, der er selbst unter den Zuckungen der Münchener Revolution folgte. —

(Schluß folgt.)

Dr. Albert Hofmann.

b) Gewinnung von Vortragskräften aus den Reihen der maßgeblichen Körperschaften und Sonderfirmen und Beantragung entsprechender Mittel für Vortragshonorare.

c) Erweiterung der Lehrmittelsammlung in bereits angegebenerm Sinn, bei Mitarbeit der Schüler an der Herstellung von Anschauungskarten, Uebersichtsblättern, Tabellen, Vervielfältigungen, kleinen Modellen usw.

d) Beschaffung einschlägiger Literatur (Siebold, Guttman, Muthesius, Behrens, Jobst usw.) und Zeitschriften (Sitzungsberichte des Reichsverbandes, Volkswohnung u. a.) für Lehrer und Schüler.

e) Stellung von Preisaufgaben für die Schüler, z. B. bezüglich der Verbesserung der Arbeitsgerüste, der Ausgestaltung von Holzfachwerkwänden mit Lehmausfüllung. Aussetzung von Preisen oder besonderen Belobungen, die auch auf den Zeugnissen vermerkt werden könnten.

II. Forderungen unterrichtstechnischer Art.

a) Erweiterung der Baustofflehre: Die Kohlensparnis im Baustoffwesen; Hohlsteine, Schwemmsteine, Sparblockziegel; Schlackenbeton, Eisenportlandzement, Traß, Bimssand; Teerpappe, Torfoleum und andere

Wettbewerbe.

Einen Ideen-Wettbewerb zur Erlangung eines Bebauungsplanes für eine Siedelung der Gemeinde Nieder-Hermsdorf im Kreis Waldenburg in Schlesien erläßt der Gemeindevorsteher zum 20. Febr. 1920 für schlesische oder in Schlesien geborene Architekten. Es handelt sich um die Bebauung eines Siedelungsgeländes von etwa 18 ha. Für Preise stehen 18 000 M. zur Verfügung. Unterlagen gegen 20 M., die zurück erstattet werden, durch das Gemeinde-Bauamt in Nieder-Hermsdorf. —

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für eine Denkmünze zur Erinnerung an die staatlichen Umwälzungen im November 1918 erläßt der „Frankfurter Kunstverein“ für alle deutschen Künstler. Für 11 Preise wird ein Betrag von 20 000 M. ausgesetzt. Bedingungen durch den „Frankfurter Kunstverein“ in Frankfurt a. M., Junghofstraße 8. —

Wettbewerb für die Schiffbarmachung der Oberrhein-Strecke Konstanz-Basel. Vom „Rheinschiffahrts-Verband Konstanz“ erhielten wir die folgende Mitteilung: „Der Endtermin für den Oberrhein-Wettbewerb wurde durch ein Uebereinkommen der Schweizer und Badischen Regierungen nunmehr endgültig auf den 1. Mai 1920 festgelegt.“ —

Wettbewerb Gesellschaftshaus „Wiese“ Gelsenkirchen. Auf Antrag der Ortsgruppen Köln und Düsseldorf des „Bundes Deutscher Architekten“ ist die Frist zur Einlieferung der Entwürfe bis zum 20. Febr. 1920 erstreckt worden. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die künstlerische Ausschmückung der alten St. Dominikus-Kirche in Kaufbeuren unter Ausgestaltung des Gotteshauses zu einer Kriegs-Gedächtniskirche wird das bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, das zu den Arbeiten einen Beitrag von 20 000 M. gewährt, für bayerische Künstler eröffnen. Zur Preisverteilung werden 3000 Mark in Aussicht genommen. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen und Musterstücken zu Stand-, Hänge- und Wandbeleuchtungskörpern schreiben der „Badische Kunstgewerbe-Verein“ und die „Badische Landeswirtschaftsstelle“ in Karlsruhe mit Frist zum 1. Febr. 1920 für badische, auch außerhalb Badens wohnende badische Bewerber aus. Die Beleuchtungskörper sind aus zeitgemäßen Werkstoffen wie Holz, gebrannter Ton usw. gedacht. Für Preise sind 5000 M. ausgesetzt. Außerdem sind Ankäufe in Aussicht genommen. Den Bewerbern wird Gewinnbeteiligung bei der wirtschaftlichen Verwertung der durch Preise und Ankauf ausgezeichneten Entwürfe und Musterstücke gewährleistet. Unterlagen durch den „Badischen Kunstgewerbe-Verein“ in Karlsruhe, Westend-Str. 81. —

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Skizzen für den Neubau eines Verwaltungs-Gebäudes für die Allgemeine Ortskrankenkasse Lützen in Leuna wird mit Frist zum 28. Jan. 1920 für Bewerber, die in der Provinz Sachsen, in Thüringen und Anhalt geboren oder als selbständige freie Architekten ansässig sind, erlassen. 3 Preise von 1400, 900 und 600 M., zwei Ankäufe für zus. 600 M. Im Preisgericht neben fachlichen Vorstandsmitgliedern der Ortskrankenkasse die Hrn. Baurat Karl Barth in Rössen-Merseburg, Baurat Jöhl in Merseburg, Landesbaurat Ruprecht daselbst und Prof. Paul Schultze-Naumburg in Saaleck. Unterlagen gegen 5 M., die zurück erstattet

Isoliermittel. Das Mörtelspritz-Verfahren. Neuere ölsparrende Anstrich-Verfahren usw. (Alles Unterrichtsstoffe, die wohl schon Gegenstand der Baustofflehre gewesen sind, aber doch nicht in der Art und dem Umfang, wie es die jetzigen Verhältnisse erforderlich machen.)

b) Erweiterung der Baukonstruktionslehre: Neuere, in der Praxis bewährte Bauverfahren einschließl. der neuzeitlichen freitragenden Holzkonstruktionen*, Leimbauten, Holzfachwerke (auch mit Lehmausfüllung), neue Gerüste nach dem Gilbreth'schen Vorbild, Besprechungen der bisher vom Normenausschuß der Deutschen Industrie herausgegebenen Normenblätter für das Bauwesen.

c) Einführung eines neuen Unterrichtsfaches „neuzeitliche Bauweisen“: wirtschaftlicher Baubetrieb, Normalisierung und Typisierung, Wärmewirtschaftliche und heiztechnische Fragen (Besprechung der Arbeiten von Knoblauch und Hencky, München), Warmhaltung des Kleinhauses, Anlage feuersparender Herde und Oefen. Bauten in Gußbeton. Die leichten Dachdeckungen. Fragen des Selbstbauens der Siedelungshäuser. Besprechungen der Veröffentlichungen in den unter I, d genannten Zeitschriften und der behördlichen Erlasse, Baustoffpreise und Arbeitslöhne. Wirtschaftsfragen allgemeiner Art.

*) Vergl. u. a. „Ersatzbauweisen“ (W. Ernst & Sohn, Berlin).

werden, durch die Kasse der „Allgemeinen Ortskrankenkasse“ in Lützen.

Für das Gebäude steht ein nahezu regelmäßiges rechteckiges Gelände an der Bahn in Leuna und an der Spergauer-Straße zur Verfügung. Das erweiterungsfähig zu planende Haus, das bei aller Einfachheit der Gestaltung ein künstlerisch befriedigendes Bild ergeben soll, muß in Keller-, Erd-, 1. Ober- und ausgebautem Dachgeschoß die Verwaltungsräume der Krankenkasse, sowie 6 Wohnungen enthalten. Ueber Stil sind Angaben nicht gemacht, Rücksicht auf die noch unbebaute Umgebung ist nicht zu nehmen. Das Aeußere ist als Putzbau unter sparsamer Verwendung von Kunst- oder natürlichem Haustein zu entwerfen. Zeichnungen 1:200. Bezüglich der Wahl des zur Ausführung gelangenden Entwurfes sowie über die Uebertragung der Bauleitung behält sich die „Allgemeine Ortskrankenkasse“ in Lützen die freie Entscheidung vor. —

Im Wettbewerb um Entwürfe für Medaillen zur Erinnerung an die Gründung der Republik Deutsch-Oesterreich, von der österreichischen Unterrichts-Verwaltung ausgeschrieben, erhielten die Modelle „Volkswille“ des Bildhauers Otto Höfner und „Babor“ des Bildhauers Heinrich Zita in Wien je einen Preis von 1500 K.; ein Entwurf des Bildhauers Anton Klieber in Wien gewann einen Preis von 500 K. —

In dem Wettbewerb der Stadtgemeinde Karlsruhe zur Erlangung von Entwürfen für die Ausgestaltung verschiedener Plätze der Stadt liefen 47 Bearbeitungen ein. Für die Ausgestaltung des Platzes am Durlacher Tor erhielten: den I. Preis der Entwurf „Gedenksäule“ des Hrn. Wilh. Peter; den II. Preis der Entwurf „Gezeichnetes Schaubild“ des gleichen Verfassers; den III. Preis der Entwurf „Drei gezeichnete Kreise“ des Hrn. Rud. Messang; den IV. Preis der Entwurf „Advent“ der Hrn. G. Eckhardt mit Rich. Fuchs. — Für die Gestaltung des Platzes an der Kreuzung der Krieg- und der York-Straße erhielten: den I. Preis der Entwurf „Krieg-Straße York-Straße“ des Hrn. Baurat Prof. A. Neumeister; den II. Preis der Entwurf „Dem Verkehr“ des Hrn. Th. Kempermann; den III. Preis der Entwurf „Durlach“ des Hrn. Emil Deines. — Für den Platz an der Lamey- und der Honsell-Straße gewannen: den I. Preis der Entwurf „Drei Dachreiter“ des Hrn. W. Langstein; den II. Preis der Entwurf „Sieben Giebelplatz“ des Hrn. Wilh. Mund; den III. Preis der Entwurf „Gezeichnetes Schaubild“ des Hrn. Rud. Messang. — Für den Platz bei der Kreuzung der York- und der Weinbrenner-Straße erhielten: den I. Preis der Entwurf „Mit Bäumen und zwei Monumentalbauten“ des Hrn. W. Langstein; den II. Preis der Entwurf „Mit Kirche“ der Hrn. Eifler und Pommeranke; den III. Preis der Entwurf „Gezeichnetes Schaubild“ des Hrn. Gust. Betzel. —

Inhalt: Der architektonische Aufbau des Murgwerkes in Baden. — Zur Neuordnung des Unterrichtes an unseren Bauwerkerschulen. — Emanuel von Seidl †. — Wettbewerbe. — Technik und Wirtschaft. —

Hierzu eine Bildbeilage: Der architektonische Aufbau des Murgwerkes in Baden.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



* TECHNIK UND *

* * WIRTSCHAFT * *

Die Wohnungsnot.

Betrachtungen sozialer und finanzieller Natur über Linderungs-Möglichkeiten. Von Dr.-Ing. Willy Lesser in Berlin.

In dem Bestreben, ein Regulativ für die Spekulation zu schaffen und Einfluß auf die Gestaltung der Gelände- und Wohnungspreise zu erhalten, gingen die städtischen Behörden nach Einzelversuchen zu Beginn dieses Jahrhunderts später allgemein dazu über, selbst den Wohnungsbau zu betreiben.

Die erste Betätigungsart: Herstellung von Wohnungen in eigener Unternehmung, wurde bald fallen gelassen, weil die Geländeposten die städtischen Haushalte allmählich ungeheuer belasteten und den Verwaltungsapparat außerordentlich vergrößerten, dann aber auch, weil der Krieg den Behörden andere, noch dringendere Aufgaben unmittelbarer Nächsten-Fürsorge auferlegte. Die zweite Art bildeten die Hilfeleistungen bei der Gründungsform von Siedelungs-Gesellschaften und die Bürgerschafts-Übernahme diesen gegenüber für Baulustige oder für in Not geratene Grundbesitzer derart, daß eine innige Kapital-Verquickung und Risikoteilung aller beim Haus Beteiligten: Eigentümer, Hypothekengläubiger, Hausbesitzerverein und Gemeinde erreicht wurde. Es sei hier im Zusammenhang z. B. an den 1916 erfolgten Zusammenschluß der großen bayerischen Hypothekenbanken zur Begebung nachstelliger Hypotheken erinnert. Die Stadtgemeinde München übernahm bis 75 % die Haftung für die seitens der Banken gegebenen Hypotheken und erhielt Rückendeckung durch den Münchener Grund- und Hausbesitzerverein: erstens durch eine „a priori“ hinterlegte Bürgschaftssumme von 100 000 Mark, zweitens durch die Bestimmung, daß der Verein nur die Interessen seiner Mitglieder vertrete und die Pflicht auf sich nahm, für die ordentliche Verwaltung der beliehenen Grundstücke und die richtige Verwendung der Mieten Sorge zu tragen. Derartige oder ähnliche Maßnahmen wurden gefördert durch die staatliche Gesetzgebung in allen Bundesrepubliken, und so gewann der Gedanke — auch durch die Not gefördert — immer mehr an Boden, das gesamte Wohnungswesen zu zentralisieren. Von 1917—1919 verordnete der preußische Staatskommissar für das Wohnungswesen, seitdem leitet das Wohlfahrtsministerium alle Fragen dieses Gebietes; ja, man geht wohl mit dem Gedanken um, jede private Bautätigkeit für dieses Jahr zu verbieten, um die wenigen noch vorhandenen Baustoffe im Dienst der Oeffentlichkeit, der Gemeinden oder der diesen nahestehenden gemeinnützigen Gesellschaften dem Kleinwohnungsbau zu erhalten.

Es ist immer vorteilhaft, sich rückblickend diese ins Soziale gehende Entwicklung vor Augen zu halten, um an Gegenwart



und Zukunft das rechte Maß anlegen zu können; denn in der jüngsten Zeit gewinnt es den Anschein, als ob sich die Grundlagen unserer gesamten Bauwirtschaft von Neuem gänzlich veränderten. Während nämlich die Baustoffe immer teurer, die Löhne immer höher und Kohlen- und Wohnungsnot stets beängstigender werden — auch in allerjüngster Zeit ist hier nicht etwa ein Stillstand in der Entwicklung eingetreten — wird gleichzeitig die Finanzlage der Städte immer trauriger. Man muß zu stets billigeren, wirtschaftlich bedenklideren Mitteln für die Hebung der Wohnungsnot schreiten: zu Laden-Umbauten für Wohnungen, zur Wiederherrichtung unwohnlicher Räume, zur Leistung von Zuschüssen, die nicht verzinst werden und rückzahlbar sind, zu Barackenbauten und jetzt zu Zwangseinquartierungen mit baulichen Veränderungen, die vielfach ganz gewiß nicht zur Hebung der einzelnen Wohnungen oder zur Festigung des Familienlebens beitragen.

Es ist so unschwer voraus zu sehen, daß die mit den Baukosten-Zuschüssen verknüpften — aber Gegenleistungen nicht beanspruchenden — städtischen Ausgaben bald aus Geldmangel beschränkt oder gar eingestellt werden müssen, sofern überhaupt der Wunsch besteht, die städtischen und auch staatlichen Haushalte auszubalanzieren, und es fragt sich, mit welchen finanziellen Faktoren — nachdem nun die Grundlagen der städtischen Bautenzuschüsse und Wohnungswirtschaft erschöpft sind — die Beschaffung neuer Wohnungen in der Folge vor sich gehen soll.

Wohl in Erkenntnis der großen Schwierigkeiten, die den Stadtverwaltungen allmählich erwachsen und es unmöglich machen, selbständig die Wohnungsherstellung zu betreiben, hatte der Reichskommissar für das Wohnungswesen bereits im Mai 1919 eine Vereinbarung mit den 14 hauptsächlich für den Immobiliarkredit in Frage kommenden Banken getroffen, nach welcher diese zur Förderung des Kleinwohnungsbaues 50 Mill. M. zu 4½ % Zinsen und ½ % Tilgung ohne weitere Unkosten zur Verfügung stellen, um nicht allein erststellige Hypotheken bei $\frac{6}{10}$ des Wertes zu beleihen, sondern darüber hinaus zweitstelligen Kredit zu decken, der unter selbstschuldnerischer Bürgschaft öffentlich rechtlicher Körperschaften, also auch des Staates, in Anspruch genommen wird. Diese Hilfe dürfte durch die Schwierigkeit der Baustoff-Beschaffung nur zu geringen Teilen getätigt worden sein. Sie dürfte weiterhin jedoch nur einen Tropfen auf den heißen Stein der großen Not bilden und mag auch die Nationalversammlung sich zur Bewilligung weiterer Geldmittel über die bereits zum zweiten Mal gewährten 500 Mill. M. hinaus bereit erklären, so werden damit doch die Behörden, wie in der in No. 97, 1919, der „Deutschen Bauzeitung“ teilweise abgedruckten Denkschrift des Architekten Alfred Lorenz richtig auseinander gesetzt wurde, nicht einmal den dringendsten Anforderungen in den nächsten Jahren genügen, geschweige denn anregend auf den Markt wirken können — und darauf kommt es jetzt an! Mag sich auch hier und dort das soziale Gefühl dagegen auflehnen, man wird kaum umhin können, auch in Zukunft wieder in der Wohnungsherstellung dem Privatkapital die Zügel der Initiative zu überlassen, in ähnlicher Form, wie das übrigens in Frankreich bei der Neuerstellung von Wohnungen und beim Neuaufbau der zerstörten Gegenden geschieht. Diese Gedanken werden noch durch folgende Betrachtungen erhärtet:

Fraglos ist heute eine große Freudigkeit zur Betätigung am Bau- und Wohnungsmarkt in allen Bevölkerungskreisen vorhanden; denn der Boden u. zw. der bebaute wie der unbebaute, nimmt innerhalb der konkreten Werte, über die wir in Deutschland verfügen, eine immer größere Bedeutung ein. Und während die Inflation des Papiergeldes auf mehr als das Zehnfache gestiegen ist, werden neue Häuser nicht gebaut; die alten, in der Vorkriegszeit hergestellt, nutzen sich ab, verlieren so, rein dinglich mit der Vorkriegsvaluta gemessen, an Wert und werden trotz gesteigerter Mieten durch im Verhältnis mindestens gleich starke Erhöhung der Unterhaltungskosten nicht sonderlich höher als früher beliebt, und so dürfte die Geldinvestierung im Immobilienmarkt ungefähr bis zum Oktober des vorigen Jahres kaum wesentlich den Vorkriegsstand überschritten, bei Berücksichtigung der neuen Grenzen sich sogar beträchtlich vermindert haben. Und wenn man weiter bedenkt, daß 50 Milliarden, nach anderen Schätzungen sogar 70 Milliarden, schon vor dem Krieg im Grundstücksmarkt angelegt waren, so kann die ungeheure Menge Geldes ermesen werden, die dem Markt heute aus Mangel an Anlage-Möglichkeit verloren geht, und wo sie sich betätigt, in teilweise unerfreulichster Weise auf Geländespekulationen draußen vor der Stadt gelenkt wird. Tatsächlich müßte, wenn man das Ueberangebot an Kapital im Grundstücksmarkt zugrunde legt, der Zinsfuß der städtischen Hypotheken noch bei weitem stärker als bisher gesunken sein, und nur im Hinblick auf vergleichende Momente der Volks-

wirtschaft und auf die Qualität der Anlage ist diese Bewegung vorläufig zum Stillstand gelangt.

In allerletzter Zeit hat sich die Lage auf dem Grundstücksmarkt unter dem Einfluß neuer Momente wiederum nicht unerheblich verschoben. Aus der Verkettung aller möglicher steuertechnischer Betrachtungen ist nämlich eine Belegung des Grundstücksmarktes innerhalb der Großstädte entstanden, sodaß gleichzeitig Angebot und Nachfrage der Menge nach gestiegen sind und die Verkaufspreise in die Höhe getrieben haben. Hinzu kommt, daß begüterte Deutsche, die aus den besetzten Gebieten fortziehen wollen, darauf ausgehen, in den Großstädten sich solche Häuser, in denen beim Kauf eine Wohnung frei wird, zu erwerben; und schließlich legen viele Ausländer, die hier zu Lande die Waren aufkaufen, diese wohl in ihr eigenes Land bringen, aber aus Steuerscheu die dafür erlangten Gelder in Deutschland belassen wollen, letztere, ohne auf die Preise zu achten, im Grundstücksmarkt an und bewirken ein weiteres starkes Anziehen der Preise. Das hat wiederum volkswirtschaftlich die bedenklichsten Folgen. Die Mieten, so wie sie jetzt bestehen und von den Einigungsämtern in ungefährer Höhe beibehalten werden (die Zuschläge bewegen sich bekanntlich, sieht man von der Kohlenfrage ab, in den Grenzen bis 20%), können nicht mehr zur Rentenbildung der neuen Grundstückswerte genügen, und so werden in absehbarer Zeit aus den angeführten inneren Gründen die Mieten ebenfalls gesteigert werden müssen.

Während die Wohnungsnot — hervorgerufen erstens durch das Zusammenströmen der Landbevölkerung in den Großstädten infolge der hohen Löhne, welche die Industrie während des Krieges zahlte, ferner durch die Beschlagnahme sehr zahlreicher Wohnhäuser durch die Kriegs- und Abwicklungs-Gesellschaften, drittens durch die erwähnte Auswanderung der Deutschen aus den abzutretenden Gebieten und viertens durch die überaus zahlreichen Heiraten der gerade jetzt zur Pubertät gelangten, aus der Zeit der stärksten Bevölkerungszunahme Deutschlands stammenden Generation — immer stärker wird, hat die Beteiligung der Bevölkerung an Kapitalien im Grundstücksmarkt umgekehrt zu der Notwendigkeit des Zweckes und wohl auch zu den ursprünglichen sozialen Bestrebungen, keineswegs zugenommen; und wie richtig das erstrebte Regulativ der Gemeinde zur Beeinflussung der Geländespekulation ist, so unmöglich erscheint es mir ganz gewiß in dem heutigen Deutschland, daß eine Zentrale ohne große Beteiligung des Privatkapitales das gesamte Siedelungswesen auf die Dauer wird lenken können. Keine Industrie ist heute wohl stärker reglementiert und zentralisiert, als die Bauindustrie, kein Markt liegt mehr darnieder, als der Wohnungsmarkt, und nirgends erscheinen die Aussichten auf Stabilisierung der Verhältnisse nach Aufhebung der Zwangswirtschaft (Einigungsämter, Wohnungsaufsicht usw.) so undurchsichtig und ungünstig wie hier. Die Praxis hat gelehrt, daß Planwirtschaft ein Ideal darzustellen vermag, wenn die Unterlagen, d. h. die notwendigen Mengen einigermaßen vorhanden sind, wo diese aber auch nicht bescheidenen Ansprüchen genügen, wird die Organisation zur künstlichen Züchtung schlechter Instinkte der menschlichen Eigensucht; das Gegenteil erhoffter Ziele tritt ein. Schiebertum und Schleichhandel breiten sich aus, der wirtschaftlich Starke hat mehr denn je Gelegenheit, aus seinem Geld Nutzen zu ziehen, die Preise für die Stoffe schwellen an und die Arbeit wird erschwert, ja unmöglich. Auf diesem Punkt stehen wir heute auf dem Baumarkt, stehen über kurz oder lang auch die Gemeinden bezüglich ihrer Bautätigkeit.

Andererseits ist es klar, daß eine Aufhebung der Planwirtschaft heute zu den schwersten Mißständen führen würde. Sobald sich die Mietpreise allein nach Angebot und Nachfrage regeln, ist ein starkes sprunghaftes Emporschnellen zum Schaden unserer Volkswirtschaft, zum Unglück der wirtschaftlich Schwachen und ohne daß dadurch etwa mehr Wohnungen geschaffen werden, zu erwarten. Die Aufhebung der Mieteinigungsämter — so große Unzufriedenheit sie gewiß bei allen beteiligten Kreisen zur Folge haben — würde zweifellos heute als das größere Uebel angesehen werden müssen. Welche Möglichkeiten, zwischen diesen Klippen der Scylla und Charybdis hindurch zu kommen, sind nun vorhanden?

Die Gesundung der Wohnungsfrage ist eine Funktion von drei Faktoren, nämlich der Kohlen-, Baustoff- und der Finanzierungsfrage.

Kohlen- und Baustofffragen hängen teilweise ursächlich mit einander zusammen, insofern, als die Herstellung eines großen Teiles der Baustoffe durch Kohlenlieferungen bedingt wird. Ziegelstein, Beton und Eisen, die massiven,



DER ARCHITEKTONISCHE AUFBAU DES MURGWERKES IN
*** BADEN. ***

** ARCHITEKT: **
* BAUINSPEKTOR *
* H. WIELANDT *
* IN KARLSRUHE. *
* BLICK VON DER *
* LANDSTRASSE *
* AUF DAS WEHR *
* BEI FORBACH, *
* ANSICHT VON *
* FLUSSABWÄRTS. *

=== DEUTSCHE ===
** BAUZEITUNG **
54. JAHRGANG 1920.
*** NO. 1/2. ***

feuerfesten Bestandteile eines Bauwerkes sind Produkte der Kohlenindustrie, und da nur ein Bruchteil der Ziegel (ungefähr 3—6%) gegen früher hergestellt und ein beträchtlicher Teil unserer Hütten Frankreich überlassen wird, desgleichen die Zementwerke fast gänzlich still liegen, dürfte von dieser Seite aus das Bauhandwerk wenig zu erwarten haben.

Bekanntlich nimmt die Baustoff-Ersatzfrage jetzt den breitesten Raum in den Erörterungen der Tages- und Fachpresse ein; da das Gewerbe darnieder liegt und die Preise alter Bauweisen derartige Höhen erreicht haben, daß an die Rentabilität eines Baues nicht zu denken ist, so haben sich alle möglichen Interessenten den Lösungen neuer Baustoffe zugewandt. Und da die Praxis kein genügendes Betätigungsfeld darbietet, so haben sich Baumessen und Bauausstellungen in den Dienst der Sache gestellt. Wie man auch immer zu den Einzelergebnissen Stellung nehmen mag, so darf wohl der eine Schluß als sicher gelten, daß die Raumeinheit des Baues bei ausreichender Sorgfalt und sachverständiger Leitung auf Grund der neu gewonnenen Theorien sich nicht unerheblich billiger — an der Vorkriegsvaluta gemessen — stellen wird, und absolut betrachtet, wenigstens zum Teil Stoff- und Lohnerhöhungen auszugleichen instande ist.

Dagegen ist man in der Finanzierungsfrage noch nicht viel weiter gekommen. Mir scheint, der oberste Grundsatz müßte hier lauten: möglichste Vermeidung weiterer Inanspruchnahme von Geldmitteln des Reiches und der Gemeinden, und deshalb verspreche ich mir, so einleuchtend und klar Vieles in den Ausführungen der Denkschrift des Hrn. Lorenz sein mag, unter den heute obwaltenden Umständen nicht allzu viel von den Vorschlägen, welche die Ausgabe von 5%igen Reichspfandbriefen zur Gewinnung von Geldmitteln für den Wohnungsbau erstreben. Von einer Betrachtung der Rückwirkung auf die Kursgestaltung der übrigen, bedeutend niedriger verzinsten staatlichen Pfandbriefe werde abgesehen; denn unser Hauptaugenmerk muß darauf gerichtet sein, die Schuldenlast des Deutschen Reiches zu vermindern, auf keinen Fall aber zu einer Vermehrung beizutragen. Jede neue Anleihe — und was ist, im Grunde genommen, die Ausgabe von Pfandbriefen anderes als eine Anleihe — verschlechtert den Haushalt des Reiches und gibt die Grundlage zur weiteren Valutasenkung und zur allgemeinen Teuerung. Abgesehen davon dürften wir bald dort angelangt sein, wo das Volk Anleihen oder überhaupt staatlich ausgegebenen Papieren nicht mehr günstig gegenüber steht. Neun Kriegsanleihen, deren Kurs zwischen 70 und 80 schwankt, tun das Ihrige! Den Reichern wird durch die neuen Steuern der Besitz, sofern kein neuer Verdienst hinzukommt, nach und nach auf das stärkste geschmälert, und aus Verärgerung und Verängstigung, teilweise auch aus praktischen Erwägungen, beteiligen sie sich nur wenig an den Anleihen; der Mittelstand, die Beamten und die freischaffenden Berufe verarmen durch die allgemeine Preissteigerung und die in keiner Weise damit Schritt haltende Bewertung geistiger Arbeit mehr und mehr; der dritte Stand, der von seiner Handarbeit lebende Arbeiter, dürfte sich trotz der um das Vielfache gestiegenen Löhne nicht große Sparanlagen erübrigen, da ja die Lebenshaltung sicherlich um das Gleiche gestiegen ist, dagegen reizen den vierten Stand, der jetzt durch „illegitime Arbeit“, durch Zwischen- und Schiebergeschäfte zu großem Geld kommt, die Anleihen mit ihren geringen Zinsen nicht sehr. Er ist an andere Gewinne gewöhnt, und auch die Prämienanleihen, die, wie mir scheinen will, der allgemeinen Volkpsyche am meisten entgegenkommen, und die ja auch jetzt in Belgien, Frankreich und anderen Ländern aufgelegt werden, scheinen gegenüber sonstigen Geschäftsmöglichkeiten, die besonders durch die unseligen politischen Verhältnisse des „Loches im Westen“ begünstigt werden, keine genügende Zugkraft zu besitzen.

Nach Mitteilungen aus der Kohlenindustrie will man dem dortigen, hinsichtlich der Vermehrung der Kohlenförderung ganz besonders wichtigen Wohnungsproblem dadurch beikommen, daß man bei dem demnächst (um 40 M. je Tonne?) zu erwartenden Aufschlag einen Teil desselben zur Herstellung neuer Wohnungen benutzen will. Würde man den Zuschlag auf den Sommer beschränken, wo der Hausbrand ausschaltet, so würde er als indirekte industrielle Umsatzsteuer, die freilich außerordentlich gering sein soll, zu betrachten sein.

So einfach erscheint die Lösung der großstädtischen Wohnungsfrage aber nicht. Vielleicht ist der Gedanke, den Wohnungsaufschlag innerhalb der im Hinblick auf die Weltvaluta als notwendig erachteten Kohlenpreis-Erhöhung zu steigern, vielleicht zu verdoppeln, um auch Wohnungen in der Nähe der Großstädte errichten zu können, nicht von der Hand zu weisen. Oder er ist vielleicht so zu modifi-

zieren, daß die großen Industriewerke für Erlassung des Wohnungsaufschlages gezwungen werden, mit den zur Verfügung stehenden Baumaterialien Häuschen für ihre Arbeiter zu errichten. Auch der Gedanke der Luxussteuer taucht hiermit im Zusammenhang wieder auf, obgleich diese durch Einquartierungen und Teilungen der Wohnungen vielfach mehr als erhoben scheint und zur Festlegung der Höhe des „Luxus“ ein größerer Beamtenapparat von Sachverständigen notwendig wäre, so daß der Aufwand möglicherweise das Ergebnis nicht rechtfertigen und die Ueberorganisation, an der wir schon kranken, nur vermehren würde.

Ohne dieser Steuerfrage bis auf den letzten Grund gehen zu wollen, was schließlich anderen Ausführungen vorbehalten bleiben möge, sei hier einmal unabhängig davon untersucht, wie eine private Bautätigkeit sich unter dem Beistand des Staates, jedoch weniger mit seinen Mitteln gestalten würde. Vielleicht ließe sich auf dem im Folgenden angegebenen Weg weiter arbeiten.

Der Bau eines Zweifamilienhauses — von der Erörterung über die Baumaterialien werde in diesem Zusammenhang abgesehen — koste für den Besitzer und seinen Untermieter 50 000 M.¹⁾, eine Summe, die sich zusammensetzt aus dem ursprünglichen Friedenswert $F = 10\,000$ M., der infolge der Geldentwertung entstandenen dauernden Wertsteigerung S , die zu 150%, also $= 15\,000$ M. angenommen werde, und der eigentlichen Ueberteuerung, dem Wert à fonds perdu $U = 25\,000$ M. Der Wert von 50 000 M., ebenso die genauen Höhen der Werte F , S und U , die ja heute niemand mit Sicherheit angeben kann, spielen bei den folgenden Betrachtungen keine Rolle. F muß der Besitzer aufbringen; die 20% entsprechen dem eigenen Anteil, der auch schon vor dem Krieg beim gediegenen Hausbesitz üblich war, und 10 000 M. stellen eine Summe dar, über die heute außerordentlich Viele verfügen. U , den Ueberteuerungszuschlag, hätten die gemeinnützige Bank oder eine Pfandbriefbank aufzubringen. Diese Summe ist am gefährdetsten und muß hypothekarisch an erster Stelle stehen. Der Hauseigentümer hätte hierfür nicht nur Zinsen, die im Uebrigen niedrig zu halten sind, sondern auch eine jährliche Tilgungsquote derart zu zahlen, daß in 10 Jahren die Ueberteuerungssumme U getilgt ist. Die Hergabe der Summe $S = 15\,000$ M. müßte von privater Seite erfolgen, vielleicht unter Garantie des Staates oder der Stadtgemeinde. Ursprünglich an zweiter Stelle stehend, rückt die Summe nach 10 Jahren, d. h. nach Amortisation der davor stehenden 25 000 M., zur ersten Hypothek auf. An Finanzierungskosten im ersten Jahr würden sich demnach für den Besitzer ergeben: 1. eigenes Geld 10 000 M. zu 5% $= 500$ M., 2. Wertsteigerungssumme $S = 15\,000$ M. zu 5% $= 750$ M., 3. Ueberteuerungssumme 25 000 M. Zinsen 4% $= 1000$ M. und jährliche Tilgungsquote 2500 M., zusammen 3500 M. Die gesamten Finanzierungskosten betragen also im ersten Jahr 4750 M., mit Einschluß der Unterhaltungskosten rund 5000 M. In der Folge nimmt diese Summe jedoch ab, da die erste Hypothek durch die Tilgung jährlich geringere Zinsen erfordert. Nach 10 Jahren ist die erste Hypothek getilgt und in dem Häuschen stecken nur noch 25 000 M. Die jährlich dafür aufzubringende Zinssumme beträgt statt früher 5000 M. jetzt nur 1250 M. Diese würde sich vielleicht weiterhin verringern lassen, da die jetzt an erste Stelle gerückte zweite Hypothek nicht mehr so hohe Zinsen erfordern würde; freilich müßte nunmehr auch an die Tilgung dieser Hypothek gedacht werden, auch die Unterhaltungskosten des Hauses würden höher anzusetzen sein. Keine allzu große Bedeutung dürfte unter den heutigen Umständen die Geländefrage spielen, denn die Gemeinden würden wahrscheinlich den Bauenden stark entgegenkommen. Wird für das in Frage kommende Zweifamilienhaus eine Geländegröße von 400 qm zu je 8 M. $=$ rund 3200 M. angesetzt, so würden die Mieten bei 4%iger Verzinsung um jährlich rund 130 M. erhöht werden müssen. Selbst wenn die angesetzten Preise oder Flächen zu niedrig erscheinen, würden sie, wie leicht ersichtlich, dennoch keine große Rolle spielen.

Der errechnete Mietpreis von 5000 M. mag nun im ersten Augenblick durch seine Höhe abschrecken, aber es ist zu bedenken, daß 1. diese Summe von vielen Leuten, die jetzt ohne Wohnung sind, unter den heutigen Umständen mit Leichtigkeit aufgebracht werden kann; denn 5000 M. in der jetzigen Zeit sind nicht mehr die 5000 M. vor dem Krieg. Es heißt, glaube ich, Vogel-Straußpolitik treiben, wenn man bei unserer Valuta-Entwicklung vor derartigen Preisen zurückschreckt. Viele, die von auswärts kommen, möchten gerne diese Summe bezahlen, wenn sie ein Obdach bekämen, und Mancher, der jetzt eine billige Wohnung nimmt, könnte dadurch dem wirtschaftlich Schwäche-

¹⁾ Es wird derselbe Preis wie in der erwähnten Denkschrift angenommen.

ren Platz machen und zu einer Wohnung in einem älteren Haus mit billigeren Mieten verhelfen; 2. trifft die Summe beide Parteien des Zweifamilienhauses, also jede nur zur Hälfte; 3. würde nach verschiedenen Vorschlägen darauf zu rechnen sein, daß für diejenigen, die solche Häuser errichteten, Steuererleichterungen oder Prämien gewährt werden (wie es übrigens auch in Frankreich geschieht) und daß auch die Hypothekengläubiger steuertechnisch gewisse Erleichterungen erhielten; 4. die Zuständigkeit der Mieteinigungsämter müßte für derartige neue Siedelungen einer Nachprüfung unterzogen werden, vielleicht sogar an ihre Ausschaltung gedacht werden. Freilich wäre Vorbedingung dazu, daß der Hauseigentümer sich verpflichtet, die Mieten nur auf eine Höchstsumme zu bringen, die einem bestimmten, festzusetzenden Zinssatz der investierten Gelder entsprechen muß; die Bewohner dieser Häuser würden durch die Gärten nicht unbedeutende, in der Jetztzeit sogar sehr schwerwiegende Vorteile der Ernährung erhalten.

Zum Schluß werde hierbei noch kurz auf die französischen Wohnverhältnisse, die eine gewisse Ähnlichkeit mit den unserigen aufweisen, eingegangen. In Frankreich war schon vor dem Krieg der Kleinwohnungsbau auf genossenschaftlicher Basis seit dem Jahr 1906 gesetzlich stark gefördert worden. Es seien deshalb die vor Kurzem seitens der Stadtverwaltung von Paris und des Seine-Departements ausgearbeiteten Vorschläge für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen Staat, Gemeinde und Privatunternehmen in der Uebersetzung wiedergegeben.²⁾ Die Stadtverwaltung von Paris und das Seine-Departement schlagen vor, daß der Staat auf einen zehnjährigen Zeitraum, dessen Verlängerung unbenommen bleibt, den Kreisen, Gemeinden, Behörden und den öffentlichen oder den dem öffentlichen Wohl anerkanntermaßen dienenden Gesellschaften, welche Gelände für den Bau von Billighäusern (maison à bon marché) erworben haben oder erwerben wollen, oder die selber Billigwohnungen herstellen wollen — deren Bau seitens des Arbeitsministers als unumgänglich und dringend auf Grund des Gutachtens des Schutzkomitees und des dauernden Ausschusses des obersten Rates für Billigwohnungen anerkannt ist — die erforderlichen Summen zum Erwerb von Ge-

lände oder Häusern zur Verfügung stellt und zu diesem Zweck einen Kredit bis zu einer Milliarde Frs.³⁾ eröffnet. Neigt sich die vorgesehene Periode von 10 Jahren ihrem Ende zu, so soll der wirkliche Wert (la valeur réelle⁴⁾ der mit Staatshilfe erworbenen Gelände und errichteten Gebäude von Sachverständigen abtaxiert werden, derart, daß die Schätzung keineswegs einen Wert ergeben darf, der höher ist, als der mit 3% kapitalisierte tatsächliche oder (bei Leerstehen) anzusetzende Mietwert. Der so geschätzte Grundstückswert soll die tatsächlich seitens der Gesellschaft oder Behörde zurück zu zahlende Summe festlegen. Der Staat seinerseits trägt den Verlust des Unterschiedes zwischen der ursprünglich vorgestreckten Summe und dem Schätzungswert. Die Zinsen für die so festgelegte Leihsumme sollen 2½% betragen und vom Tag, an dem diese amtlich festgelegt ist, fällig sein. Die Nutznießer dieser unter den obigen Bedingungen seitens des Staates gewährten Vorschüsse verpflichten sich, in den ersten 10 Jahren, in denen der gemeine Wert also noch nicht festliegt, der Steuerkasse sämtliche Nettoeinnahmen aus den mittels der gewährten Zuschüsse bebauten Grundstücke zuzuführen. Nach Festlegung der Darlehenshöhe und Bestimmung der Zinssumme, die sich für das Darlehen bei Ansatz von 2½% Zinsen während dieser Zeit (rückwirkend) ergibt, sollen die bei der Steuerkasse angesammelten Summen zur Begleichung erwählter Zinsen bis zur Höhe der geschuldeten Gelder verwendet und der etwaige Ueberschuß den Deposanten zurückerstattet werden. Auf keinen Fall soll der Nutznießer der Vorschüsse einen das tatsächliche Darlehen übersteigenden Betrag zurückzuerstatten haben.

Diese sehr geschickte Lösung des Problems der Tragung der Ueberteuerungskosten wird also in Frankreich so getroffen, daß die Entwicklung der folgenden 10 Jahre abgewartet wird, und der Staat rückwirkend daraus entweder einen Schaden zu tragen hat oder am Nutzen beteiligt ist. —

²⁾ Vergleiche „Génie Civil“, Band 75, No. 16 vom 18. Okt. 1919.

³⁾ Dieser Kredit ist durch Gesetz vom 24. Okt. 1919 auf 500 Mill. Frs. festgelegt.

⁴⁾ „La valeur réelle“ entspricht unserem „gemeinen Wert“.

Personal-Nachrichten.

Bayern. Befördert sind: der Ob.-Reg.-Rat Fr. Niedermayer zum Min.-Rat bei der Obersten Baubehörde im Staatsmin. des Inn., die Reg.-u. Brte. Karl Voit, Heinr. Ullmann und Jos. Städtler zu Ob.-Reg.-Räten bei derselben Behörde; — der Bauamt. Theodor Römer in Speyer zum Reg.-u. Bauass. der Reg. der Pfalz unt. Belassung des Tit. eines Bauamt., der Bauamtsass. Ferd. Richter beim Str.- und Flußbauamt Simbach zum Bauamt. und der Bauamtsass. Konr. Friedrich in Regensburg zum Bauamt. a. d. Stande bei der Reg. der Oberpfalz und von Regensburg; — der Reg.-Rat Jul. Barth zum Ob.-Reg.-Rat des Staatsmin. für Verkehrsangelegenheiten, der Dir.-Rat de Cillia in Memmingen zum Reg.-Rat der Bauinsp. Augsburg.

In etatm. Weise sind berufen: die Reg.-Räte Hundsdoerfer in das Staatsmin. für Verkehrsangelegenheiten, Wilh. Emrich in Neu-Ulm an die Eisenb.-Dir. Augsburg, Leykauf in Lindau als Vorst. an die Werkst.-Insp. I Neuaußing, Karl Hartmann in Augsburg an die Dir. Augsburg; die Dir.-Räte Wöhrl in Nürnberg als Vorst. an die Bauinsp. II Nürnberg, Horbelt in Nürnberg desgl. nach Bamberg und Netsch in Nürnberg als Vorst. an die Betr.-u. Bauinsp. Amberg.

Der Bauamtsass. Haberl in München ist an das Str.- und Flußbauamt Nürnberg berufen. Versetzt sind die Bauamtsass.: Theodor Gebhardt in Aschaffenburg an die Reg. von Oberbayern und Gust. Bischoff in Schweinfurt an das Str.- und Flußbauamt München.

Der Reg.-Bmstr. Bauer ist zum Eisenb.-Ass. der Eisenb.-Dir. Ludwigshafen a. Rh. und der Reg.-Bmstr. Lippert zum Bauamtsass. des Str.- und Flußbauamtes Amberg ernannt.

In etatm. Weise befördert sind: die Ob.-Posträte Wilh. Schreiber beim Telegr.-Konstr.-Amt, Gildardone bei der Ob.-Post-Dir. München und Kann desgl. in Nürnberg zu Ob.-Reg.-Räten, der Postrat Baumgartner beim Telegr.-Konstr.-Amt zum Ob.-Postrat. — Die Posträte Ludw. Dürr beim Verkehrsamt und Otto Scherer in München sind in das Staatsmin. für Verkehrsangelegenheiten versetzt.

Der Geheime Rat Georg v. Maxon, früher Ob.-Baudir. im Staatsmin. in München ist gestorben.

Preußen. Ernannt sind: die Reg.-u. Brte. Ernst Ackermann in Berlin und Gust. Hammer in Münster i. W. zu Geh. Brtn. und vortr. Räten im Min. der öff. Arb.; — der Geh. Brt. Alb. Wagner in Frankfurt a. M., die Reg.-u. Brte. Kämmerling in Altona a. E., Emil Schultze in Stettin, Martin in Essen, Flume in Stettin und Wallbaum in Berlin zu Ob.-Brtn. mit dem Rang der Ob.-Reg.-Räte; — der Brt. Berlin in Hameln zum Reg.-u. Brt.; — die Arch. Prof. Wilh. Kreis und Friedr. Becker zu ord. Lehrern an der Kunstakademie in Düsseldorf; — der Arch. Dipl.-Ing. Theodor Veil in Ulm zum ord. Prof. an der Techn. Hochschule in Aachen.

Brief- und Fragekasten.

Die Beantwortungen und Auskünfte im Briefkasten erfolgen ohne jede Gewähr seitens der Redaktion.

Hrn. Reg.-Bmstr. M. in Berlin. (Entschädigung bei Vorstellungsreisen.) Wenn Sie sich auf ausdrückliche Aufforde-

rung der betr. Verwaltung nach Bewerbung um die betr. Stelle vorgestellt haben, so kommt Ihnen zweifellos eine Entschädigung für den Ihnen erwachsenen Aufwand zu, der Ihnen ja übrigens auch grundsätzlich zugestanden worden ist. Da über die Höhe nichts ausgemacht ist, können Sie unseres Erachtens doch nicht mehr als die wirklichen Auslagen verlangen. Ob Ihnen darüber hinaus noch eine Entschädigung für Zeitverlust in einem etwaigen Rechtsstreit zugebilligt würde, dürfte davon abhängen, ob Sie sich in einer Beamtenstellung oder in freier Berufsstellung befinden. Auf die Gebührenordnung für Architekten und Ingenieure als „üblichen Preis“ werden Sie sich im vorliegenden Fall nicht berufen können, denn es handelt sich doch hier nicht um Leistungen im Sinn dieser Geb.-Ord. Aber selbst nach deren Sätzen erscheint Ihre Berechnung zu hoch. Die Aufwandsentschädigung von 30 M. ist allerdings für größere Städte zurzeit zu niedrig. Aber selbst der Entwurf der neuen Geb.-Ord. sieht nur 40 M. für den Tag ohne, 60 M. mit Uebernachten vor. Eine Steigerung dieser Sätze im Verhältnis der nach Prozenten der Bausumme zu berechnenden Honorare erscheint nicht angängig. —

Hrn. R. S. in C. (Wohnungs-Beschlagnahme.) Nach einer Entscheidung des Landgerichtes Hannover vom 13. Dez. 1919 — 5. Q. 147/19 — ist die Frage der Zulässigkeit der Wohnungsbeschlagnahme der Nachprüfung durch die ordentlichen Gerichte entzogen. —

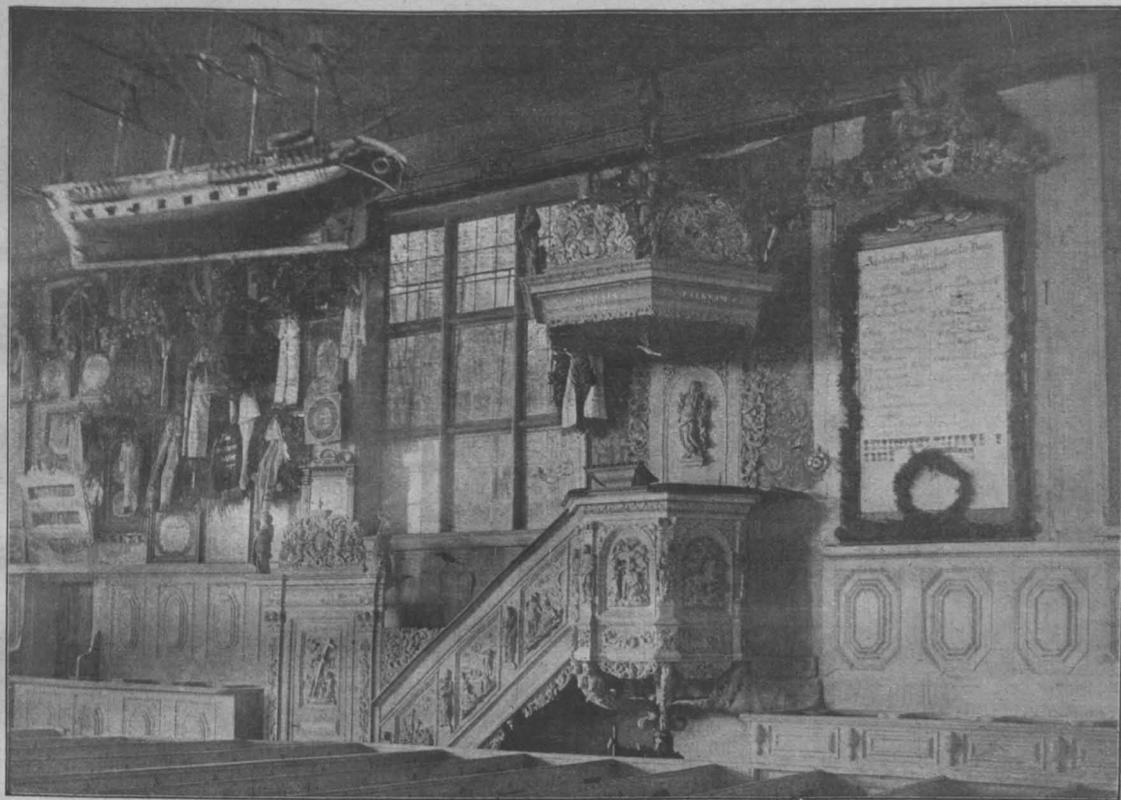
Hrn. Arch. R. J. in Bremen. (Versicherungspflicht der Angestellten in Architektur-Büros.) Sobald ein Architekt nicht nur die Planung von Bauten sondern auch die Oberleitung der Ausführung übernimmt, also ein Fall, der doch die Regel bildet, sind seine Angestellten gegen Unfall zu versichern und zwar bei der zuständigen Baugewerks-Berufsgenossenschaft. Das Reichsversicherungsamt hat in diesem Sinn bereits unter dem 5. Juli 1906 entschieden. Vergl. „Deutsche Bauzeitung“, Jahrgang 1906, Seite 456. —

Hrn. X. in Y. (Kündigungsfristen für Techniker.) Falls Sie bei einer Behörde beschäftigt sind, so wird doch mit Ihnen ein besonderer Dienstvertrag abgeschlossen sein, dessen Kündigungsfristen maßgebend sind. Ist nichts ausgemacht, so würde nach § 133a G.-O. die 6wöchentliche Kündigungsfrist zum Quartalsersten in Betracht kommen. Eine Abkürzung derselben auf 4 Wochen zum Monatschluß ist vertragsmäßig zulässig. —

Anfragen an den Leserkreis.

(Materialien für Baumodelle.) Ich bitte um Angabe von Firmen, die Materialien zur Herstellung von Hausmodellen, Moose und Einzelheiten, z. B. Ziegelstein-, Schiefer-Dachpapiere usw. herstellen.
O. S. in E.

(Vertreibung von Ungeziefer.) In einem älteren Haus, bei welchem die Entwässerung noch durch eine gemauerte Steindohle ausgeführt ist, sind fortwährend an sämtlichen Wasserabläufen in den Küchen graue Schnecken zu bemerken. Welches wirksame Mittel kann zur dauernden Vertreibung derselben empfohlen werden?
K. L. in St.



Kanzel der Kirche in Tiegenort. Aus: Schmid, Die Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen. Der Kreis Marienburg. Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

54. JAHRGANG. N^o 3. BERLIN, DEN 10. JANUAR 1920.

* * * * HERAUSGEBER: DR.-ING. h. c. ALBERT HOFMANN. * * * *
Alle Rechte vorbehalten. Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

Die Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen.

Hierzu die Abbildungen S. 15, 16 und 17.

Im Jahr 1880 ist im Auftrag der „Provinzial-Kommission zur Verwaltung der westpreussischen Provinzial-Museen“ die Verzeichnung der Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen durch den verstorbenen Baurat Heise begonnen worden. Der Einteilung der Landgebiete für die Verzeichnung lag die frühere Kreiseinteilung der Provinz vor 1887 zu Grunde. Es sind auf dieser Grundlage erschienen von Band I, der die Kunstdenkmäler von Pommerellen und des südlichen Westpreußen behandelt, Heft 1: Die Kreise Karthaus, Berent und Neustadt, und Heft 3: Der Kreis Pr.-Stargard; von Band II mit den Kunstdenkmälern des Kulmer Landes und von Löbau; Heft 5: Der Kreis Kulm, Heft 6: Der Landkreis Thorn, Heft 8: Der Kreis Strasburg, Heft 9: Der Kreis Graudenz in Stadt und Land, Heft 10: Der Kreis Löbau; von Band III mit den Kunstdenkmälern in Pomesanien, Heft 11: Der Kreis Marienwerder östlich der Weichsel, Heft 12: Der Kreis Rosenberg und Heft 13: Der Kreis Stuhm. Seit 1903 erfolgt die Bestands-Aufnahme der Kunstdenkmäler der Provinz durch den Provinzial-Konservator von Westpreußen, Baurat Bernhard Schmid in Marienburg. Die Verzeichnung ist nunmehr bis zu den nördlichen Kreisen der Provinz vorgedrungen, nachdem Pommerellen, das Kulmerland und Pomesanien bereits erforscht sind. Als Heft 1 des IV. Bandes, der Gesamtreihe 14. Heft, kam kürzlich „Der Kreis Marienburg“ in seiner ersten Hälfte, welche die Städte Neuteich und Tiegenhof, sowie die ländlichen Ortschaften um sie herum behandelt, heraus.^{*)} Nach 9 jähriger Pause ist dieser stattliche und schöne Band erschienen; an seiner Sorgfalt ist nicht zu erkennen, daß er Kriegsarbeit ist, denn er wurde von Anfang Oktober 1915 bis 31. Dez. 1918 gedruckt.

Der Kreis Marienburg liegt in dem fruchtbaren Mündungsgebiet der Weichsel und der Nogat, das im Wirt-

schaftsleben der Provinz Westpreußen von jeher eine bevorzugte Rolle gespielt und sich durch Wohlhabenheit der Bevölkerung und durch im Großen betätigten Kunstsinn ausgezeichnet hat. Es überrascht daher nicht, wenn der Kreis Marienburg durch eine große Fülle wertvoller Denkmäler und durch Reichtum an geschichtlichen Ueberlieferungen ausgezeichnet ist. Der Umfang der hier vorhandenen Kunstschatze war einst so groß, daß die häufigen Heim-suchungen durch Kriege und Ueberschwemmungen ihn wohl zu vermindern vermochten, daß er aber heute immer noch sehr beträchtlich ist. Hinzu kommt, daß auch der künstlerische Wert der Denkmäler in diesen Landgebieten vielfach höher ist, als in anderen Kreisen der Provinz. Das bezieht sich nicht allein auf die zahlreichen Backstein-Kirchen der Ordenszeit und auf die Holzkirchen des 18. Jahrhunderts mit ihrer reichen inneren Ausstattung, sondern auch auf die stattlichen Wohnhäuser in Holzfachwerk und mit Vorlauben, welche die Hofbesitzer im Werder sich erbauten. Bei der Verzeichnung aller dieser Denkmäler machte sich das Fehlen ausreichender und zuverlässiger Vorarbeiten sehr bemerkbar. Die gedruckten Vorarbeiten waren unzulänglich, sodaß zeitraubende Archivstudien notwendig wurden, die sich sowohl auf die Ortsgeschichte als auf die Geschichte der einzelnen Handwerkszweige erstreckten. Da sich nun, wie in einer Vorbemerkung mit Recht ausgeführt wird, das Verständnis für den Wert eines einzelnen Gegenstandes oft erst aus der Kenntnis der allgemeinen kunstgeschichtlichen Entwicklung erschließt, so wurde dem Denkmäler-Verzeichnis eine ausführliche Einlei-

^{*)} XCII und 388 Seiten, groß 4^o, mit 472 Textbildern, 1 Kreis-karte und 30 Lichtdruckbeilagen. Bearbeitet im Auftrage des Westpreussischen Provinzial-Landtages von Bernhard Schmid, Baurat zu Marienburg und Provinzial-Konservator von Westpreußen. Verlag von A. W. Kafemann G. m. b. H. in Danzig. Preis geheftet 18,25 M. —

tung vorangestellt, die in ihrer Bedeutung über eine einfache Siedelungs- und Kunstgeschichte des Kreises hinaus geht und in ihrer eingehenden Darstellung auch bleibenden Wert für die benachbarten Kreise der Niederung behält. In dieser Entwicklung spielt die Stadt Marienburg die herrschende Rolle, denn sie war im 14. und 15. Jahrhundert Sitz der Landesregierung des Ordensstaates und dadurch auch ein Mittelpunkt für die künstlerische Betätigung. Das Werk stellt in dieser Beziehung fest, daß ein Teil der zahlreich erhaltenen gotischen Bildwerke jedenfalls auf Marienburg zurück geht. In den späteren Zeiten nimmt dieser Einfluß ab und es werden die beiden benachbarten Handelsstädte Danzig und Elbing für das nördliche Preußen die Kunstvororte, die fortan das Kunstbedürfnis des Werders befriedigen. Eine Ausnahme macht das Goldschmiede-Gewerbe, das in Marienburg weiter bis in das 19. Jahrhundert hinein blüht. Auch das bäuerliche Bauwesen tritt uns hier als „eine sehr ansprechende, lebensstarke Volkskunst entgegen, welche die großstädtischen Anregungen selbständig verarbeitet“.

Das führt nun die geschichtliche Einleitung auf 92 Seiten im Einzelnen aus. Sie geht bis in die Anfänge der Besiedelung zurück. Die Klostergründungen zu Oliva (1178), Zuckau (1209) und Pelplin (1258) können als Ausgangspunkte gelten. Um die Mitte des 13. Jahrhunderts macht der Deutsche Orden — er wird immer lediglich „der Orden“ genannt — Besitzansprüche auf die „Insel zwischen Weichsel und Nogat“ geltend. Dann schweigen die Nachrichten über die Zustände im großen Werder; so viel läßt sich aber doch schließen, daß in seinem oberen Teil Lehnsleute wohl polnischer Abstammung wohnten, deren Einzelhöfe auch nach der umfassenden Bauernsiedelung des 14. Jahrhunderts zwischen den neuen Dörfern erhalten blieben, später aber dem deutschen Einfluß wichen. Sitz der Verwaltung für das große Werder war zunächst die Burg Zanfir. Als dann aber von 1270—1280 die Marienburg gebaut wurde, verwalteten deren Komture fortan das Werder. Eberhard von Virneburg, von 1298—1303 Komtur, gründete das „dorff czum Nuwen Tiche“, Neuteich, und später der Komtur Heinrich Tusemers (1345—1351) im Jahr 1349 Tiegenort, die beiden Kultur-Mittelpunkte, mit denen sich unser Werk vorwiegend beschäftigt. Es werden nunmehr

die Besiedelungen im 14., 15. und 16. Jahrhundert ausführlich dargestellt und darauf die Bevölkerungs-Verhältnisse im 17. Jahrhundert, unter Friedrich dem Großen und bis auf die Neuzeit geschildert. Schön ist die von zahlreichen Wasserarmen durchzogene Landschaft; Pfarrer Heinel sagte darüber 1832: „Von Marienburgs oder Dirschau's Höhen gesehen breitet sich das Große Werder wie ein unabsehbarer Lustgarten vor den Augen des Beschauers grün und lachend aus. Wie ein schönes blühendes Kind liegt es hingeschmiegt in den Silberarmen der majestätischen Ströme, die es liebend zu umfassen scheinen. Im goldenen Fruchtkranze üppiger Getreidefelder, mit dem saftigen Grün hochalmiger Wiesen geschmückt, wo das weidende Rind bis an die Brust im duftenden Klee wadet, mit schnurgraden Doppelreihen krausköpfiger Weiden geziert, welche die gesellig verbindende Straße von Dorf zu Dorf leiten, und gekrönt mit einer Menge ehrwürdiger Kirchtürme, die aus umbuschten stattlichen Dörfern fromm zum Himmel emporweisen, — wie sollte es den Blick des fernherkommenden Beschauers nicht angenehm fesseln. — Alles was man sieht, zeugt von Wohlstand und behaglicher Fülle des Lebens“. Der Verfasser unseres Buches selbst ergänzt diese Schilderung, indem er ausführt, daß die Werder-Landschaft mit einem gewissen Reichtum an Farben ausgestattet sei. Das volle Braunrot der Ziegel der alten Dorfkirchen stehe in einem künstlerisch wirksamen Gegensatz zu dem vielen Grün der Gebüsch, Wiesen und Weiden. „Die Obstblüte im April, die Rapsblüte im Mai, das reife Korn im Juni beherrschen das Bild; die feuchte Luft der von zahllosen Gräben durchzogenen Niederung erzeugt jene feinen, abgestimmten Farben, die dem Naturfreund, immer neuen Genuß gewähren. Moosbedeckte Ziegelmauern mit grauen, einst farbig bemalten Friesen und den silbergrauen Schindeln der Türme, an den Häusern das reiche, rotgestrichene Bindwerk mit weißen Putzfeldern, so finden wir auch hier, teils gewollt, teils allmählich entstanden, Farbenwechsel und Farbenfreude.“ Straßen und Fährten, Straßenbau und Deichwesen, Dorfverfassung und Gerichte, Sprache und Herkunft der Ansiedler, Ordenshöfe und Wirtschafts-Verfassung, Landwirtschaft und Kirchenwesen bilden die Einleitung zu der kunstgeschichtlichen Uebersicht, die den größeren Teil der Einleitung ausfüllt. —

(Schluß folgt.)

Architekt und Dekorationsmaler.*) Von Hugo Hillig in Hamburg.



an kann den Bau als den Vater aller technischen Künste ansehen, selbst derer, die nicht in unmittelbarer Beziehung zu ihm stehen. Wo aber diese Beziehungen zutage liegen, da wird es auch sofort erkennbar, wie die technischen Künste auf Wohl und Wehe mit dem Bauwesen verknüpft sind und wie sie in Entwicklung und Schicksal von ihm abhängen, sowohl in technischer und künstlerischer Hinsicht, als auch in ihrer wirtschaftlichen Verfassung. Freilich hängt auch das Bauwesen nicht in der Luft. Es befindet sich inmitten der Zeitströmung und ihrer Kultur, wird von ihr in Form, Ausdehnung und Wirkung gehoben oder gedrückt und gehemmt; die wirtschaftliche Wetterlage einer Zeit läßt sich immer am deutlichsten am Barometer des Baumarktes ablesen. Stockt dieser, so überträgt sich der Stillstand auf alle mit dem Bauwesen verbundenen Fächer und Berufe, blüht es auf dem Baumarkt, so werden die Früchte schließlich auch in den letzten Verzweigungen der baugewerblichen Berufsgereutet, wenn keine Unterbindung den Saftzufluß zu diesen Verzweigungen zurück hält. Sonst kann es wohl vorkommen, daß solche Zweige verkümmern und schließlich verdorren und abfallen.

Wäre das Bauwesen in seinem ganzen Umfang ein einfacher, handlicher Begriff, so könnte man sagen, daß es bloß dieser Eekenntnis bedürfe, um ein solches Absterben einzelner Zweige des Bauwesens zu verhindern und daß nur etwas guter Wille nötig sei, um das Bauwesen in seinem Ganzen gleichmäßig zu ernähren. Aber diese Einheitlichkeit des Bauwesens fehlt leider und sie muß umso mehr abhanden gekommen sein, je mehr sich das Bauwesen selbst entwickelte, je vielfältiger seine Struktur wurde, je weiter es sich von seiner ursprünglichen Verfassung im Lauf der Zeit entfernt hatte. Wer gehörte denn früher zur Bauhütte: Der Maurer, Ziegler und Lehmer, der Zimmermann und der Steinmetz; dann stellte sich in ihrer Nachbarschaft der Maler ein und sein entwicklungsgeschichtlicher Weggenosse, der Bildschnitzer, mit dessen Beruf sich ein Ableger des Zimmermannshandwerkes verband, um den Tischler entstehen zu lassen, der freilich zum Bauwesen zunächst in loserer Beziehung stand, als etwa der Schmied, der dem Zimmermann die eisernen Bänder und die blechernen Hauben von Fall zu Fall machte. Aber der Umkreis der Bauhütte war damit schon überschritten. Heute jedoch ist jede ein-

zelne dieser Arten von Bauarbeit wieder in viele Einzelberufe zersplittert, die von sich aus neue Entwicklungsrichtungen einschlagen. Und wenn in einem Bau Dutzende von unterschiedlichen Betrieben neben einander tätig sind, so sind es auch Dutzende von auseinander strebenden oder fremd nebeneinander herlaufenden Interessen, die sich hier mehr zufällig als absichtlich und notwendig berühren. Keiner dieser einzelnen Berufe kümmert den anderen mehr, als daß er ihm nicht im Wege sein soll. Keiner der verschiedenen Berufe kennt und würdigt den anderen mehr, als daß er knapp und genau dessen Arbeit für notwendig hält und so ist ein größerer Bau von heute wohl immer noch einem Bienenstock vergleichbar, in dem viele fleißige Arbeiter wirken, jeder an dem ihm zugewiesenen Teil, aber ohne auch weiter als an seinem abgemessenen Stück am Ganzen sich verantwortlich zu fühlen.

So konnte auch der gute Wille allein es nicht verhüten, daß aus der Reihe der baugewerblichen Berufe in der letzten Zeit der oder jener verdrängt oder vergessen wurde. Das hat vor allem die Dekorationsmalerei betroffen und wie sich solche Schädigungen lange hinziehen, ehe sie in ihrem ganzen Umfang klar erkannt werden, so treten auch jetzt erst die Wirkungen in die deutlichere Erscheinung: die Berufsfucht und das Wegbleiben des gewerblichen Nachwuchses, da der Krieg jene Folgewirkungen von sich aus noch besonders beschleunigt. Wollte man dem ganz ungeheuerlichen Sinken der großstädtischen Lehrlingszahl im Malergewerbe allein die Beweiskraft zuschreiben, so würde in zehn Jahren das Malergewerbe ebenso dem vollständigen und unaufhaltsamen Aussterben entgegen eilen, wie es mit der Glasmalerei im 18. Jahrhundert geschehen

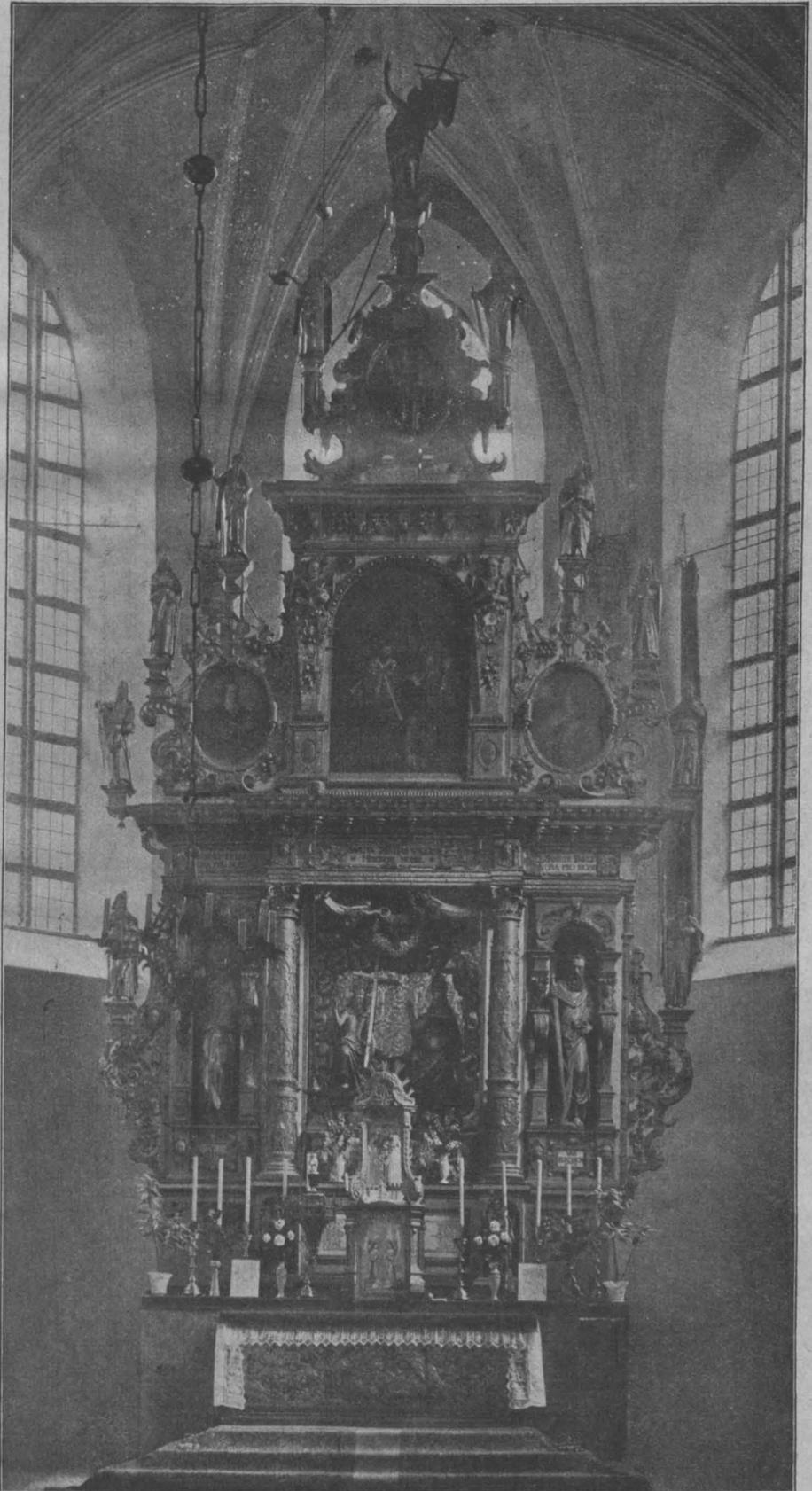
*) Anmerkung der Redaktion. Auf S. 600 des Jahrganges 1919 ist ein Preisausschreiben erwähnt, das auf die große Notlage auf dem Gebiet der deutschen Dekorationsmalerei hinweist. Am 15. und 16. Febr. 1920 wird im neuen Kunstausstellungsgebäude in Dresden die 3. Tagung des „Bundes Deutscher Dekorationsmaler“ stattfinden, die sich u. a. mit der „Lage im deutschen Malergewerbe“ beschäftigen wird, zu der Kämmerer aus Stuttgart und J. Mössel aus München-Feldafing sprechen werden. Ueber diese Lage handeln auch die vorstehenden Ausführungen, die bereits im März 1917 geschrieben wurden, an ihrer Gültigkeit jedoch inzwischen nichts verloren haben. Die Lage der deutschen Dekorationsmalerei und die mit ihr zusammenhängenden wirtschaftlichen Fragen gehen auch die deutschen Architekten an. —

ist. Die hat sich nur in einigen vergessenen Bauerngegenden kümmerlich vor dem vollkommenen Vergessen bewahrt und wahrscheinlich würde es auch mit der Dekorationsmalerei so werden, wenn sie nicht die notwendige technische Arbeit zusammen hielte und wenn nicht die Lehrlings-Ausbildung in den kleineren Städten und auf dem Land, wo sie ja eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist, dieses Aussterben verhindern oder wenigstens verzögern könnte. Die andere Folge, die Abwanderung aus dem Beruf, entweder der durchschnittlichen Kräfte in andere Beschäftigungen, die stetigere Arbeitsgelegenheit, weniger Berufsgefahren, oft genug auch höheren Lohn gewähren, oder die Zuwendung der besseren Kräfte zur Innenarchitektur, Kunstmalerei, zur Zeichner- und Zeichenlehrerpraxis, muß natürlich auch dazu beitragen, dieses Gewerbe, das einst zu den stolzen Gehilfen der Baukunst gehörte, verflachen und verarmen zu lassen.

Man mag sich fragen, ob alles das wirklich notwendig ist und unabänderlich sein muß, ob nicht der gute Wille solche Erscheinungen verhindern könnte. Der gute Wille bei denen nämlich, die im Bauwesen die Leitung und den unmittelbaren Einfluß auf den Bauherrn haben, bei den Architekten also, gleichsam den Schirmherren der anderen baugewerblichen Berufe. Freilich kann dieser gute Wille, wo er schon besteht, auch nicht ein Ding an sich sein. Er ist abhängig von der Umwelt und ihren Strömungen, die da Stilmode und Modestil heißen und die, wenn auch nicht immer in gleichem Maß, so aber doch unweigerlich auch den Baukünstler in die Geschmacks-Uebeler einkommen bestimmter Zeitläufe hineinziehen, der sich sonst auf seine Eigenart etwas zugute tun möchte. Es ist das auch selbstverständlich, denn er kann so wenig wie sein Bauwerk in der Luft hängen. Von irgend woher, vom Bauherrn, von der Umgebung, vom Zweck kommt doch jener Charakter in sein Werk, der es der Zeit, in der es entsteht, anzupassen versucht. Und wenn das geschehen ist, dann steht die Dekorationsmalerei meist untätig dabei: ihr ist keine Leistung abverlangt worden, denn der Zeitgeschmack hat sich von ihrer Arbeit abgewendet.

Ob das nun mit gutem oder mit geringem Recht geschehen ist, heße sich wohl überlegen. Ohne Zweifel hat die Dekorationsmalerei in der Zeit, da es ihr gut ging, genug gegen den gesunden Geschmack, der ja nicht dasselbe wie der augenblickliche Zeitgeschmack sein muß, gesündigt. Aber wer wollte es erstlich die Dekorationsmalerei selbst verantworten lassen? Waren die Bauleitenden jener Zeit, waren die Auftraggeber damals nicht ebenso sehr schuld an solchen Versündigungen? Die Zeit der Ernüchterung und der

sich solche Rückwirkungen niemals mit einer maßvollen Verbesserung begnügen, nicht zufrieden sind mit einer einsichtigen Vermeidung des schroffsten Gegensatzes, der ja immer wieder eine neue Geschmacks-Verirrung in sich trägt



Hochaltar der katholischen Pfarrkirche in Neuteich.

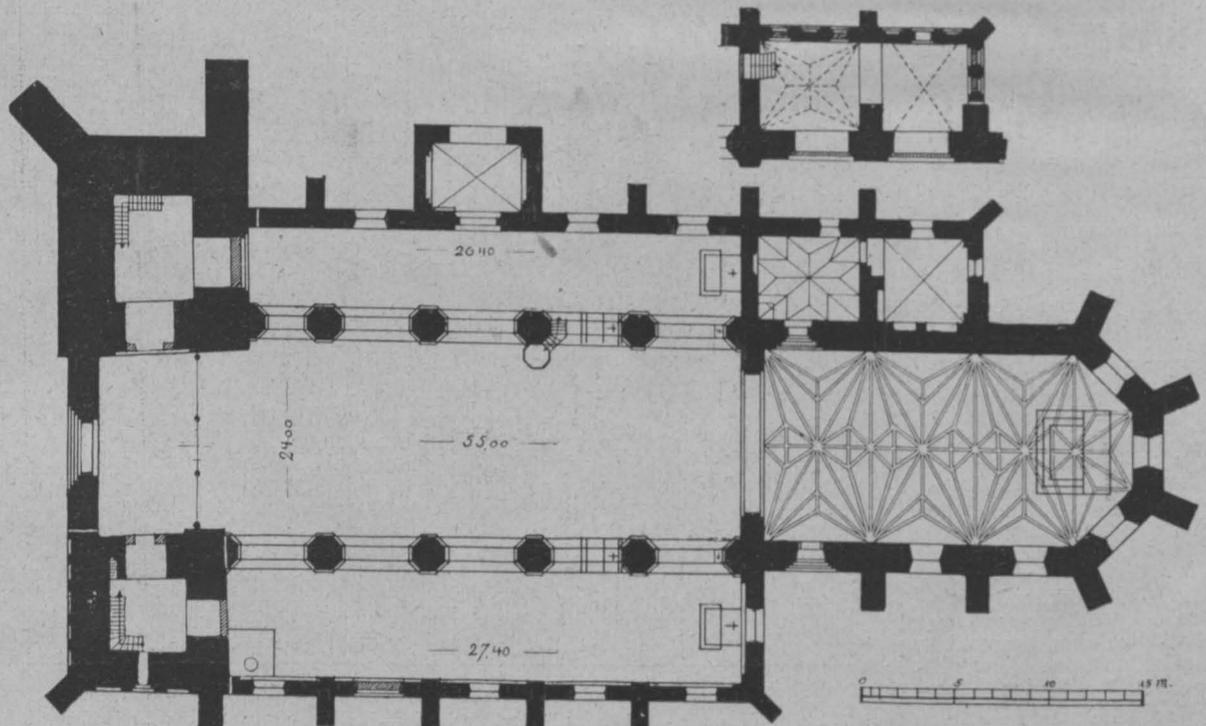
Aus: Schmid. Die Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen. Der Kreis Marienburg. Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Abkehr vom bloßen Dekorativen, Oberflächlichen, war ja eine Rückwirkung auf die Geschmacksverirrungen Aller, nicht nur der Dekorationsmaler. Sie aber mußten es nun am allermeisten büßen und zwar auch gerade deshalb, weil

und damit die Möglichkeit zu einer neuen Reaktion, sondern weil sie eben diesen Gegensatz geflissentlich aufsuchten. Die Folge war, daß, nachdem die Schrecken des Jugendstiles vorüber waren, eine ganz unvermittelte Abkehr vom Far-



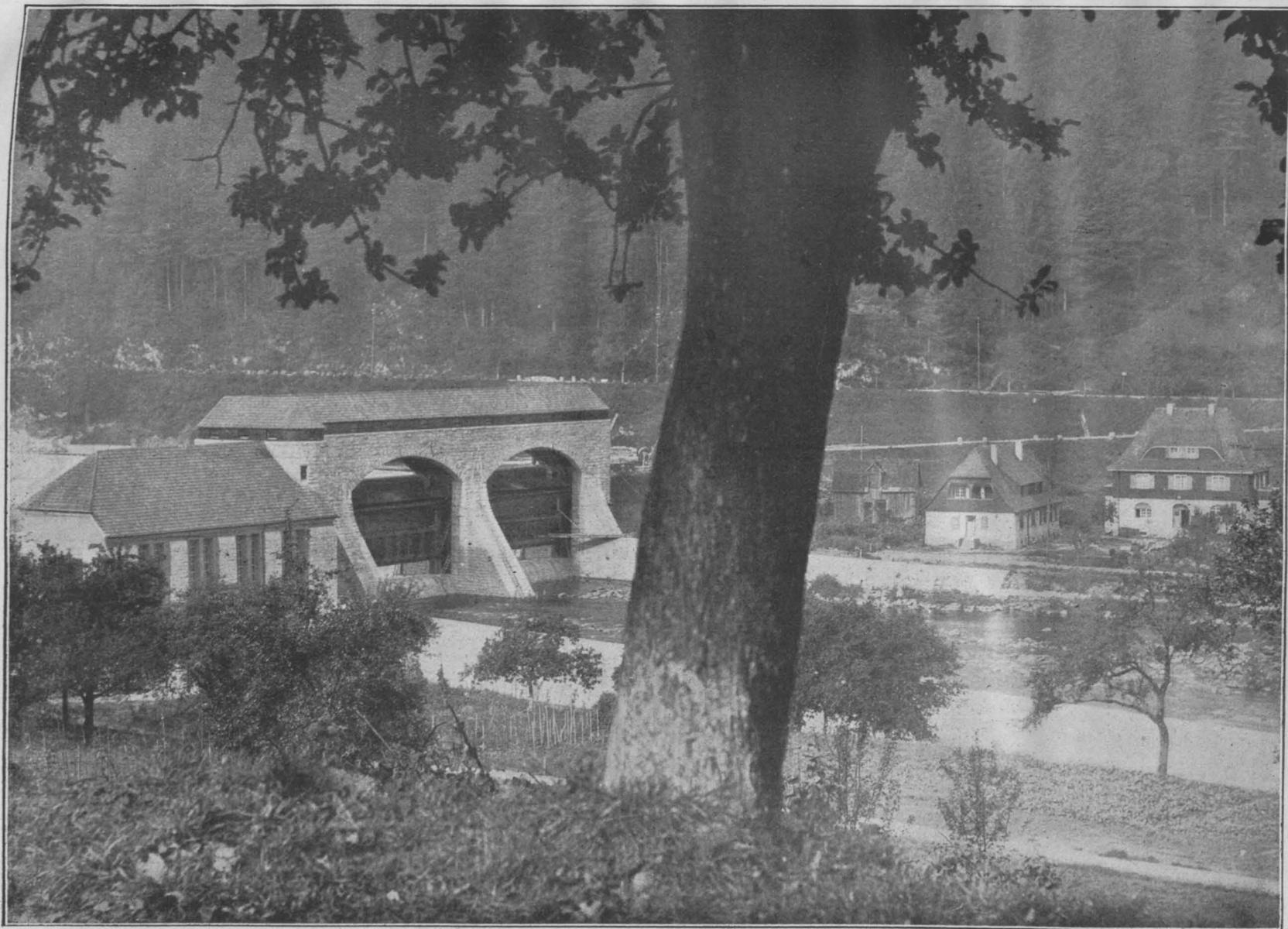
Grundriß und Chor der katholischen Kirche in Neuteich.
 Aus: Schmid. Die Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen.
 Der Kreis Marienburg. Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.



bigen und Ornamentalen zum leeren Weiß erfolgte, aus der der Geschmack, der unterdessen ein Gaukelfeld der Worte drehelnden Literaten geworden war, sich nur langsam und zögernd wieder zu einiger Farbigekeit zurück tastete. Dabei geschah es ihm, daß er unversehens wieder in die Gefilde der Stilornamentik geriet, denen er eben mit so unverhoh-

wenn sich das Lächeln der Zeit verliert. Mit der Ausschaltung, Verdrängung oder Vernachlässigung der Dekorationsmalerei ist ein Beruf gefährdet, der einstmals zu den wirksamsten Kulturträgern gehört hat und dem es zu verdanken war, daß Ideen, Fortschritt, Aufstieg auch in den Winkeln der Länder zur Geltung kommen konnten,

lenem Abscheu entflohen war.
 Der gute Wille, den Dekorationsmalern wieder zu helfen, könnte schon aus dieser Ueberlegung kräftige Nahrung ziehen. Diese Ueberlegung führt nämlich zu der Erkenntnis, daß alle diese aus Geschmacksurteilen und Geschmacksrichtungen sich ergebenden Zeitströmungen vergänglich und unveränderlich sind wie alles Fließende, daß sie nur als Verhältnismäßigkeiten aufgefaßt werden müssen, niemals als das Absolute, allein Wahre und allein Gültige. Was bleibt denn übrig von diesen Ergebnissen des Zeitgeschmackes, wenn ihre Strömung verrauscht ist? Im allerbesten Fall Museumsstücke, die nur noch literarischen Rohstoff für rückblickende Beschaulichkeit abgeben: im anderen Fall Trödelware und im Bauwesen ein Umbau und eine Neuherichtung, im Uebrigen dann Altbaumaterial. Das war aber früher auch nicht anders und man kann sich wirklich fragen, ob es notwendig war, neben allen diesen mit großem Kunstadvokatenlärm und Bergen von Druckpapier aufgepöppelten Trugbildern einen Beruf so zu bedrängen, daß die Besorgnis um seine Erhaltung nur allzu sehr begründet ist? Es ist kein beliebiger Beruf, der heute auftaucht, aus einem augenblicklichen Zeitbedürfnis geboren, und der morgen wieder verschwindet, ohne eine Lücke zu hinterlassen, und es ist auch kein Beruf, dessen Glieder ohne Weiteres aus anderen gewerblichen Feldern herbei strömen, sobald ihnen die Zeit günstig ist und die sich ebenso schnell wieder anderen Arbeitsgebieten zuwenden können.



ER ARCHITEKTONI-
SCHE AUFBAU DES
MURGWERKES IN
*** BADEN. ***

** ARCHITEKT: **
* BAUINSPEKTOR *
* H. WIELANDT *
* IN KARLSRUHE. *

*** WEHR ***
BEI FORBACH VON
DER LANDSTRASSE
AUS GESEHEN, AN-
SICHT VON FLUSS-
** AUFWÄRTS. **

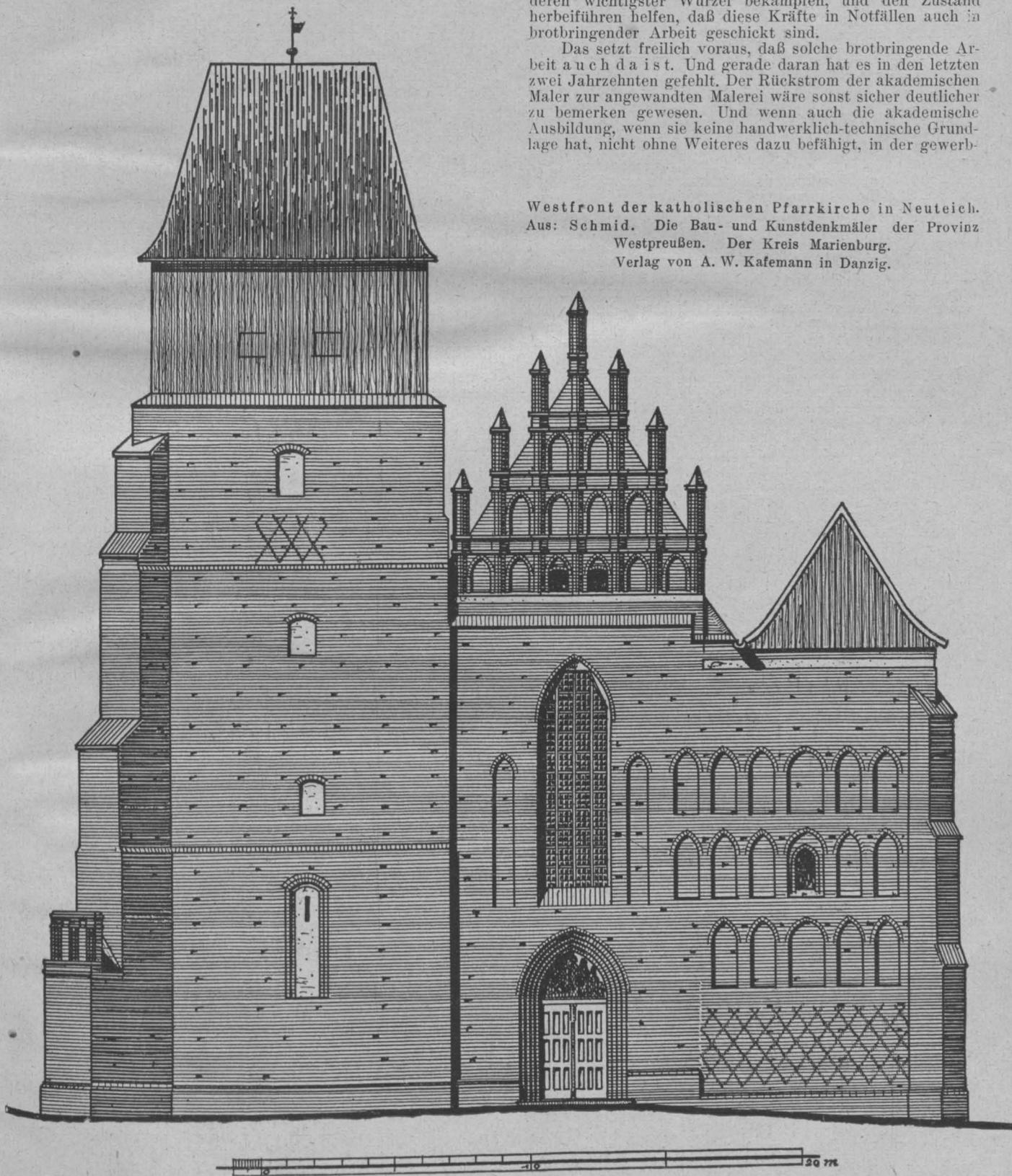
≡ DEUTSCHE ≡
* BAUZEITUNG *
54. JAHRGANG 1920.
*** NO. 3. ***

denen andere Kulturhebel auf lange Zeit noch versagt waren. Der gewerblich tätige Maler kommt meist, wenn ihm nur der Weg nicht durch die Ungunst der Zeit versperrt wird, noch heute mit einem inneren Beruf, mit auf Begabung begründeter Neigung zu seinem Gewerbe; es sind vor allen Dingen die jungen Menschen, denen der unmittelbare Weg zur Kunstmalerei, die als höchstes Ziel mehr oder weniger nebelhaft wohl allen den Beruf aus Neigung er-

Handwerk immer eingeschlagen werde. So war es früher, als der Malerberuf noch eine Einheit war und noch nicht sich in die beiden Richtungen der akademischen und der handwerksmäßigen Malerei gespalten hatte und wenn es just auch nicht mehr möglich ist, es genau wieder so zu machen, so würde doch der Entwicklungsgang durch die gewerbliche Malerei hindurch das gerade bei den akademischen Malern so stark vertretene Künstlerproletariat an deren wichtigster Wurzel bekämpfen, und den Zustand herbeiführen helfen, daß diese Kräfte in Notfällen auch in brotbringender Arbeit geschickt sind.

Das setzt freilich voraus, daß solche brotbringende Arbeit auch da ist. Und gerade daran hat es in den letzten zwei Jahrzehnten gefehlt. Der Rückstrom der akademischen Maler zur angewandten Malerei wäre sonst sicher deutlicher zu bemerken gewesen. Und wenn auch die akademische Ausbildung, wenn sie keine handwerklich-technische Grundlage hat, nicht ohne Weiteres dazu befähigt, in der gewerb-

Westfront der katholischen Pfarrkirche in Neuteich.
Aus: Schmid. Die Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz
Westpreußen. Der Kreis Marienburg.
Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.



greifenden Malern vorschwebt, aus den naheliegendsten Gründen nur durch die gewerbliche Malerei hindurch erreichbar erscheint. Das braucht ja nicht einmal ein Umweg zu sein, sondern kann vielmehr den erstrebenswertesten geraden Weg zu jenem Ziel darstellen, und schon aus der Rücksicht auf die technische und auch wirtschaftliche Gesundheit der künstlermäßigen Bildmalerei müßte man wünschen oder fordern, daß der Weg durch und über das

lichen Malerei tätig zu sein, so hätte sich dieser Umstand doch beheben lassen, wie ja die akademischen und die kunstgewerblichen Lehranstalten nach und nach immer mehr zu der Einsicht kommen, daß es ihre Aufgabe sei, auch technisches Wissen und Können zu vermitteln.

So bliebe endlich nur noch der Einwand: wo sollen die Mittel herkommen, um diese Hochflut von auf Brotarbeit wartenden Malern zu beschäftigen? Der Krieg, so könnte

es scheinen, bestärkt auf den ersten Blick sogar diesen Einwand, denn es wird, wenn erst die Folgen des Krieges in ihrem ganzen Umfang klar zu überschauen sind, vielleicht mehr als wir es schon jetzt befürchten, Sparsamkeit in allen entbehrlich erscheinenden Dingen die Losung werden. Solchen Sparsamkeits-Strömungen zum Opfer zu fallen, haben in allen solchen Zeiten zu allererst auch die Malereien als Schicksal gehabt. Aber es denkt auch Niemand daran, jene alten Zustände wieder herbeizuführen, daß Malereien so billig sind, daß sie ihre Urheber nicht mehr nähren können, wie es im 16. und 17. Jahrhundert den niederländischen Malern erging. Es denkt ebenso wenig Jemand daran, wie es die Maler selber wünschen, daß ihnen die Zeit wiederkehre, da, wie in der Gründerzeit der siebziger Jahre, die gewerbliche Malerei massenhaft gebraucht wurde, aber zu billigem Preis, und in welcher die Bewertung der angewandten Malerei so tief herabsank, daß sie gerade noch gut genug war, den damals blühenden Materialschwindel möglich zu machen, aus Gips Marmor, aus Zinkguß alte edle Bronze, aus schlechtem Holz Mahagoni her zu zaubern. Diese Zeiten sind für die Maler vorbei, wie sie in der Baukunst überwunden sind, hoffentlich für immer. Aber was hat jene Zeiten damals abgelöst und war gerade im letzten Jahrzehnt zur vollen Entfaltung gelangt? Anstelle der billigen Material-Nachahmung die brutale Echtheitsprotzerei! Keine Nachahmung mehr zu dulden war recht! Aber dafür kam nun eine prahlerische Material-Verschwendung auf, die nichts war als das andere Extrem, das von der vernünftigen Mitte ebenso weit entfernt war, wie der Materialschwindel der Gründerzeit. Der kostbare Material-Aufwand, oft für die gewöhnlichsten und alltäglichsten Zwecke, für die „Neudeutschen Kulturtempel“, der Bars, Weinstuben, Kaffeehäuser usw. war ein Kennzeichen der Zeit vor dem Krieg, deren Hinneigung zum Snobismus uns erst in diesen harten Kriegsjahren so recht zum Bewußtsein gekommen ist. Jene Zeitströmung erinnert an die Zustände im alten Rom im ersten Jahrhundert, von denen Plinius beklagt, daß eine törichte Prunkliebe herrsche, die nur noch kostbare Stoffe schätze und „die einst von Königen und Freistaaten geehrte edle Kunst der Malerei“ in tiefen Verfall habe geraten lassen. Auch damals ging unter solchen Einflüssen die Malerei, die Plinius geradezu eine absterbende Kunst nennt, auf lange Zeit zugrunde und wir stehen heute vielleicht wieder vor einer solchen Periode. In der hohen Kunst der Malerei aus kunsttheoretischen, kunstphilosophischen Gründen, in der angewandten Malerei aus eben den Ursachen, die hier geschildert sind, bereitet sich ein kultureller Absturz dieses Kunstzweiges vor, vor dem nicht so sehr der grobspekulative Wahnsinn der neuesten Richtungen in der Malerei hätte retten können, wenn ihn der Krieg mit seiner Ernüchterung nicht trotz aller kunstwissenschaftlichen Begründungen seiner „Neuen Mystik“ und so weiter von selbst kaltgestellt hätte, als vielmehr der gute Wille, der Malerei in den Bauwerken der Zeit wieder mehr Platz zu gönnen.

Vermischtes.

Im Verkehr mit unserer Redaktion bitten wir, um Verzögerungen und weitere Umstände zu vermeiden, wiederholt und dringend, geschäftliche Zusendungen aller Art nicht an eine persönliche Adresse, sondern ausschließlich richten zu wollen: „An die Redaktion der Deutschen Bauzeitung“. Nur für besondere Angelegenheiten persönlicher oder privater Natur verwende man die persönliche Adresse. —

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Von der Technischen Hochschule in Braunschweig wurde die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen: dem Kommerzienrat Ernst Amme in Braunschweig in Anerkennung seiner Verdienste um die Entwicklung des Mühlen- und Speicherbaues, dem Unterstaatssekretär August Euler in Berlin wegen seiner Verdienste um die Entwicklung des Flugwesens, dem Wasserbaudirektor Oberbaurat Wilhelm Muttray in Hannover in Anerkennung seiner Verdienste um bedeutsame Verbesserungen der deutschen Wasserstraßen, dem Oberbaurat a. D. Waldemar Suadicani in Braunsfels wegen seiner hervorragenden Leistungen auf dem Gebiet des Eisenbahnbaues.

Rektor und Senat der Technischen Hochschule Darmstadt haben auf einstimmigen Antrag der Allgemeinen Abteilung dem Mitinhaber der Schriftgießerei Gebrüder Klingspor, Hrn. Karl Klingspor in Offenbach a. M. in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um die künstlerische Buchausstattung, insbesondere um die Entwicklung der modernen Typographie, die er in unermüdlicher und zielbewußter Arbeit, mit gereif-

Es scheint, als wenn das Vertrauen auf den guten Willen nicht ganz aussichtslos sei. Denn mit der Material-Protzerei wird es wohl nach dem Krieg so sein, daß sie nur noch einzelnen reich gewordenen Kriegswucherern zu Gebot steht. Die vermögenden Kreise, denen der Krieg nicht ein glänzendes Geschäft bedeutet hat, werden ebenso sparen müssen, wie Staat und Gemeinden es bei ihren Bauaufgaben nun zu tun gezwungen sind. Deshalb braucht die angewandte Malerei sich nicht gleich wieder zu einem Imitationsgewerbe zu entwickeln, wenn ihre Arbeit an die Stelle der „einst“ angewendeten kostbaren Materialien gesetzt wird; deshalb braucht sie auch nicht die Tapete durchaus verdrängen und sie wird doch wieder zu neuer Geltung kommen können.

Ein Umstand aber wird ihr besonders förderlich sein, wenn die gewerblichen Maler den Zeitpunkt nicht verpassen und bei den Baufachleuten nur ein wenig guter Wille ist: im künftigen Kleinbau stecken viele Aufgaben für das Malergewerbe. Ihr Geldwert braucht nicht die Kaufkraft des Kleinwohners zu überschreiten und wenn es doch für den ersten Augenblick eine fühlbare Aufwendung sein sollte, die in der Malerrechnung steckt, so muß man dabei bedenken, daß der Kleinwohner zu seinem Heim ein ganz anderes, ein dauernderes Verhältnis hat, als der Bewohner der großstädtischen Mietkaserne. Diese hat den gewerblichen Maler in den Großstädten überhaupt erst in so großer Zahl möglich gemacht, aber sie ist ihm wenig treu geblieben und wenn nicht immerfort neue Wohnhäuser in den Städten gebaut werden, spürt es besonders das Malergewerbe sowohl an seinem Beschäftigungsgrad, als auch an seiner wirtschaftlichen Verfassung in Hinsicht auf die Art der Betriebe und den Wert der geleisteten Arbeit. Welcher Mietkasernenbewohner in einer Großstadt wendet noch irgend etwas Nennenswertes aus eigenen Mitteln für die von ihm gemietete Wohnung auf und welcher Vermieter ist bereit, größere Aufwendungen an Malerarbeiten zu machen, als er gerade muß, um die Wohnung vermietbar zu halten?

So kommt vielleicht die Zeit der angewandten Malerei selbst zu Hilfe, um ihr wieder den Spielraum zu gewähren, dessen sie bedarf, um nicht nur ihren Stillstand und Verfall aufzuhalten, sondern auch, um sich wieder aufwärts zu entwickeln. Die gewerblichen Schulen sind da, um diese Aufwärts-Entwicklung zu fördern; diese Schulen werden vor eine bange Frage gestellt, wenn die Aufträge fehlen, welche die geschulten und ausgerüsteten Maler haben müssen, die ihrem Beruf treu bleiben wollen. Mittel für diese Aufträge können vielleicht auch in diesen Zeiten des Sparens da sein, denn von allen Künsten, die ein Bauwerk, sei es Palast oder Einfamilienhaus, mit Augenweide auskleiden, wird immer die Bemalung die sein, die sowohl am leichtesten auf die Wünsche des Bauherrn eingeht, als auch mit guter Wirkung und Dauerhaftigkeit verhältnismäßige Wohlfelheit verbinden kann. Die Maler warten also auf den guten Willen der Bauenden. —

tem künstlerischen Verständnis, durch Herstellung neuer von bedeutendsten Künstlern entworfenen Druckschriften ungemein bereicherte und in neue Bahnen lenkte, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. —

Rückgabe von Prüfungsarbeiten. Unter Beziehung auf § 27 Absatz 7 der preußischen Prüfungs-Vorschriften vom 13. Nov. 1912 werden die Regierungsbaumeister, die 1914 die Staatsprüfung bestanden haben, sowie die Regierungsbauführer, die in dieser Zeit die häusliche Probearbeit eingereicht, nachher die Staatsprüfung jedoch nicht bestanden haben oder in die Prüfung nicht eingetreten sind, durch das preußische „Technische Oberprüfungsamt“ aufgefordert, die Rückgabe ihrer für die Prüfung eingereichten Zeichnungen nebst Mappen und Erläuterungsberichten usw. zu beantragen. Die Arbeiten, deren Rückgabe bis zum 1. April 1920 nicht beantragt ist, werden zur Vernichtung veräußert.

In dem schriftlichen Antrag sind die Vornamen und bei den Antragstellern, die die Staatsprüfung bestanden haben, Tag, Monat und Jahr des Prüfungszeugnisses anzugeben. Die Rückgabe wird entweder an den Verfasser der Probearbeit oder an dessen Bevollmächtigten gegen Empfangsbestätigung erfolgen, auch kann die kostenpflichtige Rücksendung durch die Post beantragt werden. —

Ausstattung der sächsischen Schlösser mit Gemälden der Dresdener Galerie. In den Aufbewahrungsräumen der Gemäldesammlung in Dresden befindet sich eine große Zahl von Werken, die aus Raummangel der Öffentlichkeit bisher entzogen werden mußten. Da der Neubau eines Galerie-Gebäudes vorläufig eingestellt worden ist, so ist der Plan

entstanden und zu begrüßen, die mehr als 700 Gemälde auf die Albrechtsburg in Meißen, das frühere königliche Schloß in Dresden, das Taschenberg-Palais daselbst und das Pillnitzer Schloß zu verteilen und sie hier und in Zusammenhang mit den künstlerisch durchgeführten Räumen selbst der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. —

Die neue Zusammensetzung der preußischen Akademie des Bauwesens. Anstelle von gestorbenen oder freiwillig zurück getretenen Mitgliedern sind zahlreiche neue Persönlichkeiten Groß-Berlins in die preußische Akademie des Bauwesens berufen worden, und zwar

in die **Hochbau-Abteilung** die Hrn.: Geh. Oberbaurat Paul Böttger, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. von Falke, Architekt Albert Gessner, Geh. Baurat Kickton, Reg.-Baumeister Prof. Mebes, Architekt Prof. Möhring und Reg.- u. Baurat Nitze;

in die **Ingenieur-Abteilung** die Hrn.: Ministerialdirektor Anger, Geh. Baurat Contag, Geh. Brt. Kemmann, Ministerial-Direktor Krause, General-Direktor Geh. Brt. Schrey, Geh. Brt. Prof. de Thierry und Geh. Ob.-Brt. Tincauzer.

Außerdem wurden zu auswärtigen Mitgliedern neu ernannt die Hrn. Prof. Bonatz in Stuttgart, Prof. Dr. Theodor Fischer in München, Baudirektor Dr.-Ing. Schumacher in Hamburg und Geh. Baurat Dr.-Ing. Steinbrecht in Marienburg für die Hochbau-Abteilung, Direktor Dr.-Ing. Sorge in Magdeburg-Buckau für die Ingenieur-Abteilung.

Die Zusammensetzung der gesamten Körperschaft ist nunmehr die folgende: Der Hochbau-Abteilung gehören an 14 ordentliche und 15 außerordentliche einheimische, ferner 10 auswärtige (Ehren-) Mitglieder. Unter den 29 Einheimischen befinden sich 10 Staatsbeamte: Böttger, Fürstenau, Hesse, Kickton, Lutsch, Rüdell, August Schultze vom Kriegsministerium, Richard Schultze vom Kultusministerium, Thür und Ueber (davon 6 leitende Beamte des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten). Ferner 4 Hof-, Gemeinde- und Bankbeamte, nämlich Geyer, Ludwig Hoffmann, Seeling und Nitze; 4 Hochschullehrer: Bestelmeyer, Borrmann, Hartung und F. Wolff; 9 nichtbeamtete Architekten: Albert Gessner, Jürgensen, Körte, Mebes, Möhring, Saran, Schwechten, Stübben und Wittig; schließlich 1 Maler Artur Kampf und 1 Kunstgelehrter v. Falke.

Die Ingenieur-Abteilung besteht aus 14 ordentlichen und 16 außerordentlichen einheimischen, ferner 10 auswärtigen Mitgliedern. Die 30 Einheimischen verteilen sich wie folgt: 12 Wasserbauer und Meliorations-Techniker, nämlich Contag, Exc. v. Dömming, Eich, Gerhardt, Keller, Fr. Krause (Stadtbaurat), Mönch, v. Münstermann, Nolda, Sympher, de Thierry und Tincauzer; 2 Brückenbauer: Müller-Breslau und Zimmermann; 8 Eisenbahner: Blum, Dorner, Emil Hoffmann, Hoogen, Kemmann, Krause (Ministerial-Direktor), Sarre und Exc. Wiesner; schließlich 8 Maschinenbauer und Elektrotechniker: Anger, v. Borsig, Klingenberg, Karl Müller, Schrey, Seydel, Excellenz Wichert und Wittfeld. Darunter befinden sich, abgesehen von den Beamten im Ruhestand, nur sechs Privatingenieure (v. Borsig, Contag, Kemmann, Klingenberg, Schrey und Seydel).

Es könnte der Bedeutung der Akademie nur zuträglich sein, wenn darauf Bedacht genommen würde, in beiden Abteilungen die Zahl der nichtbeamteten Mitglieder noch stärker, als es durch die letzten Ernennungen in mäßigem Umfang bereits geschehen ist, zu vermehren.

Der Unterschied zwischen ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern ist sachlich bedeutungslos; er beruht im Wesentlichen auf der Dauer der Zugehörigkeit zur Akademie.

Präsident der Akademie und Dirigent der Ingenieur-Abteilung ist gegenwärtig Ministerial- und Oberbaudirektor Dr.-Ing. Sympher, Dirigent der Hochbau-Abteilung Geh. Oberbaurat Dr.-Ing. Stübben.

Die auswärtigen Ehren-Mitglieder sind bei der Hochbau-Abteilung die Hrn. Bonatz in Stuttgart, Dörpfeld in Jena, Theod. Fischer, Gräßel und v. Thiersch in München, Exzellenz Hinckeldeyn in Lübeck, von Hoven in Frankfurt a. M., Schumacher in Hamburg, Steinbrecht in Marienburg und Tornow in Chazelles bei Metz; bei der Ingenieur-Abteilung die Hrn. von Bach und Kittel in Stuttgart, Engels und Ulbricht in Dresden, Engesser in Karlsruhe, von Miller in München, Rehder in Lübeck, von Rieppel in Nürnberg, Riese in Frankfurt a. M. und Sorge in Magdeburg-Buckau. —

W.

Technische Beigeordnete für Essen. Die Stadt Essen an der Ruhr, mit einer Einwohnerschaft von 450 000 Seelen, die sich bei den geplanten Bergarbeiter-Siedlungen stark vermehren wird, sodaß Essen nach Köln die größte Stadt Westdeutschlands sein wird, hat die Stellen für 3 Beigeordnete neu zu besetzen. Das Gehalt beträgt 10 000—20 000 M. Hierzu treten die üblichen Zuschüsse. Für die Stelle des Ersten Beigeordneten, dessen Tätigkeit der des zweiten Bürgermeisters in Städten mit Magistrats-Verfassung entspricht, kommt ein hervorragend bewährter Verwaltungsfachmann in Frage. Es ist dabei also anscheinend ein im Verwaltungsfach ausgezeichnete Techniker nicht ausgeschlossen. Der Erste Beigeordnete hat die ständige Vertretung des Oberbürgermeisters. Als Beigeordnete für den Hochbau wird zu leitender Stellung eine Persönlichkeit mit reicher praktischer Erfahrung im Hochbauwesen und mit Neigung zur Verwaltungsarbeit gesucht. Für die Stelle des dritten Beigeordneten wird eine Berufsvorbildung nicht vorgeschrieben, sodaß also auch hier ein Techniker in Frage kommen könnte. Es wird jedoch mit Rücksicht auf die Zusammensetzung der Stadtverordneten-Versammlung bei sonst gleicher Befähigung einem Bewerber mit katholischer Weltanschauung der Vorzug gegeben. —

Wettbewerbe.

Wettbewerb Domanbau Bremen. Wir erhalten eine Mitteilung der „Bremer Nachrichten“ vom 31. Dez. 1919, die ausführt, der Kirchenvorstand der Domgemeinde in Bremen habe entsprechend der Empfehlung des Preisgerichtes die 6 Preisträger des Wettbewerbes zu einem neuen engeren Wettbewerb mit Frist zum 15. Febr. 1920 eingeladen. Es solle mit aller Kraft darauf hingearbeitet werden, den Bau sobald wie möglich in Angriff zu nehmen, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Das hänge jedoch von der noch nicht ganz geklärten Finanzlage ab.

Gegen die baldige Inangriffnahme des Bauwerkes wäre dann sicher nichts einzuwenden, wenn sich die mit der Neuerrichtung des Dom-Anbaues verbundenen städtebaulichen Fragen, die, wie wir ausführten, für diese Stelle Bremens von besonderer Wichtigkeit sind, so schnell klären lassen, daß sie beim engeren Wettbewerb berücksichtigt werden können, damit nicht einst die Enkel dem jetzigen Geschlecht den Vorwurf machen könnten, eine Gelegenheit nicht wahrgenommen zu haben, als es noch Zeit war, die städtebauliche Ausgestaltung des monumentalen Mittelpunktes von Bremen zu vollenden. Wie steht es in dieser Beziehung? —

Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Revolutions-Denk Münze, den der Frankfurter Kunstverein zum 10. Mai 1920 erlassen hat, sieht einen I. Preis von 6000 M., einen II. von 4000 M., einen III. von 3000 M., einen IV. von 2000 M., drei V. von je 1000 M. und vier VI. Preise von je 500 M. vor. Verlangt wird ein prägefertiger Entwurf der Vorder- und der Rückseite von 75 mm Durchmesser. Die Ausführung erfolgt in Bronze in 50 mm Durchmesser nach einem der mit den ersten vier Preisen gekrönten Entwürfe. Die Erläuterung sagt: „Wie die Entwicklung auch kommen mag, diese Tage werden einen großen Abschnitt der deutschen Geschichte bedeuten; daß sie so, d. h. als Schicksal empfunden wurden, soll die Denkmünze einmal den Enkeln sagen.“ —

Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen und Musterstücken zu Beleuchtungskörpern aus zeitgemäßen Werkstoffen (S. 8 d. J.) zerfällt in zwei Abteilungen. Zur ersten Abteilung sind geometrische Entwürfe 1:5, schwarz-weiß oder farbig, einzureichen; zur zweiten Abteilung fertige Beleuchtungskörper in natürlicher Größe und möglichst aus den für die Massenanfertigung in Aussicht genommenen Stoffen und künstlichen Färbungen. In der ersten Abteilung gelangen ein I. Preis von 300 M., zwei II. Preise von je 200 M. und zwei III. Preise von je 150 M. zur Verteilung. In der zweiten Abteilung sind die Preise höher; es gelangen zur Verteilung ein I. Preis von 1000 M., zwei II. Preise von je 750 M. und zwei III. Preise von je 500 M. Ein Ankauf von Entwürfen für je 100 M. und von Musterstücken nach Vereinbarung ist vorbehalten. Unter den Preisrichtern befinden sich die Hrn. Architekt Prof. Eugen Beck, Kunstschlosser Friedrich Lang, Ob.-Brt. Max Läger, Bildhauer Prof. Georg Schreyögg und Arch. Wilh. Vittali, sämtlich in Karlsruhe. —

Im Wettbewerb der städtischen Kunstdeputation in Berlin zur Erlangung von Entwürfen für Grabdenksteine und Schöpfbrunnen einer Berliner Aschenbeisetzungs-Anlage und für Ziertrinkbrunnen waren insgesamt 164 Arbeiten eingegangen. An Stelle des verhinderten Bildhauers Prof. Rauch war Bildh. Prof. Aug. Vogel in das Preisgericht eingetreten. Für Grabdenksteine erhielten: den I.

Preis von 3000 M. der Entwurf „Abend“ der Hrn. Arch. Erich Richter in Steglitz mit Bildhauer Herm. Müller in Schmargendorf; den II. Preis von 1500 M. der Entwurf „Alt-Berlin“ des Hrn. Bildhauer Hans Jenckel in Friedenau; den zweiten II. Preis von 1500 M. der Entwurf „Aschensteine“ des Hrn. Bildhauer Albert Krämer in Berlin. Für je 1000 M. wurden angekauft die Entwürfe „Den Toten“, der Hrn. Reinhard Jende und R. Elster in Berlin; „Steinern“ des Hrn. Arch. Erich Richter in Steglitz; „Herbst“ der Bildh. Karl Maass und M. Blichmann in Berlin; „Trauer“ des Hrn. Bildh. Eberh. Encke in Berlin und „Friede“ des Hrn. Bildh. Rob. Saake in Halensee. Für 500 M. wurde angekauft der Entwurf „Urne und Aschenkasten“ des Hrn. Bildh. W. Lemke in Berlin.

Für Schöpfbrunnen an einer 2,2 m hohen Mauer erhielten: den I. Preis von 2000 M. der Entwurf „Ander Quelle“ des Hrn. Rob. Elster in Berlin; den II. Preis von 1500 M. der Entwurf „Octopus“ des Hrn. Bildhauer Ernst Westfahl in Berlin, und den III. Preis von 1000 Mark der Entwurf „Herbst“ der Hrn. Bildh. Karl Maass und M. Blichmann in Schmargendorf. Für 500 M. wurden angekauft die Entwürfe „Kriegsgefangenen-Sendung“ des Hrn. Bildh. Walter Hauschild in Grunewald und „Atom“ des Hrn. Bildh. Paul Eschert in Wilmersdorf.

Für Schöpfbrunnen an einer 1 m hohen Hecke erhielten: Den I. Preis von 2000 M. der Entwurf „Ander Hecke“ des Hrn. Rob. Elster in Berlin; den II. Preis von 1000 M. der Entwurf „Steinwerk“ des Hrn. Karl Rhein in Berlin und einen weiteren II. Preis von 1000 M. der Entwurf „Einsam“ des Hrn. Eberh. Encke in Wilmersdorf.

Für Ziertrinkbrunnen auf dem Hof der Oberrealschule an der Pasteur-Straße in Berlin erhielten: den I. Preis von 2000 M. der Entwurf „Harpokrates“ des Hrn. Bildh. Otto Placzek in Berlin; den II. Preis von 1000 M. der Entwurf „Sturmvogel“ des Hrn. Bildh. Karl Müller-Kolms in Charlottenburg; einen weiteren II. Preis von 1000 M. der Entwurf „Beerberg“ des Hrn. Bildh. Otto Hill in Charlottenburg. Für 500 M. wurden angekauft die Entwürfe „Atlaskinder“ des Hrn. Bildh. Encke in Wilmersdorf, und „Himmels- und Erdkugel“ des Hrn. Bildh. Walter Hauschild in Grunewald.

Für Ziertrinkbrunnen auf dem Hof der Gemeinde-Doppelschule an der Tegeler-Straße erhielten: den I. Preis von 2000 M. der Entwurf „Kinderfreuden“ des Hrn. Bildh. Otto Placzek in Berlin; einen II. Preis von 1000 M. der Entwurf „November“ des Hrn. Bildh. Seidenstücker in Wilmersdorf; einen weiteren II. Preis der Entwurf „Sprudel“ des Hrn. Bildh. Otto Wenzel in Friedenau.

Im Plakatwettbewerb des Landesgewerbe-Museums in Stuttgart für das „Gelbe Blatt“ erhielten: den I. Preis von 1000 M. Valent. Zietara in München; den II. Preis von 600 M. Adolf Uzarski in Düsseldorf. Zwei III. Preise von je 300 M. fielen an Hans Boht in Leipzig und V. Zietara in München. Für je 100 M. wurden angekauft die Entwürfe von Georg Hoffmann in Stuttgart und Rich. Bender in Eßlingen.

Im Preisausschreiben des Rates von Dresden betr. Bebauungspläne und Entwürfe für ein Dienstgebäude des Zentralarbeitsnachweises waren 65 Bearbeitungen eingelaufen. 5 Entwürfe hatten die Bebauung des Geländes in der Vorstadt Cotta zum Gegenstand. Ein II. Preis von 1500 M. fiel dem Entwurf „Wintersonne“ des Architekten Johannes Böhme, ein III. Preis von 1000 M. dem Entwurf „Neon“ der Architekten Kurt Bärbig und Max Schöne, ein weiterer III. Preis von 1000 M. dem Entwurf „Wohnungsbau“ des Architekten Erich Hartmann zu. Für die Bebauung des Geländes in Dresden-Neustadt NW. waren 2 Entwürfe eingelaufen. Ein III. Preis von 1000 M. wurde dem Entwurf „Rhythmus“ des Fräuleins Gertrud Lincke zugesprochen. Für die Bebauung des Geländes der Vorstadt Trachau waren 4 Entwürfe eingelaufen. Einen II. Preis von 1500 M. errang der Entwurf „Kirchplatz“ des Architekten Max Krautschick, einen III. Preis von 1000 M. der Entwurf „Neue Stadt“ des Architekten Johannes Ulbricht. Zum Ankauf für 500 M. wurde empfohlen der Entwurf „Dem dringendsten Bedürfnis“ des Architekten Carl Baer.

Die meisten Entwürfe hatte das Dienstgebäude für den Zentralarbeitsnachweis auf sich vereinigt: 54. Unter ihnen errang den I. Preis von 3500 M. der Entwurf „Arbeitswille“ des Architekten Paul Löffler; den II. Preis von 3000 M. der Entwurf „Arbeit“ des Architekten Ernst Ufer, den III. Preis von 2500 M. der Entwurf „Hephästos“ des Architekten Hans

Richter, den IV. Preis von 2000 M. der Entwurf „Kampf ums Dasein“ des Architekten Emil Wolf, den V. Preis von 1500 M. der Entwurf „Arbeit“ des Architekten Arnulf Schelecher und der VI. Preis von 1000 M. der Entwurf „Schlicht“ des Architekten F. Voretzsch. Für je 500 M. wurden zum Ankauf empfohlen die Entwürfe „Bienenstock“ der Architekten Wilh. Preschany und Otto Heidel, „Wer Arbeit sucht“ des Reg.-Bmstr. Rumpel, „Notstandsarbeit“ des Architekten Carl Seifert unter Mitarbeit des Architekten Fritz A. Franz, „Stadtwappen“ des Architekten Max Krautschick, „Vorhof“ des Architekten Aug. Schultzik, „Haus der Arbeit“ des Architekten Jos. Otto Schreiner, „Arbeit“ des Architekten Erich Hartmann, „Semper juvenis“ des Architekten Willy Schubert, „Freygeist“ des Architekten Karl Rummrich, „6 M. pro Tag“ des Architekten Otto Eberhard, „Eva“ des Architekten Kurt Bärbig, „Neues Leben“ des Architekten Georg Herzog unter Mitarbeit des Architekten Felix Müller, „Z. A. N. J.“ des Architekten Hans Adam und „Musik“ des Architekten Willy Ahnert.

Im Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Kriegsmal für Ulm waren 60 Arbeiten eingelaufen. Den I. Preis gewann Prof. Veil in Aachen, den II. und III. Preis Reg.-Bmstr. Unsel in Ulm. Je ein IV. Preis fiel an Bauwerksmeister Lorenz, Architekt Häberle und Reg.-Bmstr. Unsel. Angekauft wurden Entwürfe von Architekt Rettich, Bildhauer Schäfer und Bildhauer Wöhrle, sämtlich in Ulm.

Im Wettbewerb städtisches Verwaltungsgebäude am Unteranger in München, hat das Preisgericht, dem als Architekten die Hrn. Ob.-Brt. Fritz Beblo, städt. Bauamtmann, August Blössner, Akademie-Professor Richard Berndl, Prof. Dr.-Ing. h. c. Theodor Fischer, Prof. Dr.-Ing. h. c. Hans Grässel und städt. Baurat R. Rehlen angehören, neben der Zuerkennung der Preise auch den Ankauf von 15 Entwürfen für je 500 M. vorgeschlagen; der Stadtrat hat dem Antrag des Preisgerichtes entsprochen und den Ankauf vollzogen. Die angekauften Entwürfe und deren Verfasser sind: „Städtebau“ von Prof. O. O. Kurz; „Blumenanger“ von Prof. Dr. Emanuel von Seidl; „Platzdominante“ von Prof. O. O. Kurz mit Reg.-Bmstr. J. Rosenthal; „Videant Consules“ von Matth. Feller; „Stadtbauamt“ von Wilh. Fläschenträger und Fritz Norkauer; „V. G.“ von Dipl.-Ing. Friedrich; „Reflexion“ von Oskar Scharff; „Strom“ von Prof. P. L. Trost; „Quadratmeter“ von Reg.-Bmstr. Heinrich Bergthold; „Drei Häuser“ von Forstener & Schmidbauer mit Dipl.-Ing. Döllgast; „Altera Pars“ von Reg.-Bmstr. Dr.-Ing. Franz Schwäbl; „S. V. G.“ von einem unbekanntem Verfasser; „Lauben“ von Dipl.-Ing. E. List mit Dipl.-Ing. Joh. Reuter; „Traditio sine qua non“ von Prof. O. Biber und W. Holweck; „Je länger, je lieber“ von Wilh. Scherer.

In einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Altersheim in Müllrose, erlassen unter den Mitgliedern des „Bundes Deutscher Architekten“ im Landesbezirk Brandenburg, liefen 40 Arbeiten ein. Den I. Preis erhielt Hr. Arch. Carl Oettinger in Berlin-Lichterfelde; den II. Preis Hr. Arch. Herm. Werle, gleichfalls in Berlin-Lichterfelde; den III. Preis die Hrn. Professoren Reinhardt & Süßenguth in Charlottenburg; den IV. Preis Hr. Arch. Fritz Haymann in Berlin; den V. Preis Hr. Arch. Jac. Sedelmeier in Berlin und den VI. Preis Hr. Arch. Jürg. Bachmann in Berlin-Lichterfelde.

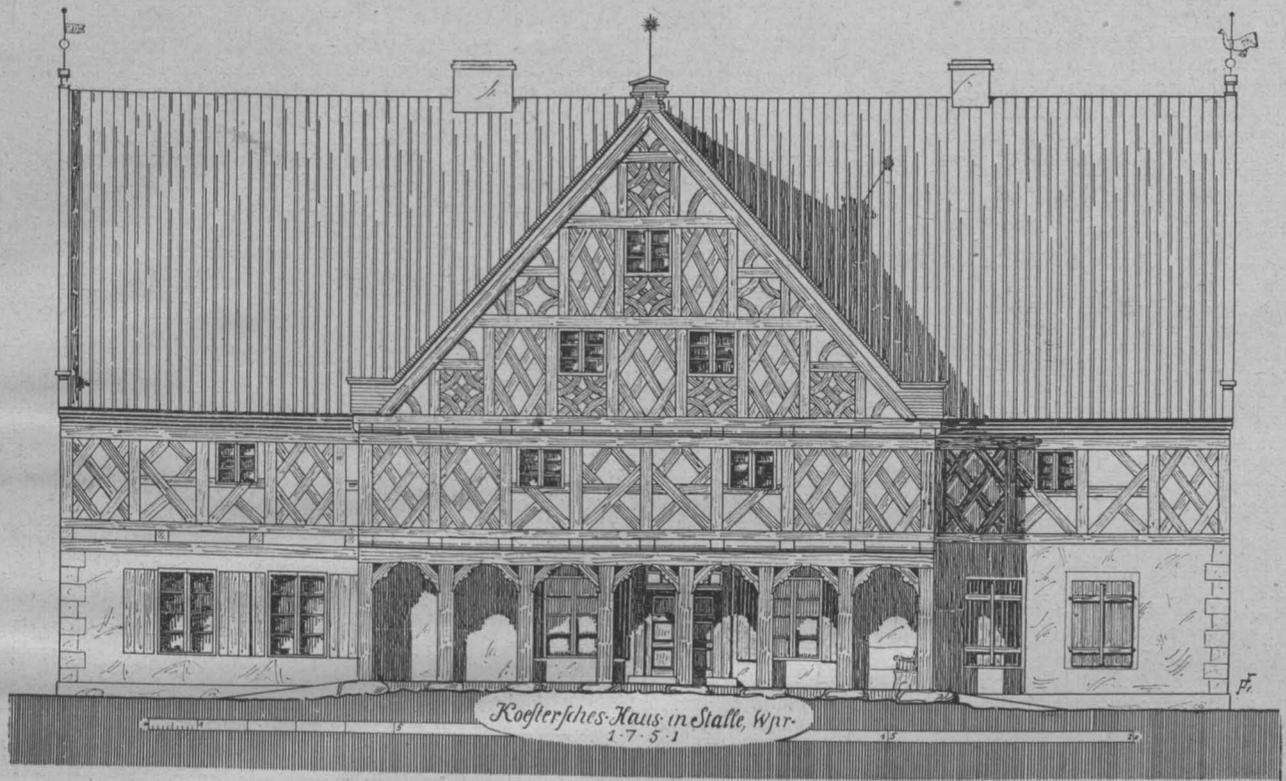
Im Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Parkschenke auf dem Lohrberg bei Frankfurt a. M. erhielt den I. Preis der Entwurf des Architekten O. Fucker, den II. Preis der des Architekten Will Creß, beide in Frankfurt a. M.

Im Wettbewerb um den Rom-Preis der Akademie der schönen Künste in Paris (Ecole des beaux-arts) blieb in diesem Jahr an erster Stelle der Architekt Carlu aus Bonnières (Dep. Seine-et-Oise) siegreich. Die Aufgabe war der Entwurf eines Palastes für den Völkerbund in Genf.

Inhalt: Die Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen. — Architekt und Dekorationsmaler. — Vermischtes. — Wettbewerbe.

Hierzu eine Bildbeilage: Der architektonische Aufbau des Murgwerkes in Baden.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



Das Koester'sche Haus in Stalle aus dem Jahr 1751. Aus: Schmid, Die Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen. Der Kreis Marienburg. Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

54. JAHRGANG. NO 4. BERLIN, DEN 14. JANUAR 1920.

*** HERAUSGEBER: DR.-ING. h. c. ALBERT HOFMANN. ***
 Alle Rechte vorbehalten. Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

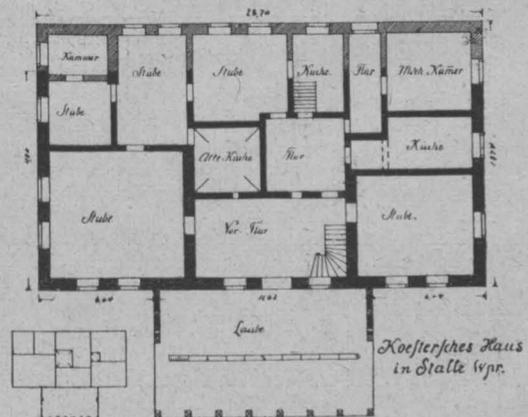
Die Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen.

(Fortsetzung statt Schluß.) Hierzu die Abbildung S. 23.

Unter den Denkmälern der Baukunst stehen, wenn man Schloß und Stadt Marienburg ausschließt, die Kirchen der ländlichen Ortschaften an der Spitze. Nach deutlichen Ueberresten zu schließen, waren die ältesten aus Fachwerk erbaut und hatten die Form schlichter Saalbauten auf rechteckigem Grundriß bei 200—250 Stehplätzen. Sie führen in die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts zurück, aus welcher Zeit wohl auch schon einige Turmbauten stammen. Unter den Massivkirchen aus Ziegeln scheint der Chor der Notzendorfer Kirche das älteste Bauwerk zu sein; er dürfte in die ersten Jahre Luthers von Braunschweig (1314—1331) zurück gehen. An diesen Kirchen der Frühzeit ist der architektonische Aufwand noch sehr gering; zuweilen fehlen jeder Formstein, jede reichere Gliederung. Dafür entstehen ansehnliche, weiträumige Kirchenschiffe. Keine dieser Anlagen hat einen massiven Turm; die Kirchen des Kulmer Landes sind zum Teil heute noch turmlos. Statt des Turmes wurden hohe, hölzerne Glockenstühle auf niedrigen massiven Unterbauten errichtet.

Nach und nach entwickelt sich aus der einfachen Form nach dem Bedürfnis die reichere aus Schiff, Sakristei, Vorhalle und Turm, alles im Charakter einer Landkirche. Gleichzeitig aber läßt sich die Uebernahme reicher Formen der städtischen Kirchen beobachten (S. 22). Dieses Bestreben fällt in die Zeit, da der Orden die alte Konventskirche in der Marienburg erweiterte und mit dem in jener Gegend seltenen vieleckigen Chorabschluß versah. „Mehr als die anderen, damals auch umgebauten Teile des Schlosses muß dieser Kirchenbau auf die Zeitgenossen Eindruck gemacht haben, und aller Wahrscheinlichkeit nach berief man die damals in Marienburg tätigen Meister aufs Land zum Bau von Kirchen in einigen wohlhabenden Pfarrgemeinden. Es sind die Kirchen in Groß-Lichtenau, Tiege und Fischau; ihr Programm umfaßt den mehrseitig geschlossenen Chor, ein dreiteiliges Schiff, die Sakristei, die Vorhalle und den Westturm — alles massiv und Chor und Schiffe für Wölbung bestimmt.“ Die bedeutendste dieser Anlagen ist die Pfarr-

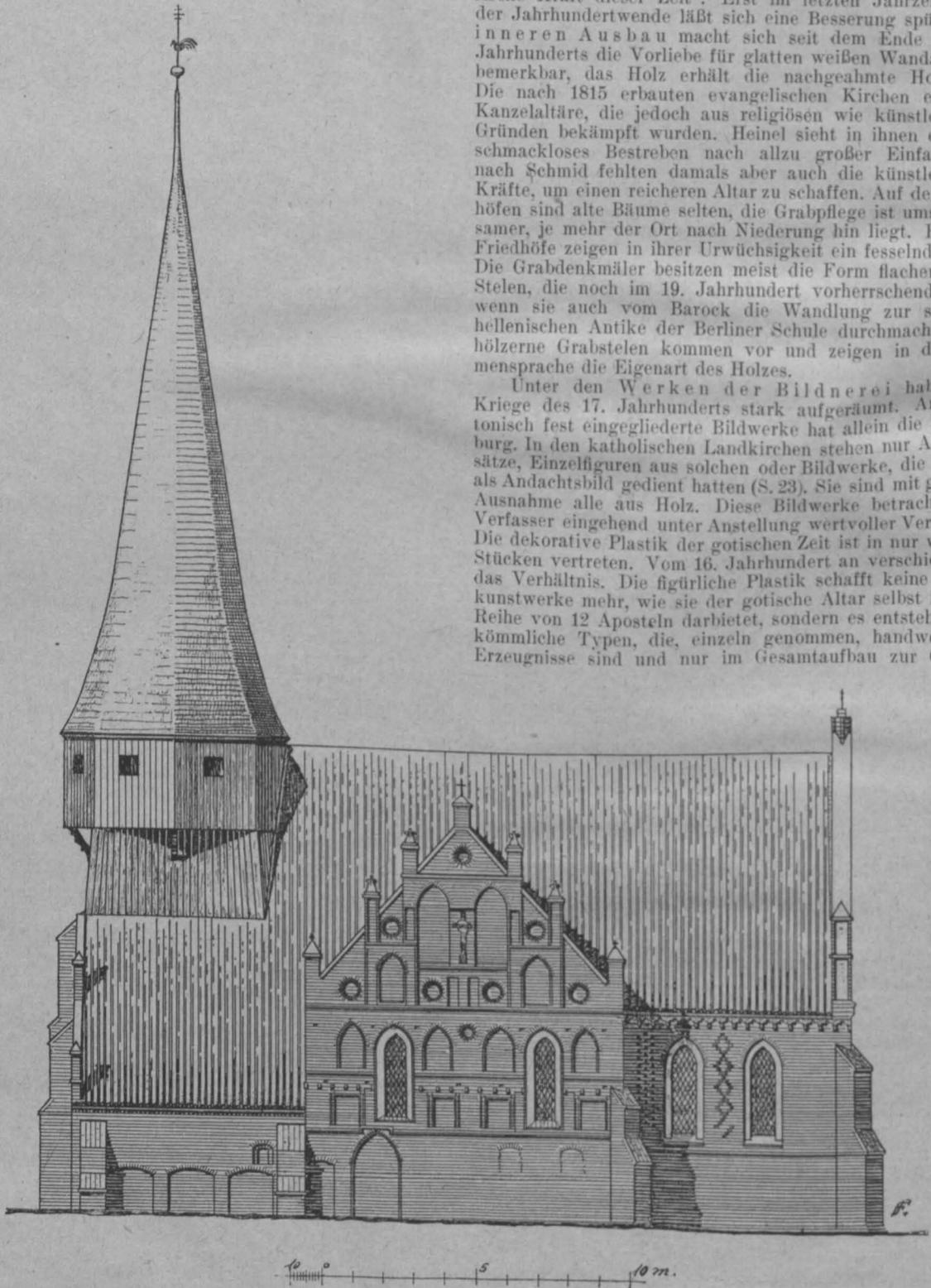
kirche von Neuteich, deren Gründungsjahr mit 1329 angegeben wird (S. 15, 16 und 17). Der Chor ist im halben Achteck geschlossen; die Anlage ist dreischiffig, der Aufbau basilikal, eine im Ordensland seltene Anordnung, welche in gleicher Weise wie die unsymmetrische Westfront die Selbständigkeit des Baumeisters zeigte. Mit keiner dieser Kirchen aber läßt sich der Name eines Baumeisters in Verbindung bringen, wenn schon schriftliche Ueberlieferungen gewisse Schlüsse zulassen. Um die Mitte des 15. Jahrhunderts schließt die erste Periode des Kirchenbaues ab. Baustoff für diese Kirchen ist abgesehen von den ältesten Fachwerkbauten der hochrote Handstrichziegel; Granit kommt nur sehr spärlich und nur im Fundament vor. Es wird ein Unterschied gemacht zwischen „turris“, dem massiven Turmbau, und „campanile“, dem hölzernen Glockenstuhl neben der Kirche. Das Innere hatte nur selten Gewölbe; das Sterngewölbe der Kirche in Neuteich (S. 16) entstand erst im 16. Jahrhundert. Die Kirchhöfe waren ursprünglich wohl mit gemauerten Einfriedigungen versehen; heute sind nur



Holzzäune vorhanden. Die Lage der Kirche im Ortsbild ist von der Siedlungsform abhängig; es überwiegt bei weitem das Straßendorf. Der Dorfanger hebt sich klar aus dem Dorfplan heraus; an ihm liegen heute noch der Kirchhof, die Schulhäuser, der Krug und zuweilen auch kleinere Privathäuser. Wo das Straßendorf keinen ausgesprochenen

Im 16., 17. und 18. Jahrhundert ruht die kirchliche Bautätigkeit fast ganz oder ist doch sehr spärlich. Das 19. Jahrhundert bringt nach den Befreiungskriegen eine regere Bautätigkeit, die aber künstlerisch sehr bescheiden ist. Die Entwürfe zeigen den Einfluß städtischer Architekten; die Bauten sind lediglich interessant „für die geringe schöpferische Kraft dieser Zeit“. Erst im letzten Jahrzehnt vor der Jahrhundertwende läßt sich eine Besserung spüren. Im inneren Ausbau macht sich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts die Vorliebe für glatten weißen Wandanstrich bemerkbar, das Holz erhält die nachgeahmte Holzfarbe. Die nach 1815 erbauten evangelischen Kirchen erhielten Kanzelaltäre, die jedoch aus religiösen wie künstlerischen Gründen bekämpft wurden. Heinel sieht in ihnen ein „geschmackloses Bestreben nach allzu großer Einfachheit“, nach Schmid fehlten damals aber auch die künstlerischen Kräfte, um einen reicheren Altar zu schaffen. Auf den Friedhöfen sind alte Bäume selten, die Grabpflege ist umso sorgsamer, je mehr der Ort nach Niederung hin liegt. Einzelne Friedhöfe zeigen in ihrer Urwüchsigkeit ein fesselndes Bild. Die Grabdenkmäler besitzen meist die Form flacher, hoher Stelen, die noch im 19. Jahrhundert vorherrschend bleibt, wenn sie auch vom Barock die Wandlung zur strengen hellenischen Antike der Berliner Schule durchmacht. Auch hölzerne Grabstelen kommen vor und zeigen in der Formensprache die Eigenart des Holzes.

Unter den Werken der Bildnerie haben die Kriege des 17. Jahrhunderts stark aufgeräumt. Architektonisch fest eingegliederte Bildwerke hat allein die Marienburg. In den katholischen Landkirchen stehen nur Altaraufsätze, Einzelfiguren aus solchen oder Bildwerke, die für sich als Andachtsbild gedient hatten (S. 23). Sie sind mit geringer Ausnahme alle aus Holz. Diese Bildwerke betrachtet der Verfasser eingehend unter Anstellung wertvoller Vergleiche. Die dekorative Plastik der gotischen Zeit ist in nur wenigen Stücken vertreten. Vom 16. Jahrhundert an verschiebt sich das Verhältnis. Die figürliche Plastik schafft keine Einzelkunstwerke mehr, wie sie der gotische Altar selbst in einer Reihe von 12 Aposteln darbietet, sondern es entstehen herkömmliche Typen, die, einzeln genommen, handwerkliche Erzeugnisse sind und nur im Gesamtaufbau zur Geltung



Südseite der katholischen Kirche in Kunzendorf. Aus: Schmid, Die Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen. Der Kreis Marienburg. Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Anger hat, steht die Kirche seitlich, in der Mitte einer Häuserreihe. In Neuteich nimmt der Marktplatz die Mitte der Stadt ein, der nach feststehendem Brauch nie die Kirche enthielt. Sie steht hier in einem seitlichen Häuserblock, doch vom Markt aus sichtbar und vielleicht aus landschaftlichen Gründen nahe dem Schwente-Ufer. Der Schmuck hoher alter Laubbäume, wie ihn die Gehöfte der Besitzer haben, fehlt den meisten Friedhöfen der alten katholischen Kirchen, die frei dastehen. Erst das Gesamtbild des Dorfes zeigt den aus dichten Laubkronen herausragenden Kirchturm.

kommen. „Die figürliche Plastik verdient ihre selbständige Aufgabe und wird nur Gehilfin der großen dekorativen Architekturgerüste auf den Altären. Wir kommen in die Zeit, in der die weit verbreiteten Ornamentstiche als Vorlagen dienen und so mühelos alle Stilwandlungen des Westens hier ins Land tragen, oft freilich um Jahrzehnte verspätet.“ Fast in jeder Kirche stehen Werke dieser Art, welche die Entwicklung von der Spätrenaissance bis zum Rokoko darstellen. Die norddeutschen Küstenländer zeigen eine eigene Vorliebe für Holzschnitzerei; das kommt auch

in den durchweg ausgezeichnet durchgeführten Ornamenten der Altäre dieses Landgebietes zum Ausdruck. Unter den zahlreichen Schnitzernamen des Danziger Bürgerbuches, das seit der Mitte des 16. Jahrhunderts auch die Heimat angibt, überwiegen die Schnitzkünstler aus Danzig und aus

Norddeutschland. Selten ist der Zuzug aus dem Süden, aus Lissa, Leipzig, Breslau, Böhmen, aus Nürnberg, Passau, Heilbronn, Blaubeuern oder Radolfzell. In den Jahren 1760 bis 1770 hört diese Kunstübung auf. Die Neuzeit hat im plastischen Schmuck ländlicher Kirchen ganz versagt. — (Schluß folgt.)

Vermischtes.

Das Ende eines phantastischen Kunsttraumes. In Hannover starb noch im alten Jahr der Großindustrielle Hermann Bahlsen, der Besitzer und Leiter einer großen Fabrik für eine besondere Gebäckart, zugleich ein eifriger Kunstfreund und Sammler, ein Mann von einer merkwürdigen

wie willig anerkannt sei, aber dennoch künstlerisch unmöglich. Der Plan ist im Jahrgang 1918, S. 74 ff dieser Zeitschrift besprochen worden; die Besprechung hat ein des Planes würdiges Echo bei den Beteiligten hervorgerufen. Man sagt, das Problematische der Natur des Verstorbenen habe u. A. darin bestanden, daß er das noch warme reale Geld ohne Besinnen in ideelle Werte umtauschte, „ohne diese aus der Schweißzone der Arbeit zu entfernen, der er sie verdankte“. So entstand ein Bauprogramm von gigantischer Größe und von fast biblisch-visionärer Denkart. Vielleicht hätte sich daraus etwas wirklich Großes, etwas für die Kunst fortschrittlich Neues gestalten lassen, wenn ein anderer, mehr an die Wirklichkeiten, mit denen namentlich die Baukunst zu rechnen hat, gebundener Künstler sein Mitarbeiter gewesen wäre. Ein solcher hätte wohl die krankhafte Ruhelosigkeit dieses merkwürdig begabten Industriellen in Bahnen, die dauernden Erfolg verheißen hätten, lenken können. Es kann keine Rede davon sein, daß die gedachte neue Fabrikanlage, wie es ausgesprochen worden ist, rein architektonisch ein Schrittmacher der Zeit und ein Typus für die Verbindung von Kunst und Sozialismus zu einer starken Einheit gewesen wäre. Das kann höchstens das Werk eines Zeitabschnittes, nicht das eines Einzelnen sein. So ist das, was Bahlsen erstrebte und Hoetger in Wirklichkeit zu übertragen versuchte, lediglich ein flüchtiger, von phantastischen Erscheinungen begleiteter Kunsttraum geblieben, eines der Symptome der Kunstentwicklung unserer Tage. — H.



Altar der evangelischen Kirche in Katznase.
Aus: Schmid, Die Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen.
Der Kreis Marienburg. Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

psychischen Veranlagung. Er suchte schon früh ein Verhältnis zur Kunst, indem er hungernde junge Maler und Bildhauer in den Dienst der Reklame für seine Keks stellte, die er nach einem Pariser Rezept für „petits beurrés“ herstellte und damit im Lauf der Zeit ein ungeheures Vermögen sich erwarb. Man sagt, instinktiv habe er die Kunst mit dem Erwerb verbunden, habe er neben der Materialisierung des Geschäftes die Entmaterialisierung durch die Kunst, ja mit einer gewissen Neigung zur Theosophie, betrieben. Nur so ist es zu verstehen, daß er sich in der letzten Zeit in blindem Vertrauen dem Plan des Bildhauers Hoetger hingab, der ihm eine neue große Fabrikanlage in unmöglichen Formen im Modell vorzauberte, mit gutem Glauben,

bestehen. Es wird mitgeteilt: „Da der Frieden noch nicht ratifiziert ist, ist es unmöglich, durch die amtliche Vertretung eine Verbindung mit den zuständigen Stellen in Italien aufzunehmen und den deutschen Künstlern die nötigen Unterlagen zu verschaffen, daß ihre Werke würdig ausgestellt werden und nicht etwa eine Zurücksetzung hinter den Entente-Künstlern zu gewärtigen haben. Dies ist umso mehr zu befürchten, als die Jury aus drei Italienern und zwei „Ausländern“ (wohl Vertretern der Entente) zusammengesetzt ist. Ferner ist nach den eingezogenen Erkundigungen bisher nicht einmal an die deutschen Künstlerverbände eine Einladung von italienischer Seite gerichtet worden, sodaß ein Hervortreten der deutschen Künst-

ler als zudringliches Auftreten ungebetener Gäste angesehen werden könnte. Die langfristige Vermietung des deutschen Ausstellungs-Pavillons an Frankreich und die völlige Unsicherheit über die Unterbringung deutscher Kunstwerke ermutigt ferner nicht dazu, die Frage der Beteiligung von deutscher Seite aufzugreifen. Schließlich ist die allgemeine Haltung Italiens auf kulturellem Gebiet, insbesondere auch was die deutschen Forschungsinstitute anlangt, zurzeit noch ganz unklar. Von der Regierung kann es daher nicht verantwortet werden, auf dieser Grundlage Schritte zu tun, um eine deutsche Beteiligung an der Ausstellung herbeizuführen.“

Anscheinend besteht zwischen den privaten Beziehungen deutscher und italienischer Kreise und den amtlichen Beziehungen der beiden Reiche noch eine gewisse Kluft, die zwar täglich kleiner zu werden scheint, aber doch wohl erst dann ganz verschwinden wird, wenn auch die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien wieder geordnete sind. Vielleicht kann die nächste internationale Kunstausstellung in Italien wieder mit einer deutschen Beschiekung rechnen. —

Sezession im „Bund Deutscher Architekten“. In Köln haben sich zum Schluß des alten Jahres im Vereinsleben Dinge abgespielt, die möglicherweise von großer Tragweite für die Stellung der Baukunst im öffentlichen Leben Deutschlands werden können. Wir erhalten darüber folgende Mitteilungen aus Köln:

„Die alte „Ortsgruppe Köln des Bundes Deutscher Architekten“ E. V. hat auf einstimmigen Beschluß einer stark besuchten Hauptversammlung ihren Austritt aus dem neuen B.D.A. erklärt und ihren Namen in „Bund Deutscher Baumeister“ geändert. Außer allgemeinen Gründen organisatorischer und finanzieller Natur hatte die kritiklose und teilweise massenhafte Uebernahme von Architekten in den neuen B.D.A. allmählich zu Mißständen geführt, die der alten Ortsgruppe Köln zur Wahrung ihrer Stellung, ihrer Handlungsfreiheit und ihrer dringenden wirtschaftlichen Interessen keine andere Möglichkeit mehr ließen, als sich vom B.D.A. zu trennen. So bedauerlich das vom Standpunkt der kaum errungenen Einigkeit aus erscheint, so ist doch zu bedenken, daß die Einigkeit eines Standes wie des unseren dauernd nur aufrecht erhalten werden kann, wenn eine nicht zu tief liegende „untere Grenze“ für die Zugehörigkeit zum Stand streng eingehalten wird. Zu diesem Zweck müssen aber die über dieser Grenze Stehenden auch die Entscheidung über die Zugehörigkeit zum Stand haben. Unser Stand kann eben doch seine geistige Macht nicht durch die Masse ersetzen oder stärken. Noch weniger kann er mit noch so großen Geldmitteln, und wenn sie bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit der Mitglieder gehen, die Ziele erreichen, die die Besten des Standes erstrebenswert halten.“ —

Die Erhaltung des kirchlichen Kunstbesitzes bei der Trennung von Kirche und Staat. In der erweiterten Ausschuß-Sitzung des Tages für Denkmalpflege, die in Berlin am 7. und 8. Juli 1919 abgehalten worden war, wurde nach Vorträgen über „Die Trennung von Kirche und Staat in ihrer Bedeutung für die Denkmalpflege“ eine Entschliebung gefaßt, in der unter Anderem ausgesprochen wurde, die kirchliche Denkmalpflege, als das weitaus bedeutungsvollste Gebiet der Denkmal-Fürsorge, dürfe durch die Trennung von Kirche und Staat nicht beeinträchtigt werden. Die Sorge für die kirchlichen Denkmäler werde auch fernerhin in erster Linie den Kirchen obliegen. Sie bilde vom Standpunkt der Kirchen und ihrer Glieder aus eine Forderung des Gottesdienstes und der kirchlichen Ueberlieferung. Sollte bei einer Trennung von Staat und Kirche ein Verfall der kirchlichen Baudenkmäler und einer Verschleuderung des sonstigen kirchlichen Kunstbesitzes vorgebeugt werden, so müsse der Staat bei der finanziellen Auseinandersetzung die Kirchen so ausstatten, daß sie ihren Aufgaben nach diesen Richtungen im Interesse der Allgemeinheit voll genügen können.

Diese Entschliebung hat der im Spätsommer dieses Jahres in Fulda abgehaltenen Bischofs-Konferenz vorgelegen. Der Erzbischof von Köln, Kardinal Felix von Hartmann, hat den Tag für Denkmalpflege benachrichtigt, die Entschliebung sei von den Bischöfen mit Interesse zur Kenntnis genommen worden. Sie wenden der Erhaltung der kirchlichen Kunstdenkmäler nach wie vor die größte Sorge und Teilnahme zu. —

Die Siedlung Eichenreut bei Karlsruhe, die durch eine für diesen Zweck gebildete Genossenschaft geplant ist, stellt eine abweichende Form der wirtschaftlichen Entstehung von Siedlungen dar. Die Siedlung soll im Hardtwald, etwa

5 km nordöstlich vom Karlsruher Schloß, in der Nähe der Haltestelle Büchig der dort vorüber ziehenden Kleinbahn, nördlich des Dorfes Hagsfeld, angelegt werden. Bei der Errichtung der Häuser sollen verschiedene der jetzt im Vordergrund des Interesses stehenden Sparbauweisen Anwendung finden und so auf ihre Bewährung erprobt werden. Im Gegensatz zu den bisher beobachteten erheblich kleineren Abmessungen der einzelnen Grundstücke sollen diese ein Ausmaß von mindestens 2500 qm erhalten, um auf ihnen den größten Teil des Unterhaltes für eine Familie und für das Kleinvieh unmittelbar beim Hause ziehen zu können. Eine starke Verminderung der Baukosten wird dadurch angestrebt, daß die künftigen Siedler nicht nur zur Rodung des Waldes, sondern auch zu den Ausführungsarbeiten für die Siedlung selbst herangezogen werden sollen. —

Wettbewerbe.

In einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines Oekonomie-Gebäudes mit Dienstwohnungen in Oberweiler bei Badenweiler waren 35 Bearbeitungen eingelaufen. Der Wettbewerb war vom Vorstand der Arbeiterpensionskasse der badischen Staatseisenbahnen und Salinen unter den selbständigen Privatarchitekten Badens erlassen. Das neue Gebäude soll auf dem Gelände des Friedrich-Hilda-Genesungsheims in Oberweiler erstellt werden. Den I. Preis von 1200 M. und den III. Preis von 500 M. errangen die Entwürfe mit den Kennworten und Kennzeichen „Kirschwässerle“ und Flügelrad der Architekten G. und F. Betzel in Karlsruhe; der II. Preis von 800 M. fiel dem Entwurf „Sinitz“ des Architekten Gustav Eckardt unter Mitarbeit des Dipl.-Ing. Richard Fuchs, beide in Karlsruhe, zu. Die Entwürfe „Schlechte Zeiten“ und „So“ wurden für je 300 M. angekauft. —

Wettbewerb betr. den Bebauungsplan für das Gelände des bisherigen Festungs-Rayons von Köln. Wir erhalten von fachlicher Seite aus Köln hierzu die Mitteilung, daß es sich hier nicht um einen Wettbewerb gehandelt habe, wie ihn die deutsche Architektenschaft verstehe, vielmehr um eine freie Einforderung von Entwürfen durch den Oberbürgermeister zur Lösung einer von ihm gestellten Aufgabe. Der Antrag eines Bewerbers, zur Beurteilung einige erfahrene und angesehene Städtebauer heran zu ziehen, sei abgelehnt worden. Die alte Ortsgruppe Köln des B.D.A. habe daher einen Ausschuß gebildet, der die Aufgabe hat, einen sachlichen Bericht über die Bebauungs-Entwürfe auszuarbeiten, „um das fachliche Interesse an dieser für Köln's Zukunft und für die Grundsätze des deutschen Städtebaues bedeutungsvollen Aufgabe zum Ausdruck zu bringen“. Dem Ausschuß gehören an die Architekten Bachmann, Bellow, Brantzky, Fabricius, Göttel, Haug, Moritz, Pflaume und Riphahn.

Soweit die Mitteilungen aus Köln. Dazu seien zwei Fragen erlaubt: Hat der oben genannte Bewerber seinen Antrag bereits bei Uebernahme des Auftrages gestellt und die Uebernahme von der Genehmigung des Antrages abhängig gemacht? — Welches sind die „Grundsätze“ des deutschen Städtebaues? —

Chronik.

Anbauten an die Festhalle in Frankfurt am Main. Zu der auf S. 596 des Jahrganges 1919 unserer Zeitung unter „Chronik“ gebrachten entsprechenden Mitteilung erhielten wir aus Frankfurt die folgenden Ergänzungen: Als Erbauer der Frankfurter Festhalle war Prof. v. Thiersch zunächst von privater Seite herangezogen worden, um sich über die für die Frankfurter Messe erforderlichen Anbauten an das bei weitem nicht mehr für die veränderten Zwecke ausreichende Bauwerk zu äußern. Da die neuen Anlagen ein wesentlich anderes Ausmaß erhalten und anders gearteten Anforderungen genügen müssen, als die bis jetzt nicht zur Ausführung gelangten im ursprünglichen Entwurf vorgesehenen Erweiterungsbauten, ist auf Grund des Stadtverordnetenbeschlusses ein Frankfurter Architekt und zwar auf Vorschlag des B. D. A. Prof. v. Loeher, beauftragt worden, im Benehmen mit Prof. von Thiersch die Neubauten auszuführen. —

Neubau des Stadttheaters in Teplitz. Am 31. Aug. 1919 ist das Stadttheater in Teplitz bis auf die Umfassungsmauern durch Feuer zerstört worden. Mit dem Wiederaufbau sind die Hrn. Geh. Hofrat Prof. Dr. Martin Dülfer in Dresden für den architektonischen Teil, und Direktor Linnebach vom Schauspielhaus in Dresden für den bühnentechnischen Ausbau betraut worden. —

Ein Denkmal für Heinrich Heine in Hamburg, nach dem Entwurf von Hugo Lederer ausgeführt, soll demnächst im Stadtpark von Hamburg zur Aufstellung gelangen. —

Inhalt: Die Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen. (Fortsetzung.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. — Vereinsmitteilungen. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

Südwestdeutscher Kanalverein. Am 12. Dez. 1919 fand im Vortragssaal der Kunsthalle in Mannheim die stark besuchte Hauptversammlung der Südwestdeutschen Kanalvereine in Anwesenheit mehrerer Minister und Ministerialräte aus Baden und Württemberg, einer Reihe bad. und württ. Abgeordneter, Vertreter der Stadtgemeinden Mannheim, Heidelberg, Heilbronn, Stuttgart, Eblingen und Ulm, Vertreter von Handelskammern, sowie Abgesandter wirtschaftlicher Vereinigungen usw. statt. Die Tagung begann mit einer vormittags stattgefundenen Vorstandssitzung, an die sich nachmittags eine Zusammenkunft der zahlreichen Vertreter der Presse im Bibliothekszimmer der Kunsthalle anschloß, woselbst Hr. Stadtbauinsp. Ehlgötz einen kurzen Ueberblick über die Bestrebungen des Vereins gab. An den Vortrag schloß sich eine Besichtigung einer interessanten Plan- und Modell-Ausstellung.

Geh. Kom.-Rat Engelhard, Präsident der Mannheimer Handelskammer, eröffnete die Hauptversammlung mit einem Ausblick in die Zukunft in der Frage der Verwirklichung der südd. Wasserstraßenpläne. Selbst dann, wenn die Kanalisation des Neckars nichts Anderes bedeuten würde, als daß der östliche Nachbar Württemberg endlich den lang ersehnten Großschiffahrtsweg nach dem Rhein bekomme, auf den er Anspruch habe, und der für seine industrielle und wirtschaftliche Entwicklung eine Notwendigkeit ist — selbst dann könnte Mannheim zufrieden sein. Der Kaufmann wisse, daß Verkehr Verkehr bringe, daß neue Verkehrsstraßen notwendigerweise den Verkehr vergrößern müssen, insbesondere in den Orten, die Ausgangspunkte sind. Der weitsichtige Kaufmann weiß auch, daß wenn das Wirtschaftsleben des Nachbarlandes gestärkt wird, das auch auf das eigene Land eine gute Rückwirkung ausüben muß. Die nächste internationale Wasserstraße, die durch das Transitland Deutschland führt, wird in Zukunft nach des Redners Ansicht die über den Oberrhein nach dem Bodensee führende sein. Es werde nicht sehr lange dauern, dann würden die Kanalschiffe der Franzosen aus

dem Rhein-Rhone-Kanal und andere Fahrzeuge bis zum Bodensee kommen. Wenn das eintrifft, dann werde ganz von selbst die Donau bis Ulm schiffbar gemacht. Dann hätten wir die große west-östliche Wasserstraße. Ist aber die Donau einmal schiffbar gemacht bis Ulm und der Neckar bis nach Plochingen, dann werde es nicht ausbleiben, daß auch das kleine Stück von Plochingen bis Ulm, das allerdings der Technik viele Schwierigkeiten biete, ebenfalls schiffbar gemacht werde. Dann habe Mannheim den großen Vorzug, daß es an einer großen internationalen Wasserstraße liege. Durch die Kanalisation des Neckars bestehe weiter Aussicht auf eine Verbindung über Ludwigs-hafen nach dem ungeheuer wichtigen Industriegebiet von Saar und Mosel. Es bleibe wünschenswert, daß man auch in Baden mehr und mehr zeige, daß man ein großes Interesse an der Schaffung eines Großschiffahrtswesens habe, dem man bisher fast feindlich gegenüber stand. Baden werde in Zukunft in seiner Wasserstraßenausnutzung wahrscheinlich geteilt werden in die Benützung des Oberrheins von Basel bis zum Bodensee und in diejenige des Rheins nordwärts der elsässischen Grenze. Die zukünftigen Wasserstraßen müßten immer gebaut werden im Hinblick auf das große zusammenhängende Wasserstraßensystem, als ein Teilstück der großen, internationalen west-östlichen Wasserwege, in die sie sich einzufügen haben.

Brt. Böhmler, Direktor der Tiefbau-Unternehmung Grün & Bilfinger A.-G. in Mannheim, beleuchtete in seinem Vortrag über den Rhein-Neckar-Donau-Kanal und die Neckarwasserkräfte die Vorzüge der Rhein-Neckar-Donau-gegenüber der Rhein-Main-Donau-Verbindung: Geringe Entfernungen (421 gegen 485 km), geringere Schleusenzahl (52 gegen 60), geringere Baukosten (415 gegen 480 Mill. M.), kürzerer Ueberlandkanal (65 gegen 244 km), Gewinnung beträchtlicher Wasserkräfte. Nach Besprechung der Grundsätze bei der Ausarbeitung des Entwurfes erläuterte der Redner die Linienführung des Kanales, der kurz oberhalb des Rheinauhafens vom Rhein abzweigt. Ein an dieser Stelle neu angelegter Rheinauhafen soll in seinem westlichen Teil als Reede und Umschlaghafen, sonst aber als Industriefahnen dienen. Von diesem Hafen aus steigt dann der Kanal mit einer Schleuse zum hohen Gestade bei der Rheinauer Landstraße hinauf, verläuft von da Heidelberg zu und lenkt oberhalb der Wiebinger Eisenbahnbrücke in den Neckar ein, der durch ein Wehr oberhalb der Eisenbahnbrücke aufgestaut wird. Von da ab verbleibt der Kanal flußaufwärts in der Hauptsache bis auf wenige Seitenkanalstrecken im Neckar bis nach Plochingen hinauf, wo er das Neckartal verläßt. Zur Herstellung der notwendigen Fahrwassertiefe sind zwischen Mannheim und Plochingen 22 Wehre erforderlich. In jeder Staustufe sind ein Kraftwerk zur Ausnützung der Wasserkräfte und eine Schleuse für den Schiffsverkehr vorgesehen. Die durchschnittliche Länge der Kanalhaltungen ist 8 km, das durchschnittliche Schleusengefälle 7,1 m. Bei Plochingen zweigt der Kanal aus dem Neckartal ins Filstal ab, verläuft neben der Fils bis Geislingen, um dann in einer Schleusentreppe, von denen drei ein größtes Gefälle von 26 m aufweisen, zur Alb emporzu-steigen. Die Alb wird in einer Haltung von 25 km überwunden, der Abstieg nach der Donau bei Ulm erfolgt mit 4 Schleusen, darunter solche mit 30 m Gefälle. Auf der Flußstrecke von Ulm bis Kelheim bleibt nichts Anderes übrig, als die Schifffahrt in Seitenkanäle zu verlegen und nur von Zeit zu Zeit wieder in die Donau einzumünden. Die Tauchschleuse, welcher bei der Ueberwindung der Gefällstufen vor der Kammerschleuse, Schleuse mit Sparbecken, Schiffseisenbahn, Schiffshebewerk und Schneiderscher Schleuse der Vorzug gegeben werden soll, ist eine besondere Abart der Schiffseisenbahn in der Form eines eisernen Wagens, der auf Schienen in einem Wasserbecken auf- und abwärts fährt. Der Unterschied gegenüber einer Schiffseisenbahn liegt hauptsächlich darin, daß die großen Lasten des Wagens, des Wasserstromes und des Schiffes zum geringsten Teil von den Rädern, zum größten Teil von walzenförmigen Schwimmkörpern aufgenommen werden. Die Schwimmkörper sind so bemessen, daß sie, voll im Wasserbecken eingetaucht, nahezu das ganze Gewicht der Schiffseisenbahn, einschließlich des wassergefüllten Troges, zu tragen vermögen. Als Vorteile der Tauchschleuse springt in die Augen, daß ein Wasserverbrauch bei der Schleusung nicht stattfindet, während beispielsweise bei der Kammerschleuse die Schleusung eines 1200-t-Schiffes 4000 l erfordert. Mit der Verwendung dieser Tauchschleuse bei der Neckarkanalisierung kann jeder Tropfen Wasser für Kraftzwecke ausgenützt werden. Die Schleusendauer beträgt nur 17 Minuten, die Leistungsfähigkeit der Schleuse für das Jahr 9 Mill. t. Auch wirtschaftlich ist die Tauchschleuse der Kammerschleuse gewachsen. Die Tauchschleuse erfordert für 8 m Gefälle zu Friedenspreisen an Baukosten 1,8 Mill. M., während eine Kammerschleuse gleicher Größe nicht unter 1 Million Mark zu erstellen ist, wozu noch die kapitalisierten

Mehrbetriebskosten der Kammerschleuse im Betrag von 220 000 M. zugeschlagen werden müssen. Mit der Tauchschleuse erst könnte die Frage der Ausnützung des Neckarwassers in den an jeder Gefällstrecke angeordneten Kraftwerken restlos gelöst werden. Die Steigerung der Wasserkraftausnützung über das bisher übliche Maß hinaus wird ermöglicht durch Anordnung höchster Gefällstufen, durch Verringerung der Gefällverluste in den Werkkanälen, durch Ausbau der Kraftwerke für eine größere Wassermenge, durch Zusammenfassung sämtlicher Kraftwerke in einer Hand, durch Anlage von Tagesspeichern. Mit den Tagesspeichern wird das überschüssige Nachtwasser zurückgehalten, wodurch die Krafterzeugung während der Tagesstunden nach eingehenden Berechnungen erheblich (50 %) gesteigert werden kann. Das überaus wichtige und überraschende Ergebnis der Entwurfsbearbeitung war, daß die Baukosten des ganzen Rhein-Neckar-Donau-Kanales von Mannheim bis Kelheim in Höhe von insgesamt 415 Mill. M. durch den Ertrag der Wasserkräfte nicht nur verzinnt, sondern auch innerhalb 50 Jahren getilgt werden können, daß ferner die Schifffahrtsbetriebskosten durch irgendwelche Jahresunterhaltungskosten nicht vermehrt und kaum größer werden, als die Schiffsbetriebskosten auf dem Rhein. Der Vortrag, welcher durch im Lichtbild gezeigtes Kartenmaterial erläutert wurde, erntete starken Beifall.

Der württemb. Minister des Inneren, He y m a n n, teilte namens seiner Regierung mit, diese habe der Herstellung einer Donauschiffahrtstraße über den Neckar von Mannheim bis Plochingen zugestimmt. Die Nutzbarmachung der Wasserkräfte auf dieser Strecke sei eine der dringendsten Aufgaben der Zeit, vor deren Verwirklichung man unmittelbar zu stehen hoffe. Ferner betrachte es die württ. Regierung als vornehmstes Ziel, daß der erste Abschnitt in nicht allzu ferner Zeit die Verbindung mit Ulm herstellen soll. —

Württembergischer Verein für Baukunde. Am 2. Nov. 1919 fand eine Besichtigung der bis jetzt fertig gestellten Teile des Empfangsgebäudes des neuen Stuttgarter Hauptbahnhofes statt. In der Eingangshalle begrüßte der Erbauer, Prof. Bonatz, die Mitglieder mit ihren Damen und gab nähere Erläuterungen über die Ausführung. Das Empfangsgebäude war von Anfang an zur Fertigstellung in zwei Hälften geteilt gewesen. Hiervon ist der erste Teil, für den Fernverkehr bestimmt, seit 1917 im Rohbau fertig, mußte aber seither infolge Baustoffmangels liegen bleiben. Die Gesamtanlage ist ähnlich wie die des Leipziger Bahnhofes, indem von einer Vorhalle aus ein Querbahnsteig erreicht wird, an den sich weiter die Personenbahnsteige mit dazwischen liegenden Gepäckbahnsteigen anschließen. Doch besteht gegenüber Leipzig der Unterschied, daß in Stuttgart, durch die Geländeverhältnisse bedingt, der Querbahnsteig ein Geschoß höher liegt und von der Halle aus durch eine breite Treppe erreicht wird. Das bringt bei Anordnung des Gepäckraumes auf Straßenhöhe zugleich den Vorteil mit sich, daß das Gepäck zu ebener Erde unter den Zwischenbahnsteigen vorgefahren und durch Aufzüge nach oben gehoben werden kann. Bei der 23 m breiten Eingangshalle war man wegen der Unschönheit sowie schlechter Abdichtung von Glasdächern bestrebt, Oberlicht zu vermeiden und statt dessen hohes Seitenlicht zu verwenden. Dadurch wurde, um mit den Wandflächen über die anschließenden Bauteile hinaus zu kommen, die sonst nicht erforderliche außerordentliche Höhe von 24 m bedingt. Die Decke ist in Holz ausgeführt und an dem eisernen Dachstuhl aufgehängt; ihre Bemalung nach sorgfältig ausgewähltem Muster wurde schon vor zwei bis drei Jahren fertig gestellt. Die Wandungen bestehen aus Dettenhauser Sandstein, während im Außen durchweg Muschelkalk Verwendung gefunden hat. Die Bildhauerarbeiten stammen von Bildh. Brüllmann. Für die in die Halle längsseitig einzubauenden Schalter war ein Muster aufgestellt; desgleichen konnte der Fußboden zunächst nur an einem Versuchsstück betrachtet werden. Er soll aus verschiedenfarbigem Stein in Felder-Musterung zusammengesetzt werden, derart, daß der Felder-Grund aus gelblichem Tuff, die Felderteilung aus dunklen Basaltstreifen gebildet werden. Der Raum unter der noch nicht fertig gestellten Treppe ist für Telephone, Blumenstände usw. bestimmt, daneben soll noch ein Aufzug für alte und schwache Leute eingerichtet werden. Links an die Eingangshalle schließt der Gepäckgang an, durch den der umfangreiche Gepäckraum erreicht wird, der mit Oberlicht versehen ist und sichtbar bleibende Hohlstegdecken hat. Der Querbahnsteig bildet eine 20 m breite und 17 m hohe Halle, bei der bemerkenswert ist, daß sie auch über den Gleise-Eingängen eine vollständige Wandung erhält, die das Reisepublikum vor Rauch, Ruß und Zug schützt und architektonisch weit befriedigender sich ausbilden läßt, als die seither übliche offene Anordnung. Für die Wände des Raumes war bisher Putz vorgesehen; es sind aber bereits

Versuche angestellt, den Backsteinrohbau mit weißer Ausfugung sichtbar zu lassen, was, wie man sich an Ort und Stelle überzeugen konnte, durchaus befriedigend wirkt. Die tragenden Teile der Halle sind sämtlich in Eisenbeton-Konstruktion durchgebildet. Dabei ist die Pfeilerstellung nach den Gleisen so derart angeordnet, daß die tragenden Pfeiler stets zwischen die Gleise kommen und die in der Verlängerung der Gleise liegenden Wandteile bloß aus leichtem Füllmauerwerk bestehen, das von einer etwa den Prellbock überfahrenden Lokomotive leicht eingedrückt werden kann, ohne die ganze Konstruktion zu gefährden. Von den künftig an den Querbahnsteig anschließenden Personensteigen ist bis jetzt bloß der Unterbau zu sehen. Die Hallen selbst konnten infolge des Eisenmangels bis jetzt noch nicht angeliefert werden. Die Gleise sind vorläufig gelegt und werden zurzeit zum Abstellen von Wagen benützt. Nach heutiger Voraussicht dürften bis zur Inbetriebnahme dieses Bahnhofteiles mindestens noch zwei Jahre vergehen.

Von dem Querbahnsteig aus begab man sich nach dem hohen Bahnhofturn, der in den unruhigen Frühjahrstagen als Sitz der Regierung eine besondere Rolle gespielt hat und daher bereits geschichtlich mit der Stadt verwachsen ist. Der Erdgeschoßraum ist als Repräsentationssaal für feierliche Empfänge und Begrüßungen gedacht; er ist 8 m hoch und hat Ausblick unmittelbar ins Grüne, d. h. auf die gegenüberliegenden Anlagen. In den vier ausgesparten Ecken sind die Aufzüge für die darüber befindlichen Räume untergebracht, die später als Sitzungssäle, für Büchereizwecke usw. Verwendung finden sollen, insbesondere aber für die ganz zu oberst einzurichtende Kaffee- und Teestube. Der Turm wurde auf seinen 300 Stufen bis auf die Plattform bestiegen, von der aus sich ein schöner Ueberblick über die Stadt ergibt. Er ist mit einem mächtigen Scheinwerfer ausgestattet. — Nach Beendigung der Besichtigung sprach der Vorsitzende, Hr. Oberbrt. Kuhn, dem Erbauer und Führer Dank aus, wobei er besonders das Einzigartige der hier vorliegenden Bauaufgabe betonte und zugleich der Hoffnung Ausdruck gab, daß das Bauwerk trotz aller gegenwärtigen Schwierigkeiten in den nächsten zwei Jahren doch seiner Vollendung entgegen gehen möge.

Im Anschluß hieran begab man sich nach dem unter der Oberleitung desselben Künstlers im Verlauf dieses Sommers zum Stuttgarter Handelshof umgebauten Kronprinzen-Palast und besichtigte dort zunächst die schön gelegenen Räume der früheren Wohnung des Herzogs Albrecht, weiter die für Ausstellungszwecke der Edelmetall-Industrie umgewandelten Räumlichkeiten, sowie die hierfür vorgenommenen Neueinbauten, wie Schreibzimmer, Telephonzimmer, Schatzkammer mit Panzergewölbe usw. Die Führung hatte hier neben dem Leiter der Ausstellung, Hrn. Wild, der ausführende Techniker, Bauwerksmeister Reichert übernommen. — W.

In der dritten ord. Versammlung vom 22. Nov. 1919 machte der Vorstand, Hr. Oberbrt. Kuhn, nach Begrüßung Mitteilung vom Ableben zweier Vereinsmitglieder, der Hrn. Präsident v. Euting und Baurat a. D. Bäuerle. Er wies darauf hin, daß besonders der erstere ein sehr treues Mitglied gewesen war und neben seinen hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen jederzeit dafür eingestanden ist, mit allen Mitteln den Technikerstand zu heben. Zu Ehren der beiden Verstorbenen erhob sich die Versammlung. — Es erhielt das Wort Hr. Reg.-Bmstr. Dr.-Ing. Ströbel zu einem Lichtbilder-Vortrag über „Die landesfürstliche Stadtbaukunst in Deutschland um 1700“. Redner ging davon aus, daß die gewaltigen Schöpfungen dieser Zeit durch die damaligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt waren und nur bei einer planmäßigen Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze möglich wurden. Es kommen in Betracht die Stadterweiterungen von Berlin, Mannheim, Cassel und Erlangen aus dem Ende des 17. Jahrhunderts, sowie die Neuschöpfungen von Ludwigsburg und Karlsruhe im Jahr 1715. Bei der ersteren Gruppe waren ausschließlich wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend, die Anlagen atmen eine vorbildliche Siedlungs- und Wohnungspolitik. In den letzteren beiden Neugründungen dagegen kommt vor allem der Schöpferwille der Herrscherlaune eines Einzelnen nach Versailles Vorbild zum Ausdruck, ohne daß jedoch die Bevölkerungspolitik ganz ausgeschaltet war. Bahnbrechend wirkte die Anlegung des Friedrichswerder 1662 und der Dorotheen-Vorstadt 1670 durch den großen Kurfürsten, der damit Berlin aus einer Ackerbürgerstadt zu einem Verkehrsmittelpunkt emporhob. Als Mittel zur Herbeiziehung der Ansiedler wurden nach altbewährtem Vorbild einerseits Freiheiten und Verbilligungen für den Bau (weitgehende Enteignungen, billiger Bodenpreis, billige Baustoffbeschaffung, Typenbau, geschlossene Bauweise), und

andererseits Freiheiten für die Persönlichkeit der Ansiedler (Befreiung von Steuer, Akzise, Einquartierung, Frondienst, Freiheit von Handel und Gewerbe sowie Religionsfreiheit) angewandt. Bei der späteren Gründung der Friedrichs-Vorstadt 1688 wurde außerdem noch eine Prämie von 10 000 Talern unter die Anbaulustigen verteilt. Die Bebauungspläne und Vermessungsarbeiten lagen in der Hand einer eigens eingerichteten Baupolizei. Neben diesen Maßnahmen wurde im In- und Ausland eine sehr umfangreiche Werbepolitik durch Zeitungen und Plakate entfaltet, ja es wurden sogar im Ausland Geldsammlungen veranstaltet. Der Erfolg blieb nicht aus, die Ansiedler (zumeist Holländer, später größtenteils Hugenotten) strömten in Massen herbei. Ganz anders waren die Beweggründe, die zur Neugründung von Ludwigsburg und Karlsruhe führten; beide Städte haben als Ausgangspunkt ein mächtiges fürstliches Schloß, an das erst nachher, weil das Schloß allein sich als nicht lebensfähig erwies, eine Siedelung angeschlossen wurde. Da bei Ludwigsburg alle äußeren Anknüpfungspunkte fehlten, so war sein Erbauer, der Herzog Eberhard Ludwig von Württemberg, zu außerordentlichen Maßnahmen genötigt: Es wurden sämtliche Kanzeleien der Hauptstadt Stuttgart nach der Neugründung verlegt, das zu diesem Zweck in 12 Gruppen eingeteilte Land mußte für die privaten Bauten aufkommen, die Klöster mußten die öffentlichen Gebäude errichten, die Ansiedler wurden außer dem Bauplatz mit Ackerland und Weidegang sowie einer 15jährigen Steuerbefreiung belehnt. Bei Karlsruhe ergriff Markgraf Karl Wilhelm von Baden dieselben Maßnahmen, dehnte jedoch die Steuerfreiheit auf 30 Jahre aus. Die Schattenseiten dieses Vorgehens bestanden darin, daß viel Gesindel in die neuen Städte kam, so daß in Ludwigsburg später eine Kautions von 1000 Talern von jedem Ansiedler gefordert wurde.

Die künstlerische Gliederung der besprochenen Anlagen läßt durchweg die Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze, wie auch die weitgehende Sorge für die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Bedürfnisse der Ansiedler erkennen. Es ist der Geist der Renaissance, den diese Städte atmen. Für die Gestaltung des Stadtplanes kamen neben dem Gedanken der Zentralisierung um einen im Mittelpunkt stehenden Turm oder um das Standbild des Erbauers, die Forderungen des Verkehres in Frage, welcher breite Straßen und große öffentliche Plätze verlangte. Die Erfindung des Schießpulvers endlich befreite die Städte von dem engen Mauerzwang und bewirkte eine Umgestaltung der Festungen zu weiträumigen Anlagen. Als Muster einer diesen Forderungen entsprechenden, von der Mitte aus beherrschten Radial- oder Zentralanlage, wurde ein italienischer Idealplan von Perret aus dem Jahr 1601 vorgeführt. Im Anschluß hieran kamen verschiedene französische Vorbilder zur Darstellung, insbesondere die Place Royal, Place Vendome und Place des Victoires, wie sie Anfangs des 17. Jahrhunderts unter gleichzeitiger Hinausrückung der Festungswälle von Paris angelegt wurden. Es wurde ihr Einfluß auf das gleich geformte Berliner Schwestergebilde des Leipziger-, Belle-Alliance- und Pariser-Platzes gezeigt und sodann die Casseler Neustadt eingehend behandelt, bei welcher unter Abweichung von dem ursprünglichen schematischen Plan die Ausführung sich dem Gelände anpaßte, aber nur zum Teil fertig wurde. Im Gegensatz hierzu ist in Erlangen der größte Teil des Entwurfes ausgeführt worden, so daß nachher der alte Teil bloß noch als Anhängsel des neuen erschien.

Redner verweilte sodann besonders eingehend bei der Neuschöpfung des Herzogs Eberhard von Württemberg, welche das unmittelbare Vorbild von Karlsruhe geworden ist. Die Anlage entstand aus einem im Jahr 1704 von Nette gebauten kleinen Jagdschloß, dem Corps de logis, das im Jahr 1714 durch Frisoni zum heutigen Umfang erweitert wurde. Noch während der Bauarbeiten am Schloß erhielt letzterer vom Herzog den Auftrag zur Planfertigung für eine anschließende bürgerliche Siedelung. Zu gleicher Zeit wurde Karlsruhe begonnen. Der Architekt ist hier unbekannt, wahrscheinlich war es der Markgraf Karl Wilhelm selbst; das Vorbild der dortigen radialen Anlage dürfte wohl in Frankreich oder England zu suchen sein. Auch liegt es nahe, im Schloßturn, auf den alle Straßen zulaufen, den Zentralturm der alten Meister wieder zu finden. Zum Zweck der schönheitlichen Ausgestaltung dieser Städte wurden nach Pariser Vorbild eine Reihe siedlungs-technischer und baupolizeilicher Maßnahmen durchgeführt. Diese weit entwickelte landesfürstliche Stadtbaukunst mußte indes schon im ausgehenden 18. Jahrhundert dem Wunsch nach mehr Abwechslung und größerer Freiheit weichen. Nach den Jahren der Gärung (1848) trat im Anschluß an das Jahr 1870 ein Emporblühen des Handels und Verkehres ein, mit dem die Baukunst nicht Schritt halten konnte; erst jetzt sind wir daran, wieder auf die Bestre-

bungen jener früheren Zeit zurück zu kommen. Aber es fehlt immer noch die einheitliche zielbewußte Leitung, welche damals die wichtigste Grundlage für eine schöne und zweckentsprechende Bauweise gewesen ist. Nur eine technische Diktatur vermag heute die Wirrnis auf diesem Gebiet zu beseitigen und die schwierige Wohnungsfrage in ihrer Gesamtheit einwandfrei zu lösen. — Nach Schluß dieser Ausführungen dankte der Vorstand dem Redner für das Gebotene und wies darauf hin, daß wie früher die Landesfürsten, so heute die Stadterweiterungsämter dazu berufen seien, eine zeitgemäße Siedlungspolitik zu treiben und die Beseitigung der Wohnungsnot in die Hand zu nehmen. —

W.
Nach sechsjähriger Pause fand am 30. Nov. 1919 wieder ein Familienabend statt, der sich einer regen Beteiligung von seiten der Mitglieder mit ihren Damen sowie einer Anzahl Gäste erfreute. Der Abend wurde eingeleitet durch ein Konzert, bei dem neben dem Chor des Akademischen Liederkranzes „Schwaben“ unter der Leitung seines Dirigenten Hrn. Hermann Keller eine Reihe weiterer Damen und Herren durch Quartett-, Klavier- und Liedervorträge mitwirkten. Bei dem anschließenden Abendessen gedachte der Vorstand, Oberbrt. Kuhn, zunächst mit Dank der sämtlichen Mitwirkenden und betonte alsdann, daß es Aufgabe des Abends sei, die früheren freundschaftlichen Beziehungen der Vereinsangehörigen weiter zu pflegen und insbesondere die älteren Mitglieder mit den jüngeren in nähere Berührung zu bringen. Als älteres Mitglied sprach sodann Oberbrt. Kräutle, wobei er derer gedachte, die den Verein über den Krieg durchgebracht haben, so daß er, wenn auch zusammengeschmolzen, doch in diesem Frühjahr wieder neu erblühen konnte, und sodann noch besonders dem jetzigen Vorstand den Dank des Vereins abstattete. Hr. Präsident v. Neuffer wies darauf hin, wie schwer der Krieg in den Bestand des Vereins eingegriffen habe, betonte aber, daß es jetzt nicht angängig sei, den Kopf hängen zu lassen, sondern daß wir mit Zuversicht und Stärke der Zukunft ins Auge blicken müssen, wobei insbesondere den Damen die wichtige Rolle zukommt, aufheiternd zu wirken. —

W.
Im Münchener (oberbayerischen) Architekten- und Ingenieur-Verein sprach vor einiger Zeit Hr. Konservator Dr. Felix Mader in München über die Bauschöpfungen des Würzburger Architekten Joseph Greising (1700—1720). Unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder gab der Vortragende ein lebensvolles Bild dieses vergessenen, produktiven Künstlers, der sich vom einfachen „geschworenen Zimmermeister“ zu einem beachtenswerten Architekten emporgearbeitet hatte, dessen Lebensgeschichte sowohl, als auch sein baukünstlerisches Schaffen, bis jetzt noch in Dunkel gehüllt waren. Auf Grund archivalischer Forschungen, die Redner bei der Bearbeitung der staatlichen Inventarisierung der Bau- und Kunstdenkmäler Bayerns anstellte, gelang es ihm, eine gewisse Klarheit über die Tätigkeit dieses Künstlers zu erlangen. Der Grund, daß man von vielen Werken in der Baukunst den Urheber kaum zu nennen weiß, liegt darin, daß die Architekten, im Gegensatz zu anderen Künstlern, namentlich den Malern, ihren Namen nicht an ihren Schöpfungen anbrachten. Zwar war es Übung unserer mittelalterlichen Baumeister, an gotischen Domen, wie z. B. an der Münchener Frauenkirche, an Tafeln ihre Tätigkeit und die Entstehung des Bauwerkes kund zu geben, aber mit der Einführung der Renaissance ging diese Sitte größtenteils verloren.

Wenn nun, wie es bei vielen Bauwerken Greising's der Fall war, der betreffende Meister nur Risse und Einzelheiten lieferte, während andere Baumeister die Werke ausführten, vielleicht auch veränderte Schmuckformen usw. anbrachten, so war es im Hinblick auf die große Bautätigkeit und Kunstliebe in der Barockzeit schwer, den ursprünglichen Architekten und die künstlerischen Mitarbeiter ins richtige Licht zu setzen, umso mehr, da Bauakten und archivalische Anhaltspunkte nicht mehr vorhanden waren oder verborgen und zerstreut in den Archiven ruhen.

Redner führte die einzelnen Bauschöpfungen Greising's vor, so das Neumünster, welche Kirche bis 1895 in harmonische profane Flügelbauten eingebaut war, von denen der rechte jetzt abgebrochen ist, was Redner mit Recht bedauerte, weil durch diese Freilegung der architektonische Reiz der Kirche zum Teil verloren ging, da die Planung der reichen Fassade mit gewundener Freitreppe unter Berücksichtigung der Seitenbauten erfolgte. Weiter beleuchtete der Vortragende das Rückermain-Gebäude, 1715 bis 1722 errichtet, ferner das Jesuiten-Kollegium, die Peterskirche, den Hof des Julius-Spitals, die Schottenkirche, mehrere Landkirchen usw. Von den Profanbauten ragt u. a. ein langgestrecktes Gebäude in der jetzigen Neubau-Straße hervor, ein vollendetes Meisterwerk. Zu den vorgeführten, künstlerisch bedeutsamen Barockbauten gab der Vortragende

interessante kunstgeschichtliche Erläuterungen über die Schaffensweise Greising's, machte auch zum Schluß die Anregung zu weiteren archivalischen Studien und zur späteren Herausgabe einer Monographie über diesen bedeutenden Barock-Künstler. —

Pfälzischer Architekten- und Ingenieur-Verein. Der am 12. Okt. 1919 neu gewählte Vorstand setzt sich folgendermaßen zusammen: I. Vorsitzender: Prof. Brill in Kaiserslautern, II. Vorsitzender: Direktionsrat Peter in Kaiserslautern, I. Schriftführer und Rechner Architekt Müller in Kaiserslautern, II. Schriftführer: Bezirksbaumeister Merl in St. Ingbert, Beisitzer: Architekt Larouette in Frankenthal, Ober-Ing. Hartmann in Kaiserslautern, Architekt Hoffmann in Ludwigshafen, Ober-Ing. Muiy in Ludwigshafen und Architekt Loch in Kaiserslautern.

Die 6 Ausschüsse sind folgendermaßen zusammengesetzt:
1. Wettbewerbswesen. (8 Mitglieder): Bauamt-mann Hussong in Kaiserslautern (Obmann), Prof. Brill in Kaiserslautern, Architekt Cappel in Edenkoben, Architekt Hartung in Landau, Stadtbaumstr. Heberer in Ludwigshafen, Stadtbaumstr. Meyer in Pirmasens, Architekt Schulte in Neustadt.

2. Bürgerhauswerk. (4 Mitglieder): Prof. Brill in Kaiserslautern (Obmann), Architekt Hartung in Landau, Bauamt-mann Hussong in Kaiserslautern, Architekt Müller in Kaiserslautern.

3. Aenderung der Bauordnung. (8 Mitglieder): Bauamt-mann Anding in Speyer (Obmann), Architekt Cappel in Edenkoben, Architekt Dietrich in Neustadt, Ober-Ing. Hartmann in Kaiserslautern, Bauamt-mann Hussong in Kaiserslautern, Stadtbaumstr. Heberer in Ludwigshafen, Dipl.-Ing. Marx in Kaiserslautern, Bezirksbaumstr. Ritter in Kaiserslautern.

4. Gebühren-Ausschuß. (6 Mitglieder): Bezirks-Baumstr. Völeker in Landau (Obmann), Prof. Brill in Kaiserslautern, Architekt Cappel in Edenkoben, Architekt Dietrich in Neustadt, Reg.-Rat Eickemeyer in Ludwigshafen, Dipl.-Ing. Marx in Kaiserslautern.

5. Bauberatung. (7 Mitglieder): Bauamt-mann Hussong in Kaiserslautern (Obmann), Bauamt-mann Anding in Speyer, Prof. Brill in Kaiserslautern, Architekt Hartung in Landau, Ober-Ing. Muiy in Ludwigshafen, Bezirks-Baumstr. Ritter in Kaiserslautern, Architekt Schönewetter in Neustadt.

6. Privatarchitekten. (7 Mitglieder): Architekt Dietrich in Neustadt (Obmann), Architekt Cappel in Edenkoben, Architekt Hartung in Landau, Architekt Larouette in Frankenthal, Architekt Müller in Kaiserslautern, Architekt Schmidt in Zweibrücken.

Sitzungstag ist in der Regel der 1. Freitag jeden Monats an einem jedesmal neu zu bestimmenden Ort. Im Interesse des Standes ist eine möglichst weitgehende Beteiligung der Mitglieder an diesen Sitzungen geboten. —

Die III. Tagung des Bundes deutscher Dekorationsmaler und dessen II. Bundes-Ausstellung in Dresden. Die III. Tagung des B. d. D. findet am 15. und 16. Febr. 1920 im neuen Kunstaustellungs-Gebäude in Dresden statt. Für die Tagesordnung ist Folgendes festgelegt: „Die Lage im Deutschen Malergewerbe“, a) Kunstpolitik. Berichterstatter: Kämmerer aus Stuttgart; J. Mössel aus München-Feldafing; b) Wirtschaftspolitik. Berichterstatter: J. Leipfinger aus München.

Für die Beratungen des 1. Tages ergehen Einladungen und können auch Gäste eingeführt werden, während am 2. Tag nur die Bundesmitglieder Zutritt haben.

Mit gleicher Gelegenheit veranstaltet der Bund seine II. Bundes-Ausstellung. Zur Ausstellung gelangen: Abteilung 1: Skizzen und Photographien über ausgeführte Arbeiten (unter Glas und Rahmen), 2: Möbel, 3: Muster für Wandbemalungen, 4: Modelle, 5: Werke der dekorativen Kleinkunst, 6: Werke der einschlägigen Literatur. —

Bund angestellter Architekten und Ingenieure. Unter diesem Namen haben sich in Bremen die angestellten Architekten des Bau- und Kunstgewerbes und die Bau-Ingenieure mit akademischer Bildung, jedoch ohne Staatsprüfung, zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu einem Bund zusammen geschlossen. Es wird beabsichtigt, diesen Zusammenschluß über ganz Deutschland auszubauen, um den in Frage kommenden Herren Gelegenheit zu geben, sich der heutigen Zeit entsprechend zu einer großen Masse zusammen zu schließen.

Die wöchentlichen Versammlungen in Bremen finden Dienstags abends 8½ Uhr in den Ratsstuben am Markt (Lübbsche Stube) statt; es werden alle Herren Kollegen in Bremen, die noch nicht Mitglied des Bundes sind, gebeten, sich dort einzufinden. Die Herren Kollegen außerhalb Bremens werden gebeten, sich zwecks Gründung von Ortsgruppen an den Werbausschuß des Bundes, z. H. des Hrn. Knackstedt in Bremen, Fürther-Str. 72, zu wenden. —



Gesamtansicht des Schlößchens Deutenhofen bei München.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

54. JAHRGANG. NO 5. BERLIN, DEN 17. JANUAR 1920.

* * * * HERAUSGEBER: DR.-ING. h. c. ALBERT HOFMANN. * * * *
 Alle Rechte vorbehalten. Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

Das Schlößchen Deutenhofen bei München.

Entwurf des Umbaues: Professor Franz Rank in München. Hierzu die Abbildungen S. 32 und 33.



uf weich geschwungenem Hügel, dem Flußlauf der von Dachau kommenden Amper folgend, liegt etwas vorgeschoben das Schlößchen Deutenhofen, das mit seinem Giebel ausdichtem Blätterwald hervorlugt. Es bildet das architektonische Endglied einer alten Siedelung der Ortschaft. Der weite entzückende Blick auf das

bayerische Gebirge und die demselben vorgelagerte Hauptstadt ist einerseits nach Westen vom Markt Dachau mit seiner an die Hügellinie angelehnten Häuserkette und seiner diese überragenden Schloßpartie beherrscht, andererseits durch das als großes Häusermassiv erscheinende Schloß Schleißheim. Daß schon früher Naturfreunde sich der Herrlichkeit dieses einzigartigen Punktes bewußt waren, zeigt eine Aeußerung des für Bayerns Geschichte und Landeskunde hochverdienten Lorenz von Westenrieder, der an eben dieser Stelle stehend, den Blick von hier aus als einen der schönsten Fernblicke Bayerns bezeichnete.

Das urkundlich nachgewiesene Bestehen des Schlosses reicht in die graue Vorzeit zurück, in die Zeit, wo die Agilolfinger über Bayern herrschten, wo Herren und Grafen aus Scheyerischem Geschlecht Besitzungen an den Ufern der Amper und Glonn, namentlich unter Herzog Tassilo III., hatten. Das Schloß wird zum ersten-

mal am Ende des 8. Jahrhunderts in der „Historia frisingens“ von Meichelbeck, Tom. I. No. 245 S. 147 genannt. Hier ist Erwähnung getan der „Schankung des Engelbert und seines Sohnes, des Priesters Isso, und seiner Gemahlin Pertswind“ und zwar, daß diese mit gemeinsamen Händen was sie an dem Ort mit Namen Deutenhofen hatten, die Kirche und das Haus samt aller Erbschaft und Erwartung, fest übergeben haben an das Haus der hl. Maria nach Freising; das geschah am 6. Februar 789. Damit kam Deutenhofen in den bischöflichen Besitz von Freising; auch später wird es von dem Autor genannt, so in den Jahren 926—938 unter Bischof Wolfram, dann 955 unter Bischof Lautbert und dessen Nachfolger Abraham.

Bis zum Jahr 1300 saßen dann die Edlen von Deutenhofen, Freising'sche Vasallen, dort. Erst nach dem Aussterben dieses Geschlechtes kam das Gut an den Bürger Püttrich aus München, bei dessen Familie es bis 1457 blieb. In dem genannten Jahr aber trug der damalige Besitzer des Gutes, Hanns Püttrich, die Gebäude zu Deutenhofen zugleich mit dem Kirchensitz, Gericht und der Vogtei an Widdum zu Engelhartshofen und die zugehörigen eigenen Leute dem Herzog Albrecht III. zu Lehen auf.

Infolge der an die bayerischen Herzöge übertragenen Lehensherrlichkeit über Deutenhofen mit Zugehörigkeit, belehnte Herzog Wolfgang als Vormund des Herzogs Wilhelm IV. den Hanns Püttrich und seinen Bruder

Jakob, Rentmeister zu Burghausen, mit dem Sitz und Sedel zu Deutenhofen. Im Jahr 1509 folgte dann den Püttrich das altberühmte Münchener Patriziergeschlecht der Reitmor, nach denen auch eine Straße in München benannt ist, im Lehnitz von Deutenhofen. Die Reitmor werden auch als Erbauer des Schlosses genannt. Zuvörderst erhielt Andreas Reitmor die Belehnung hierüber und im Jahr 1547 reversierte sein Sohn Jörg Reitmor an Herzog Wilhelm über den nämlichen Sitz, den im Jahr 1582 sein Sohn Matthäus aus Regensburg lehensweise erhielt und der in gleicher Weise an des Letzteren Söhne Andreas und Matthäus durch die Verleihung des Herzogs Maximilian I. 1606 übergang. Auch war den Reitmor die Jurisdiktion, Niedergerichts- und die Jagdbarkeit zu Deutenhofen verliehen worden, die sie aber wegen eines Vergehens wieder verloren. Die Gebrüder Andreas und Matthäus Reitmor führten wohl beim Ländgericht Dachau Klage wegen einer eingezogenen Jurisdiktion und der Niedergerichtsbarkeit, Herzog Maximilian aber gab Befehl, daß es bei der Einziehung verbleiben solle. An diesen Entscheid knüpften sich jahrelange Rechtshändel, die sich noch fortsetzten, als die Reitmor schließlich wegen Religions-Verfolgung— denn sie waren Protestanten— den Besitz und das Vaterland verlassen mußten, nachdem sie mit lehensherrlicher Genehmigung den Sitz Deutenhofen an Veit Thanner, Bürgermeister zu Freising 1618 verkauft hatten, wobei Veit Thanner, auf der Einziehung der Jurisdiktion, Niedergerichts- und Jagdbarkeit fußend, vom Kaufschilling 1000 Gulden zurückbehalten hatte. Veit Thanner verkaufte 1625 das Lehen zu Deutenhofen an seinen Schwager, Dr. Johann Mandl, kurfürstlichen Kammerrat. Am 3. Febr. 1627 berichtete dieser an den Herzog Maximilian und bat, die ihm 1622 auf die 7 Güter zu Sarnberg zugeteilte Gnadensverschreibung auf sein Besitztum zu Deutenhofen zu übertragen. Herzog Maximilian genehmigte noch im gleichen Jahr die Erhebung des Sitzes Deutenhofen zur selbständigen Hofmarkung. Die Schließung oder die Abmarkung aber konnte nicht mehr vollzogen werden, denn nunmehr brausten die Wogen des dreißigjährigen Krieges über die bayerischen Lande und plündernd und brennend zogen die Schweden durch die Gegend von Dachau und Freising. So wurde auch Schloß Deutenhofen 1632 niedergebrannt. Die Kapelle darin, schon damals unter dem Titel der hochheiligen Dreifaltigkeit und Krönung der Himmelskönigin genannt, blieb mit allem Zubehör erhalten. Johann Mandl ließ das Schloß mit der Kapelle am selben Ort wieder aufbauen.

Dem Johann Mandl folgte als Lehensnachfolger zu Deutenhofen sein Sohn Johann Georg Mandl, Freiherr von und zu Deutenhofen auf Rinnenthal, Harthausen und Sigling, durch Belehnung des Kurfürsten Ferdinand

Maria, der es nach dem Tod des Letzteren noch besaß. Der letzte Freiherr von Deutenhofen, der in den Briefprotokollen der Hofmark Deutenhofen erscheint, war Thaddäus Mandl, Freiherr zu Deutenhofen. Im Jahr 1812 erscheint Deutenhofen zum erstenmal im Grundsteuerkataster, und zwar samt allen von den Untertanen des Ortes zum Schloß und zur Pfarrei Hebertshausen und Rentamt Dachau zu leistenden Zehentpflichten, Rustikal- und Dominikalsteuern und Freistiftigkeiten der Schloßgründe.

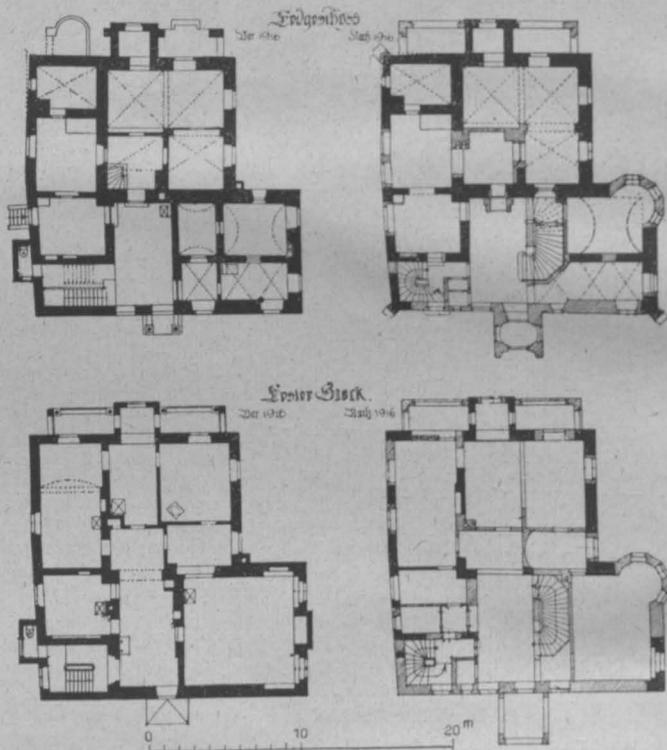
Wenn Deutenhofen jahrhundertlang im Besitz nur ganz weniger Familien gewesen war, so änderte sich das, seitdem der Besitz nicht mehr an eine bestimmte, vom Landesherrn verliehene Lehensherrlichkeit gebunden war. Vom März 1834 an wechselten die Besitzer, der Bau erfuhr unter den Nachfolgern verschiedene Veränderungen, bis er 1916 in den Besitz des Fürsten Adalbert von Sayn-Wittgenstein übergang, der das heruntergekommene Anwesen neuerlich einer baulichen Veränderung nach den Plänen des Professors Franz Rank in München unterzog, wobei nach außen hin der vorhandene Charakter und die Umrißlinie möglichst beibehalten werden sollten. Verschiedene durch die Vorbesitzer gemachte Änderungen mußten zu diesem Zweck wieder beseitigt werden. Die Giebelseite erfuhr wesentliche Vereinfachungen, um den Charakter des bayerischen schmucken Landschloßchens zu wahren; auch die Loggien wurden entsprechend geändert. Das Dach des Mittelerkers erhielt das für die Gegend charakteristische Schindeldach. Der frühere harte Dachanschnitt der beiden verschieden geneigten Dachflächen wurde durch die

Anfügung eines runden mit einer einfachen Zwiebelhaube bedachten Türmchens gemildert. Letzteres dient sowohl der Belebung der Außenwirkung als auch der Vergrößerung des Inneren.

Die eigentlichen Wohnräume sind der Hauptsache nach geblieben, dagegen wurde eine neue eichene behäbige Dielentreppe eingefügt und so aus der früheren ungemütlichen Halle ein lichter, durch Bogen aufgeteilter Dielenraum geschaffen, der das Gefühl aufkommen läßt, als wären die Räume von jeher in dieser Form gegeben gewesen, ein Eindruck, der durch Schmückung durch einen Kamin, durch Bilder und Geweihe noch gehoben ist.

Die Umbauarbeiten fielen in die Zeit von 1916—1917, in der infolge der beginnenden Steigerung der Löhne und Materialien der noch im Sommer 1916 angefertigte Kostenanschlag eine Ueberschreitung erfuhr. Immerhin war es der Bauleitung noch möglich, trotz Ungunst der Verhältnisse eine maßlose Steigerung hintan zu halten.

Das dem Maler und Naturfreund so liebwerte Dachauer-Land kann sich rühmen, ein weiteres architektonisches Schmückkästchen seinen übrigen liebenswürdigen Heimatdenkmälern eingefügt zu haben. —



Die Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen. (Schluß.)

Bescheidener als die Ueberreste an Bildwerken sind die der Malerei im Kreis Marienburg. Aus der gotischen Zeit sind nur vier Werke erhalten; auch das ganze 15. Jahrhundert hat an Malereien im Kreis nichts hinterlassen. Dagegen ist ihre Zahl vom 16. Jahrhundert ab recht groß, aber in der Hauptsache nur als Zubehör der Raumdekoration anzusehen. Die großen, reichen Altaraufbauten

haben alle Mittel verschlungen, sodaß für die Malerei kaum etwas übrig blieb. Wandernde Maler durchzogen dann im 18. Jahrhundert die Dörfer und hinterließen dort ihre Spuren. Häufig sind es Kirchendecken. „Der Hauptwert dieser Decken, wie überhaupt aller malerischen Betätigung in dieser Zeit, liegt aber in der unübertroffenen Zusammenstimmung aller Farbenwerte, sodaß die Kirchen, obwohl nach und nach ausgestattet, da, wo alte Malerei erhalten ist, eine

seltene Harmonie zeigen“. Von Glasmalerei ist außer den Bildfenstern in der Marienburg und Resten in Thorn und Kulm nur ein einziges altes Fenster aus der Zeit um 1400 aus Liebau erhalten.

Vom kirchlichen Gerät enthält namentlich das Kirchensilber trotz aller Kriegsverluste noch kostbare Stücke aus allen Zeiten. Das Aemterbuch des Deutschen Ordens gewährt uns eine Vorstellung von dem bedeutenden Vorrat an Silbergerät, den die Kirchen und Häuser des Ordens enthielten. Jedoch die Geldnot des Landes nach dem Krieg von 1410 zwang zur Einschmelzung vieler Kirchengewächse. Gotische Stilformen haben sich lange erhalten, noch bis in die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts. Das 16. Jahrhundert und die ältere Renaissancekunst haben am Silbergerät keine Spuren hinterlassen.

Der Glockenguß wurde viel geübt, doch fehlt es an älteren Gießernamen und Jahreszahlen. Die älteste datierte Glocke von 1484 hängt in Liebau. In der Mitte des 15. Jahrhunderts werden Grapengießler für Mörser und Pfannen und Rotgießer für Leuchter usw. unterschieden. Es scheint, als ob die Grapengießler den Bronzeuß übten und die Rotgießer, aus denen später die Glocken- und Geschützgießer hervor gingen, das Messing verarbeiteten. Der Kreis zählt 24 gotische Glocken. Die Lage des Landes nach 1410 war gerade für den Erzguß, der die Erfahrungen älterer Generationen besonders braucht, nicht günstig. Außer den Glocken hat der mittelalterliche Rotguß noch einige Leuchter hinterlassen, die dem Ende des 15. Jahrh. anzugehören scheinen. Neben der Marienburger Werkstatt beschäftigt sich im 16. Jahrh. vor allem das Danziger Werk mit dem Guß von Glocken und führt ein Meisterbuch. Die Kunst dieser Meister steht recht hoch. Im 17. Jahrh. begegnen wir lothringischen Gießern vom Oberlauf der Maas, im 19. Jahrh. erlischt die einheimische Glockengießerei ganz.

Es folgen diesen Darlegungen darauf Ausführungen über Glockenkunde, Rotguß, Gelbguß und Zingguß, welche letztere sich zu einer schönen Blüte entwickelten, aber im 19. Jahrh. eingingen. Nach den Kriegsjahren 1806—1815 kamen Porzellan für das Hausgeschirr und Gußeisen für das Altargerät auf. Der Eisenguß erlebt von 1820—50 in Kreuzifixen und Altarleuchtern eine gewisse Blüte. Das Gerät zeigt eine sehr geschickte Wiedergabe antiker Formen und hat sich mit schwarzem Lacküberzug gut gehalten. Durch den Handel kamen die Stücke aus dem Harz, aus Schlesien oder aus der kgl. Eisengießerei in Berlin. Zahlreich sind auch die Taufsteine, Grabplatten und Grabsteine; die Spruchdichtung auf den Grabmälern ist ein wertvoller Beitrag zur Kenntnis der geistigen Strömungen im Volk. Wand-Epithaphien in den Kirchen sind selten, u. A. in Kunzendorf (S. 22). Eine besondere Gruppe bilden die seit 1813 errichteten Kriegerdenkmäler, auch in Form von Tafeln, die jedoch vielfach verständnislos beseitigt wurden.

Orgeln werden schon 1401—1405 im Tressler-Buch erwähnt, doch sind Orgeln aus gotischer Zeit nicht mehr vorhanden. In der Spätrenaissance wurden auch die evan-

gelischen Kirchen mit Orgeln versehen; zahlreiche Werke des 17. und 18. Jahrhunderts hatten sich noch bis in unsere Tage erhalten. Das Gestühl nimmt an der formalen Durchbildung der Zeit teil; es ist noch ein gotisches Wandgestühl in Alt-Münsterberg erhalten. Uhren, Gewänder, Ledertapeten usw. bereichern die kirchliche Ausstattung.

Das Bauernhaus tritt frühestens auf dem Kupferstich einer Bauernkirmes von 1587, der zugleich die Marienburg zeigt, auf. Der Verfasser hält die Bauart hier für sächsisch, hebt aber sonst den fränkischen Charakter der Bauernhäuser hervor. Vorlaube und Schornstein sind wichtige Bauglieder, die schon im 16. Jahrh. auftreten. Der Rauchmantel geht auf die Küchen der Ordensburgen zurück. Der Verfasser hält es für wahrscheinlich, daß die Ordensregierung die Uebernahme dieses Bauteiles auf das Bauernhaus veranlaßt hat, „wenn man sieht, wie der Orden sonst in alle Zweige des wirtschaftlichen Lebens ordnend und gestaltend eingriff, viel zielbewußter und erfolgreicher, als es im 14. Jahrh. die Fürsten seiner Nachbarstaaten vermochten“. Für die Beurteilung der inneren Zusammenhänge des Bauernhauses hier und im Mutterland bittet der Verfasser zu beachten, daß wir jetzt nur die reicheren Formen der letzten Jahrhunderte kennen. Der für die äußere Erscheinung bedeutsame Bauteil ist die Vorlaube. Sie scheint nach dem Vorbild der städtischen Laubenhäuser über Schlesien, Böhmen und Tirol in das Land gekommen zu sein. Vielleicht kam sie auch von den Ordensburgen. Diese wurden als Kloster und zugleich Festung mehrgeschossig bebaut mit zweigeschossigem Kreuzgang. Dieser ist oben Klosterkreuzgang, unten aber laubenartige Ringhalle als Vorraum für die Wirtschaftsanlagen. Die ins Land kommenden An siedler erkannten bald den Wert dieser Anlage und übertrugen sie auf ihr Haus. Ein charakteristisches und schönes Beispiel dieses Laubenhauses ist das Haus Köster in Stalle (S. 21). Es zeichnet sich zugleich durch ein sehr schönes Fachwerk aus.

Ein Abschnitt über Quellenkunde schließt den allgemeinen Teil. Ihm folgt auf 380 Seiten, auf das reichste mit Abbildungen geschmückt, für deren Schönheit die hier beigegebenen Beispiele zeugen mögen, das Verzeichnis der Denkmäler. Es ist alphabetisch nach den Eigennamen geordnet und zeigt in der Beschreibung der einzelnen Denkmäler alle die Sorgfalt und kritische Gabe, durch die schon die allgemeine Darstellung der Kultur- und Kunstverhältnisse dieses Kreises ausgezeichnet ist. Ueberall werden vergleichende Hinweise gegeben und es wird damit die Stellung des Kunstdenkmales festzustellen versucht. Inschriften, entscheidende Nachrichten in Akten und Druckwerken werden sorgsam wiedergegeben und damit dem Leser alles mitgeteilt, was ihm zur Beurteilung und Einordnung des Kunstdenkmales als wünschenswert erscheinen kann. So entstand über einen Teil der Kunstdenkmäler des Kreises Marienburg ein schöner stolzer Band, der weit über den Kreis der engeren Heimat dieser Werke teilnehmende Beachtung erweckt und auch finden wird. —

Ueber technische Schiedsgerichte. Von W. Stein in Hamburg.



Seit dem Jahr 1913 sind Bestrebungen im Gang, für die Gesamtheit der wichtigeren technischen Vereine und Verbände Deutschlands einheitliche Einrichtungen für Schiedsgerichte zu schaffen. Mit diesem Gedanken ist der „Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine“ zuerst hervor getreten; er hat am 12. Juli 1913 in Berlin mit 6 anderen Vereinen über die Angelegenheit beraten. Weitere Beratungen haben am 22. Nov. 1913, 18. Febr. und 26. März 1914 stattgefunden. Die Führung der Angelegenheit hat später der „Verband Deutscher technisch-wissenschaftlicher Vereine“ übernommen, dessen Vorsitzender, Geh. Brt. Dr.-Ing. Taaks und dessen Geschäftsführer Dr.-Ing. Siedler die Sache eifrig gefördert haben. Während des Krieges hat die Angelegenheit geruht; am 8. Okt. 1919 hat in Berlin eine neue Verhandlung stattgefunden, in welcher der „Deutsche Ausschub für das Schiedsgerichtswesen“ gegründet worden ist. Beraten wurde u. A. über den schon 1914 vorgelegten Entwurf der Ausschub-Satzungen und einer Schiedsgerichts-Ordnung, ohne daß jedoch ein Abschluß erzielt worden wäre.

Die Grundgedanken dieser Entwürfe sind kurz folgende: Aufstellung einer Liste von Fachleuten, die sich zur Unparteilichkeit verpflichten und der Schiedsgerichts-Ordnung unterwerfen; Wahl je eines Schiedsrichters durch die Parteien, in der Regel aus der Liste; geeignetenfalls Wahl eines Obmannes durch die Schiedsrichter; Schlichtung etwaiger Streitigkeiten bei Ernennung der Schiedsrichter durch eine Zentralstelle in Berlin, die auch im Fall der Ablehnung von Schiedsrichtern nach gutachtlicher An-

hörung eines Vertreters des betreffenden Fachvereines oder Fachgebietes endgültig entscheidet; Anwälte sind zugelassen; die Kosten werden durch das Schiedsgericht auf Grund einer Gebührenordnung festgesetzt; im Streitfall setzt der Vorstand der Zentralstelle das Honorar der Schiedsrichter fest.

In dem mündlichen Bericht über die Angelegenheit am 8. Okt. 1919 wurde ausdrücklich betont, daß es sich nicht etwa um neue Gedanken handele, sondern daß die Einrichtung in Anlehnung an Bekanntes geplant sei, insbesondere an die Schiedsgerichts-Ordnung des „Deutschen Beton-Vereins“.

Der „Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg“ besitzt seit 1909 eine Schiedsgerichts-Ordnung, die auf wesentlich anderer Grundlage beruht und in Anlehnung an die Schiedsgerichts-Ordnung des „Dänischen Ingenieur-Vereins“ entstanden ist. Hier werden die Schiedsrichter nicht von den Parteien, sondern von dem Vereins-Vorstand ernannt ohne Beschränkung durch eine Liste. Der Obmann muß ein Rechtsgelehrter sein; bei kleinen Streitsachen kann ein Fachmann als alleiniger Schiedsrichter ernannt werden. Ueber Ablehnung des Schiedsrichters entscheidet das ordentliche Gericht. Die Kosten setzt der Vereins-Vorstand nach Anhörung des Schiedsgerichtes fest.

Aehnliche Einrichtungen haben kaufmännische Berufsverbände, insbesondere auch Handelskammern, darunter diejenigen von Hamburg und Berlin geschaffen. Dr. Nußbaum¹⁾ nennt diese Schiedsgerichte, bei denen die Schieds-

¹⁾ Die gesetzliche Neuordnung des Schiedsgerichtswesens. Berlin 1918. Julius Springer.

richter durch eine ständige Körperschaft ernannt werden, „ständige“ Schiedsgerichte im Gegensatz zu den „Gelegenheits-Schiedsgerichten“, bei denen die Schiedsrichter durch die Parteien für jeden einzelnen Fall erwählt werden.

Die Berliner Handelskammer hat die Nußbaum'sche Denkschrift am 18. Febr. 1918 dem Reichsjustizamt überreicht und die Annahme der darin enthaltenen Vorschläge zur Einrichtung amtlicher Schiedsgerichte und einer entsprechenden Aenderung der Zivilprozeßordnung beantragt. Unter „amtlichen Schiedsgerichten“ werden solche verstanden, die von einer Handelskammer, Landwirtschaftskammer, Handwerkskammer oder einer anderen von der Landesregierung dazu ermächtigten Körperschaft des öffentlichen

usw., ferner Rechtshilfe-Verkehr mit den ordentlichen Gerichten, Erleichterungen der Vollstreckbarkeits-Erklärung und dergleichen.

Man wird aus der vorstehenden Skizze unschwer erkennen, daß die Schiedsgerichtspläne des „Deutschen Ausschusses für das Schiedsgerichtswesen“ und die „Vorschläge der Berliner Handelskammer“ sehr wenig mit einander gemein haben. Umso wichtiger erscheint eine sorgfältige Bewertung dieser verschiedenen Richtungen. Es darf sich dabei nicht nur darum handeln, welche Art der Bildung der Schiedsgerichte für die zu Richtern berufenen Kreise die günstigere ist, sondern es muß auch die Frage beantwortet werden, welcher Art die Rechtsuchenden, also die künftigen Parteien, voraussichtlich den Vorzug geben werden. Der Verfasser möchte sogar glauben, daß dieses das Entscheidende ist. Denn es kommt alles darauf an, daß die zu schaffenden Einrichtungen den Kreisen, für die sie bestimmt sind, den höchsten Grad von Rechtssicherheit gewährleisten und sich nach jeder Richtung hin volles Vertrauen erwerben. Dabei ist allerdings zu beachten, daß — wenn nicht gerade ein berufsmäßiges Schiedsrichtertum gefördert werden soll — die Rechtsprechenden und Rechtsuchenden häufig den gleichen Kreisen entstammen werden. Man wird daher den technischen Berufsständen von vornherein nicht zumuten dürfen, sich in der Schiedsgerichtsfrage gewissermaßen unter die Vormundschaft der Handels-, Handwerks- u. dgl. Kammern zu stellen, nur weil diese Kammern einen amtlichen Charakter tragen und auch sonst wohl geeignet zur Bildung von Schiedsgerichten in Handels- u. dgl. Sachen sind. Irgend eine derartige Zumutung würde in den führenden technischen Kreisen einmütig abgelehnt werden. Das schließt aber nicht aus, daß die Vorschläge der Berliner Handelskammer, zumal wenn jedes Sonderinteresse ausgeschaltet ist, in vielen übrigen Punkten sorgfältige Beachtung finden. Die Frage z. B., ob die Zivilprozeß-Ordnung als solche reformbedürftig ist, ist bei den Beratungen des „Deutschen Ausschusses“ nicht in Betracht gezogen worden, da die Anregung dazu fehlte. In der Tat erscheinen die Nußbaum'schen Ausführungen über diese Fragen, deren Wiedergabe freilich im Rahmen dieses Aufsatzes zu weit führen würde, in hohem Grad bemerkenswert.²⁾ Eine Erleichterung der Rechtshilfe durch die ordentlichen Gerichte und zugleich eine selbstständigere Stellung der Schiedsgerichte, weniger zwingende Formvorschriften und eine erleichterte Vollstreckbarkeit der Schiedssprüche usw. sind allerdings Dinge, die einen entscheidenden Fortschritt bedeuten, und die umso weniger unerreichbar



Vorderansicht.

Das Schlößchen Deutenhofen bei München.

Architekt des Umbaues: Professor Franz Rank in München.

Rechtes errichtet werden. Dieselben Körperschaften sollen Schiedsgerichts-Ordnungen anderer Körperschaften oder Verbände genehmigen und den betreffenden Schiedsgerichten die Eigenschaft amtlicher Schiedsgerichte beilegen dürfen. Ein Mitglied — nicht unbedingt der Obmann — des amtlichen Schiedsgerichtes muß zum Richteramt befähigt sein. Ueber Ablehnung eines Schiedsrichters entscheidet zunächst das Schiedsgericht selbst, sodann das Oberlandesgericht im Beschwerde-Verfahren. Anwälte sind zugelassen. Den amtlichen Schiedsgerichten sollen gewisse Befugnisse beigelegt werden, die bisher nur den ordentlichen Gerichten zustehen, z. B. Vereidigung von Zeugen

erscheinen, als sie nach Nußbaum — z. B. in Oesterreich — schon teilweise bestehen. Endlich bedarf noch die Frage eingehender Prüfung, ob denn nicht auch die Wahl der Schiedsrichter durch eine angesehene Körperschaft — wie sie u. A. schon jetzt bei mehreren Handelskammern gang und gäbe ist —, anstatt durch die Parteien selbst, einen gewaltigen Fortschritt bedeuten würde. Wenn man von jeher zu dem Aushilfsmittel gegriffen hat, den Parteien die Wahl von Schiedsrichtern zu überlassen, so ist damit noch keines-

²⁾ Die Reformbedürftigkeit der Z. O. wird auch von anderen anerkannt; vergl. Kollmann, „Schiedsgerichte“, S. 509 ff., München 1914, R. Oldenbourg.



ER ARCHITEKTONI-
SCHE AUFBAU DES
MURGWERKES IN
*** BADEN. ***

** ARCHITEKT: **
* BAUINSPEKTOR *
* H. WIELANDT *
* IN KARLSRUHE. *

GESAMTANSICHT
DER ANLAGEN BEI
FORBACH. KRAFT-
HAUS MIT WINDEN-
*** HAUS, ***
SCHALTHAUS UND
* WEHRANLAGE. *

≡ DEUTSCHE ≡
* BAUZEITUNG *
54. JAHRGANG 1920.
*** NO. 5. ***

wegs gesagt, daß diese sogenannten Schiedsrichter von den Beteiligten auch als das angesehen werden, was man ge-
 ter zusammen, um einen Ausgleich herbei zu führen und ohne eine Unparteilichkeit zu heucheln, die vernünftiger-



Ansicht von rückwärts.



Ansicht der Diele.

Das Schlößchen Deutenhofen bei München. Architekt des Umbaues: Professor Franz Rank in München.

mein hin unter unparteiischen Richtern versteht. Zumal wenn jede Partei nur einen Schiedsrichter ernannt, so treten diese ganz naturgemäß wie Vermittler oder Sachwal-

weise kein Mensch von ihnen verlangt. Etwas anders wird die Sachlage, wenn ein Obmann, der ja tatsächlich unparteiisch sein wird, hinzu tritt und welcher in den parteige-

wählten Richtern je nach Geschmack, Erfahrung, Auftreten usw. Richterkollegen oder Parteianwälte sehen wird, ohne jedoch jemals seiner Sache sicher zu sein. Bei der Urteilsfällung ist er aber auf die Zustimmung wenigstens eines Mitrichters angewiesen. Es liegt auf der Hand, daß ein wirklich gutes Urteil auf diese Weise nicht allzuleicht entstehen wird. Die Einrichtung der parteigewählten Schiedsrichter ist und bleibt daher ein Notbehelf und nur so lange berechtigt, als in Ermangelung einer geeigneten ernennenden Stelle Schiedsrichter nicht anders gefunden werden können. Es genügt, daß Parteien sich durch geschickte Wahl ihres Anwaltes Vorteile sichern; Vorteile infolge geschickter Wahl des Richters haben keine sittliche Berechtigung.

Damit eine andere Stelle Schiedsrichter in geeigneter Weise ernennen kann, ist zunächst erforderlich, daß diese Stelle selbst hohes Ansehen besonders hinsichtlich ihrer Unparteilichkeit genieße. Eine weitere unerläßliche Forderung ist, daß sie — wenigstens bei fachlichen Schiedsgerichten — sachverständig sei und den Kreis der für das Schiedsrichteramt geeigneten Personen genau kenne. Schon hieraus ergibt sich, daß die örtlichen Grenzen der Zuständigkeit einer solchen Stelle nicht allzu weit gezogen sein dürfen. Aber die Stelle mag noch so angesehen und sachkundig sein — in einem Fall wird doch das ordentliche Gericht nicht entbehrt werden können, nämlich wenn es sich um die heikle Frage der Ablehnung eines Schiedsrichters wegen Befangenheit in letzter Instanz handelt.³⁾

Für diesen Fall sollte daher das ordentliche Gericht zuständig bleiben.

Noch ein sehr ernster Punkt bedarf der Erwägung, nämlich die Zuziehung oder Ausschaltung des juristischen Elementes.

Der „Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg“, der bei bedeutenderen Streitsachen einen hochgestellten Richter als Obmann hinzuzieht und dabei so gute Erfahrungen gesammelt hat, daß das kürzlich in einer Vereinsversammlung widerspruchlos bestätigt wurde, sagt hierüber:⁴⁾ „Sollte irgendwo in den Kreisen des Vereins der Ehrgeiz bestehen, die Schiedsgerichte ausschließlich mit technisch vorgebildeten Personen zu besetzen, so würde dies eine Verkennung der besonderen Schwierigkeiten der Prozeßleitung und der Rechtsprechung, insbesondere hinsichtlich der Beobachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Formen bedeuten. Es könne nicht das Ziel des Vereins sein, den rechtsgelehrten Richter auf seinem eigensten Gebiet entbehren zu lassen, und es würde auch praktisch nicht zum Ansehen der Schiedsgerichte beitragen, wenn das juristische Element grundsätzlich ausgeschlossen würde“.

Wenn die Erfahrung lehrt, daß die Hinzuziehung eines Juristen der Sache dienlich ist, so kann kein ernsthafter Fachgenosse hierin eine Schädigung der technischen Standesinteressen erblicken. Die Erfahrung lehrt aber, daß bei Schiedsgerichten zwischen Parteien technischer Berufe nicht selten reine Rechtsfragen in den Vordergrund treten, zumal wenn vertraglich vereinbart ist, daß alle aus dem Vertrag etwa entstehenden Streitigkeiten — also nicht nur die technischen Fragen — schiedsgerichtlich zu erledigen sind. Aber auch in mehr technischen Fragen ist das Verhältnis zu den Rechtsnormen stets von Belang; auch wenn es nicht in jedem Einzelfall als ausschlaggebend angesehen wird, so wird doch Niemand dem geltenden Recht auch in seinen minder bekannten Teilen zuwider handeln wollen. Aus diesem Grund werden besonders solche Parteien, die wichtige Interessen zu vertreten haben, ein Schiedsgericht mit juristischem Einschlag nicht ablehnen, sondern eher bevorzugen. Sollte man dem etwa entgegen halten, daß es sich im vorliegenden Fall doch um ein gemeinsames Werk der deutschen Technik auf dem Gebiet des Schiedsgerichtswesens handele, und daß man dieses Werk nicht Juristen ausliefern dürfe, so wäre zu erwidern, daß es sich bei Schiedsgerichten nun einmal nicht um rein technische Angelegenheiten handelt, sondern um Rechtsprechung, also um ein Gebiet, auf dem verständnisvolles Zusammenarbeiten der technischen Fachwissenschaft mit der Rechtskunde das Gebene und Natürliche ist und daß kein Stand sich durch sachgemäße Abgrenzung seines Betätigungsbereiches etwas verbitt.⁵⁾

In diesem Zusammenhang muß leider gesagt werden, daß der Entwurf der Schiedsgerichts-Ordnung des „Deutschen Ausschusses“ abgesehen von vielem von anderer Seite Beanstandetem⁶⁾ gerade in seinen Grundzügen nicht überall das Richtige treffen dürfte. Daß er sich, wie in dem einleitenden Bericht zur Beratung am 8. Okt. 1919 betont wurde, an Bekanntes anlehnt ohne neue Gedanken zu enthalten, kann bei der Neuartigkeit des riesigen, für ganz Deutschland berechneten Unternehmens kaum als Vorzug erscheinen. Daß er die Wahl der Schiedsgerichte durch die Par-

teien beibehält und rechtskundige Richter praktisch nahezu ausschließt, ist vielleicht ein noch geringerer Mangel, als Vorschriften (§ 13 S.O. und III 2 der Satzungen), wonach der Vorstand der Zentralstelle allgemein über Ablehnung, Fortfall usw. von Schiedsrichtern entscheidet nach Anhörung „der Mitglieder des Ausschusses (der Zentralstelle), die den durch den betreffenden Streitfall berührten Vereinen entstammen oder das durch den Streitfall berührte Fachgebiet vertreten“. Die Zentralstelle in Berlin müßte also z. B. über Ablehnung eines Schiedsrichters etwa in Bayreuth oder Leer in Ostfr. entscheiden, indem sie sich auf eine Auskunft des Vertreters des Verbandes stützen soll, dessen Zweigverein vielleicht in Bayreuth oder Leer einige Mitglieder hat oder auf die Auskunft eines Berliner Fachmannes, der Niemanden in jenen Orten kennt!

Auch im Uebrigen erscheint für die Vereinigung des gesamten Schiedsgerichtswesens an einer Stelle keinerlei Bedürfnis vorzuliegen. Die Aufstellung einer Schiedsrichterliste fast aus der gesamten deutschen Technik⁷⁾ würde sich unter den gegebenen Verhältnissen von einer Liste der Mitglieder aller technisch-wissenschaftlichen Vereine kaum wesentlich unterscheiden und daher völlig unübersichtlich sein. Das Ansehen, das sich die örtlichen Vereine im Lauf von Jahrzehnten erworben haben, und das z. B. in Hamburg wiederholt dazu geführt hat, daß sich unbekannte auswärtige Parteien über die Einsetzung eines Schiedsgerichtes durch den „Architekten- und Ingenieur-Verein“ geeinigt haben, bliebe im Wesentlichen unverwertet. Endlich würde das gesamte Unternehmen bei Nichtberücksichtigung der Erfahrungen und Bestrebungen anderer Kreise, insbesondere auch der Handelskammern, Gefahr laufen, von vornherein in ein ungünstiges Fahrwasser zu geraten. Sollte nämlich den Anträgen der Berliner Handelskammer, die auch im Uebrigen eine Reform des Schiedsgerichtswesens anstreben, stattgegeben werden, so würde für die vom „Deutschen Ausschuss“ geplanten Einrichtungen offenbar kein ausreichender Raum mehr verbleiben. Denn jene „amtlichen Schiedsgerichte“ würden gegenüber gewöhnlichen Schiedsgerichten schon derartige äußere Vorzüge aufweisen, daß ein Wettbewerb kaum noch möglich sein würde. Parteien, die vor einem mit einem Richter und zwei oder mehr Fachleuten besetzten Schiedsgericht ein leicht vollstreckbares Urteil erstreiten können, ohne höhere Kosten oder längere Dauer gewärtigen zu müssen, als bei einem anderen Schiedsgericht, während das Verfahren alle Vorzüge der ordentlichen Gerichte ohne deren Mängel aufweist, werden solche amtlichen Schiedsgerichte vermutlich vorziehen und dabei gern auf den recht zweifelhaften Vorzug verzichten, einen Schiedsrichter selbst zu wählen. Vor allem sollte eingehend geprüft werden, ob die erwähnten Bestrebungen nach Einrichtung bevorzugter amtlicher oder sonst behördlich genehmigter Schiedsgerichte übersehen werden können und ob nicht vielmehr in gleicher Richtung der Hebel angesetzt werden sollte, um den technischen Schiedsgerichten des „Deutschen Ausschusses“ von vornherein die bestmögliche Stellung im Rahmen des künftigen deutschen Schiedsgerichtswesens zu sichern. Ferner sollte bei der weiteren Prüfung auf Dezentralisierung hingewirkt werden, sodaß die Einzelvereine als Träger des Schiedsgerichtswesens in erster Linie erscheinen, während die Berliner Zentralstelle sich auf den notwendigen Zusammenschluß und solche Geschäfte beschränken würde, die keiner örtlichen Behandlung bedürfen. Endlich sollte man sich bei der Abfassung der Schiedsgerichts-Ordnung der Mitwirkung der erfahrensten Rechtskundigen bedienen, um vermeidbare Fehler und Unklarheiten in Form und Inhalt durchaus zu vermeiden. Die Gefahr derartiger Mängel für das gesamte Unternehmen kann nicht hoch genug eingeschätzt und nicht vorsichtig genug umgangen werden.

Die in der Beratung des „Deutschen Ausschusses“ am 8. Oktober 1919 beschlossene abermalige Prüfung sollte sich daher nicht nur auf Einzelheiten, sondern auf die Grundlagen des Unternehmens erstrecken, vor allen Dingen auch nach der Richtung einer Dezentralisierung und einer stärkeren Betonung der Einzelvereine. —

³⁾ Vergleiche Nußbaum a. a. O. S 58.

⁴⁾ Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Frage betr. die Einführung von technischen Schiedsgerichten. Hamburg 1909, Boysen & Maasch.

⁵⁾ Diese Ausführungen erschienen dem Verfasser notwendig, nachdem in der Beratung des „Deutschen Ausschusses“ am 8. Okt. 1919 vorgeschlagen und beschlossen ist, in den Satzungen und der Schiedsgerichtsordnung überall das Wort „Rechtsstreit“ durch „Streit“ zu ersetzen.

⁶⁾ Vergleiche Dr. Müllendorf in „Glaser's Annalen“ 1914, No. 900, S. 211.

⁷⁾ Bei der Beratung am 8. Okt. 1919 waren 66 Verbände und Vereine geladen, von denen ein einziger allein gegen 20000 Mitglieder hat.

Vermischtes.

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Von der Technischen Hochschule in München wurde dem ordentlichen Professor der Technischen Hochschule Berlin, Geh. Baurat Richard Borrmann, „dem ausgezeichneten Kenner und Interpreten der klassischen Baukunst“ die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. —

Erweiterung des Stadtkreises Hannover. Ab 1. Januar 1920 soll die Stadtgemeinde Linden in den Stadtkreis Hannover einverleibt werden. Die beiden Gemeinden bildeten schon bisher ein einheitliches Wirtschafts- und Verkehrsgebiet. Linden, das 1885 Stadtrechte erhielt, hat sich zu einer volkreichen Industriestadt von 80 000 Einwohnern entwickelt, zeigt aber in wirtschaftlicher Hinsicht, in der Zusammensetzung der Bevölkerung, in der baulichen Entwicklung und den täglichen Verkehrsbeziehungen den Charakter einer Fabrik- und Arbeitervorstadt. Die dicht bevölkerten älteren Teile beider Städte sind lediglich durch einen Arm der Leine getrennt. Hannover dient den wohlhabenderen Bevölkerungskreisen als Wohnsitz, während Linden sich gegenüber Hannover in der ungünstigen Lage einer Arbeiterwohnort-Gemeinde mit allen Erschwerungen der eigenen Entwicklung befindet. Durch die Vereinigung sollen die Interessen ausgeglichen werden; sie wird auf die Besiedelung und Bebauung des Gesamtgebietes, auf eine weitsichtige Einteilung in Wohn- und Industrie-Viertel, auf planmäßige Kanalisation und Erschließung mit Straßen, Kanal- und Hafenanlagen entscheidenden Einfluß haben. Durch die Eingemeindung vergrößert sich das Gebiet des Stadtkreises Hannover von 10 372 auf 12 675 ha, die Einwohnerzahl wird auf erheblich über 400 000 steigen. Die vergrößerte Stadtgemeinde Hannover ist verpflichtet, die Anlage eines Sport- und Spielplatzes nebst Parkanlage auf dem städtischen Gelände am Lindener Berg innerhalb 3 Jahren auszuführen. Ferner wird sie bestrebt sein, die Ausführung eines angemessenen Neubaus des Empfangsgebäudes am Bahnhof Hannover-Linden durch die Verwaltung der Staats-Eisenbahn zu verlangen. Die mit den Ortschaften Davenstedt, Badenstedt, Bönnum, Ricklingen und Limmer eingegangenen Verpflichtungen über die Eingemeindung nach Linden werden übernommen. Die öffentlichen Anstalten und Anlagen in Linden bleiben weiter geöffnet und im Betrieb. —

Zur Reform der Bauschulbetriebe hat der „Innungs-Verband Deutscher Baugewerksmeister“ eine Denkschrift an das preußische „Ministerium für Handel und Gewerbe“ gerichtet, in der die Wünsche des Baugewerbes zur Ausgestaltung des bautechnischen Schulwesens eingehend behandelt sind. Inbezug auf die Vorbildung der Schüler wird grundsätzlich der Nachweis der bestandenen Gesellen-Prüfung verlangt. Aufzunehmende Schüler, die über keine höhere Allgemeinbildung verfügen, haben in einer Prüfung zudem die vollständige Beherrschung der deutschen Sprache und der vier Grundrechnungsarten nachzuweisen. Das Aufnahmealter soll künftig auf 18 Jahre festgesetzt werden. Eine auslesende Berufsberatung soll in dem Sinn eingeführt werden, daß jeder aufzunehmende Schüler ein Zeugnis seines Lehrmeisters, sowie der Innung oder Handwerkskammer, vor der er die Gesellenprüfung abgelegt hat, beibringt, in dem erklärt wird, daß er die zum erfolgreichen Besuch der Baugewerkschule erforderlichen Fähigkeiten hat.

In Bezug auf die Ausgestaltung der Lehrfächer wird in der Denkschrift betont, daß die Erfahrungen, die mit den von den Schulen kommenden jungen Leuten in den Kontoren und auf den Bau- und Werkplätzen gemacht werden, durchgängig derart sind, daß überall der Ruf nach einer besseren praktischen Durchbildung zu vernehmen ist. Es wird also die Vertiefung des Unterrichtes nach der praktischen Seite hin grundsätzlich zu fordern sein. Der Innungs-Verband macht hierzu eine Reihe von besonderen Vorschlägen, unter denen in erster Linie der Hinweis auf den Ausbau des Unterrichtes im Veranschlagen und Kalkulieren zu nennen ist. Auch eine angemessene Berücksichtigung der Lehre der wissenschaftlichen Betriebsführung wäre durchaus zu wünschen. Die jungen Leute müßten mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit wenigstens so weit vertraut gemacht werden, als sie den Satz von dem Höchstmaß des Ertrages bei geringstem Aufwand zu erfassen vermögen und von dem Bestreben erfüllt werden, die ihm zugrunde liegenden Gedanken der dringenden Notwendigkeit der Rationalisierung aller beruflichen Arbeit nach Möglichkeit zu verwirklichen.

Zum Schluß wird die Lehrerfrage insoweit behandelt, als darin die Heranziehung praktisch durchgebildeter Lehrer grundsätzlich als erstrebenswertes Ideal bezeichnet ist.

Die Denkschrift bildet den Niederschlag von Beratungen, welche auf der letzten Tagung des „Innungs-Verbandes“ zu Cassel gepflogen worden sind. Es darf daher angenommen werden, daß sie bei dem zuständigen Ministerium diejenige Beachtung findet, die ihr nach der Bedeutung des Verbandes und nach der Sorgsamkeit in der Erwägung der in ihr vertretenen Wünsche zukommt. —

Wettbewerbe.

Wettbewerb Bebauungsplan Nieder-Hermsdorf. Es handelt sich um die Bebauung des Siedelungs-Geländes, das zwischen dem oberen Ortsteil und der Straße nach Fellhammer liegt. Es ist ein lang gestrecktes, von Nord nach Süd ziehendes Gelände, das sehr bergig und infolgedessen schwierig zu bearbeiten ist. Ein Teil des Geländes ist nicht ganz grubensicher, es sind Gebiete mit schwächeren, mittleren und stärkeren Bodensenkungen vorhanden; auf ihnen sind größere Gruppenbauten möglichst zu vermeiden. Für die Bebauung ist eine Bevölkerungsziffer von 15 000 Seelen anzunehmen. Es sollen grundsätzlich Einfamilienhäuser in Einzel- und Doppelhäusern geplant werden. Größere oder kleinere Gruppen- und Reihenhäuser sind zugelassen. Es werden nur wenige aber gut ausgestattete Typen gewünscht. Es sind Bauplätze für folgende öffentliche Gebäude vorzusehen: a) möglichst nahe am bebauten Ortsteil und in einem Gebäude eine Säuglings-Fürsorgestelle, eine Lungenkranken-Fürsorgestelle und eine Kinder-Spielschule; b) ein Volksbad. 90 % aller Wohnungen sollen Arbeiter-Wohnungen sein, auf deren gesunde Anordnung und Ausstattung der größte Wert gelegt wird. Bäckerei, Fleischerei, Spezereiladen und Gastwirtschaft sind vorzusehen. Bei Freiheit in der Wahl der Baumaterialien soll diejenige Ausführungsform gefunden werden, die mit der größten Zweckmäßigkeit die größte Wirtschaftlichkeit verbindet.

Neben den drei Preisen von 4000, 3000 und 2000 M. stehen drei Ankäufe für je 1000 M. und 12 Arbeitsvergütungen zu je 500 M. zur Verfügung. Die Gemeinde, also nicht das Preisgericht, behält sich das Recht vor, eine anderweitige Regelung der Preise vorzunehmen. Es ist beabsichtigt, einen der Preisträger mit der weiteren Ausarbeitung der Pläne zu betrauen. Im Preisgericht befinden sich u. a. die Hrn. Reg.- und Brt. Schierer in Breslau, Prof. Dr. Herm. Jansen in Berlin, sowie die Architekten May und Busmann in Breslau; Ersatzleute sind die Hrn. Stadtbaumstr. Behrend und Reg.-Bmstr. Neumann in Breslau. —

Die Beuth-Preisgabe des „Vereins Deutscher Maschineningenieure“, für die ein Staatspreis von 3000 M. festgesetzt ist, betrifft in diesem Jahr den Entwurf einer modernen Fabrikanlage zur Herstellung von Halbkoks für die Heizung der Lokomotiven. —

Ein Ideenwettbewerb zur Erlangung von Vorentwürfen für den Bau von Arbeiter- und Beamtenwohnungen in Gotha wird von der Landesvermögens-Verwaltung für Bewerber, die im Freistaat Gotha ansässig oder geboren sind, mit Frist zum 1. März 1920 erlassen. Das Gebäude liegt in der Schloß-Allee und Jäger-Straße. Es gelangen drei Preise von 2500, 2000 und 1500 M. zur Verteilung. Im Preisgericht u. a. die Hrn. Prof. Dr. P. Klopfer in Weimar, Reg.- und Brt. A. Reinhold, Stadtbr. Schrauff und Reg.- und Brt. Wiesenbach in Gotha. Bedingungen durch die Registratur der Landesvermögens-Verwaltung auf Schloß Friedenstein in Gotha. —

Chronik.

Verbindung des Mittelländischen und des Toten Meeres und Untertunnelung Jerusalems. Ein Plan des norwegischen Ingenieurs Albert Hiorth verfolgt das Ziel, das Mittelländische Meer und das Tote Meer durch große Kraftstationen miteinander zu verbinden. Der Plan sieht einen Tunnel von etwa 60 km Länge vor, der von Osten nach Westen läuft und unter Jerusalem durchgeht, um Wasser zu dem tieferen Ende des Jordan-Tales zu führen. Von dieser Stelle aus soll das Wasser durch Röhren bis zur Höhe des Toten Meeres geleitet werden, und dort soll eine Kraftstation mit elektrischen Maschinen die Wasserkraft in Elektrizität umwandeln, um auf diese Weise Licht und Kraft dem ganzen Land mitzuteilen. Die Kraftstation soll auch dazu verwendet werden, um die Wasserzufuhr um den See von Genezareth zu regulieren und damit die Bewässerung von einigen Hunderttausend Acres Land in die Wege zu leiten. Ferner soll die dadurch erlangte Kraft zum Betrieb von Asphaltminen in der Gegend des Toten Meeres und in den Ebenen von Sodom und Gomorrha benutzt werden. —

Neuer Friedhof in Bornstedt. Am 18. Okt. 1919 ist in Bornstedt bei Potsdam ein etwa 5 Morgen großer neuer Friedhof, der im Anschluß an den alten Friedhof angelegt wurde, eingeweiht worden. Die Entwürfe stammen von Prof. Frz. Seeck vom Kunstgewerbe-Museum in Berlin, die Ausführung erfolgte unter Leitung des Obergärtners Timm in Potsdam. —

Literatur.

E. Prinz, Ziv.-Ing. Hydrologie. Berlin 1919, Verlag von Julius Springer. 424 S., 331 Abb., Preis 36 M., geb. 39 M., je 25% Teuerungszuschlag.

Der in Fachkreisen seit langer Zeit bekannte Verfasser unternimmt es in diesem Umfang zum ersten Mal, die Kenntnisse, Erfahrungen, Untersuchungen und Vorschläge, welche sich auf das unterirdische Wasser beziehen, in einem einheitlichen Werk zusammen zu fassen, dessen erster Band jetzt vorliegt, und dessen zweiter Band folgen soll, wenn der erste eine gute Aufnahme gefunden hat. Als Hydrologie bezeichnet der Verfasser die „Lehre vom unterirdischen Wasser“ im Gegensatz zur Hydrographie, der Beschreibung der oberirdischen Wasserläufe. Praktische Verwertung findet die Hydrologie hauptsächlich zur Gewinnung gesundheitlich und chemisch einwandfreier Trink- und Gebrauchswässer. Aus dem reichen Inhalt des Buches sei Einiges hervorgehoben. Von allgemeinem Interesse ist der erste größere Abschnitt, der den Begriff, die Entstehung und die Menge des unterirdischen Wassers erläutert, wobei scharf unterschieden wird zwischen Grundwasser, das sich in den durchlässigen Trümmergebilden der Erdkruste ansammelt und fortbewegt, und unterirdischen Wasserläufen, die in Spalten, Klüften und Höhlen des festen Gebirges vorkommen und sich in ihnen nach den für oberirdische Gerinne maßgebenden Gesetzen bewegen. Einer kurzen Erörterung über Quellen, deren Einzelercheinungen und Nutzbarmachung im zweiten Bande behandelt werden sollen, folgt der umfangreichste Abschnitt, der in weiteren Einzelteilen den Aufbau des grundwasserführenden Untergrundes, die Aufsuchung des Grundwassers, die Vorrichtungen zur Messung, die Feststellung von fließendem und ruhendem Grundwasser, die mittelbare und unmittelbare Bestimmung der Grundwassermenge, die Theorie der Grundwasser-Bewegung und die rechnerische Behandlung der Brunnenwirkung behandelt. Der zuletzt genannte Gegenstand ist für die Anlage von Grundwasser-Werken von besonderer Wichtigkeit. Darcy hat ihm seine Aufmerksamkeit zugewendet und eine Formel für den Durchgang des Grundwassers durch Sand und ähnliche durchlässige Stoffe aufgestellt, nach der die Wassermenge in Grundwasserströmen nicht wie bei oberirdischen Gerinnen mit der Wurzel aus der Druckhöhe oder dem Gefälle wächst, sondern im unmittelbaren Verhältnis zu diesem steht. Auf Grund der Darcy'schen Arbeiten haben dann Thiem, der bekannte Lehrmeister von Prinz, und Lummer besondere Berechnungsverfahren angegeben, die in der Hand gewiegter Hydrologen und unter günstigen Verhältnissen wohl Untersuchungen an Versuchsbrunnen ersetzen können, ohne diese Voraussetzungen aber zu schweren Enttäuschungen führen können.

Ein weiterer Abschnitt beschreibt in ähnlicher, aber einfacherer Weise die unterirdischen Wasserläufe, die sich also in Klüften bewegen, während im folgenden die physikalische, chemische, bakteriologische und biologisch-mikroskopische Untersuchung einschließlich der reinigenden Wirkung des natürlich gewachsenen Bodens, eingehend behandelt wird. Die künstliche Reinigung, insbesondere die für die norddeutsche Tiefebene so wichtige Enteisung des Grundwassers, mag vielleicht dem zweiten oder dritten Band, der etwa ausgeführte Wassergewinnungsanlagen beschreiben könnte, vorbehalten sein. Im vorliegenden Band folgt zunächst eine in 21 Hauptunterabteilungen gegliederte, ausführliche Abhandlung über die Fassung von Grundwasser; ein kurzes Kapitel über Wasserwirtschaft, das insbesondere die anderweit mehrfach erörterte künstliche Aufspeicherung in unterirdischen Hohlräumen streift, schließt den ersten Band.

Rückblickend muß gesagt werden, daß der Verfasser eine ungewöhnliche Menge von Wissenswerten auf dem Gebiet der Hydrologie zusammengetragen, erläutert, bewertet und mit reichen eigenen Erfahrungen und Vorschlägen ergänzt hat. Es wird die Absicht des Verfassers erfüllt werden, dem Berufshydrologen ein brauchbares Handbuch zu liefern, aber auch dem Nichtfachmann oder dem Studierenden das Verständnis für Hydrologie zu erleichtern. Der Kreis derjenigen, für die das Buch Nutzen haben kann, ist aber noch viel weiter gezogen: Bürgermeister, Stadtverordneten, fachlichen Bau- und Verwaltungsbeamten, Fabrikleitern und Juristen, die mit Wasserrecht zu tun haben, kann es im gegebenen Fall als wertvolles Nachschlagebuch empfohlen werden. Es zeichnet sich durch zahlreiche, das Verständnis erleichternde Abbildungen, durch gutes Papier und klaren Druck aus, und es ist nur zu wünschen, daß der Verfasser seinen Plan, einen zweiten — oder gar dritten — Band folgen zu lassen, bald verwirklicht. —

S y m p h e r.

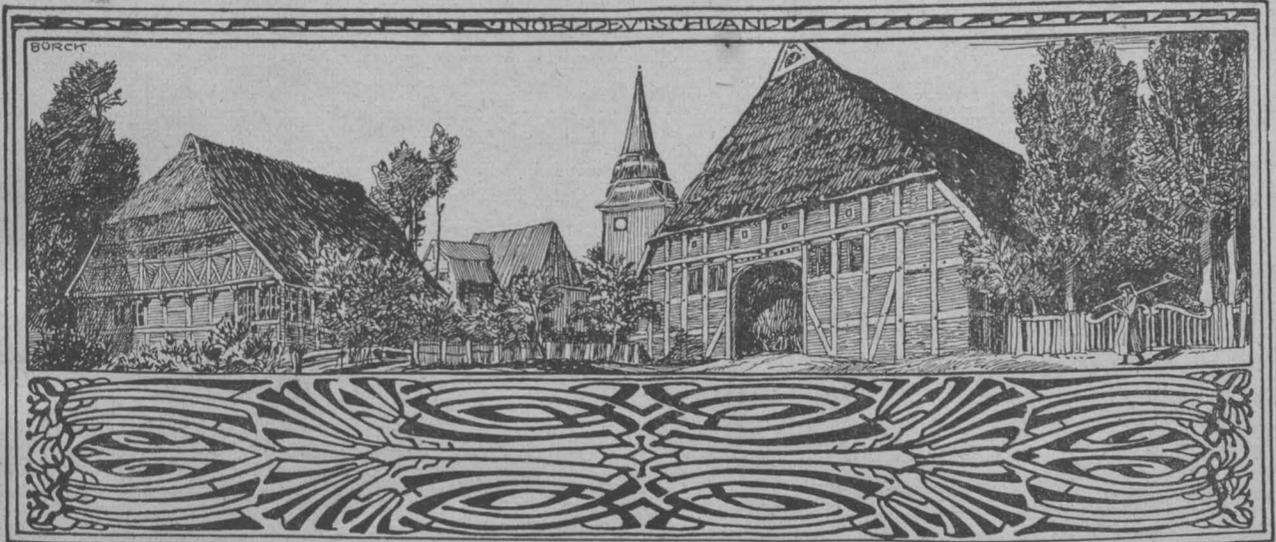
Literatur-Verzeichnis.

- Bartning, Otto. Vom neuen Kirchbau. Mit 9 Bildern und 30 Skizzen. Berlin W. 35. 1919. Bruno Cassirer Verlag. Pr. geb. 5 M.
- Blum, Richard, Dr. jur., Ing. Die Rechtskunde des Ingenieurs. Ein Handbuch für Technik, Industrie und Handel. Zweite, verbesserte Auflage. Berlin W. 9. 1918. Julius Springer. Pr. geb. 16 M.
- Bösenberg, H., Dr.-Ing. Die Entwicklung der Provinzialstraßen der Rheinprovinz. Düsseldorf 1918. A. Bagel. Pr. 3 M.
- Denkschrift über Maßnahmen gegen die Wohnungsnot in Dortmund. Der Magistrat an die Stadtverordneten-Versammlung. Im Juni 1918. Druck von Gebr. Lensing in Dortmund.
- de Fries, Heinrich. Wohnstädte der Zukunft. Neugestaltung der Kleinwohnungen im Hochbau der Großstadt. Berlin 1919. Verlag der „Bauwelt“. Pr. 2,90 M.
- Geusen, L., Prof., Oberlehrer. Die Eisenkonstruktionen. Ein Lehrbuch für Schule und Zeichentisch, nebst einem Anhang mit Zahlentafeln zum Gebrauch beim Berechnen und Entwerfen eiserner Bauwerke. Zweite, verbesserte Auflage. Mit 505 Figuren im Text und auf 2 farbigen Tafeln. Berlin W. 9. 1918. Julius Springer. Pr. geb. 18 M.
- Heyer, Georg. Soziale Wohnungsreform im Deutschen Volkstaat. Berlin-Friedenau. Druck von Hermann Brücker.
- Heyer, H., Brl. und Kreisrechnungsrevisor F. Geisler. Praktische Wohnungsfürsorge im Gemeindeverband. Ein neuer Weg zur Wohnungsbeschaffung für Minderbemittelte und Errichtung von Kriegerheimstätten in ländlichen Bezirken, dargestellt auf Grund praktischer Erfahrungen im Kreise Worms. Mit allen Anleitungen und Unterlagen für die Gründung und erfolgreiche Betätigung solcher Gemeindeverbände, erprobten Satzungen, Verträgen usw., sowie einem technischen Teil mit 60 Bildertaf., Berechnungen und photogr. Kunstbeilagen. Auf Anregung der Gesellschaft für Heimkultur herausgegeben. 5. Aufl. Wiesbaden 1918. Heimkultur-Verlagsgesellschaft m. b. H. Pr. 15 M., geb. 18 M.
- Dr. Kampffmeyer, Hans, Landeswohnungsinsp. Friedenstadt. Ein Vorschlag für ein deutsches Kriegsdenkmal. 2. Aufl. Jena 1918. Eugen Diederichs.
- Kuhn, Waldemar, Dr.-Ing. Kleinsiedlungen aus Friedrichianischer Zeit. Mit 114 Abb., davon 31 auf 17 Taf. und 9 auf 9 Einschlagblättern. Deutscher Bund Heimatschutz und Vereinigung für Deutsche Siedlung und Wanderung. Stuttgart 1918. Wilhelm Meyer-Illschen. Pr. 8 M., geb. 10 M.
- Die Mieter-Schutzverordnung (Bekanntmachung des Bundesrates vom 23. Sept. 1918) und die Bekanntmachung des Bundesrates über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. Sept. 1918 nebst der Anordnung für das Verfahren vor den Einigungsämtern vom 23. Sept. 1918, sowie den sonstigen Bundesrats-Verordnungen und Ausführungsbestimmungen über Einigungsämter. Mit Einleitung, Erläuterungen, Mustern und Beispielen versehen, für Laien und Fachleute leicht faßlich dargestellt vom Beigeordneten Hugo Rohde. 1. bis 4. Tausend, zugleich 4. Aufl. und 19. bis 22. Tausend der Erläuterungen zur ersten Mieter-Schutzverordnung. Berlin 1918. Industrieverlag Spaeth & Linde. Pr. kat. 3 M.
- Dr. Noest, Justizrat. Was ist strafbare Steuerhinterziehung? Eine Betrachtung über Steuerverfehlungen und Steuerberatung. Berlin C. 2. Industrieverlag Spaeth & Linde. Pr. 1 M.
- Oldenbourg's Technische Handbibliothek. Band XXI: Fabrikbeleuchtung. Ein Leitfaden der Arbeitsstättenbeleuchtung für Architekten, Fabrikanten, Gewerbehygieniker, Ingenieure und Installateure von Dr.-Ing. N. A. Halbertsma. Mit 122 Textabbildungen. München 1918. R. Oldenbourg. Pr. geb. 12 M.
- Rheinische Beratungsstelle für Kriegerehrungen. Anregungen für Kriegergrabmäler. Heft 3, Eisenkreuze. Moers 1918. Aug. Steiger, Hofbuchhändler.
- Die gesamte Hochbaukunde für Schule und Praxis. Herausgegeben von Reg.-Rat Karl A. Romstorfer, fortgeführt von Ob.-Brl. Julius Deininger. 2. Band: Baukonstruktionslehre, I. Teil. Ein Lehrbuch für Baufachschulen und verwandte Lehranstalten sowie für die Praxis von Prof. Josef Schubauer. Mit 200 Fig. im Text. Wien 1918. Franz Deuticke. Pr. geb. 5 Kr.
- Ruppel, Siegwart, Dipl.-Ing., Professor. Vereinfachte Blitzableiter. 4. ergänzte und verbesserte Auflage. Mit 80 Textfiguren. Berlin W. 9. 1918. Julius Springer. Pr. 1,80 M.
- Ruppel, Dr.-Ing., Brl. Das Allgemeine Krankenhaus St. Georg in Hamburg. Mit 45 Abbildungen im Text und 6 Taf. Sonderdruck aus „Zeitschrift für Bauwesen“ 1917. Berlin W. 66. 1917. Wilhelm Ernst & Sohn. Pr. 8 M.
- Sächsische Normenhefte des Normenausschusses der Deutschen Industrie, Arbeitsausschuß für das Bauwesen. Abt. Sachsen. Kleinwohnungsbau. Heft 1/2. Einheitsformen zu Kleinwohnungshäusern in den Mittel- und Kleinstädten sowie in Landgemeinden. Bearbeitet im Landesverein Sächsischer Heimatschutz. Herausgegeben mit Unterstützung des Min. des Inn. vom Landesverein Sächs. Heimatschutz. Großquartformat. Dresden 1919. Oskar Laube. Pr. 6,60 M.

Inhalt: Das Schloßchen Deutenhofen bei München. — Die Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen. (Schluß). — Ueber technische Schiedsgerichte. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. — Literatur. — Literatur-Verzeichnis. —

Hierzu eine Bildbeilage: Der architektonische Aufbau des Murgwerkes in Baden.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

54. JAHRGANG. № 6. BERLIN, DEN 21. JANUAR 1920.

* * * * HERAUSGEBER: DR.-ING. h. c. ALBERT HOFMANN. * * * *

Alle Rechte vorbehalten. Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

Die Hamburger Kleinbahnen, insbesondere die Marschbahn.

(Nach einem Vortrag des Hrn. Dr.-Ing. h. c. O. Gleim im „Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg“.)



Die von der Hamburger Bürgerschaft Ende 1918 erteilte Genehmigung des Senats-Antrages auf Erbauung der Hamburger Bergedorf-Geesthachter Eisenbahngesellschaft den Auftrag mit der Aufgabe sofortigen Arbeits-Beginnes im Interesse der Beschäftigung Arbeitsloser gebracht.

Die Bahn sollte von ihr für Rechnung des Staates ausgeführt werden, aber später in den Besitz der Gesellschaft übergehen. Bei dem Bericht über die neue Anlage, über die bisher wenig in die Öffentlichkeit gedrungen ist, hat Redner sich zur besonderen Aufgabe gestellt, über den historischen Werdegang der Kleinbahn-Unternehmungen, zu denen die Marschbahn das abschließende Glied bildet, eine Uebersicht zu geben, dagegen Einzelheiten dieser Kleinbahnen, insbesondere der Bergedorf-Geesthachter Bahn, auf eine andere Gelegenheit zu verschieben. An Hand eines Uebersichts-Planes wird zunächst auf die von Hamburg ausgehenden Hauptbahnlinien, dann auf die Kleinbahnlinien des südöstlichen Landgebietes hingewiesen, nämlich: 1. Billwärdter Industriebahn mit anschließender Süd-Stormarnscher Kreisbahn, 2. Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn, 3. Vierländer Eisenbahn und 4. Marschbahn.

In dieser Reihenfolge behandelt der Redner auch die einzelnen Kleinbahnlinien und bemerkt zunächst die Billwärdter Industriebahn: Die Vorarbeiten begannen 1901, aber erst 1905 konnte die Gründung erfolgen; die Eröffnung erfolgte 1907. Aufgabe der Bahn ist, die Güter für die im Billbrook vorhandenen Fabriken von dem an die Preuß. Staatsbahn angeschlossenen Uebergabebahnhof Tiefstack abzuholen und den Empfängern zuzustellen, sowie in umgekehrter Richtung wieder abzuliefern. Bei der Eröffnung handelte es sich nur um 2 Anschlüsse, deren Zahl in langsamer Entwicklung auf 10 gestiegen ist. Im Zusammenhang mit den Entwurfsarbeiten wurden zur Aufschließung des Gebietes für industrielle Zwecke Bebauungspläne entworfen, von denen der spätere endgültige Plan der Behörde wenig abweicht. Die Einführung der Süd-Stormarnschen Kreisbahn mit ihrem Personen- und Güterverkehr er-

folgte nach längeren Verhandlungen unter für die Kreisbahn sehr günstigen Bedingungen. Die Kreisbahn benutzt die Anlagen der Industriebahn in vollem Umfang gegen jährliche Abgaben und führt ihren Personenverkehr durch das Empfangsgebäude des Bahnhofes Tiefstack der Staatsbahn.

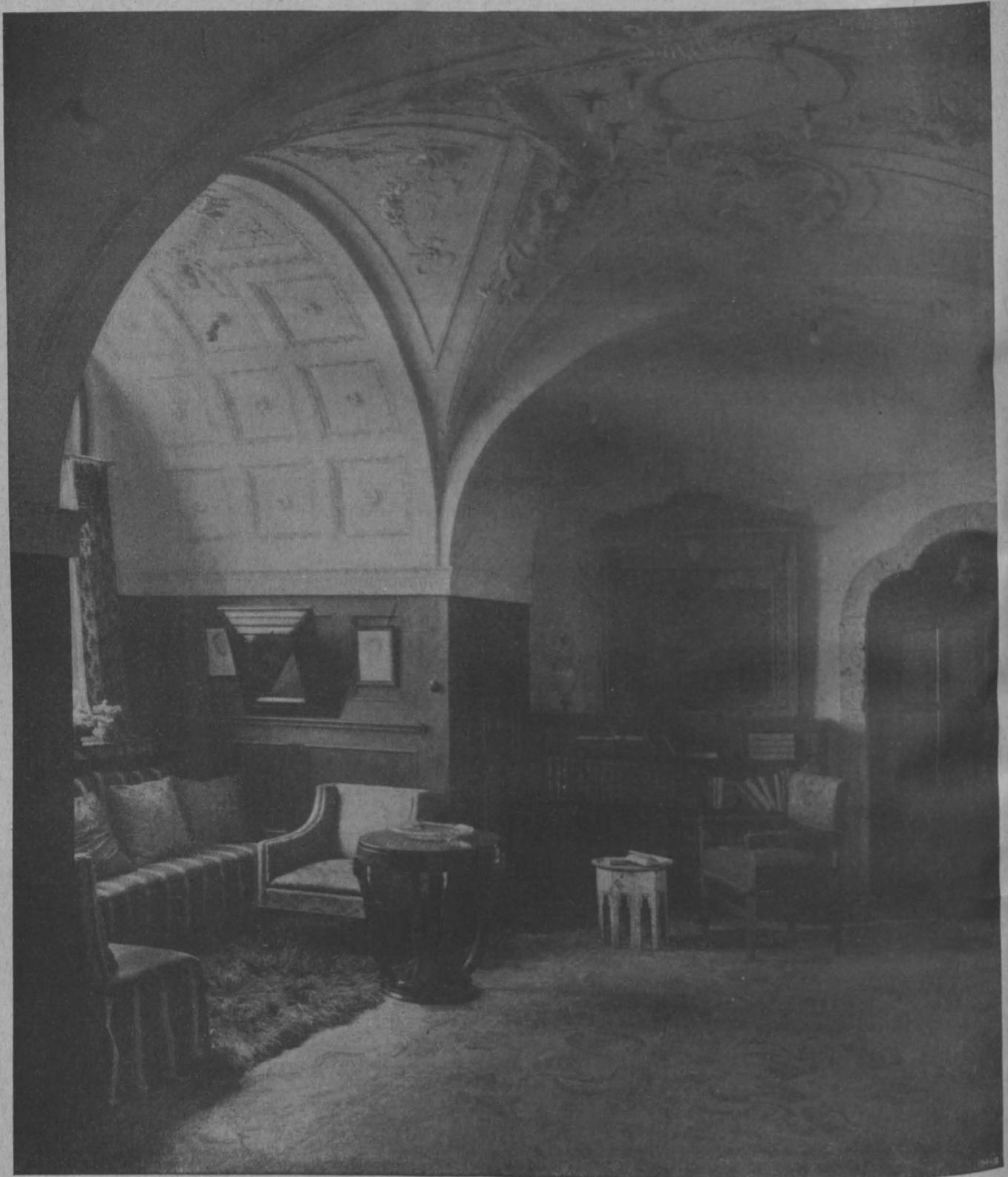
Schon während der Vorarbeiten für die Billwärdter Industriebahn drängte sich der Gedanke auf, ihre Anlagen mit zu benutzen, um ein System von Kleinbahnen zur Aufschließung des südöstlichen Landgebietes — bestehend, neben der Süd-Stormarnschen Kreisbahn, aus einer Linie durch Oberbillwärdter nach Bergedorf und zwei Linien durch die Marschlande und Vierlande — im Billbrook einheitlich zusammenzufassen und gemeinsam über Tiefstack möglichst weit nach Hamburg hinein zu führen. In diesem Sinn ist ein Endbahnhof für diese Kleinbahnen in Rothenburgsort in Aussicht genommen, wo er auf Straßenhöhe neben beiden hoch liegenden Bahnhöfen der preußischen Staatsbahn und der Hochbahn errichtet werden soll. Die erforderliche Fläche ist 1909 erworben worden. Außerdem ist eine Fortführung als eingleisige Marktanschlußbahn nach dem Deichtor-Markt geplant. Diese soll auf einem Viadukt bis zur Lippelt-Straße geführt werden, senkt sich alsdann und endet in zweien von den Kasematten, die unter der Harburger Eisenbahnlinie liegen, auf Straßenhöhe in unmittelbarer Verbindung mit dem Marktplatz.

Die Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn führt im Allgemeinen durch rein landwirtschaftliches Gebiet und hat ihre industrielle Bedeutung durch die Munitionsfabrik von Düneberg und Krümmel erst während des Krieges gewonnen. Sie ist als richtige Interessentenbahn gekennzeichnet, auch durch die Art der Geldaufbringung, die ohne Mithilfe eines Bankiers durch unmittelbare Werbung bei Interessenten besorgt wurde. Da preußisches Gebiet von der Bahn durchschnitten wird, mußte außer Hamburg auch Preußen die Genehmigung erteilen, was erst nach längeren Verhandlungen, die sogar mit solchen über die Bahn nach Woldorf verknüpft wurden, geschah.

Die Bahn ist eine nebenbahnähnliche Kleinbahn von rund 14 km Länge, für deren erste Anlage 1,1 Mill. M. Aktien aufgebracht wurden. An interessanten Einzelheiten wird zunächst die Einführung in Bergedorf be-

schrieben, wo die Bahn mit einem Bogen von nur 80 m Halbmesser einmündet. Hierfür mußten besondere Personenwagen mit Lenkachsen und Lokomotiven von kleinem Radstand beschafft werden, während die Güterwagen unter Umgehung der erwähnten scharfen Kurve

möglichst. Die ausgestellten Pläne gaben eine anschauliche Uebersicht der ursprünglichen und der erweiterten Anlage. Der Vortragende verfolgte nunmehr die Linienführung der Bahn unter Aufzählung ihrer bemerkenswerten Bauwerke und Anschlüsse.



Gesellschaftsraum im Stadthaus von Emanuel von Seidl in München.

Aus: Emanuel von Seidl: Mein Stadt- und Land-Haus. Darmstadt. [Verlagsanstalt Alexander Koch.

in einer Spitzkehre mit Ausziegleis durchgeführt werden. Während des Krieges wurde an dieser Stelle ein besonderer Uebergabebahnhof geschaffen und dabei ein Anschluß an die Preußischen Staatsbahngleise mit einer Weichenverbindung in der freien Strecke vorgenommen, die durch eine Blockstelle gesichert ist und durchgehende Züge zwischen Hamburg und Geesthacht er-

Die Bahn eröffnete ihren Betrieb 1907 mit 10 Zügen in jeder Richtung, Sonntags 16 Zügen, die sich später im Anschluß an Schul-, Börsen- und Gerichtszeiten noch weiter vermehrten. Die vorher veranschlagte Rentabilitäts-Berechnung ist für die ersten Jahre fast genau eingetroffen und wurde für die späteren Jahre wesentlich übertroffen. Es wurde im ersten Jahr nur 1 %

Dividende für Vorzugsaktien erzielt, im zweiten 4¼ %, alsdann 5 % für Vorzugsaktien und 2½ % für Stammaktien, hernach je 5 %, dann je 6 % und sogar je 8 %; hierauf tritt ein Fallen ein auf 7 %, 5 % und 6 %. Zu

Abtragungen von Sanddünen in der Düneberger Pulverfabrik, Düngelieferungen nach den Vierlanden usw.

Der Bau der Vierländer Eisenbahn wurde im August 1910 beschlossen, ihre Eröffnung erfolgte im



Herrenzimmer im Stadthaus von Emanuel von Seidl in München.

Aus: Emanuel von Seidl: Mein Stadt- und Land-Haus. Darmstadt. Verlagsanstalt Alexander Koch.

diesem für eine Kleinbahn ungewöhnlichen Erfolg tragen allerlei wirtschaftliche Unternehmungen bei wie der Kauf von Sandbergen und Lieferung von Sand für die Bodenverbesserung in den Vierlanden, sowie Aufhöhungen des Curslacker Friedhofes und des Neuen Deiches,

April 1912. Hervorzuheben sind die Brücken über die Dove- und Gose-Elbe. Im Uebrigen liegt die Bahn auf einem niedrigen Damm 1 m über Gelände. Ihre Empfangsgebäude wurden auf Grund eines vom Verein veranstalteten Wettbewerbes ausgeführt.

21. Januar 1920.

Bevor der Redner zur Beschreibung der Marschbahn übergang, besprach er einige durch den Krieg veranlaßte Erweiterungen der Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn. Mit gewisser Plötzlichkeit zeigte sich im September 1915, daß die Dynamitfabrik Krümmel mit ihren Transportverhältnissen nicht auskam. Die Fabrik ist die älteste ihrer Art und auf steil ansteigendem Gelände mit einigen hundert Fabrikhütten angelegt. Bei ihrer Anlage war vorwiegend mit dem An- und Abtransport auf der Elbe gerechnet worden. Ihre Erzeugnisse gingen die Elbe hinunter nach Schulan und wurden dort umgeladen, hauptsächlich nach Südafrika und Südamerika. Diese Verhältnisse wurden durch die Kriegsumstellung mit Uebergang zum Eisenbahntransport über Geesthacht völlig verändert. Zunächst wurden 15 tägliche Wagenladungen angekündigt, während die Ladestraße des Kleinbahnhofes nur für 6 Wagen Platz bot und schleunigst erweitert werden mußte. Die Abfuhr nach der etwa 5^{km} entfernten Fabrik versuchte man mit Fuhrwerk und Automobilen zu bezwingen, mußte aber schließlich zu einer Eisenbahn-Verbindung übergehen. Ein schon in früherer Zeit bearbeiteter Entwurf mit Gleisanschluß von der Landseite war wegen seiner großen Kosten nicht ausgeführt und verbot sich auch durch lange Bauzeit. Es wurde deshalb ein Anschlußgleis an der Elbe entlang ausgeführt mit einem auf das Vorland angeschütteten hochwasserfreien Bahndamm, an den sich längs der Fabrik eine Rampe mit einer Steigung 1:70 anschließt, um einen 12^m höher angelegten Rangierbahnhof zu erreichen, der durch eine Spitzkehre mit der Hauptfabrikstraße in Verbindung steht. Bereits am 1. März 1916 konnte die Fabrik auf allerdings noch unfertigem Damm mit Güterwagen bedient werden, nachdem die Verhandlungen über die Anlage im Oktober 1915 begonnen hatten.

Vermischtes.

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Die Technische Hochschule zu Aachen hat dem Industriellen Walter v. Selve in Altena in Westfalen „in Anerkennung seiner Verdienste um die Förderung der Metallkunde, insbesondere durch seine für das gesamte Verkehrswesen zu Land, zu Wasser und in der Luft hoch bedeutungsvollen Leistungen auf dem Gebiet der Veredelung und Verarbeitung des Leichtmetall-Baustoffes für Kleinmotoren“ zum Doktor-Ingenieur ehrenhalber ernannt. —

Techniker als Beigeordnete. Zu der Frage der Besetzung von Beigeordnetenstellen mit Technikern erhalten wir die Mitteilung, daß die Beigeordnetenstelle für Hochbau, Baupolizei und Wohnungsamt in Elberfeld mit dem Stadtbaurat Rudolph Koch daselbst besetzt wurde. Die Wahl fand am 7. Oktober 1919 statt, die Bestätigung durch die preußische Regierung erfolgte am 20. November 1919. Der Gewählte gehört seit 1908 der Elberfelder Verwaltung an und war vordem längere Zeit in Kiel tätig. 1916 und 1919 errang er den Strauch-Preis des Berliner „Architekten-Vereins“. —

Wettbewerbe.

Ein notwendiger Wettbewerb. In Dresden ist nach den Berichten dortiger Tagesblätter eine bereits seit Jahrzehnten spielende Frage wieder aufgenommen worden: distriktebauliche Ausgestaltung des Postplatzes. Der Post-Platz ist ein Platz im Mittelpunkt der Dresdener Altstadt. Ueber ihn geht der ungewöhnlich starke Verkehrszug König Johann-Straße — Wilsdruffer-Straße — Wettiner-Straße; auf ihn münden die Ostra-Allee, die Annen-Straße, die Wall-Straße und die Marien-Straße. Von ihm aus geht die stillere Sophien-Straße an der Sophien-Kirche vorbei nach der Zwinger-Gruppe ab. Seinen Mittelpunkt schmückt die nach den Entwürfen von Gottfried Semper errichtete 18^m hohe gotische Gutschmid-Brunnensäule. Auf diesem Platz flutet ein Verkehr zusammen wie selten auf dem Zentralplatz einer Altstadt. Und dieser Verkehr nimmt von Jahr zu Jahr zu. Es überrascht daher nicht, wenn der Platz schon lange den Forderungen des Verkehrs nicht mehr entspricht. Daher hat, wie nunmehr berichtet wird, das städtische Baupolizeiamt in Dresden für den Post-Platz und die Sophien-Straße einen neuen Bebauungsplan entworfen, der zurzeit im Neuen Rathaus zur Einsicht der Dresdener Bürgerschaft ausliegt. Der Plan verfolgt eine Freilegung des Platzes. Das Stadtwald-Schlößchen soll nie-

Eine zweite mit großer Beschleunigung ausgeführte, erheblich umfangreichere Eisenbahn wurde veranlaßt durch Erweiterungen der Pulverfabrik Düneberg und große Steigerung ihres Arbeiter- und Güterverkehrs. Vor dem Krieg zählte ihr Verkehr etwa 2000 Fahrgäste täglich (Hin- und Rückfahrt gezählt); infolge der Erweiterung des Betriebes stieg diese Zahl auf 30—35 000. Deshalb wurde im Oktober 1916 ein durchgreifender Umbau der Bahnanlage beschlossen. Insbesondere wurde der zweigleisige Ausbau der Bahn sozusagen „unter den Rädern“ ausgeführt. Die Bahnhöfe mußten sämtlich hinsichtlich der Gleisanlage für größere Zuglängen umgebaut werden. Hinzu kam die Einführung der Bahnsteigsperrle und die Herstellung von Signalanlagen mit Stellwerken und Blockanlage. Der Lokomotivschuppen mit Werkstatt-Anbau in Bergedorf-Süd, der von ursprünglich 4 bereits auf 6 Stände gebracht war, wurde nunmehr auf 16 erweitert. An Hand von Plänen wurde hier der Bahnhof Bergedorf-Süd vor und nach der Erweiterung geschildert. Der Massenandrang aus den Zügen der Kleinbahn führte infolge des notwendigen Umsteigens und Durchschreitens des Bahnsteigtunnels auf dem unzureichenden Staatsbahnhof Bergedorf bald zu ganz unhaltbaren Zuständen. Deshalb wurde die bereits erwähnte unmittelbare Einführung von Personen-Zügen in die Gleise der Staatsbahn unter Umgehung des Bahnhofes Bergedorf hergestellt. Diese durchgehenden Züge wurden der einheitlichen Bremseinrichtung wegen ausschließlich von der Staatsbahn gestellt und von ihrem Personal gefahren. Die umfangreichen Anlagen dieses Umbaus wurden nicht für alleinige Rechnung der Gesellschaft ausgeführt; zu den 4,6 Mill. M. Gesamtkosten sind vom Reich 2,7 Millionen M. beigetragen. —

(Schluß folgt.)

der gelegt werden und es wird zugleich eine Regelung der Westseite des Platzes durch Zurückrückung der Bauwerke zwischen dem Palasthotel Weber und dem Geschäftshaus Bernhardt in Aussicht genommen. Die architektonische Bedeutung des Platzes ist unverkennbar und schon durch die unmittelbare Nähe der Zwinger-Gruppe, mit der sich künstlerische Beziehungen wie von selbst ergeben, gegeben. Die Aufgabe, die der Platz stellt, ist daher nicht allein eine verkehrstechnische, sondern im gleichen Maß eine baukünstlerische. Sie hat sich durch die Entwicklung und durch die örtlichen Umstände zu einer der wichtigsten Baufragen unserer deutschen Großstädte ausgebildet. Sie kann infolge dessen nicht die Aufgabe eines städtischen Amtes allein sein, sondern an ihrer Lösung muß die Allgemeinheit der Dresdener Künstlerschaft beteiligt werden. Ein örtlicher Wettbewerb mit tunlichst freien, die Planungen tunlichst wenig einschränkenden Bedingungen ist das Gegebene namentlich in der jetzigen Zeit der Vorbereitung einer neuen deutschen Kulturentwicklung. Man fasse daher die Angelegenheit dieses Platzes nicht zu eng und treffe nicht jetzt verwaltungstechnisch und einseitig Maßnahmen, die sich bei der weiteren Entwicklung als zu wenig frei und zu wenig vorausschauend erweisen könnten. Man befrage über die Lösung der Angelegenheit die Gesamtheit der Urteilsfähigen und es wird sich diese Maßnahme später als eine weise und die fernere Zukunft wohl vorbereitende bewähren. Die Lösung der Verhältnisse gerade dieses Platzes steckt voller Verantwortungen.

Im Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die architektonische Ausgestaltung des Baugebietes Schafweide und Altwasser in Mannheim wurden vier gleiche Preise von je 3000 M. zuerkannt den Entwürfen „1914 bis 1919“ des Hrn. Heinrich Voll in Berlin; „Vom Alten das Neue“ des Hrn. Wilh. Sachse in Mannheim; „M. W.“ des Hrn. J. Fr. Morkel in Mannheim und „Rhythmus“ der Hrn. Hüge & Plattner in Mannheim. Für je 1500 M. wurden angekauft die Entwürfe „Frieden“ der Hrn. Marx & Wagner in Mannheim und „Karl Theodor“ des Hrn. Stadel in Karlsruhe. Zum Ankauf empfohlen wurde der Entwurf „Rosenstock“ des Hrn. Adolf Herberger in Mannheim. —

Inhalt: Die Hamburger Kleinbahnen, insbesondere die Marschbahn. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Technik und Wirtschaft. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



* TECHNIK UND *

* * WIRTSCHAFT * *

Zur Gewerbesteuerpflicht des Architekten.

Immer wiederkehrende Anfragen aus unserem Leserkreis geben uns Veranlassung, diese Angelegenheit noch einmal zusammenfassend zu behandeln. Für die Frage, ob und in welchem Umfang der Architekt gewerbesteuerpflichtig ist, sind folgende Gesichtspunkte von Bedeutung:

Gemäß § 4 Ziff. 7 des Gewerbesteuer-Gesetzes und Artikel 9 I³ der Ausführungs-Anweisung vom 24. Juni 1891 ist die Ausübung der Baukunst, also die baukünstlerische Tätigkeit, von der Gewerbesteuer befreit; dagegen bleibt steuerpflichtig die baugewerbliche Tätigkeit. Da die meisten Architekten sich gleichzeitig nach verschiedenen Richtungen hin betätigen, insbesondere sich befassen können mit Anfertigung von Plänen und Zeichnungen, Ausarbeitung von Kostenanschlägen und Baubeschreibungen, Erstattung von Gutachten, Ausführung, Leitung oder Beaufsichtigung von Bauten sowohl eigener wie u. Umst. auch fremder Entwürfe, und da die Grenzlinie zwischen Kunst und Handwerk häufig sehr schwer zu ziehen ist, kann ein Architekt zu gleicher Zeit Künstler und Gewerbetreibender sein.

Aus den Entscheidungen in der Praxis über die Frage, welche Tätigkeit des Architekten als baukünstlerische steuerfrei ist und wie sich die Steuerpflicht bei gleichzeitiger Ausübung von Kunst und Gewerbe gestaltet, seien die folgenden Rechtsgrundsätze hervorgehoben:

1. a) Als Baukünstler bezeichnet das Ober-Verwaltungsgericht (in Band IV S. 260 der Entscheidungen in Staatssteuersachen) denjenigen wissenschaftlich vorgebildeten Baukünstler oder Architekten, der Bauwerke herstellt, welche als künstlerische Schöpfungen anzusehen sind. Hierüber entscheidet erforderlichenfalls das Gutachten anerkannter Baukünstler. Jedenfalls gehören nach dieser Entscheidung gewöhnliche Häuser und Bauten, wie sie alltäglich von wissenschaftlich nicht vorgebildeten Mauref- und Zimmermeistern hergestellt werden, nicht zu den Werken der Baukunst im höheren Sinn. Diese Personen sind Gewerbetreibende, aber keine Künstler. Die Berufsbezeichnung als „Architekt“ ist dabei nicht entscheidend. (Vergl. auch Fuisting, Kommentar zum Gewerbesteuer-Gesetz, 3. Aufl., S. 69/70.)

b) Modifiziert wird der vorerwähnte Standpunkt in zwei Sonderfällen durch folgende Ausführungen des preuß. Ober-Verwaltungsgerichtes:

Es ist nicht angängig, Miet- und Geschäftshäusern allgemein jeden künstlerischen Wert abzuspreehen. Die Entschei-



ding über seinen Kunstwert läßt sich nur für jedes einzelne Gebäude geben.

Gleichzeitig ist der Grundsatz ausgesprochen, daß die Nichteintragung des Unternehmers in das Handelsregister den gewerblichen Charakter nicht ausschließt.

(Entscheidung vom 30. April 1914 im Pr. V. Bl. S. 763 und vom 27. März 1913 Pr. V. Bl. 35 S. 688.)

c) Noch weitergehend ist eine Entscheidung der Regierung in Gumbinnen (abgedruckt in der „Deutschen Bauzeitung“ vom 1. Dez. 1917, No. 96 S. 480), wonach nicht nur Gebäude höherer Art, sondern vielmehr jedes Bauwerk als ein Werk der Baukunst und nicht des Handwerkes gelten muß, wenn es von einem Künstler gestaltet und künstlerisch an seinen Platz und in seine Umgebung gestellt ist, unter Berücksichtigung der landschaftlichen und sonstigen Eigenart dieser Umgebung, und wonach auch die einfachsten Bauaufgaben, wie die Herstellung von Scheunen, Ställen und Leutewohnungen von solcher künstlerischen Tätigkeit nicht ausgeschlossen sind. Eine Entscheidung des preuß. Ober-Verw.-Gerichtes, die sich diese dem Wesen der Baukunst gerecht werdenden Ausführungen zu eigen macht, ist bisher nicht bekannt geworden.

2. Die Bauausführung gilt in der Regel als Ausübung einer baugewerblichen Tätigkeit. Doch macht die nur gelegentlich durch besondere Umstände veranlaßte Tätigkeit des Baukünstlers als Unternehmer einer Bauausführung seine Gesamtstätigkeit noch nicht zu einem steuerpflichtigen Betrieb. Ebenso wenig liegt ein solcher vor beim An- und Verkauf von Grundstücken, die ein Baukünstler erwirbt, um sich Gelegenheit zur Ausübung der Baukunst zu verschaffen.

(Entscheidung des pr. O. V. G. Bd. IX S. 396 ff.)

3. Die Beschäftigung von Hilfskräften in handwerksmäßiger Tätigkeit macht den persönlich als Künstler oder Ingenieur tätigen Inhaber des Ateliers nicht zum steuerpflichtigen Gewerbetreibenden.

(Entscheidung des pr. O. V. G. Bd. IV S. 260.)

4. Die Ausarbeitung von Plänen und Zeichnungen, Kostenanschlägen und Baubeschreibungen eigener künst-

lerischer Entwürfe, sowie die Leitung von Ausführungen derselben gehört zu der künstlerischen und wissenschaftlichen Tätigkeit und wird daher als steuerfrei erachtet.

(Entscheidung des pr. O. V. G. Bd. III S. 263.)

5. a) Ist der Baukünstler zu gleicher Zeit Bauunternehmer, so ist nur der Ertrag der letzteren Tätigkeit gewerbliches Einkommen und damit steuerpflichtig. Die Absicht der Gewinnerzielung macht die künstlerische Tätigkeit nicht zu einer gewerblichen.

(Entscheidung des pr. O. V. G. Bd. XIII S. 391.)

b) Ein künstlerisch vorgebildeter Architekt, der außerhalb seiner Wohnsitzgemeinde ein Architekturbüro unterhält, ist gegenüber der Betriebsgemeinde (in der das Büro sich befindet) steuerpflichtig, wenn sich die Berufstätigkeit ihrem Gesamtbild nach nicht als Ausübung der Baukunst, sondern als Betrieb eines Gewerbes darstellt. Als Merkmal gewerblicher Beschäftigung sind Arbeiten anzusehen, die rein praktische wirtschaftliche Bauten betreffen (Entscheidung O. V. G. Bd. 35, S. 365), nicht dagegen Arbeiten an Bauten oder Bauentwürfen von praktisch-wirtschaftlicher Bedeutung, bei denen eine künstlerische Berufstätigkeit entfaltet wird (z. B. die Errichtung stattdlicher Wohn- oder Warenhäuser mit künstlerisch ausgebildeter Fassade oder von sonstiger künstlerischer Bedeutung). Wenn ein Architekt teils ein Gewerbe betreibt, teils die Baukunst ausübt, ohne daß einer dieser Geschäftszweige völlig überwiegt, so ist seine Steuerpflicht gegenüber der Betriebsgemeinde gegeben; die Unterscheidung zwischen künstlerischer und gewerblicher Betätigung kann dann nur auf die Höhe der Steuerforderung von Einfluß sein, insofern die Betriebsgemeinde nur den Ertrag der gewerblichen Tätigkeit besteuern darf.

(Vergl. zu der Frage der Gewerbesteuerpflicht die Beilage zur „Deutschen Bauzeitung“ No. 19/1912 S. 39, No. 71/1912 S. 144, No. 83/1912 S. 167, No. 99/1912 S. 200, No. 27/1913 S. 56 und die Ausführungen in der „Deutschen Bauzeitung“ No. 58/1916 S. 297, No. 96/1917 S. 480. —

Rechtsanwalt Dr. Paul Glass in Berlin.

Technische Mitteilungen.

Ueber die wissenschaftlichen Grundlagen des Taylor-Systemes sprach Prof. Dr. Bühler in der Aula der Technischen Hochschule in Dresden bei dem Thema „Der Mensch und die Maschine“. Wenn der Name Taylors schon vor dem Krieg im Munde jedes gebildeten Amerikaners war, so verdanke er das seiner Lebensarbeit. Taylor sei in Amerika der Vorkämpfer einer sehr weit ausgedehnten Bewegung geworden, die sich das hohe Ziel setze, die gesamte menschliche Arbeit auf wissenschaftliche Grundlage zu stellen, sie ökonomischer, gewinnbringender, vernünftiger zu gestalten, als sie es heute sei. Er erwarte von seinen Ideen eine allgemeine Hebung der Kultur. Taylor stelle fest, daß der Mensch von Natur aus unpraktisch, unökonomisch, mit einer ungeheuren Verschwendung begabt sei. Redner gab Mittel und Wege an, wie dieser Verschwendung ein Ende gemacht werden könne. Es sei von großer Bedeutung, daß die Gesamtmasse der menschlichen, körperlichen und geistigen Arbeit in der Hälfte der Zeit erledigt werden könne: Taylor sei ein nüchterner Rechner und dürfe schon heute in Amerika auf große praktische Erfolge hinweisen. Wir in Deutschland müßten, wenn wir nicht ins Hintertreffen kommen wollten, die Augen aufmachen. Der geistige und seelische Faktor spiele auch bei der körperlichen Arbeit eine unersetzliche Rolle. Wo der Wille fehle, etwas zu leisten, da nütze auch die beste Arbeitsmethode nichts. Das zeige sich in unserer Zeit. Das Taylor-System begünstige die Akkordarbeit, denn es messe die Arbeit. Der Ingenieur gewinne ein objektiv wissenschaftliches Maß für die Leistungen der Arbeiter. Das hebe die Arbeitskraft und -Freude. Auch die Arbeitsfreude, diese Lebensluft des Geistes, gehöre in den Beruf hinein. Es gehöre eine neue seelische Einstellung in die moderne Fabrikarbeit, aber damit sei nicht gesagt, daß nicht auch sie günstige seelische Seiten habe: es komme nur darauf an, sie zu erkennen und zu pflegen. Es stecke ein Geist von Idealismus in unserem Volk und in unseren Arbeitern, es gelte nur, ihn zu heben. Ein Teil der glänzenden Erfolge der Taylor-Leute erkläre sich daraus. Es werde eine neue Wissenschaft entstehen, die der menschlichen Arbeit, die über dem Taylor-System stehe. —

Staatliche Majolika-Manufaktur in Karlsruhe. Die ehemalige großherzogliche Majolika-Manufaktur in Karlsruhe sollte zum 1. Januar 1920 in staatliche Verwaltung übergehen. Die Manufaktur, die unter der ausgezeichneten künstlerischen Leitung des Architekten Hans Großmann in Karlsruhe steht und demgemäß in künstlerischer wie in wirtschaftlicher Beziehung große Erfolge

zu verzeichnen hatte, war bisher an die Firma Villeroy & Boch in Mettlach verpachtet. Da diese Firma jedoch überwiegend mit französischem Kapital arbeitet, so ist mit ihr eine Lösung des Pachtverhältnisses zum 31. Dez. 1919 vereinbart worden. Das Personal wünscht die Weiterführung als Staatsbetrieb, der wohl auch das Pachtverhältnis auflösen wird. Aus den künftigen Ueberschüssen sollen der keramischen Industrie in Baden und danach die der badischen Künstlerschaft gefördert werden, zu welchem Zweck die Manufaktur von Großherzog Friedrich I. seinerzeit gegründet wurde. Weitere verfügbare Mittel sollen dem Ausbau der Lehrtätigkeit der Kunstgewerbeschule in Karlsruhe und schwerbeschädigten, namentlich blinden Kriegsteilnehmern zustatten kommen. Es ist zu begrüßen, daß die Manufaktur erhalten bleibt und ihre Tätigkeit fortsetzt. —

Wohnungsbau zur Hebung der Kohlenförderung in Deutschland. Aus einer Unterredung mit einem Unterstaatssekretär im Reichswirtschafts-Ministerium geht hervor, daß zur Hebung der Kohlenförderung in den deutschen Kohlenrevieren einschließlich Oberschlesiens etwa 150 000 neue Arbeiter gebraucht werden. Zu ihrer Unterbringung wurden zunächst Baracken aus dem ganzen Reichsgebiet herbeigeschafft. Auf diese Weise konnten binnen wenigen Wochen ungefähr 15 000 Arbeiter, vor allem auch im Braunkohlenbergbau, neu untergebracht werden. Die Förderung im Braunkohlenbergbau ist durch diese Maßnahmen um 15 bis 20 % gestiegen, bereits über die Friedensleistung hinaus. Bei den Steinkohlengruben ist die Arbeit schwieriger, aber auch hier zeigt sich in den letzten zwei Monaten ein Steigen der Förderung.

Die gegenwärtigen Maßnahmen zur Förderung des Kohlenbergbaues genügen aber nicht auf lange Frist. Soll dauernd geholfen werden, so muß vor allem für dauernde Unterkunfts-möglichkeit gesorgt werden. Hierbei wird zurzeit ein Gedanke verfolgt, der vielleicht eine über den Einzelfall weit hinausgehende wirtschaftliche und soziale Bedeutung hat: eine neue Form der Kapitalbildung. Da es sich hier um Aufgaben von gewaltiger Größe handelt — es sind in etwa drei bis vier Jahren ungefähr 150 000 bis 160 000 Arbeiterwohnungen zu bauen —, so ist die private Bauspekulation nicht in der Lage, ein solches Problem zu lösen, insbesondere ein so gewaltiges Wagnis unter den jetzigen Verhältnissen zu übernehmen. Es wurde vorgeschlagen, etwa 20 M. auf den Kohlenpreis zu schlagen und die aus diesem Preisaufschlag fließenden Summen der Bergbauindustrie und den Arbeitern unter der Bedingung zu übereignen, daß Arbeiterwohnungen gebaut werden. Das

wäre aber eine ungerechte Belastung der Gegenwart zugunsten der Zukunft, die ebenfalls aus der Vermehrung unserer Bergwerks-Besellschaften Nutzen ziehen wird. Bei der herrschenden Geldflüssigkeit ist zur Schaffung gesunder Arbeiterwohnungen nur ein Aufschlag von etwa 5 M. auf die Tonne nötig, da der Rest durch Heranziehung des Hypotheken- und sonstigen Geldmarktes aufgebracht werden kann. Einer Deckung durch bare Zuzahlung bedarf der Differenzbetrag, um den das Bauen nach der Meinung privater Unternehmer gegenüber den zu erzielenden Mieterträgen zu teuer erfolgt. Diese Ueberteuerungsgelder sind von den Sachverständigen so angenommen worden, daß 5 M. genügen und im übrigen genügend freies Kapital zur Errichtung von je etwa 30 000 bis 40 000 Arbeiterwohnungen auf diese Weise in den nächsten Jahren herangezogen werden kann. Es besteht nun die Absicht, diesen Betrag, gleichviel, ob er als unmittelbarer Aufschlag oder in Form einer erhöhten Kohlensteuer aufgebracht wird, zu gewinnen. Er wird auf ½ Milliarde Mark geschätzt. Von der Beteiligung des privaten Kapitalmarktes wird noch das Doppelte erwartet. Zwangsgenossenschaften aus Unternehmern, Gemeinden und Mietervereinen, mit Enteignungsrecht an Boden und Material ausgestattet, sollen die Verwaltung dieses Unternehmens und des Hausbesitzes übernehmen. Damit würden dem Bauplatz große Summen zufließen, die damit von erheblichem Einfluß auf das deutsche Wirtschaftsleben werden können. —

Schäden an und durch Steinholz-Fußböden. In den Zeitschriften des Jahres 1919 „Zement“ (No. 31), „Deutsche Bauzeitung“ (No. 23, 69, 85, 95) und „Baumaterialienmarkt“ (No. 46) ist die Frage nach den Ursachen in letzter Zeit und früher mehrfach beobachteter Schäden an Steinholz-Fußböden und deren Unterkonstruktionen aus Beton lebhaft erörtert worden. Wenn auch eine zweifelsfreie Klarstellung noch nicht erzielt worden ist, so ist doch in mehrfacher Beziehung das Richtige getroffen worden und die Anregungen werden zu sorgfältiger Verfolgung der Angelegenheit veranlassen.

Sicher erscheint, daß bei unsachgemäßer Ausführung ein Zuviel an überschüssiger Chlormagnesiumlauge den wesentlichsten Anteil an den beobachteten Schäden hat und daß bei Infiltration von Lauge in die Betonbauteile Zerstörungen erfolgen. Die naheliegende Vermutung, daß dabei nicht allein reine Chlormagnesiumlauge wirksam sein dürfte, sondern daß wahrscheinlich verunreinigenden Bestandteilen der nur technisch rein angewendeten Lauge oder auch des Magnesits eine mitwirkende Rolle zuzusprechen sein würden, ist in den genannten Veröffentlichungen nur von Dr. Petry (in „Zement“, No. 31) ausgesprochen worden.

Das veranlaßt mich, im Interesse der Angelegenheit das Folgende bekannt zu geben: Ich hatte vor kurzem aus dem Rohstoffvorrat einer großen Steinholzfirma je eine Probe von Chlormagnesiumlauge (30° Bé) und von Magnesit (österreichischer Herkunft) mir zwecks Untersuchung übergeben lassen und in der Vermutung, daß namentlich die Lauge Schwefelsalze enthalten werde. Die Lauge wies im Liter 18 644 mg SO₃ auf! Im Magnesit wurde der SO₃-Gehalt nur aus sehr leicht löslichen Salzen dadurch bestimmt, daß 10 g Substanz 1 Stunde lang in 100 ccm destilliertem Wasser unter insgesamt fünfminütigem Schütteln ausgelaugt wurden; es ergaben sich 7140 mg in 1 kg trockener Magnesit-Substanz.

Berechnet man hieraus die SO₃-Menge, die 1 qm Steinholz-Fußboden aus diesen Rohstoffen bei 15 mm Stärke in Form leicht löslicher Schwefelsalze enthält, so ergibt sich auf Grund der bei der Herstellung üblicherweise auf 1 qm aufgewendeten Rohstoffmengen die ungeheure Menge von insgesamt rund 190 g SO₃. Wenn auch hiervon nur ein Teil in den Unterbeton zu gelangen vermag, so beruht doch unbedingt darin eine Möglichkeit zu mehr oder weniger starker Zerstörung infolge der bekannten Bildungen von Gips oder Kalktonerde-Sulfat (Zementbazillus), der je nachdem auch kalkarme Bindemittel, wie die im Allgemeinen gegen Sulfatwirkungen erhöhte Sicherheit bietenden Hochofenzemente, gelegentlich nicht dauernd gewachsen sein dürften.

Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob mir der Zufall in den untersuchten Rohstoffen solche von ausnahmsweise hohem Schwefelgehalt in die Hand gespielt hat; jedenfalls möchte ich Nachprüfungen in dieser Richtung durch meine Mitteilung angeregt haben. —

Privatdozent Dr. Nitzsche in Frankfurt a. M.

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Wir erhielten folgende Zuschrift: „Als Abonnenten Ihres geschätzten Blattes können wir nicht umhin, Ihnen Folgendes mitzuteilen:

Den in No. 97, Jahrgang 1919 enthaltenen Artikel: „Zur Bekämpfung der Wohnungsnot“ von Architekt Alfred Lorenz haben die an der aufgeworfenen Frage

interessierten Kreise mit großem Interesse gelesen. Wir geben dazu unsere volle Zustimmung. Wir sind überzeugt, daß der Redaktion vielerseits Zustimmungen zu den Ausführungen des Hrn. Lorenz über die Lösung der Baukostenzuschuß-Frage gegeben werden, da diese brennende Frage für den Bauenden sowohl wie für den Staat hier in hervorragender Weise gelöst wird. Wir glauben auch, daß die hierfür maßgebenden Körperschaften die Anregung ergreifen und zur Lösung der Frage das Weitere veranlassen. Das Ergebnis würde u. E. der sicherste und beste Weg zur Lösung der Wohnungsfrage sein.“

A. Thoma, Architekt; B. Wübhen, Architekt; Kelterborn, Ingenieur; A. Ehrenberg, Architekt; A. Paustian; M. Liesegang; Baedeker; De-necke, Ingenieur; Baudach; Bachem, Architekt; Fr. Hoffmann, Architekt; Dürich, Architekt; Dr. Mertens, Kaufmann. —

Kurse von bauindustriellen Aktien.

Kurse von in Berlin notierten Aktien der Bau- und Baustoff-Industrie

mitgeteilt vom Bankhaus E. Calmann in Hannover, 10. Jan. 1920.

Letzte Dividende	Name	Kurs
A. Zementfabriken.		
11	Adler-Portland-Zement	160 1/4
11	Alsen-Portland-Zement	261
5	Breitenburger Zement	138
5	Finkenberg	140
8	Germania Lehrte, V. A.	152
17	Giesel, Portland-Zement	183
11	Gr-Strehlitz Zement	163
6	Hemmoor, Portland-Zement	275
15	Höxter-Godelheim-Zement, V. A.	161
5	Lothringer Zementwerke	149 3/4
9	„Mark“ Portland-Zement und Wasserkalk	212
10	Oppelner Zement	163 3/4
6	„Porta-Union“ Portland	144
8	Rheinisch-Westfälische Zement-Industrie	180
4	Sächsisch-Böhmische Zementwerke	192
12	Sächsisch-Thüringische Portland.	192
10	Saxonia Zement	160
17	Schimischower Zement	207 1/2
8	Schlesischer Portland-Zement	163 1/2
0	Schwanebeck	—
16	Silesia Oppeln	201 3/4
10	Stettin-Bredower Portland-Zement	255
9	Teutonia Misburg	160
13	Vorwohler Portland-Zement	227
8	Westfalia Zement	167
12	Wickingischer Portland-Zement	209 1/2
B. Baufirmen.		
10	A.-G. für Bauausführungen	160 1/2
0	Allgemeine Häuserbau	53
0	Bauland Seestraße-Nordpark	50
0	Bauverein Weißensee	700
15	Beton- und Monierbau	274 1/2
5	Dresdner Baugesellschaft	125
7 1/2	Gr.-Lichterfelder Bauverein	—
0	Hannoversche Baugesellschaft	—
25	Held & Francke	278
0	Union Baugesellschaft	—
0	Unter den Linden, Bauverein	135
0	Unter den Linden, Bauverein, V. A.	123
C. Verschiedenes.		
8	Basalt A.-G.	274
4	Bayerische Hartstein-Industrie	—
0	Deutsche Asphalt A.-G.	158
14	Deutsche Steinzeugwerke	207
12	Jeserich Asphalt	324
10	Odenwalder Hartstein-Industrie	—
7	Rheinisch-Westfälische Kalkwerke	209 1/2
6	Sturm Falzziegel	157 3/4
0	Verein Berliner Mörtelwerke	64

Personal Nachrichten.

Deutsches Reich. Reichs-Verkehrsministerium. Ernann sind: der Staatsrat Stieler, Präs. der Gen.-Dir. der württemb. Staats-eisenb., zum Unterstaatssekretär; der Geh. Ob.-Reg.-Rat Eberbach, Dirigent im Reichsamt für die Reichseisenb., zum Dir.; der Ob.-Brt. Besser im sächs. Fin.-Min. zum Geh. Brt. und vortr. Rat; der Reg.-Rat Wolf, Mitgl. der Gen.-Dir. der Eisenb. in Elsaß-Lothringen, und der preuß. Reg.-Rat Dr. Sarter, Mitgl. der Eisenb.-Dir. in Hannover, zu Geh. Reg.- und vortr. Räten. — Uebernommen sind: der Wirkl. Geh. Ob.-Brt. Petri, die Geh. Ob.-Brte. Lohse und Diesel, die Geh. Ob.-Reg.-Räte Schlesier und Vogel, die Geh. Ob.-Brte. Gadow und Loewel.

Reichsschatzministerium. Ernann sind: der Geh. Brt. Schubert zum Geh. Ob.-Brt. und vortr. Rat; der Int.- u. Brt. Rost und der Reg.-Bmstr. Reichle zu Geh. Reg.-Räten und vortr. Räten; der Hochbauinsp. Dr. Fiedler zum Geh. Brt. und vortr. Rat; der Ob.-Ing. Hans Müller, der Mar.-Brt. Busch und der Reg.-Bmstr. Hugger zu Fin.- u. Brtn. in der Prov.-Verwaltung.

Baden. Die Reg.-Bmstr. Raebstein in Karlsruhe, Fehrenbach in Forbach, Karl Feldmann in Donaueschingen, Jul. Bank in Freiburg, Sütterlin in Mosbach, Trefzger in Achern, Rob. Jacobi in Freiburg und Eug. Penk in Karlsruhe sind zu zweiten Beamten der W.- und Straßenbauverw. ernannt.

Versetzt sind: die Bauinsp. Honikel in Heidelberg zur W- und Straßenbauinsp. Konstanz, Buisson in Karlsruhe desgl. nach Heidelberg und Alb. Haug in Karlsruhe zur Kult.-Insp. das.; — die Reg.-Bmstr. Fehrenbach in Forbach zur Kult.-Insp. Heidelberg, Jul. Bank in Freiburg und Eug. Penk in Karlsruhe zur Bauinsp. für das Murgwerk in Forbach und Trefzger in Achern zur W- und Straßenbauinsp. Lörrach; — der Bauinsp. Rich. Maier in Wiesloch als Vorst. der Bez.-Bauinsp. nach Waldshut.

Bayern. Der Dir.-Rat Aldinger in Weiden ist als Vorst. an die Werkst.-Insp. I Weiden versetzt. Die Dir.-Räte: Joh. Weiß in Nürnberg ist an die Eisenb.-Dir. das. und Klensch in Kaiserslautern als Vorst. an die Werkst.-Insp. II das. berufen.

Der Reg.-Bmstr. Graßl bei dem staatl. Walchensee-Kraftwerk in Kochel ist zum Bauamtass. ernannt.

Hessen. Die Reg.-Bfhr. Edmund Meurin, Otto Kleeberg, Emil Sardemann, Wilh. Freund, Ad. Brusius und Ad. Kaufhold sind zu Reg.-Bmstrn. ernannt.

Der Prof. Dr.-Ing. Ludw. Binder an der Techn. Hochschule in Darmstadt ist aus dem Staatsdienst ausgeschieden.

Preußen. Versetzt sind: der Geh. Bt. Bockholt in Posen als Mitgl. der Eisenb.-Dir. nach Mainz; die Reg.-Bmstr. Täniges in Saalfeld zum Eisenb.-Betr.-Amt 1 nach Erfurt und Zoller in Neurode als Vorst. der Eisenb.-Bauabt. nach Glogau; — der Bt. Tillich in Dirschau an die Reg. nach Stettin; die Reg.-Bmstr. Kiesow in Dirschau nach Kolberg und Wilh. Drescher in Hohenalza nach Goslar; — der Reg.-u. Bt. Scheepers in Aurich als Vorst. des Hochbauamtes nach Marburg, der Bt. Heine in Berent an die Reg. nach Münster, die Reg.-Bmstr. Hertzog in Wongrowitz an die Reg. nach Liegnitz, Huppert in Merseburg desgl. nach Wiesbaden, Philippi in Birnbaum nach Dillenburg, Berger in Bartenstein nach Hildesheim, Paul Wolff in Danzig nach Duisburg-Meiderich (Kanalbaudir. Essen) und Almers in Marienwerder nach Osterode a. H.

Versetzt sind: die Reg.-u. Brte. Frentzen in Berlin an die Reg. nach Potsdam (Märk. Wasserstr.) und Berlin in Hameln an die Wasserstr.-Dir. nach Hannover, der Bt. Schaper in Wesel als Vorst. des Wasserbauamtes (Elbstrombau) nach Lauenburg a. d. E. und der Reg.-Bmstr. Quantz in Düsseldorf nach Hildesheim (Oberpräsid. in Hannover); — die Reg.-u. Brte. Linke in Posen als Mitgl. der Eisenb.-Dir. nach Elberfeld, Holland in Olpe als Vorst. des Eisenb.-Betr.-Amtes nach Frankenberg a. d. Eder, Kellner in Frankfurt a. M. desgl. nach Olpe und Sembdner in Posen als Vorst. des Eisenb.-Maschinenamtes 4 nach Berlin; die Reg.-Bmstr. Max Schulze in Berlin als Vorst. (auftrw.) des Eisenb.-Betr.-Amtes 2 nach Halberstadt, Eyert in Halle als Vorst. der Eisenb.-Bauabt. nach Senftenberg i. d. Lausitz und Reuleaux in Breslau zur Dir. nach Berlin, Schleifenheimer in Stargard als Abnahmebeamter nach Königsberg i. Pr. und Wengel in Berlin zur Dir. nach Saarbrücken; der Eisenb.-Ing. Lehr in Frankenberg als Vorst. des Eisenb.-Betr.-Amtes 3 nach Frankfurt a. M.

Planm. Stellen sind verliehen: dem Ob.-u. Geh. Bt. Alb. Wagner in Frankfurt a. M., den Reg.-u. Brtn. Dirksen in Halle a. S., Wilh. Koch in Cassel, Kilp in Halle a. S. und Budzies in Stettin, Dr.-Ing. Schwarze in Berlin (unt. Belassung im Min. der öff. Arb.), den Eisenb.-Dir. Ciliax in Königsberg i. Pr. und Giesecke in Münster i. W. und dem Reg.-Bmstr. Peter Kühne in Berlin unter Ernennung zum Reg.-u. Bt. (unt. Belassung im Min. der öff. Arb.) als Mitgl. des Eisenb.-Zentralamtes und der Direktionen: — dem Eisenb.-Ing. Rob. Witte in Geestemünde als Vorst. des Eisenb.-Betr.-Amtes; den Reg.-Bmstrn. Grütznier in Breslau als Vorst. des Masch.-Bauamtes und Fesser bisher in Saarbrücken als Vorst. eines Werkst.-Amtes.

Versetzt sind die Reg.-Bmstr.: Eichert in Mainz als Vorst. (auftrw.) des Eisenb.-Betr.-Amtes 2 nach Saarbrücken, Otto Breuer in Königsberg i. Pr. als Abnahmebeamter nach Cöln und Behmer in Hannover zur Eisenb.-Dir. nach Cöln.

Dem Reg.-u. Geh. Bt. Prof. Dr. Konrad Steinbrecht in Marienburg ist die am 13. Juni 1881 gestiftete Medaille für hervorragende Verdienste um das vaterländische Bauwesen in künstlerischer und wissenschaftl. Beziehung in Gold verliehen.

Der Reg.-Bmstr. Borchers in Münster i. W. ist zum Reg.-u. Bt. ernannt.

Versetzt sind: der Reg.-u. Bt. Kohte in Posen an die Reg. nach Hannover; der Bt. Förster in Thorn an die Reg. nach Köslin; die Reg.-Bmstr. Scherrer in Znain nach Hameln, Kachel in Briesen an die Reg. nach Düsseldorf, Jander in Schubin als Vorst. des Hochbauamtes nach Goldap und Post in Minden nach Verden a. d. Aller, Jebens in Kiel nach Schleswig und Mokraß in Kattowitz nach Rybnik; — der Bt. Kufert in Konitz als Vorst. des Mel.-Bauamtes nach Neustettin und der Reg.-Bmstr. Heubült in Cassel nach Neumünster.

Zur Beschäftigung überwiesen sind die Reg.-Bmstr.: Boos der Reg. in Düsseldorf und Jorcke in Gumbinnen, Hermann desgl. in Bromberg und Krug in Königsberg i. Pr.

Die Reg.-Bfhr. Herm. Bartels (M.) und Karl Witte (M.) sind zu Reg.-Bmstrn. ernannt.

Der Reg.-Bmstr. Hochhaus in Geldern ist in den Ruhestand getreten und dem Reg.-Bmstr. Below in Husum ist die nachges. Entlassung aus dem Staatsdienst erteilt.

Die Reg.-Bfhr. Herm. Hinemann, Eberhard Stange und Friedrich Agatz (Hochbfb.), Karl Bartels, Theodor Anton, Günter Schmick, Hans Ertmann (W.-u. Straßenbfb.), Erich Dürre (Maschbfb.), — Gg. Bickel, Friedr. Bludau, Herm. Schlepper und Dr. rer. pol. Heinr. Bechtel (Hochbfb.), Martin Bachmann, Ad. Brahm und Wilh. Kosfeld (W.-u. Straßenbfb.), Johs. Baumann und Frz. Usener (Eisenb.-u. Straßenbfb.), Ad. Wicke (Maschbfb.) haben die Staatsprüfung bestanden.

Der Reg.-Bmstr. Franz Richards in Berlin, der Geh. Ob.-Bt. John Labes, früher vortr. Rat im Min. der öff. Arb., der

Geh. Bt. Friedr. Wilh. Schmidt, früher in Cassel, der Bt. Paul Schiricke in Glückstadt, der Ob.-Bt. Mückel in Erfurt, der Reg.-Bmstr. Emil Panzlaff in Jülich sind gestorben.

Planmäßige Stellen sind verliehen: Den Brtn. Dr.-Ing. Herm. Jordan in Breslau und Winkelhaus in Mainz als Mitgl. der Eisenb.-Dir.; dem Reg.-Bmstr. Kretschmer in Arnberg i. Westf. als Vorst. des Eisenb.-Werkst.-Amtes; den Reg.-Bmstrn. Rasch in Magdeburg und Völsing in Viersen als Reg.-Bmstr.

Der Reg.-Bmstr. Pirath in Münster ist dem Min. der öff. Arb. in den Eisenb.-Abt. überwiesen.

Zur Beschäftigung einberufen sind die Reg.-Bmstr. (M.) Bartels bei der Eisenb.-Dir. in Cassel und Witte in Berlin, Erich Dürre beim Zentralamt in Berlin.

Versetzt sind die Reg.-Bmstr.: Stuermer in Pyritz als Vorst. des Hochbauamtes nach Scheidefmühl, Mich. Rudolph in Halle desgl. nach Elberfeld, Wojahn in Mogilno nach Hirschberg, Miehke in Tschierherzig nach Oberweinberge (Oderstrombau) und Thurm in Berlin als Vorst. des Hochbauamtes nach Osterode a. H.

Die Reg.-Bfhr. Otto Herr, Ludw. Geyer, Felix Müller und Joh. Langenberg (Hochbfb.), Fritz Schultze und Eckart Jahn (W.-u. Straßenbfb.), Werner Mahlendorff und Gerhard v. Seggern (Eisenb.-u. Straßenbfb.), Paul Raikowsky, Kurt Raikowsky, Walter Bunte und Rud. Fernholz (Hochbfb.), Friedr. Baltruschat und Johs. Senckpiel (W.-u. Straßenbfb.), Karl Luhmann (Maschbfb.), Walter Steffen, Otto Lückemeyer und Adelbert Umland (Hochbfb.), Karl Sieling und Christ. Breustedt (W.-u. Straßenbfb.), Walter Bellé (Eisenb.-u. Straßenbfb.) haben die Staatsprüfung bestanden.

Versetzt sind: Die Reg.-Bmstr. Rommel in Marienwerder nach Scheidefmühl, Bubbers in Schmalkalden nach Liegnitz und Kaßbaum in Goldap nach Arnberg, Berg in Langenfeld nach Berlin, Spanaus in Czernikow zum Eisenb.-Zentralamt nach Berlin und Heiner. Schulze in Dortmund nach Emden, Küsel (M.) in Altona als Abnahmebeamter nach Düsseldorf; — Mithoff in Danzig an das Mel.-Bauamt nach Lüneburg. — Die Reg.-u. Brte. Stanislaus in Erfurt als Mitgl. der verlegten Eisenb.-Dir. Bromberg nach Berlin und Gust. Rosenfeldt in Gleiwitz zu den Eisenb.-Werkstätten nach Stargard i. Pomm.; die Reg.-Bmstr. Binder in Breslau in den Bez. der Eisenb.-Dir. Berlin, Max Heyden in Leipzig zum Eisenb.-Betr.-Amt 1 nach Düsseldorf, Hülsenkamp in Breslau und Spalding in Danzig zu der verlegten Eisenb.-Dir. Bromberg nach Berlin und Timpe in Danzig zum Betr.-Amt 2 nach Hannover.

Württemberg. Den Eisenb.-Bauinsp. Ackermann in Horb ist die Stelle des Vorst. der Bauinsp. Reutlingen mit der Dienststelle eines Brts., Lechner in Ulm eine Eisenb.-Bauinsp.-Stelle des äußeren Dienstes und dem Masch.-Ing. Schäfer in Cannstatt die Stelle des Vorst. der Masch.-Insp. Heilbronn mit der Dienststellung eines Eisenb.-Bauinsp. übertragen.

Der Abt.-Ing. Löbke ist zum Eisenb.-Bauinsp. bei der Gen.-Dir. der Staatseisenb. befördert. — Die Abt.-Ing. Enßlin in Eglingen zum Eisenb.-Betr.-Amt Sigmaringen und Eblen bei der Gen.-Dir. zur Eisenb.-Bausektion Spaichingen sind versetzt.

Der Bt. Weegmann in Stuttgart ist auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt.

Brief- und Fragekasten.

Die Beantwortungen und Auskünfte im Briefkasten erfolgen ohne jede Gewähr seitens der Redaktion.

Hrn. Arch. H. L. in Hanau. (Gewerbesteuerpflicht der Architekten.) Die Frage, ob und inwieweit Sie zur Gewerbesteuer herangezogen werden können, kann nur auf Grund genauer Kenntnis Ihrer gesamten Tätigkeit beurteilt werden. Wir verweisen auf die aus den bisherigen Entscheidungen der Praxis sich ergebenden in dieser Nummer der „Deutschen Bauzeitung“ veröffentlichten Rechtsgrundsätze. — Rechtsanwalt Dr. P. Giass.

Hrn. Arch. B. G. in K. (Diapositive für Lichtbilder-Vorträge.) Wir machen Sie für den Bezug oder die Ausleihung von Diapositiven für Lichtbilder-Vorträge aufmerksam auf das Bild- und Film-Archiv der „Deutschen Lichtbild-Gesellschaft E. V.“ in Berlin SW. 19, Krausen-Str. 38/39. —

Siehe auch Jahrgang 1919, S. 472, 512 und 560.

Anfragen an den Leserkreis.

(Mauerwerk aus Betonbruchstücken.) Von einer in Schneidemühl vor 2 Jahren geplanten drehbaren Luftschiffhalle ist s. Zt. nur ein großer Eisenbetonring (rd. 8000 cbm) zur Ausführung gekommen. Aus diesem wird jetzt durch Sprengungen das Eisen wiedergewonnen. Da es nun im allgemeinen Interesse liegt, wenn auch die Betonbruchstücke — die eine ausreichende Festigkeit besitzen — bei der Knappheit an Baustoffen, insbesondere Ziegelsteinen, der Öffentlichkeit zugeführt werden, so fragen wir an, ob irgend ein zuverlässiges Urteil oder eine gute Literatur bekannt sind über die Frage, wie sich solche Betonbruchstücke als Außenmauerwerk bewährt haben. Die Mauern sollen nach Art des Bruchsteinmauerwerkes in 38 cm Stärke ausgeführt und zur Vermeidung von Schweißwasser-Bildung im Innern mit Luftschicht und hochkantiger Ziegelverblendung versehen werden. — W. K. in Sch.

(Absitzanlagen für die Abwässer von Gaswerken.) Mit den Abwässern des Gaswerkes gelangen erhebliche Mengen teerartiger Bestandteile in den Straßenkanal und verschmutzen diesen außergewöhnlich stark. Es wird nun beabsichtigt, auf dem Gaswerk Vorrichtungen in Gestalt von Absitzanlagen in die einzelnen Leitungen vor ihrer Einmündung in den Straßenkanal einzubauen. Es wird daher um Auskunft gebeten, ob Erfahrungen vorliegen darüber, in welcher Art und mit welchem Erfolg anderwärts derartige Anlagen gebaut worden sind? — St. H.



Das Stadt-Haus von Emanuel v. Seidl am Bavaria-Ring in München.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

54. JAHRGANG. N^o 7. BERLIN, DEN 24. JANUAR 1920.

* * * * HERAUSGEBER: DR.-ING. h. c. ALBERT HOFMANN. * * * *

Alle Rechte vorbehalten. Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

Die Hamburger Kleinbahnen, insbesondere die Marschbahn.

(Nach einem Vortrag des Hrn. Dr. Ing. h. c. C. O. Gleim im „Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg.“) (Schluß.)



Die Marschbahn, welche nun das Bindeglied zwischen der Billwälder Industriebahn, der Vierländer und der Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn bilden soll, war zurzeit des Vortrages in wesentlichen Teilen für die alsbaldige Ausführung vorbereitet. Das aufzuschließende Gebiet der Marschlande und der östlich anschließenden Vierlande ist durchschnitten von zwei Wasser-

Armen, der Dove- und Gose-Elbe, die stark gewundene Flußläufe von beschränkter, durch Flutwechsel beeinflusster Schiffbarkeit bilden, aber trotz dieser Mängel zum Gemüsetransport nach Hamburg dienen, obwohl die Bewohner hierzu zeitweise schon bis 1½ Tage vor der Marktzeit aufbrechen müssen, um rechtzeitig zur Stelle zu sein. Die Kronen der Deiche, welche diese Flußläufe begleiten, dienen als Verkehrswege, sind aber von so mangelhafter Beschaffenheit und Unterhaltung, daß die Entwicklung der inneren Landesteile durch die geschilderten Mängel der Verkehrsverhältnisse, sowie durch die ungenügende Landentwässerung zurückge-

blieben ist, während die durch den Schiffsverkehr der freien Elbe begünstigten Uferstrecken weit besser entwickelt sind. Wie groß das Verkehrsbedürfnis der Bewohner mit dem Hamburger Markt ist, zeigt das Beispiel der Gemeinde Curslack, aus der allein täglich 60 bis 100 Marktbesucher kommen, da außer dem Gemüsetransport auch der Blumenverkehr ein sehr umfangreicher ist. Ein für die Einfuhr besonders wichtiger Artikel besteht in Dünger und Sand für die Bodenkultur, wonach die ganze Gegend schreit. Wird in Verbindung mit ihrer Aufschließung durch Eisenbahn auch für Wege gesorgt, für Entwässerung und Regulierung der Dove- und Gose-Elbe, dann wird sie bald richtig besiedelt werden, und die vielen Bedürfnisse des täglichen Lebens stellen sich auch hier ein und befruchten das Bahnunternehmen.

Bei der großen Breite der aufzuschließenden Fläche, welche von Zollenspieker bis zur Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn bei Bergedorf nahezu 10 km beträgt, sind für die Zukunft zwei Marschbahnen vorgesehen, von denen aber vorläufig nur die südliche von Tatenberg über Ochsenwälder, Zollenspieker, Altengamme nach Geesthacht führende Linie ausgeführt werden soll. Sie

blenden Vierlande ist durchschnitten von zwei Wasser-Armen, der Dove- und Gose-Elbe, die stark gewundene Flußläufe von beschränkter, durch Flutwechsel beeinflusster Schiffbarkeit bilden, aber trotz dieser Mängel zum Gemüsetransport nach Hamburg dienen, obwohl die Bewohner hierzu zeitweise schon bis 1½ Tage vor der Marktzeit aufbrechen müssen, um rechtzeitig zur Stelle zu sein. Die Kronen der Deiche, welche diese Flußläufe begleiten, dienen als Verkehrswege, sind aber von so mangelhafter Beschaffenheit und Unterhaltung, daß die Entwicklung der inneren Landesteile durch die geschilderten Mängel der Verkehrsverhältnisse, sowie durch die ungenügende Landentwässerung zurückge-

wird im Wesentlichen nach Art der Vierländer Eisenbahn gebaut. An besonderen Bauwerken sind die Ueberbrückung der Dove-Elbe bei Tatenberg durch eine hölzerne Brücke mit einer drehbaren Oeffnung sowie die

Stampen erbaut werden. Der endgültige Umbau erfolgt nach Fertigstellung des geplanten Verschiebebahnhofes der Preußischen Staatsbahn. Durch die Marschbahn wird die Zugänglichmachung beider Ufer des Moorflether Kanales für Eisenbahngleise mit Kohlenversorgung des Elektrizitätswerkes Tiefstack ermöglicht. In der Fortsetzung wird die Billwärder Industriebahn mit benutzt. Anschließend an den Bahnhof Tiefstack sind die

Gütergleise der Lübeck-Büchener Bahn mit einem weitgespannten Bauwerk zu überschreiten, und wir gelangen nun zu dem schon geschilderten Endbahnhof Rothenburgsort und zu dem Marktanschlußgleis, sodaß durch die Gesamtanlage dieser Bahn dem Marktverkehr gut gedient wird.

Die Beförderung der Gemüse und der Blumen ist auf besonderen Karren gedacht, die zu den Marktzügen nach den Bahnhöfen zu bringen sind. Hier werden sie in besondere Wagen seitwärts hineingeschoben, sodaß hier ein nur ganz kurzer Aufenthalt entsteht. Die mit den Karren beladenen Wagen sollen bis in die Kasematten am Deichtor-Markt durchgeführt, die Karren dort in Straßenhöhe herausgeschoben und den Empfängern zugestellt werden, sodaß jedes Umladen zwischen dem Bauernhof in Vierlanden und dem Markt in Hamburg vermieden wird. Dieselbe Lokomotive, die einen Wagenzug nach einer Kasematte gezogen hat, kann die leeren Wagen der zweiten Kasematte für die Rückfahrt abholen.

Was die Notstandsarbeiten betrifft, so wurde zunächst mit der Strecke von Ochsenwärder über Zollenspieker bis Geesthacht der Anfang gemacht. Dazu wurde bei dem Gojenberg das Gelände der ehemaligen Ziegelei von Blohm abgegraben, der gewonnene Boden nach Zollenspieker gefahren und nach beiden Seiten auf der künftigen Bahnstrecke verteilt. —

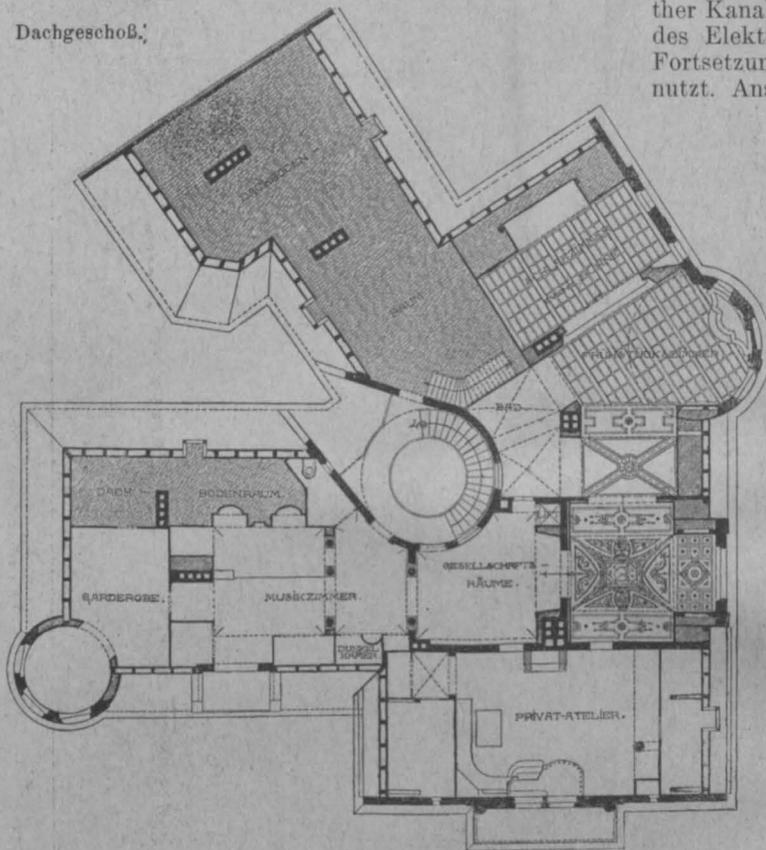
Emanuel von Seidl †.

(Schluß aus No. 1-2.) Hierzu die mit No. 6 vorausgeschickten Abbildungen, das Kopfbild dieser Nummer, sowie die Abbildung S. 51.

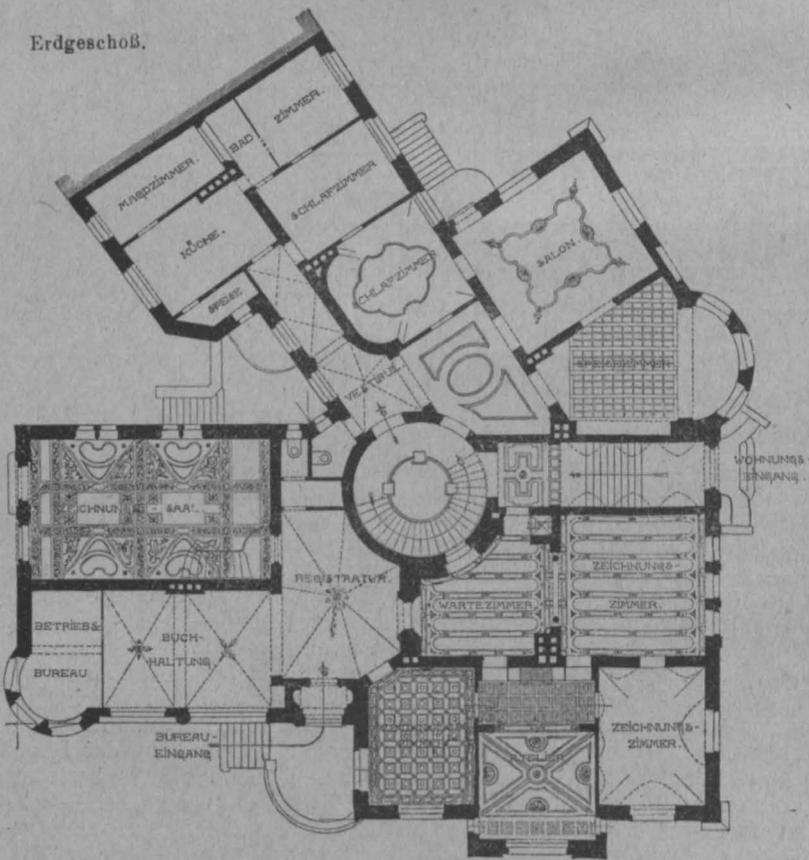


it den Bauten der Deutschen-nationalen Kunstgewerbe-Ausstellung in München 1888 war Emanuel von Seidl ganz in das Fahrwasser der Architektur gelangt, nachdem er sich bis dahin vorwiegend im Kunstgewerbe betätigt hatte. Es ist bei den Erörterungen über seine Kunstweise hingewiesen worden auf seine Verwandtschaft mit der Kunst seines sieben Jahre älteren Bruders Gabriel. Aber so wie die Charaktere der beiden Brüder durchaus verschieden waren, so hatte auch ihre Kunst im innersten Wesen nicht die Uebereinstimmung, die man wohl glaubte feststellen zu können. Beide Brüder gingen nicht mit einander, sie gingen neben einander. Die Aufgabe z. B., das Gebäude für das Nationalmuseum in München zu schaffen, hätte durch Emanuel wahrscheinlich eine ganz andere Verwirklichung erfahren, als sie durch Gabriel gefunden hat. Dieser hat in Allem, was er schuf, selbst in den größten Monumentalbauten, nie die Psyche des Münchener Kleinbürgers unterdrücken können, während der Zug Emanuels mehr ins Kosmopolitische ging. Das zeigte sich schon in den etwas schwachen Bauten der Kunstgewerbe-Ausstellung, es trat mehr hervor nach den weiten Reisen nach Italien und anderen Ländern, die Emanuel nunmehr unternahm. Zu-

Dachgeschoß,



Erdgeschoß.

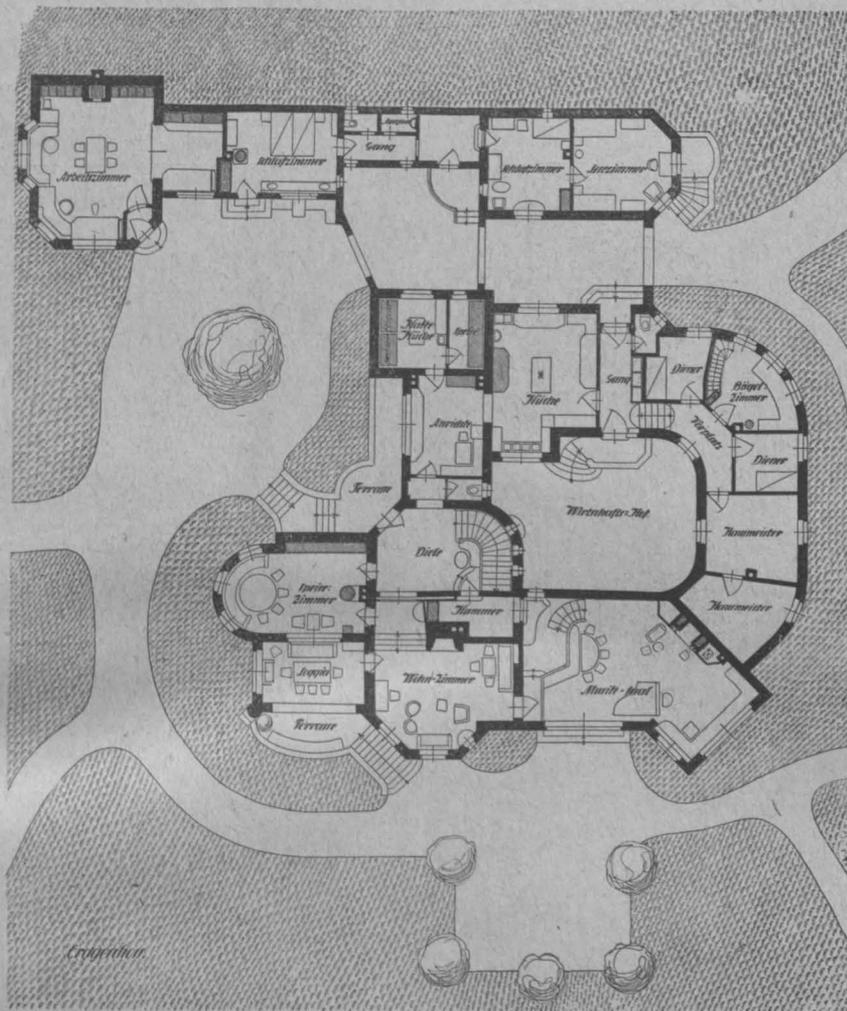


Das Stadt-Haus von Emanuel v. Seidl in München am Bavaria-Ring.

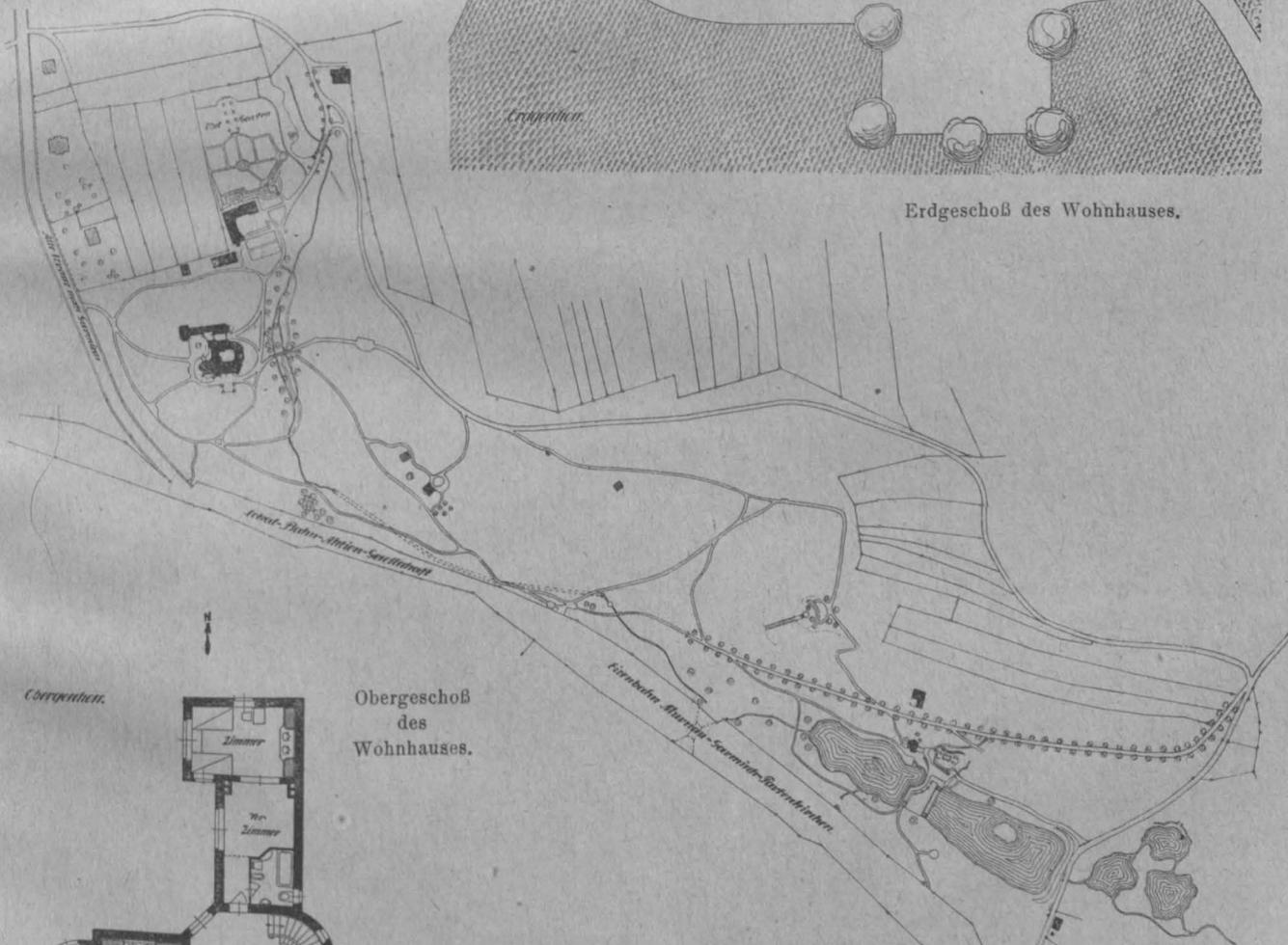
Ueberschreitung der Hamburg-Berliner Eisenbahn neben dem Unteren Landweg zu erwähnen. Hier soll vorläufig eine vorübergehende Ueberbrückung der beiden jetzt vorhandenen Gleise mit beiderseits anschließenden

ins Kosmopolitische ging. Das zeigte sich schon in den etwas schwachen Bauten der Kunstgewerbe-Ausstellung, es trat mehr hervor nach den weiten Reisen nach Italien und anderen Ländern, die Emanuel nunmehr unternahm. Zu-

rückgekehrt, entwickelte Emanuel nunmehr eine fortgesetzt sich ausbreitende Bautätigkeit. Neben vielen kleineren Arbeiten entstand von 1895—1897 das Aeußere für das Theresien-Gymnasium, zu dem die staatlichen Stellen die Grundrisse und das Schema des Aufbaues geliefert hatten. In der gleichen Zeit, 1896 auf 1897, schuf er das Gebäude für das Augustinerbräu an der Neuhauser-Straße in München, in dem er die Ergebnisse seiner Italienreise mit den einheimischen Kunsteindrücken verquicte. Lassen sich hier noch gewisse äußerliche Anklänge an Gabriel festhalten, so geht Emanuel mit der Jahrhundertwende durchaus eigene Pfade. Das neue Gebäude der Galerie Heinemann in München, das von 1903 auf 1904 entstand, sowie das Gebäude, der München-Aachener Feuer-Versicherung, das sich ihm am Lenbach-Platz 1904 auf 1905 anschloß, zeigen ein starkwilliges, aus der italienischen Hochrenaissance entwickeltes Barock. Gelegentlich kehrte er zu ländlichen Motiven zurück, wie in dem 1905 auf 1906 entstandenen Haus des Gutsbesitzers Lautenbacher in der Maria-Josepha-Straße in München, während in dem von 1907 auf 1908 erbauten Hause Pschorr in der Mühl-Straße in München sich bereits die Regungen in der Grundrißgestaltung und Raumbildung, wie im Aufbau zeigen, durch die seine spätere

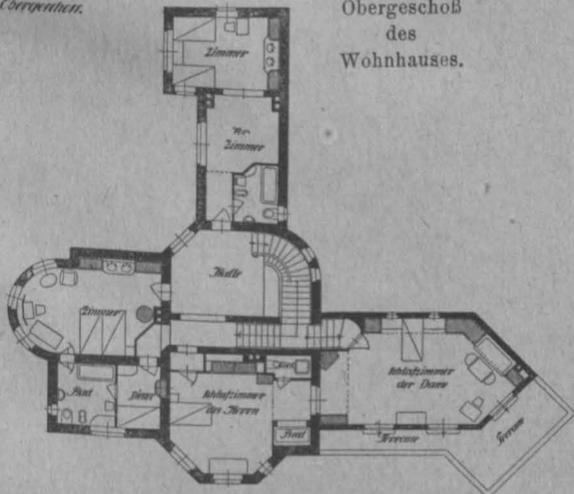


Erdgeschoß des Wohnhauses.



Correspondenz.

Obergeschoß des Wohnhauses.

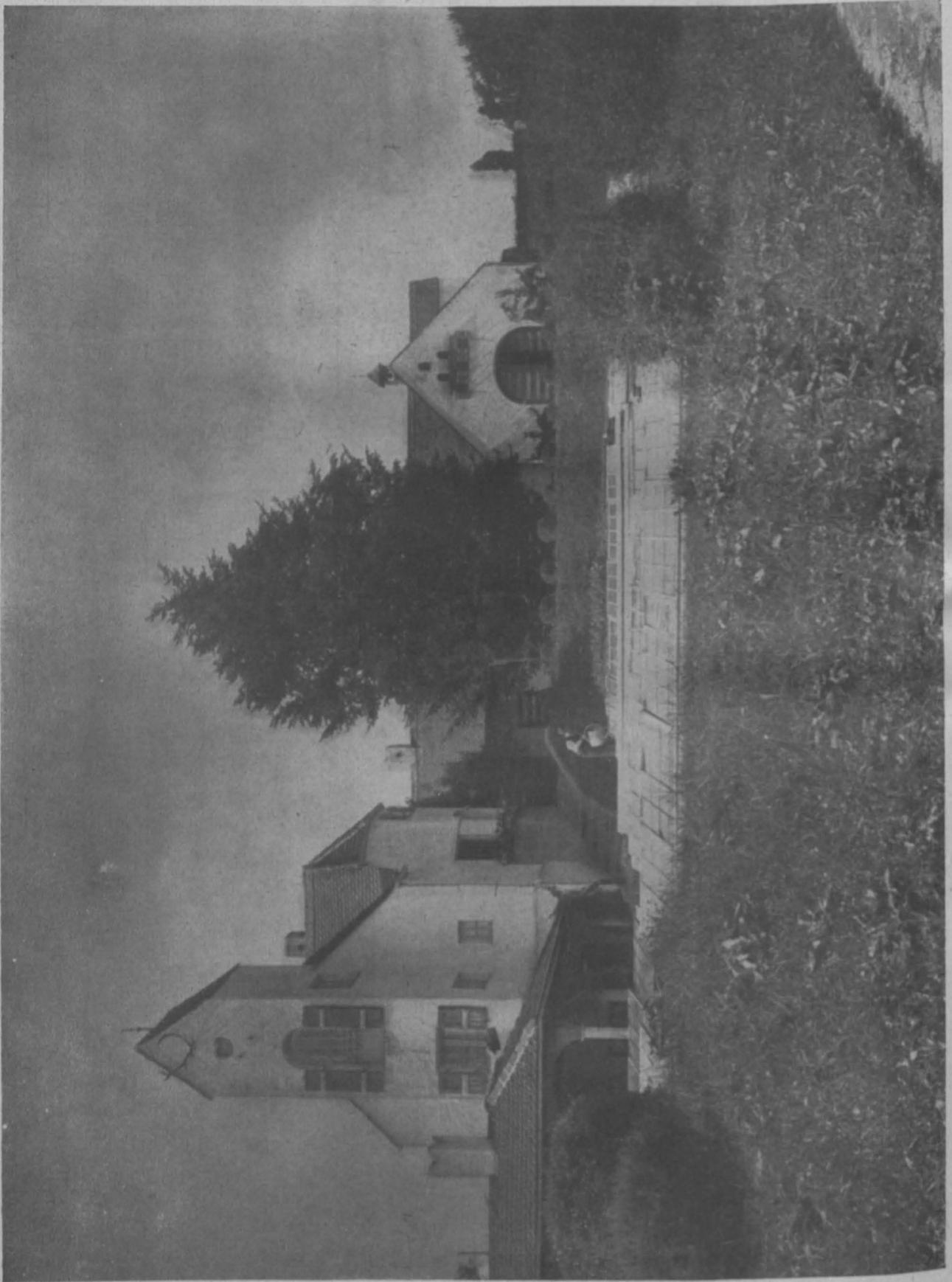


Lageplan des Landsitzes von Emanuel von Seidl in Murnau. Aus: Emanuel von Seidl: Mein Stadt- und Land-Haus. Darmstadt, Verlagsanstalt Alexander Koch.

Lebensperiode gekennzeichnet ist. Es ist die Eigenwilligkeit seines Charakters, die hier zum Niederschlag gelangt und Raumbildungen und Bildungen des Aufbaues hervorruft, die hart an das Gekünstelte grenzen. Beispiele hierfür sind das Haus Bembé in Mainz und das Haus Brakl

in der Lessing-Straße in München, das von 1902 auf 1910 entstand. Stark kommt diese Eigenwilligkeit in der Grundrißanlage zum Ausdruck in dem Gebäude der Hauptrestauration des Ausstellungsparkes in München, das 1908 erbaut wurde, sowie in den Entwürfen für Kurbauten in Karls-

zu dem in den letzten Jahren entstandenen Landsitz Wolf in Stein. Nach Gabriels Tod war Emanuel mit der Fortführung der Bauten für das Deutsche Museum in München beauftragt worden. In einem großen Festsaal- und Bibliotheksbau wollte er den Bauten seines Bruders einen Monumen-

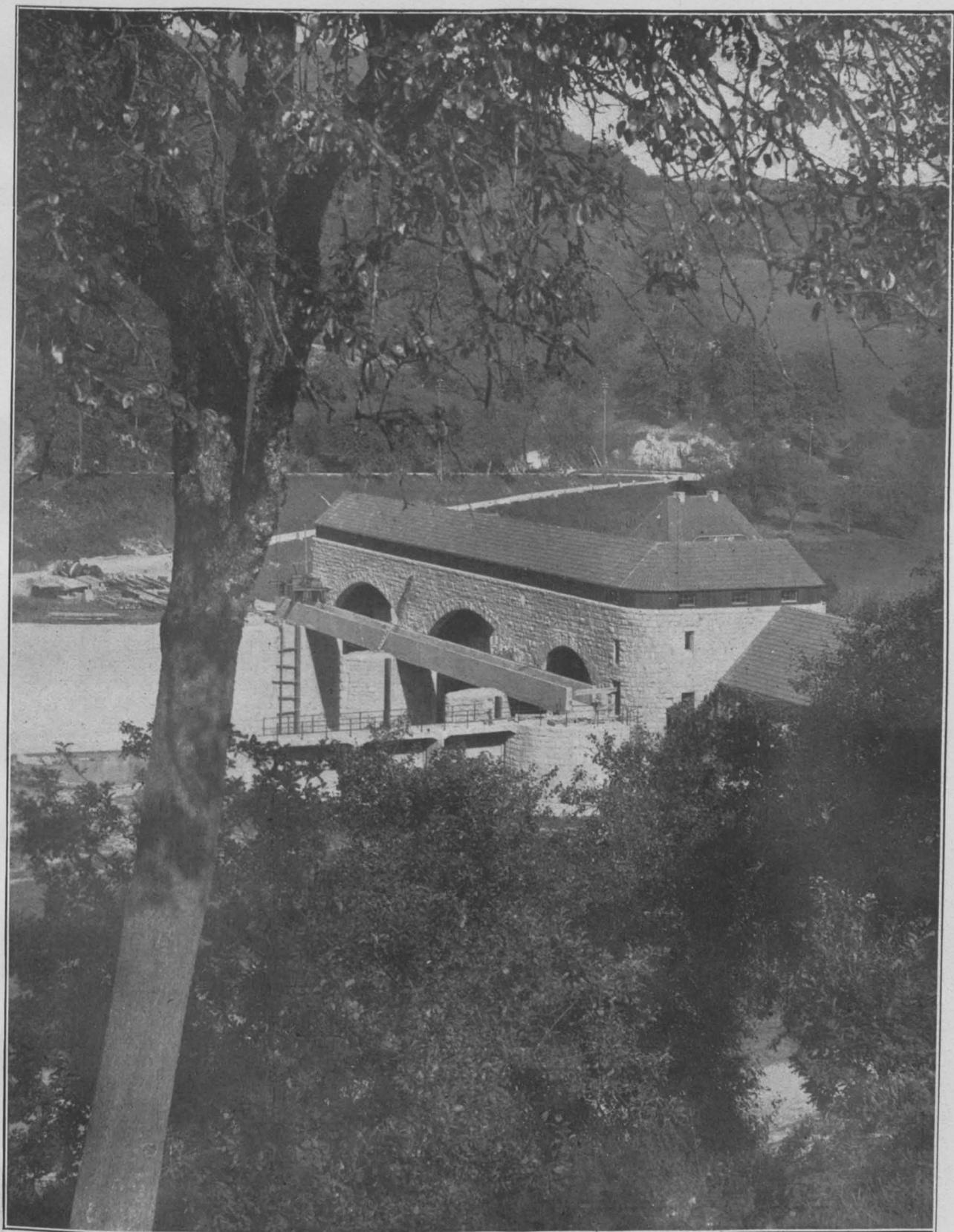


Gärtnerei des Landsitzes von Emanuel von Seidl in Murnau. Aus: Mein Stadt- und Land-Haus. Darmstadt. Verlagsanstalt Alexander Koch.

bad. Zahlreich sind die Schlösser und Landsitze, die Emanuel ausführte, soweit die Zwischenzeiten, die übrig blieben, von seinen Ausstellungsarchitekturen, von seinen Festspielen im Hoftheater, im Schloß von Schleißheim usw. ihm die Muße dafür ließen. Es ist eine lange Kette von dem Schloß des Fürsten von Hohenzollern in Sigmaringen bis

talbau von eigenem Gepräge anfügen; das Schicksal hat es ihm versagt. Eine besondere Schöpfung von ihm waren die Anlage und die Bauten des Tiergartens Hellabrunn im Isartal, und von seinem Bruder hatte er die Pflege der Schönheiten dieses Tales übernommen.

Das schönste Bekenntnis seiner künstlerischen Art aber



DER ARCHITEKTONISCHE AUFBAU
* DES MURGWERKES IN BADEN. *
** ARCHITEKT: BAUINSPEKTOR **
* H. WIELANDT IN KARLSRUHE. *
WEHR BEI FORBACH VON DER SEITE,
* DAS BECKEN NOCH UNGEFÜLLT. *
==== DEUTSCHE BAUZEITUNG ====
*** 54. JAHRGANG 1920. * NO. 7. ***

hat Emanuel von Seidl in den beiden Bauwerken gegeben, die er für sich selbst errichtete: in seinem Stadt-Haus am Bavaria-Ring in München und in seinem Land-Haus in Murnau am Staffelsee in Oberbayern, an der Strecke München-Partenkirchen. Das etwas sentimentale „Wie ich's am liebsten schaute, mir dieses Haus ich baute“

risse des Erdgeschosses mit den Atelierräumen des Künstlers, sowie des Dachgeschosses mit seiner Wohnung — er war zu jener Zeit noch Junggeselle — wieder. Eine „Romanze aus Stein und Mörtel“ haben wir es damals nach dem Wort von Walter Scott, das dieser für seinen Landsitz Abbotsford geprägt hatte, genannt. Es war es hauptsächlich auch nach



Musiksaal im Landsitz von Emanuel von Seidl in Murnau.

Aus: Emanuel von Seidl: Mein Stadt- und Land-Haus. Darmstadt. Verlagsanstalt Alexander Koch.

ist hier in seinem tieferen Gehalt zur Wirklichkeit geworden, denn es ist in der Tat eine starke künstlerische Eigenwilligkeit, die in den beiden Werken zum Ausdruck kommt. Wir haben das Stadt-Haus im Jahrgang 1900 der „Deutschen Bauzeitung“ veröffentlicht und geben hier von jener Veröffentlichung noch einmal das Äußere, ferner die Grund-

der Ausbildung des Inneren, von dem wir ergänzend zu den zahlreichen Abbildungen des genannten Jahrganges auf den Seiten 38 u. 39, in No. 6 noch zwei Darstellungen wiedergeben, die einer Veröffentlichung entnommen sind, die der Künstler unter dem Titel: „Mein Stadt- und Land-Haus“ im vergangenen Jahr in der Verlagsanstalt von

Bautechnische Vorträge und Uebungen über das Eisen im Hoch- und Ingenieurbau.



Die Lage unserer Industrie ist gekennzeichnet durch größten Mangel an Rohstoffen aller Art. Daß dieser vorwiegend auf die unzureichende Versorgung mit Kohle zurück zu führen ist, ist hinlänglich bekannt. Nach Lage der Dinge kann vorläufig eine Besserung in der Belieferung mit Kohle nicht erwartet werden; es gilt also, sich mit der bestehenden Notlage abzufinden, so gut oder so schlecht das möglich ist, und sein Augenmerk darauf zu richten, trotz dieser Schwierigkeiten unser Wirtschaftsleben im Gang zu halten.

In besonders schwieriger Lage befindet sich die Bauindustrie. Fast zur Herstellung aller Baustoffe, mit denen wir bislang zu arbeiten gewohnt waren, gehört Kohle, und da es an Kohle fehlt, sind Baustoffe nicht zu beschaffen. Auch die Beschaffung von Holz stößt von Tag zu Tag auf größere Schwierigkeiten. Es fehlt uns die frühere große Holzeinfuhr, große Waldungen gehen dem Deutschen Reich verloren, und da Holz als Ersatzstoff für viele andere Baustoffe und in erhöhtem Maße als Brennstoff gebraucht wird, so sind auch die Preise von Holz ständig gestiegen und man muß sich in seiner Verwendung der größten Sparsamkeit befleißigen.

Die Bauindustrie ist also überwiegend vor eine völlig veränderte Lage gestellt worden; es ergibt sich für sie die Notwendigkeit, sich dieser anzupassen und Mittel und Wege zu finden, um den dringendsten Anforderungen zu genügen, denn wenn auch die Preise eine schwindende Höhe erreicht haben, so liegt doch ein dringendes Bedürfnis nach Bauten aller Art, insbesondere nach Wohnhäusern, vor. Es gilt auch, die vielen im Baugewerbe tätigen Arbeiter und Angestellten zu beschäftigen. Hieraus ergibt sich für den Architekten wie für den Bauingenieur die Notwendigkeit, neue Baustoffe, über die wir verfügen, die wir aber, solange wir aus dem Vollen schöpfen, als minderwertig nicht benutzten, auf ihre Eignung zu untersuchen, oder Ausführungen zu erdenken, bei denen sich andere wie die bislang üblichen Baustoffe ohne Schaden verwenden lassen: mit den zwar vorhandenen, aber außerordentlich knapp und teuer gewordenen Baustoffen, wie z. B. mit Holz, Zement, Stein und Eisen Haus zu halten und sich bei ihrer Verwendung der größten Wirtschaftlichkeit zu befleißigen. Die ganze Bauausführung ist nach neuzeitlichen Gesichtspunkten zu

untersuchen, um durch wirtschaftliche Betriebsführung die Kosten zu verringern.

Es ist nun außerordentlich verdienstvoll vom „Ver-ein deutscher Ingenieure“, dem gelegentlich der Vorwurf gemacht worden ist, daß er sich um das Bauingenieurwesen nicht in gleicher Weise kümmere, wie um den Maschinenbau, daß er einer ihm gegebenen Anregung folgend, eine umfangreiche Vortragsfolge „Bautechnische Vorträge und Uebungen“ veranstaltet hat. Zweck derselben ist es, den aus dem Feld heimgekehrten Fachgenossen die Möglichkeit zu geben, sich schnell wieder in ihr Fachgebiet einzuarbeiten, und jüngere Architekten und Ingenieure in die Lage zu setzen, ihre technischen Kenntnisse zu ergänzen und zu vertiefen. Darüber hinaus sollten aber Architekten und Bauingenieure allgemein auf die Aufgaben, die ihrer harren, hingewiesen und es sollten ihnen Mittel und Wege gezeigt werden, wie diese Aufgaben zu bewältigen sind.

Bei den Vorträgen, die vorwiegend dem letztgenannten Zweck dienen, trat der rein lehrhafte Charakter mehr in den Hintergrund, es wurde vielmehr Wert darauf gelegt, neue Anregungen zu geben und neben den rein technischen Fragen auch wirtschaftliche Notwendigkeiten und Zusammenhänge, die sich aus unserer gegenwärtigen Lage ergeben und die nicht außer Acht gelassen werden dürfen, in den Kreis der Betrachtungen zu ziehen.

Unter diesen Gesichtspunkten wurde vom „Deutschen Eisenbau-Verband“ die zehn Vorträge umfassende Vortragsreihe: „Das Eisen im Hoch- und Ingenieurbau“ aufgestellt, über die hier kurz berichtet werden soll. Die einzelnen Vorträge hatten seit langen Jahren in der Praxis stehende Ingenieure aus der Eisenbau-Industrie übernommen.

Entsprechend der berechtigten Forderung, daß Architekt und Ingenieur mit dem Material vertraut sein müssen, lautete der erste Vortrag: „Das Eisen als Baustoff“. In diesem wurden die verschiedenen Eigenarten, die Entwicklung ihrer Herstellungsverfahren, ihre Eigenschaften, soweit sie für die Verwendung, Bearbeitung, Berechnung und Beanspruchung von Eisenbauten maßgebend sind, erläutert, und auf Grund der bisherigen Entwicklung und Erfahrung wurden Schlüsse auf die zukünftige Verwendung des Eisens gezogen. Es wurde mit Rücksicht auf die der-

Alexander Koch in Darmstadt herausgegeben hat.*) Wir hatten damals einen Vergleich angestellt zwischen dem Hause Seidls und dem Buch, das in den achtziger Jahren des vor. Jahrh. von dem Sammler Edmond de Goncourt unter dem Titel „La maison d'un artiste“ herausgekommen war. Es war das Haus des Verfassers selbst, das er mit seinem Bruder Jules umgeben von reichen Sammlungen in Auteuil bei Paris bewohnte und in dem er das „oubli du moment dans l'assouvissement (Sättigung) artistique“ suchte. Wir schrieben damals: „Welche Entwicklung seit 1881, in welchem Jahr die Arbeit Goncourts erschien, und der Wende des Jahrhunderts, welche fordert, daß das Haus und seine Einrichtung das zweite Ich seines Besitzers seien; in welchem aus der „tendresse presque humaine pour les choses“, die Goncourt fordert, eine Art Gemütsleben der Dinge selbst geworden ist, in die der Künstler alles das zu legen versuchte, was ihn selbst bewegte. Wer die Wohn- und Gesellschaftsräume Emanuel Seidls durchschreitet, wer ihre Farben- und Lichtwirkungen auf sich eindringen läßt, wer in der Wahl der Formen nicht die Aengstlichkeit der Einheit sprechen läßt, sondern dem überlegenen Ichgefühl die freie Anwendung gestattet, der wird mit einem reichen künstlerischen Genuß den Eindruck empfangen, daß der Besitzer und Künstler in seinem Hause mehr sieht, als den Unterschlupf für die Nacht, mehr als die Magazine des Sammlers mit allen ihren Launen, mehr als die der Persönlichkeit entbehrende Wohnstätte des mit materiellem Besitz bedachten Laien“. Wir halten dieses vor 20 Jahren abgegebene Urteil noch heute aufrecht, obwohl der Künstler selbst seine Anschauungen in diesem Zeitraum etwas gewandelt hat. Er spricht sich darüber in seiner Veröffentlichung aus, von der er sagt: „In diesem Buch will ich zu meinen Gleichgesinnten sprechen: Wer es besitzt, der möge daraus entnehmen, wie ich baue, zugleich, wie ich empfinde, und so möge dies das Band sein, das uns verbindet“. Die Vorbedingung für das Schaffen des Architekten sei künstlerisches Empfinden. Dieses könne nicht theoretisch erzogen werden, sondern müsse mit der Muttermilch eingesogen und im Elternhaus und in praktischer Anschauung herangebildet werden. „Dort ist die eigentliche Hochschule“.

Wie wahr ist dieses Wort, wenn man weiß, in welcher künstlerischen Umwelt Emanuel aufwuchs und was für eine Mutter er hatte, von der Friedrich v. Thiersch bei der Grabrede sagte, sie sei eine prachtvolle Frau gewesen, die die ganze Häuslichkeit überstrahlte. Als er — der Junggeselle der Jahrhundertwende — „den ersten Teil meiner Wohnung gestaltete, war ich eben von meiner römischen Reise voll Eindrücke mit neuem Schaffensdrang zurückgekehrt. So wurde diese naturgemäß „römisch-modern“. Nur das Speisezimmer und Wohnzimmer, das viele schöne Erinnerungen aus dem Elternhaus aufnahm, hat eine alte Tonart bewahrt, wenn auch neues Empfinden und holländische Raumkunst mit hereinspielte. Mein Leben und mein künstlerisches Schaffen wurden ferner beeinflußt und angeregt durch Feste, die ich in Künstlerkreisen gestaltete. In gewissem Sinn war der Rahmen, der mich umgab, versteinerte Musik. Diese hörte ich aus jeder Ecke klingen“. Dann aber war er plötzlich „nicht mehr allein“; er mußte durchbrechen, um im unteren Geschoß ein Familienheim zu gründen. Dabei aber sah er, „wie grundverschieden die alten und die neuen künstlerischen Anschauungen geworden sind. Alte und neue Zeit reichen sich die Hände und kommen auf der Turmtreppe zusammen . . . Praktisch, behaglich, stimmungsvoll bei Materialschönheit und Echtheit, das sind die Farben der neuen Palette; für Pathos, Säulen usw. hatte ich keinen Platz mehr. Wir wohnen bürgerlich dekorativ“.

Das ist sein Stadt-Haus. Nun hat er aber auch noch ein Land-Haus, „glücklicherweise“, das er sich 1902 erbaute. Davon sollen die Abb. S. 47—49 u. 51 eine bescheidene Vorstellung geben. Es liegt in dem schon genannten Murnau, dem als Markt Emanuel seine ganze Liebe zuwandte und es durch die Wiederherstellung seiner bemalten Hausfassaden künstlerisch schmückte, dasselbe, was Gabriel für Tölz tat. Gegen den Schluß des Jahrhunderts hatte er am Schloßberg dieses freundlichen Ortes für seinen Schwager, den Kunstmaler Mayer-Graz, ein kleines Landhaus erbaut; während dieser Tätigkeit erwarb er die erste Liebe für den Markt, dem er Zeit seines Lebens treu blieb. Bald hatte auch er einen Obstgarten im südlichen Teil des Marktes sich erworben und sich ein Landhaus darauf errichtet. Bald auch wurde das Gelände erweitert. Bis auf alte Eichen in einer Schlucht

(Fortsetzung S. 52.)

*) 80 Photographische Wiedergaben, dabei 78 Sepiatondrucke. Preis in imitiert Japan 32 M., Luxusband echt Japan 40 M. —

zeitige Knappheit an Eisen und auf den hohen Stand unserer Eisenbautechnik als erstrebenswert bezeichnet, die Beanspruchung des Eisens bis zur äußersten zulässigen Grenze zu erhöhen und zur Verwendung von hochwertigem Material überzugehen.

Nachdem der erste Vortrag die Hörer im Wesentlichen mit dem Material vertraut gemacht hatte, beschäftigten sich der zweite und der dritte Vortrag mit der Arbeitsweise auf dem Konstruktionsbüro, in der Werkstatt und auf der Baustelle. Es wurde gezeigt, daß gute Berechnung und eine zweckmäßige Ausbildung der Konstruktion, sowie ein wohldurchdachtes Arbeitsverfahren bei der Bearbeitung des Eisens in der Werkstatt und bei der Aufstellung der Eisenbauten auf der Baustelle Voraussetzungen für die Wirtschaftlichkeit der Eisenbauweise sind, daß sich auf diesem Gebiet noch Manches besser machen läßt, als es bisher vielfach geschieht und daß sich auch durch Einführung oder Vervollkommnung geeigneter Arbeitsmethoden manche Ersparnisse erzielen lassen.

Es folgte in zwei weiteren Vorträgen die Besprechung von Eisenbauten selbst. Lichtbilder, sowie Beschreibungen und Beurteilungen neuzeitlicher beachtenswerter Ingenieurbauten, vorzüglich von Hochbauten, Hallen und Brücken vermittelten einen guten Ueberblick über den Stand der Eisenbauweise und dienten dazu, die Hörer mit den Ausführungsmöglichkeiten von Eisenbauten vertraut zu machen und sie darüber zu unterrichten, welche Arten der Gesamtanlage wie der Einzel-Ausführungen von Fall zu Fall bei wechselnden Anforderungen in den Gesamtbetrieb zu wählen sind, um ein Höchstmaß von Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, sowie von ansprechendem Aussehen zu erzielen.

Bemerkenswerte Aufstellungs- und Auswechslungsarbeiten, die fast unbegrenzten Möglichkeiten, Eisenbauten auch unter den schwierigsten Verhältnissen und ohne Gerüste aufzustellen, veraltete Bauwerke unter voller Aufrechterhaltung des Betriebes durch neue zu ersetzen, insbesondere die Auswechslung eiserner Eisenbahnbrücken ohne Störung des Betriebes wurden in einem besonderen abgeschlossenen Vortrag behandelt.

In einem weiteren Vortrag wurden die Vor- und Nachteile der Eisenbauweise, z. B. die Frage der Unterhaltungskosten, des Rostes, des Feuerschutzes usw. erörtert. An der Hand von Lichtbildern wurden Vergleiche zwischen der Eisenbauweise und anderen Bauweisen angestellt, die erkennen ließen, unter welchen Verhältnissen und aus welchen Gründen der Eisenbauweise vor anderen der Vorzug gegeben werden muß.

Daß die schönheitliche Ausgestaltung der Eisenbauten volle Beachtung verdient, und daß daher auch beim entwerfenden Ingenieur Sinn und Verständnis für schöne For-

men und harmonische Ausbildung seiner Bauten geweckt werden müssen, ist eine heute allgemein anerkannte Forderung. Infolgedessen wurde die Frage der schönheitlichen Ausgestaltung von Eisenbauten sorgfältig behandelt. An ausgeführten Beispielen wurde die Wirkung der verschiedenen Konstruktionsformen, der Dreiecksfachwerke, der Rahmenfachwerke, der Vollwandbinder, bei Brücken und Hallen u. a. beleuchtet und gezeigt, unter welchen Voraussetzungen die einzelnen Systeme vom schönheitlichen Gesichtspunkt aus zu wählen sind. Die Verwendung von Vollwandbindern, die meist sehr ruhig und schön wirken, und die in den letzten Jahren vor dem Krieg in einer



Wohnzimmer im Landsitz von Emanuel von Seidl in Murnau.
Aus: Emanuel von Seidl: Mein Stadt- und Land-Haus.
Darmstadt. Verlagsanstalt Alexander Koch.

jede Richtung befriedigenden Form ausgeführt wurden, wird künftig vielleicht aus wirtschaftlichen Gründen etwas zurücktreten müssen. Von entscheidendem Einfluß ist bei Hallenbauten die Frage, mit welchen Mitteln eine befriedigende raumumschließende Wirkung zu erzielen ist und in welchem Maße und wo Oberlichte anzuordnen sind, denn durch Anordnung zu großer Oberlichte und durch falsche Lage derselben kann leicht die ganze Konstruktion zerrissen werden und die Raumwirkung verloren gehen.

Die letzten Vorträge waren der Stellung der deutschen Eisenbau-Industrie auf dem

Weltmarkt vor dem Krieg und ihren Leistungen im Krieg gewidmet. Es gibt kein Land der Welt, in dem nicht Eisenbauten aller Art von dem hohen Stand des Könnens deutscher Eisenbau-Ingenieure Zeugnis ablegen; es gibt keinen Kriegsschauplatz, auf dem nicht deutsche Brückenbau-Anstalten durch überraschend schnellen Bau wichtiger Brücken die Vorbedingungen für ein erfolgreiches Vorrücken gegeben hätten!

Wie sich die Zukunft der deutschen Eisenbau-Industrie gestalten wird, darüber läßt sich zurzeit etwas Bestimmtes nicht sagen. Die gegenwärtige Knappheit an Eisen ist ebenso sehr durch die Kohlenknappheit bedingt wie dadurch, daß Elsaß-Lothringen mit seinen reichen Erzlagern dem Deutschen Reich verloren gegangen ist. Es darf nun aber nicht vergessen werden, daß die deutsche Eisenindustrie, einschließlich der Maschinen- und Kleineisen-Industrie, an unserer früheren Ausfuhr von über 10 Milliar-

den M. mit mehr als 2 Milliarden M. beteiligt war; auch die deutsche Eisenbau-Industrie hat an dieser Ausfuhr ihren entsprechenden Anteil. Nur Arbeit, nur die Erzeugung von Werten und ihre Ausfuhr ins Ausland können uns aus der gegenwärtigen Lage retten. Der große Anteil der Eisenindustrie an unserer Ausfuhr ist eben erwähnt. Mit Rücksicht darauf werden wir auch künftig bestrebt sein müssen, die Erzeugung in Eisen zu erhöhen und die gesamte Eisenindustrie zu beschäftigen, um genügend Eisen für den Verbrauch im Inland und für die Ausfuhr zu haben, denn Eisen und Kohle sind und bleiben das Rückgrat unseres Wirtschaftslebens. Hebt sich aber die Erzeugung unserer Eisenhüttenwerke, so wird das auch der Eisenbau-Industrie zu Gute kommen. Freilich im Vergleich mit den Zeiten vor dem Krieg werden wir uns größter Sparsamkeit und wirtschaftlichster Ausnutzung des Eisens in Konstruktion und Ausführung befleißigen müssen. — R.

Vermischtes.

Techniker als Bürgermeister. Die Stadt Schweinfurt im nördlichen Bayern hat die Stelle ihres ersten Bürgermeisters neu zu besetzen. Der Stadtrat hat den Beschluß gefaßt, zur Bewerbung für die Stelle Juristen, Techniker oder Vertreter der Volkswirtschaft zuzulassen. Das Grundgehalt beträgt 15 000—20 400 M. bei freier Wohnung. Hierzu treten Teuerungszulagen.

Schweinfurt ist eine lebhaft aufblühende, gewerbereiche Stadt im bayerischen Regierungsbezirk Unterfranken, am rechten Ufer des Main. Sie hatte vor dem Krieg etwa 25 000 Einwohner. Als Knotenpunkt zweier verkehrsreicher Bahnlinien ist sie durch lebhaften Handel ausgezeichnet. Bei ihrer Fortentwicklung wird es sich darum handeln, das wertvolle Alte mit dem notwendigen Neuen in harmonischen Einklang zu bringen. —

Wettbewerbe.

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Bebauung des Pfarrackers in Berlin-Lichterfelde erläßt das Gemeinde-Hochbauamt für dort ansässige oder von dort gebürtige Bewerber deutscher Reichsangehörigkeit zum 23. Febr. 1920. Es handelt sich um die Aufteilung des vom „Kriegerheim“-Bauverein zu besiedelnden Pfarrackers und um die Errichtung von Klein- und Mittelwohnungen auf diesem Gelände. Es gelangen 3 Preise von 3500, 2500 und

1500 M. zur Verteilung. Für Ankäufe stehen weitere Mittel zur Verfügung. Die Entscheidung über die weitere Bearbeitung und die Leitung der Ausführung ist vorbehalten. Im Preisgericht u. a. die Hrn. Arch. Friers und Gem.-Baumstr. Dr.-Ing. Meurer in Lichterfelde, Prof. Bruno Möhring in Marienfelde und Geh. Reg.-Rat Dr. H. Muthesius in Nikolassee. Ersatzleute sind die Hrn. Gem.-Brt. Tietzen und Architekt Gessner. Unterlagen sind zu beziehen durch das Hochbauamt der Gemeinde Berlin-Lichterfelde. —

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Lenbach-Denkmal in Schrobenhausen in Bayern, dem Geburtsort des Künstlers, ist bei einer Preissumme von 3000 M. von einem zuständigen Komitee in Aussicht genommen. Für das Denkmal stehen öffentliche und private Mittel bereit. —

Inhalt: Die Hamburger Kleinbahnen insbesondere die Marschbahn. (Schluß). — Emanuel von Seidl †. (Schluß). — Bautechnische Vorträge und Übungen über das Eisen im Hoch- und Ingenieurbau. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Der architektonische Aufbau des Murgwerkes in Baden.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

find er nur baumlose Gefilde vor, Felder, Wiesen, Torfstiche. So konnte er frisch schaffen „und die Natur immer weiter steigern und Bäume verschieben“. Das wuchs im Lauf der Jahre heran, nun konnte er die Früchte seiner Pläne ernten: „ich kann in Wäldern spazieren, in denen Shakespeares Sommernachtstraum . . . noch wiederklingt. Ich sitze am Weiher und höre die Klänge der „Fischerin“, die Goethe in Tiefurt vorüberziehen ließ . . . es tauchen Faune und Nixen wieder auf, die später hier hausten; es flammen die Lichter am Altar der Freundschaft und auf allen Dreifüßen auf; in und um das Haus ist geschäftiges Leben. Es sind die Geister von Goethes Wilhelm Meister, der hier Quartier nahm. Es war eine merkwürdige, poetische Zeit“. Dann aber kam auch hier die Erweiterung, wurden Umgestaltungen nötig, denn „sie“ zog ein. Alle Räume wurden durchgesehen und „belebt“; neue wurden angebaut. Es entwickelte sich der Grundriß von S. 47 „Im Garten sind neue Terrassen entstanden, Lauben, Brunnen, Hecken, und nun habe ich eine spezielle Weiherpoesie gepflanzt und warte, bis sie heranwächst Schließlich liegen noch Pläne für ein „Friedenshäusle“ bereit — wenn ich es nur bald bauen und einweihen dürfte! . . . Viele Wünsche und Gedanken harren noch der Ausführung. So muß und will ich denn noch lange leben.“ Das Schicksal hat es anders gewollt; schon Jahre verfolgte es ihn mit Leiden, um ihn schließlich in der besten Manneskraft zu fällen.

Aus dieser Darstellung, so lückenhaft sie ist, geht doch das Eine mit voller Klarheit hervor, daß das antike: „Wer wohl verborgen blieb, hat wohl gelebt“, für Emanuel von Seidl nicht galt. Ihm war die Öffentlichkeit Bedürfnis, so sehr Bedürfnis, daß der Künstler, der noch 1913 vor dem Kaiser, seinem König und den deutschen Bundesfürsten in der Befreiungshalle von Kelheim die große vaterländische Feier leitete, der Revolutionsfeier im Hoftheater in München seinen Beistand ließ und hier die künstlerischen Anordnungen für den Befreiungschor aus „Epimenides Erwachen“ traf, ein Festspiel, das Goethe zur Rückkehr Friedrich Wilhelms III. nach der Befreiung von der Fremdherrschaft geschrieben hatte und das für die Zwecke der Revolutionsfeier zurecht gemacht war. Man wollte in dieser Teilnahme eine Wandlung der politischen Gesinnung des Verstorbenen erblicken und war gegen ihn verstimmt. Vielleicht aber war es das gar nicht, sondern für ihn, der

so sehr den Festen außerhalb und innerhalb der Mauern seines Hauses huldigte, nur das Festliche mit allem seinem Gepränge, das ihn anzog. Allerdings ging er oft auch im Nichtkünstlerischen und im praktischen Leben vielfach seinen eigenen Weg und die Fachgenossenschaft hatte wiederholt Veranlassung, mit ihm zu rechten, wenn er sich nicht in das fügen wollte, was nun einmal Sitte und Brauch im Fachleben war. Aber abgesehen von diesen Menschlichkeiten war er doch ein Künstler von tiefer Ueberzeugung und voller Beherrschung der künstlerischen Ausdrucksmittel. Nicht lange vor seinem Tod hat er noch Sätze ausgesprochen, die sich auf die durch die Revolution in München geschaffenen Zustände beziehen und die zu seiner Rechtfertigung hierher gesetzt sein mögen: „Die Kunst ist der Ausdruck der Bildungsstufe eines Volkes. In Schmutz und Unrat gedeiht die edle Pflanze nicht. Seien wir darum auf der Hut, daß die Kunst nicht auswandert — in ungepflügten Straßen wandelt sie nicht gerne. Wie die Straßen, so das Innere, das ganze Leben. . . .“

Die Verhältnisse treiben einer Entscheidung zu. Achten wir darauf, daß wir nach den vielen Zusammenbrüchen nicht auch eine Kunsttragödie erleben! Eine baldige Sanierung ist dringend notwendig. . . .

Gott führe uns aus der furchtbaren Zeit, die wir nach den anfänglich großen Erfolgen selbst heraufbeschworen haben und die den deutschen Geist gefesselt hat, wie einen Prometheus. Möge es diesem gelingen, die Fesseln zu zerreißen und das Feuer der Erkenntnis der Welt zu bringen.“

So kann eigentlich nur ein Aristokrat der Kunst sprechen und die Kunst ist ihrem innersten Wesen nach aristokratisch. —

Aus seiner Kunsttätigkeit, mehr aber vielleicht noch aus seiner starken Betätigung für die Öffentlichkeit entsprungen Emanuel von Seidl eine Reihe großer Auszeichnungen. Der Verdienstorden der bayerischen Krone brachte ihm den Adel; die Akademie der bildenden Künste in München ernannte ihn zu ihrem Ehrenmitglied; die Technische Hochschule in München ernannte ihn zum Ehrendoktor. Daß ihn der Markt Murnau, für dessen Ansehen er durch seine Kunsttätigkeit viel tat, zum Ehrenbürger ernannte, sei als eine mehr patriarchalische Ehrung verzeichnet. — H.—



Abbildung 5. Barkhof und Rolandhaus in Hamburg.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

54. JAHRGANG. N^o 8. BERLIN, DEN 28. JANUAR 1920.

* * * * HERAUSGEBER: DR.-ING. h. c. ALBERT HOFMANN. * * * *

Alle Rechte vorbehalten. Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

Die Grundlagen des modernen Großhandelshauses.

Von Alphons Schneegans, Professor an der Technischen Hochschule in Dresden.

Hinter den Gebäudearten, die in Deutschland den Charakter der Städte und Straßen bilden, ist das Großhandelshaus ziemlich stiefmütterlich behandelt worden, indem kaum ernstlich die Grundlagen des Problems erforscht worden sind. Es wurden Großhandelshäuser erbaut, sogar in großer Menge, doch ist deutlich zu erkennen, daß Bauherren und Baukünstler im Gärungsprozeß moderner Entwicklung keine Zeit fanden, restlos an die Lösung des Problems heranzutreten.

Man muß unbedingt einen Unterschied machen zwischen dem Kleinhandelshaus und dem Großhandelshaus. Im Ersteren ist das Warenhaus der klarste Begriff, der auch in verschiedenen Schöpfungen durchaus wahre, moderne Entwicklungsformen erlangt hat. Wir wissen Alle, daß Messel's Wertheimbau dafür die Grundlage gegeben hat. Zwischen den beiden Gebäudearten bestehen aber grundsätzliche Verschiedenheiten, die ihren Ausdruck finden müssen sowohl im Grundriß wie im Aufriß. Der Hauptunterschied ist der, daß der Kleinhändler — oder Detailhändler — kein Lager hat, oder nur ein sehr geringes, während der Großhändler das Hauptgeschäft gerade auf das Lager legt, wenn er nicht eigene Betriebe unterhält. Der Großhändler steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Hersteller. Während der Kleinhändler sich an das Publikum wendet, um ein Geschäft zu machen, kennt der Großhändler dieses als Käufer nicht. Er braucht daher seine Waren dem Publikum nicht anzupreisen. Das Schau-

fenster hat keine Berechtigung mehr. Zu ihm kommt der Kleinhändler, um einen Posten zu bestellen, den er ihm auf Abruf in verschiedenen Zeitabschnitten zu liefern hat.

Statt also das Publikum zum Kauf anzulocken mit allen möglichen Mitteln, mit einem schön geschmückten Schaufenster, mit einer Unmenge kleiner Listen, die auf seine Schwächen gemünzt sind, zielt der Großhändler auf den Kleinhändler.

Zweimal im Jahr geht der Kleinhändler im Allgemeinen auf die Reise, um seine Bestellungen zu besorgen. Ein Konfektionsgeschäft wird nicht versäumen, seinen Leiter nach Berlin zu schicken, das heute wohl für Deutschland der Hauptplatz geworden ist. Dort wird der Reisende die Geschäftshäuser besuchen, die um den Hausvoigteiplatz liegen, bis nach dem Spittelmarkt und darüber hinaus. In diesen Geschäften wird er dann äußerst zuvorkommend empfangen; es ist fast überall ein eleganter Empfangsraum vorhanden. Ein Pelzwarengeschäft wird hingegen die Leipziger Messe besuchen lassen, um dort Einkäufe zu besorgen. Das europäische Exporthaus wird wiederum sich in vielen Fällen nach Hamburg wenden, um dort die nötigen Geschäftsabschlüsse zu erledigen. In dieser Weise sind die Warengattungen für den Großhandel auf die einzelnen Städte und sogar Stadtteile verteilt.

Betrachten wir die Grundlagen, die allen Großhandelshäusern gemeinsam sind, so finden wir eine ganze Reihe von gleichartigen Merkmalen, die ihnen denn auch im inneren und äußeren Aufbau Verwandtschaften verleihen.

Das Großhandelshaus hat keine Schaufenster, wie wir vorhin schon sagten; trotzdem aber verlangt der Kaufmann möglichst große Fensteröffnungen. Er begründet das damit, daß Licht das Hauptfordernis einer solchen Anlage ist. Er hat auch darin gewiß Recht, doch werden wir sehen, in welcher Weise das Erfordernis von anderen Umständen durchkreuzt werden kann. Bei jedem Großhandelshaus ist das Eine stets wiederkehrend, daß von vornherein nie feststeht, wofür die Räume gebraucht werden. Um dem aber gerecht zu werden, wird ziemlich allgemein die Anordnung der Fenster so getroffen, daß sie bis zum Fußboden reichen und bis zur Decke, sowie in der Breite ungeteilt von Pfeilern zu Pfeilern und das in allen Geschossen.

Braucht der Inhaber des Geschäftes dann nur einen Teil der Fensterfläche zum Lichtpenden, so läßt er den übrigen Teil mit Oelfarbe streichen und seinen Namen, seine Ware und ihre Art als Reklame darauf malen.

In den meisten Fällen gehört das Haus nicht dem Großhändler selbst, sondern es wird vom Besitzer an so und so viele „Grossisten“ vermietet. Daher sehen wir derartige Gebäude mit einer Unzahl von Namen auf den großen Fenstern bepinselt, die von oben bis unten die Wand zu einem Inseratenblatt umwandeln. Im Erdgeschoß wird ein großer Teil der Fenster gestrichen, damit der Vorüber-

Hier ist die Frage vielleicht berechtigt, wie man dennoch die Treppen in ihrer Lage und Entfernung von einander anlegen kann, wenn nicht fest steht, wie die Räume benutzt werden sollen. Doch auch dieses Problem löst sich von selbst. Einesteils bestehen baupolizeiliche Gesetze, wie weit höchstens die Treppen auseinander liegen dürfen, damit bei Feuersgefahr die Insassen sich retten können. Es gibt aber auch in den einzelnen Gattungen der Geschäftshäuser Gewohnheitsmaße für die Größe der Geschäfte selbst. In Berlin rechnet man beispielsweise 150—170 qm als gangbare Mindestgröße der Geschäfte. Da nun aber die Baupolizei verlangt, daß jedes Geschäft an zwei Treppen liegt, werden auch meist diese Maße an Quadratinhalt der Entfernung von Treppe zu Treppe zugrunde gelegt. (Abbildung 1.)

Die stete Veränderlichkeit des Geschäftsbetriebes äußert sich wiederum in der Deckenkonstruktion. Die Decken müssen alle so tragfähig sein, daß sie allen etwa möglichen Anforderungen gerecht werden können, denn der Geschäftsinhaber, der das Lokal gemietet hat, fragt nachher Niemanden, ob da oder dort etwas Schweres hingestellt werden darf. Er setzt voraus, daß das überall möglich ist.

Das Großhandelshaus hat noch eine Anordnung gemein, daß keine Wohnungen im Gebäude sind. Ein der-

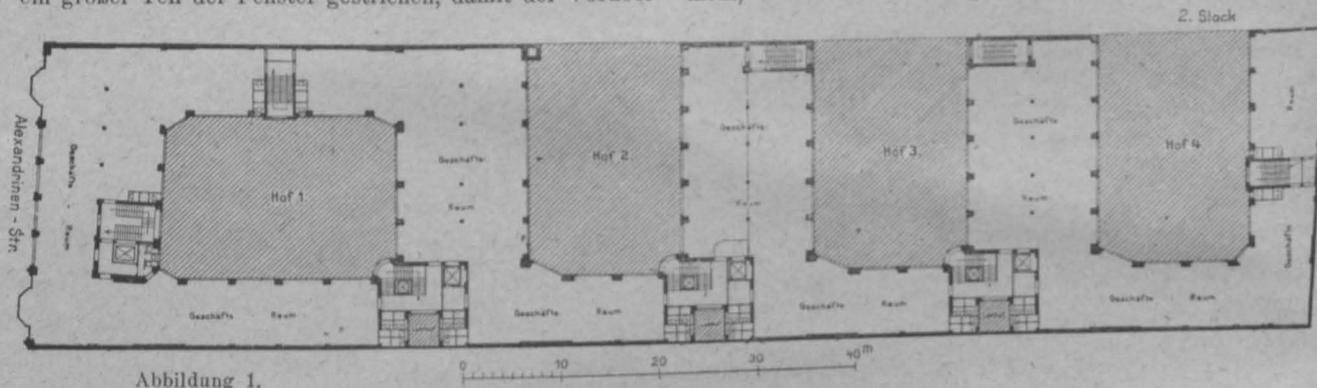


Abbildung 1.

gehende nicht hineinschauen kann, da hier die Ware dem Käufer vorgelegt wird und Abschlüsse vor sich gehen, die Niemand sonst angehen. Im Empfangsraum werden die Fenster ganz klar gelassen, damit der Käufer durch ungehinderte Aussicht auf die Straße in gute Laune versetzt wird. Im Arbeitsraum wiederum werden die Fenster bis 2 m hoch gestrichen, damit die Angestellten nicht abgelenkt werden und zum Fenster hinausschauen. Was aber heute bei Herrn Schulze Empfangsraum ist, kann morgen bei Herrn Seliger Arbeitsraum werden. So ist es für den Erbauer unmöglich, in regelrechter Architektur die Bedürfnisse zu fassen. Ein möglichst großer Spielraum wird vom Großhändler, der seine Geschäftsräume mietet, unbedingt verlangt.

Ähnlich ist es auch mit der Einteilung des Inneren. Von vornherein wird der Hausbesitzer vom Architekten nur ein System von Geschossen verlangen können, die der Konstruktion halber von Pfeilern getragen werden, die durch das ganze Haus gehen. Die einzelnen Zimmereinteilungen sind stets vorübergehender Natur und werden meist vom Mieter auf eigene Kosten eingefügt. Sie bestehen aus Glas und Holz, selten aus Leichtwänden. Was im Inneren aber feststehen muß, sind die Einrichtungen für den Verkehr: die Treppen, Aufzüge, ferner die Aborte, sowie die Vertikalstränge für Wasserzu- und abfluß.

Vermischtes.

Zur Reorganisation des mecklenburgischen Staatsbauwesens. Wir haben im vorigen Jahrgang unserer Zeitung die Ernennung des Ministerialbaurates Paul Ehmig in Schwerin zum Ministerialdirektor mitgeteilt. Die Angelegenheit hat eine über das Persönliche weit hinaus gehende Bedeutung, obwohl es in erster Linie hervorragende persönliche und fachliche Eigenschaften sind, die zu der Ernennung geführt haben. Sie hängt zusammen mit einer durchgreifenden Reorganisation des gesamten mecklenburgischen Staatsbauwesens, die in die Hände Ehmigs gelegt und dort wohl aufgehoben ist.

Das mecklenburgische Staatsbauwesen war bisher völlig zersplittert. Jedes Ministerium baute durch seine juristischen Dezernenten selbständig. In der Ministerialinstanz wirkten zwei technische vortragende Räte, der eine im Landwirtschaftsministerium, der andere für das Finanzministerium, das Ministerium des Inneren, das Justizministerium und das Ministerium für Unterricht. Letzterer hatte, wie ersterer im Landwirtschaftsministerium, im Finanzministerium volles Votum, während er für die übrigen Mi-

artiges modernes Haus hat des Tages einen Pförtner, der den Eingang bewacht und Auskunft gibt. Des Nachts ist ein Nachtwächter im Haus, der hin und her seine Runden macht, und eine kleine Stube hat, wo er kurze Zeit verweilen kann. Es wohnt aber keiner von beiden im Haus.

In allgemeiner Art muß hier noch vom Dach gesprochen werden. Bis zu unserer modernen Zeit wurde von Geschäftsleuten der Dachboden vornehmlich als Warenlager benutzt. Die Verhältnisse haben sich aber heute ganz verschoben. Im heutigen Großhandelshaus ist jedes Stockwerk für die gleiche Art der Benutzung vorgesehen, also auch der Dachboden; in nicht seltenen Fällen werden da oben nicht Lagerräume eingerichtet, sondern Betriebe oder Kontore irgend welcher Art. So lebt der Dachboden nicht mehr dasselbe Dasein wie früher, er wird anders benutzt, was sich auch im Äußeren ausprägen muß. Auch hier verlangt der Kaufmann Licht und alle Möglichkeiten der Verwendung. Das alte ehrwürdige Dach als ästhetischer Ausdruck ist verloren. Die folgenden Abbild. 2 und 3 veranschaulichen deutlich, wie folgerichtig wirtschaftliche Vorteile das Uebergewicht über althergebrachte Formen aufnehmen, und wenn auch die Beispiele nicht restlos uns befriedigen, so sind sie doch zweifellos dahin zu werten, daß sie in der Entwicklung des betreffenden Problems ihren richtigen Platz einnehmen. — (Schluß folgt.)

nisterien nur technischer Beirat war. Eine völlige Gleichstellung nach Staffelfung des Einkommens und Endgehalt mit den Ministerialräten, die bisher ausschließlich Juristen waren, konnte trotz aller Bestrebungen nicht erreicht werden. Noch ungünstiger lagen die Verhältnisse in den lokalen Bauinstanzen. Das an Größe dem Königreich Sachsen gleich stehende Land war bisher in neun Landbau-Distrikte und zwei Staatsbau-Distrikte eingeteilt. Die Domonialbaubeamten verwalteten ausschließlich das ländliche Bauwesen im sogenannten Domanium, während in den Staatsbau-Distrikten das gesamte nicht zum Landwirtschaftsministerium zählende, den übrigen Ministerien unterstellte Bauwesen verwaltet wurde.

Durch diese strenge Teilung war der größte Teil der mecklenburgischen Staatsbaumeister bis zur Beendigung ihrer Dienstzeit den Aufgaben der „Staatsbauverwaltung“ entfremdet, sie blieben im wahren Sinn des Wortes Landbaumeister. Die beiden Staatsbau-Distrikte umfaßten das ganze Land, ihnen lag die Verwaltung des Bauwesens der Rostocker Universität, der Land- und Amtsgerichte, der Straf- und Heilanstalten, Schulen usw. ob. Die Beamten

der Staatsbauverwaltung wurden im Allgemeinen in höheren Lebensjahren aus der Domonialverwaltung in die Staatsbauverwaltung berufen, sodaß sie dem neuen Aufgabenkreis zunächst ganz fremd gegenüber standen. Die Landbaubeamten betreten in gewissen Grenzen auch das kirchliche Bauwesen des Landes.

Zu dieser Zersplitterung in der Betätigung trat aber noch eine ganz außerordentliche Beengung durch die Abhängigkeit von den maßgebenden meist juristischen Verwaltungsbeamten. Bisher gab es in Mecklenburg noch keine selbständigen Hochbauämter, sondern nur sogenannte Baubehörden. Für das Landbauwesen waren in jedem der 24 Domonialämter juristische Oberbeamte berufen, mit den 9 Vertretern der Landbau-Distrikte Baubehörden zu bilden, deren Vorsitzender regelmäßig ein Jurist war. Im Forstbauwesen waren die Landbaubeamten mit den Vorständen der Forstämter zu einer großen Anzahl von Baubehörden zusammengekoppelt. Auch im Staatsbauwesen konnte allein die aus dem jeweiligen Vorstand der die Gebäude nutzniebenden Behörde und einem der beiden Staatsbau-Distrikthaber zusammengesetzte Baubehörde in allen Bauangelegenheiten wirksam sein, also bildete z. B. der Vorstand jedes Rostocker Universitätsinstitutes jedesmal mit dem Rostocker Baudirektor die Baubehörde oder der Landgerichtspräsident in Güstrow mit dem zuständigen Rostocker Baubeamten, der Seminardirektor in Lübbthen oder Neukloster mit dem zuständigen Schweriner Baubeamten, die 43 Amtsgerichtsvorstände des Landes mit den in ihrem Bezirk zuständigen Baubeamten die entsprechende Behörde. Durch diesen umständlichen Apparat hatten die Ministerialinstanzen mit einigen hundert Baubehörden zu tun, die in allem gemeinsam zu arbeiten und zu berichten hatten. Diese Zusammenkoppelung erstreckte sich sogar auf die Handhabung der Bauausführung, sowie des Verdingungs- und Abrechnungswesens und verursachte, da in den meisten Fällen die beiden Mitglieder der Baubehörde örtlich getrennt waren, ein außerordentliches Schreibwerk, eine nicht selten zu persönlichen Zwistigkeiten führende Abhängigkeit des Baubeamten von dem Verwaltungsbeamten in fast allen Fragen und eine zeitraubende Briefträgerarbeit. Nur bei Neubauten, besonders im „Staatsbauwesen“, war der Baubeamte etwas selbständiger.

Ohne auf die dauernden Hemmungen dieses auf das schroffste Juristenmonopol eingestellten Systemes weiter eingehen zu können, sei nur noch bemerkt, daß sich die Neuorganisation des mecklenburgischen Hochbauwesens nunmehr wie folgt aufbaut:

In der Lokalinstanz werden acht selbständige Hochbauämter geschaffen, welche für ihren geographischen Bezirk sowohl das Domonial wie auch das sogenannte „Staatsbauwesen“ einheitlich verwalten. Diese sind nun mit Technikern verschiedener Ausbildungsart besetzt und stehen unter technischer Leitung. Die Hunderte von Baubehörden des Landes werden aufgehoben. Etatswesen, Bauausführung und Abrechnungswesen gehören allein zu den Obliegenheiten der Hochbauämter und nur im Vorbereitungsstadium der Etataufstellung und der Neubauten erfolgt eine gemeinsame Bearbeitung und Berichterstattung mit den Vorständen der die Gebäude nutzenden Behörden. Diese Berichterstattung geht aber im Gegensatz zu früher nicht an das jeweilige Fachministerium, sondern an das Ministerium Abteilung für Hochbauwesen.

In Letzterem nun werden sämtliche Hochbau-Angelegenheiten der Fachministerien einheitlich bearbeitet und, soweit das hinsichtlich der Etataufstellung und der Vorbereitung von Neubauten nötig ist, findet die Mitwirkung der anderen Ministerien statt. Im Uebrigen ist das neue Ministerium völlig selbständig. Das Ministerium zählt außer dem technischen Ministerialdirektor und neben den vortragenden technischen Räten, die wie die Juristen die Amtsbezeichnung Ministerialräte erhalten, auch einen juristischen vortragenden Rat, sodaß es von den übrigen Fachministerien auch in juristischer Beziehung völlig unabhängig ist. Es sei noch bemerkt, daß der reiche Besitz an Staatsdomänen und Staatsforsten allein die Verwaltung von bald 300 großen Staats- und Klostersgütern und ebensoviel Forstgehöften umschließt, wozu die dauernden Bedürfnisse der Staatsbauverwaltung, insbesondere der Universität Rostock, der großen Landesanstalten, der Justizverwaltung, der Schulen, Seminare usw. und nach der Staatsumwälzung der gesamten Hofbauverwaltung, des Schlosses, Museums usw. kommen.

Dieser gewaltige Apparat muß nun aus den früheren unhaltbaren, in die wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse unserer Tage nicht mehr sich einfügenden Zuständen in eine neue Organisation übergeleitet werden, eine Herkules-Arbeit, wer die Beharrungszustände in den mecklenburgischen Landen kennt. Für sie erscheint uns Ehmig der rechte Mann am rechten Platz. — —H.—

Fortsetzung der Vorarbeiten für den Main—Werra—Weser-Kanal. Der „Werrakanalverein“ (Sitz Eisenach) hat am 9. Dezember 1919 in Cassel nach längerer Unterbrechung eine Hauptversammlung abgehalten und nach eingehender Besprechung einstimmig die folgende Entschliebung angenommen: „Die Friedensbedingungen bedrohen das deutsche Wirtschaftsleben mit völliger Lahmlegung. Seine Aufrechterhaltung ist eine Lebensbedingung des Reiches und muß daher mit allen Mitteln zu sichern versucht werden. Hierzu zählen in erster Linie die Erschließung aller Kraftquellen, der Ausbau der deutschen Wasserstraßen und deren Verbindung. Ueberzeugt von der weittragenden Bedeutung, die die Errichtung der geplanten Talsperren in den Stromgebieten der Weser, Werra, der Fulda und des Mains für die Versorgung weiter Gebiete mit elektrischer Kraft, für die Landeskultur und für die Schifffahrt besitzt, und durchdrungen von dem durch die veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nur noch erhöhten Wert einer Verbindung des süddeutschen mit dem norddeutschen Wasserstraßennetz durch die Main—Werra—Weser-Linie, beauftragt die Hauptversammlung des Werra-Kanalvereins den Vorstand, die zur Durchführung der Vereinspläne ergriffenen Maßnahmen tatkräftig fortzusetzen.“

Es handelt sich bei diesen Talsperren um solche im Tal der Itz, der Werra, der Schleuse, der Hasel, der Felda, der Ulster, der Schwalm und der Orke mit einem Gesamtfassungsraum von 580 Mill. cbm. — F. W.-W.

Reichshochbau-Normung. Die Einführung von Normen und Typen im Bauwesen hat sich als ein wesentliches Mittel zur Verbilligung des Wohnungsbaues erwiesen. Aber dadurch, daß sich zu viele Einzelkräfte, Vereine, Gesellschaften oder Behörden der Aufgabe annehmen, wird die Lösung nicht gefördert, sondern zersplittert. Auf Anregung des „Normenausschusses der Deutschen Industrie“ ist daher eine einheitliche Organisation gebildet worden, die unter dem Namen „Reichshochbau-Normung“ alle Bestrebungen und Arbeiten zur Normierung von Bauteilen und zur Typisierung von Wohngebäuden einheitlich zusammen fassen wird. In unmittelbarem Anschluß an die bereits bestehenden Normungsstellen der einzelnen Länder und Provinzen wird eine auf alle Bundesstaaten sich erstreckende Organisation geschaffen werden. —

Zum Wiederaufbau von Ypern. In Nr. 97 des vorigen Jahrganges, Seite 570 und 571, wurden Zweifel ausgesprochen, ob es empfehlenswert und durchführbar sein werde, die Stadt Ypern mit allen ihren Baudenkmalern, Wohnhäusern und Nebenbauten nach dem Roosenboomischen Vorschlag getreu im Vorkriegszustand wieder aufzubauen. Inzwischen hat in Brüssel eine Versammlung belgischer Architekten stattgefunden, um über diese Frage zu beraten. Das Ergebnis war nach der Tagespresse ein Beschluß, der Staatsregierung zu empfehlen: es möge der gesamte Wiederaufbau der Stadt in neuzeitlichen Formen nach Maßgabe der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Forderungen der Gegenwart angeordnet werden. Jedoch mit Ausnahme der Tuchhalle und der St. Martinskirche. Diese beiden großen Baudenkmale der Vorzeit sollen als Trümmerstätte erhalten bleiben, um zukünftigen Geschlechtern den erfolgreichen Widerstand gegen den fremden Eroberer dauernd zu verkünden. Man wird diesem Beschluß zustimmen können, ohne sich die Schwierigkeiten künstlerischer und technischer Art zu verhehlen, die auch mit einer solchen Ausführung verbunden sind. Es braucht nur an den innigen Zusammenhang erinnert zu werden, der zwischen Tuchhalle und Rathaus bestanden hat (vergl. die Abbildungen Jahrg. 1915, Seite 41 und 46). Indes wird eine erfahrene Künstlerhand recht wohl imstande sein, die unvermeidlichen Härten auszugleichen und selbst im modernen Gewand das Andenken an die alte Schönheit nicht ganz zu vermissen. — J. St.

Einspruch hessischer Künstler gegen die Verstümmelung öffentlicher Denkmäler. Der „Verband der bildenden Künstler in Hessen“ hat dem hessischen Minister-Präsidenten einen Einspruch mit folgendem Wortlaut überreicht:

„In Darmstadt wird zurzeit mit einem Kostenaufwand von mehreren tausend Mark das Hoheitszeichen verflossener Zeit aus dem Giebel des Hauptpostamtes entfernt. Diese Maßnahme erfolgt auf Grund einer Verfügung des Reichsministeriums, deren gleichmäßige Ausführung in ganz Deutschland zu befürchten ist. Durch die allgemeine Entfernung dieser Wappenzeichen entsteht also zunächst voraussichtlich ein Kostenaufwand von mehreren Millionen Mark, der unter den heutigen Verhältnissen als eine sinnlose Vergeudung von Nationalvermögen betrachtet werden muß. Ganz abgesehen von dieser unproduktiven Verschwendung, bedeutet diese Verstümmelung öffentlicher

Denkmäler und Gebäude im Einzelnen eine Fälschung historischer Wahrheit; sie muß als eine Barbarei bezeichnet werden, gegen die wir im Namen der deutschen Kultur und Kunst schärfsten Protest erheben. Das Wappen im Giebel des Hauptpostgebäudes ist kein beliebiges Firmenschild, sondern eine steinerne Urkunde, ein historisches Denkmal. Der Krieg gegen Denkmäler hat aber immer schon als kindisch und unreif gegolten. Gerade in dieser Zeit, die für Deutschland schwersten Verlust an künstlerischen und kulturellen Gütern brachte, kann eine solche Mißachtung ästhetischer und historischer Gesetze am wenigsten am Platz sein. Die Steinmetzarbeit am Hauptpostamt mag im einzelnen Fall kein besonderes Kunstwerk sein; die jetzige Verunstaltung des Giebels aber bedeutet unter allen Umständen eine Schändung und Entstellung des ganzen Gebäudes, und unser hessisches Denkmalschutzgesetz stellt ein derartiges Vergehen unter Strafe. Das Vorgehen der Postverwaltung kann nur dazu beitragen, die Achtung vor diesem Gesetz und die Ehrfurcht gegenüber allen öffentlichen Kunstwerken zu untergraben. Es sei daran erinnert, daß die Hoheitszeichen der geistlichen Stifte nach der Säkularisation (1806) erhalten blieben, ebenso wie die Wappenzeichen der früheren Standesherrn und Landesherren unberührt und unter Denkmalschutz gestellt sind. Der Versuch, die bei baulichen Umänderungen zu beseitigen, ist in vielen Fällen durch die Denkmalpfleger und durch die Kreisämter auf Grund des hessischen Denkmalschutzgesetzes verhindert worden. Hat dieses Landesgesetz für die Reichsbehörden keine Gültigkeit? Wir bitten die Regierung, dafür Sorge zu tragen, daß wenigstens für Hessen die Wiederholung derartigen Vorgehens unterbunden wird und daß die verfügbaren Mittel lieber zur positiven Förderung künstlerischer Arbeit verwendet werden.“

Ein etwas scharfes aber doch erfreuliches Wort gegen die Folgen der „Einheitsstaatmacherei“ und gegen die republikanischen Bilderstürmer! —

Das 50 jährige Bestehen der „Deutschen Töpfer- und Ziegler-Zeitung Ziegelwelt“, die unter der Redaktion des Architekten K. Dümmler in Berlin-Steglitz steht, konnte am 15. Januar 1920 begangen werden. Am 15. Jan. 1870 gelangte die erste Nummer unter der Redaktion von Albrecht Türschmiedt zur Ausgabe. Sie wollte allen denen dienen, „welche irdene Waren produzieren“. In dem „Deutschen Verein für Fabrikation von Ziegeln, Tonwaren, Kalk und Zement“, der damals bereits 5 Jahre bestand, ist die Herausgabe der Zeitschrift angeregt worden. Die Zeitschrift erschien anfangs zweimal im Monat, aber schon nach kurzer Zeit wöchentlich. Seit Oktober 1896 erscheint sie zweimal wöchentlich und wird seit April 1895 von Dümmler geleitet. —

Wettbewerbe.

Einen Wettbewerb zur Erlangung eines Abzeichens für die Frankfurter Messe erläßt das Frankfurter Messenamt mit Frist zum 27. Jan. 1920 für die in Frankfurt a. M. und Umgebung ansässigen Künstler. Ein Preis von 500 M. —

Einen Plakat-Wettbewerb für die Grenzspende erläßt der „Deutsche Schutzverband für die Grenz- und Auslands-Deutschen“ zum 31. Jan. 1920 bei Preisen von zus. 7000 M. Unterlagen durch den genannten Verein, Berlin NW. 52. —

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für württembergische Freimarken erläßt die württembergische Postverwaltung durch das Landesgewerbemuseum in Stuttgart mit Frist zum 6. Febr. 1920. Der Wettbewerb wendet sich an die in Württemberg tätigen oder aus Württemberg gebürtigen Künstler, die in der Wahl der Motive große Freiheit haben. Die Freimarken sollen Verwendung finden in dem Zeitraum bis zum Uebergang der württembergischen Post an das Reich. Zwei I. Preise von je 1000 M., drei II. Preise von je 700 M. und fünf III. Preise von je 400 M. Ein Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe für je 100 M. vorbehalten. —

Wettbewerb Wohn- und Geschäfts-Haus Neidenburg. Der I. Preis fiel an den Entwurf „Minnehaha“ eines noch nicht genannten Verfassers; der II. Preis an den Entwurf „Nach deutscher Art“ des Arch. W. Schädler in Königsberg i. Pr.; der III. Preis an den Entwurf „Aeußerste Ausnützung“ der Hrn. W. Schlipf und U. Klötzke in Darkehmen. Zum Ankauf wurden empfohlen Entwürfe der Architekten P. Engler in Gerdaun und R. Köhler in Prostken. Ausstellung der Entwürfe vom 29.—31. Jan. 1920 in Neidenburg. —

In einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Durchführung der Fischer-Straße in Düsseldorf, veranstaltet unter Düsseldorfer Architekten, waren 82 Arbeiten eingelaufen. Zwei I. Preise fielen an die Entwürfe „Breite Fenster“ der Hrn. Prof. Fritz Becker mit K. Petersdorf; sowie „Niederrhein“ der Hrn. Hans

Schäfer und Wilh. Schultz. Einen II. Preis gewann der Entwurf „Straßenbild und Stadtverkehr“ des Hrn. Wilh. Dyck. Außerdem sind nach dem Vorschlag des Preisgerichtes 10 Entwürfe angekauft worden. —

In einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für Düsseldorfer Stadtgeld waren 62 Arbeiten eingelaufen. Den I. Preis von 400 M. und einen II. Preis von 400 M. gewannen die Entwürfe „Cheops“ und „Krieg und Friede“ der Architekten Tietmann & Haake in Düsseldorf. Den zweiten II. Preis von 400 M. errang der Entwurf „Dreirad“ des Arch. Willy Dyck-dasselbst. Die beiden III. Preise von je 250 M. erhielten die Entwürfe „Wappen“ von K. Depmeyer und „Triton“ von L. Schmalhorst in Düsseldorf. Der mit dem I. Preis gekrönte Entwurf wurde zur Ausführung vorgeschlagen. —

Preisgerichte aus den Verfassern der Wettbewerbs-Entwürfe. Die Stadt Krefeld hat kürzlich auf Vorschlag des Stadtbaurates Bollert einen Architektur-Wettbewerb dadurch zur Entscheidung gebracht, daß die eingegangenen Entwürfe nicht durch besonders ernannte Preisrichter beurteilt wurden, sondern durch die Verfasser der Entwürfe selbst. Jeder, der einen Entwurf abgeliefert hatte, durfte stimmberechtigt an der Beurteilung und Preiszusprechung teilnehmen. Das Verfahren hat sich gut bewährt. Die Beurteilung war äußerst sachlich und eingehend und führte in verhältnismäßig kurzer Zeit, trotz der großen Anzahl der Preisrichter, zu fast einstimmigem Urteil. —

Schweizerische Beihilfe zu Wiener Wettbewerben. Die „N. Fr. Pr.“ teilt mit: „Auf Anregung des in Wien ansässigen Schweizer Architekten Dr. Armand Weiser hat die Schweizer-Architektenschaft zur Linderung der geistigen und materiellen Not der Wiener Baukünstler den Betrag von 100000 K. zur Ausschreibung von Wettbewerben gemeinnütziger Natur dem Präsidenten der „Zentralvereinigung der Architekten Oesterreichs“, Baurat Prof. Theiß, zur Verfügung gestellt. Diese von warmfühlendem, kollegialem Geist getragene Unternehmung, welche seit dem Krieg die erste greifbare und tatsächliche Hilfe für den hart getroffenen Stand der freischaffenden Architekten bedeutet, ist eine kräftige moralische Unterstützung, welche die Wiener Baukünstlerschaft dankbar würdigt.“ —

Chronik.

Neuer schweizerischer Güterbahnhof bei Basel. Die zunehmende Bedeutung der rheinischen Nord-Süd-Linie für den internationalen Weltverkehr veranlaßt die schweizerische Regierung, die Bundesbahnen durch die Anlage eines neuen großen Güterbahnhofes bei Basel, der in enger Verbindung steht mit dem geplanten Rheinhafen der Bundesbahnen bei Biesfelden, auszugestalten. Die Kosten der neuen Anlagen sind auf 87 Mill. Franken veranschlagt. Die voraussichtliche starke Zunahme des Güterverkehrs erfordert zugleich eine Erweiterung der Anlagen für die An- und die Abfuhr. So soll die Verbindungsbahn nach dem Badischen Bahnhof durch ein zweites Gleis erweitert werden. —

Eine neue Siedelungsanlage bei Weinheim an der Bergstraße, etwa 8 km von der Stadt entfernt, gegen Vierheim an der Landstraße Weinheim—Mannheim gelegen, soll als Gartendorf etwa 200 Doppelhäuser umfassen. Die Entwürfe stammen von Hrn. Arch. Schulz in Weinheim. —

Entdeckung mittelalterlicher Fresken in der Danziger Marienkirche. Bei Besichtigung der Vorbereitung einiger Bauarbeiten in der Danziger Marienkirche fielen in der Vorhalle des Erdgeschosses des großen Turmes dem Stadtbauinspektor Dr. Fischer Spuren alter Bemalung auf. Bei genauerer Untersuchung stellte sich heraus, daß es sich um mittelalterliche figürliche Darstellungen von außerordentlicher Schönheit handelt. Es ist beabsichtigt, diese Fresken von der darüber liegenden Kalkschicht zu befreien. —

Eine Kleinsiedelung Riederwald bei Frankfurt a. M. gelangt nach den preisgekrönten Entwürfen der Architekten Georg und Karl Schmidt in Frankfurt a. M. zur Ausführung. Das umfangreiche Gelände für die neue Wohnkolonie liegt östlich der bisherigen Riederwald-Kolonie. Für die gärtnerische Gestaltung der Straßenzüge und Plätze ist die Mitwirkung der Stadtgärtnerei von Frankfurt in Aussicht genommen. —

Ein großes Volkstheater in Kristiania soll mit einem Aufwand von 5—6 Mill. Kronen mit einer Fassungskraft von 14000 Zuschauern errichtet werden. Wenn schon die Meldung an sich zutreffen dürfte, dann darf man immerhin die außerordentliche, beinahe an altrömische Verhältnisse erinnernde Höhe der Zahl der Zuschauer bezweifeln. —

Für die Anlage eines Freihafens in Flensburg, der der Stadt Ersatz bieten soll für das in Nord-Schleswig voraussichtlich verlorene Absatzgebiet, sind nach Mitteilungen der Tagespresse vom Reich und preuß. Staat 11 Mill. M. als verlorener Zuschuß bewilligt, während die Stadtgemeinde selbst 1 Mill. M. aufgebracht hat. —

Inhalt: Die Grundlagen des modernen Großhandelshauses. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. — Aus dem Vereinsleben. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenek Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

* DEUTSCHE BAUZEITUNG *

Preußische Akademie des Bauwesens. In der Versammlung der Akademie vom 5. Januar 1920 wurde unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Geheimrat Professor Franz Schwechten, Ministerial- und Oberbaudirektor Dr.-Ing. h. c. Sympher in Berlin zum Präsidenten wieder- und zum Dirigenten der Ingenieur-Abteilung neu gewählt. Die Wahl zum Dirigenten der Hochbau-Abteilung fiel erneut auf Geh. Oberbaurat Dr.-Ing. h. c. Jos. Stübben in Grunewald.

Zu Stellvertretern wurden gewählt: Ministerial- und Oberbaudirektor Uber für den Präsidenten, Geh. Oberbaurat Fürstena u für den Dirigenten der Hochbau-, und Ministerialdirektor a. D. Exzellenz Wiesner für den Dirigenten der Ingenieur-Abteilung. Die Wahlen des Präsidenten und der Abteilungsdirigenten bedürfen der Bestätigung durch die Preußische Staatsregierung.

Nach den Wahlen hielt Geh. Baurat Paul Wittig einen bedeutsamen Vortrag über die Führung der Hoch- und Untergrundbahnen durch die inneren und äußeren Stadtteile Groß-Berlins, insbesondere über die Durchbrechung von Baublöcken und Unterfahrung von Gebäuden in konstruktiver und architektonischer Beziehung. —

Bund Deutscher Baumeister. Die alte Ortsgruppe Köln des „Bundes Deutscher Architekten E. V.“ hat auf einstimmigen Beschluß einer stark besuchten Hauptversammlung unter Anwesenheit zahlreicher Mitglieder anderer Ortsgruppen ihren Austritt aus dem neuen BDA. erklärt und ihren Namen in „Bund Deutscher Baumeister“ geändert. Außer allgemeinen Gründen organisatorischer und finanzieller Natur hatte die kritiklose und teilweise massenhafte Uebernahme von Architekten in den neuen BDA. allmählich zu Mißständen geführt, die der Ortsgruppe Köln zur Wahrung ihres Ansehens, ihrer Handlungsfreiheit und ihrer dringendsten wirtschaftlichen Interessen keine andere Möglichkeit mehr ließ, als sich vom BDA. zu trennen. So bedauerlich das vom Standpunkt der kaum errungenen Einigkeit aus erscheint,

AUS DEM VEREINSLEBEN

so ist doch zu bedenken, daß die Einigkeit eines Standes wie des unserigen da u e r n d nur aufrecht erhalten werden kann, wenn eine nicht zu tief liegende „untere“ Grenze für die Zugehörigkeit zur Standes-Organisation streng eingehalten wird. Zu diesem Zweck müssen aber die über dieser Stehenden auch die Entscheidung in der Organisation haben. Unser Stand kann eben doch seine geistige Macht nicht durch die Masse ersetzen oder stärken. Noch weniger kann er mit noch so großen Geldmitteln, selbst wenn sie bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit der Mitglieder gehen, die Ziele erreichen, die die Besten des Standes für erstrebenswert halten.

Zahlreiche Mitglieder der übrigen Rheinischen Ortsgruppen haben sich dem Vorgehen der alten Ortsgruppe Köln angeschlossen. Der Landesbezirk „Rheinland — links“ des BDA. besteht somit im Wesentlichen aus der im verflochtenen Sommer in Köln gegründeten „Union Rheinischer Architekten“. Der „Bund Deutscher Baumeister“ verfolgt keine politischen und geschäftlichen Ziele, sondern lediglich geistige und wirtschaftliche Standesziele. Er kann daher eingetragener Verein bleiben. Mitglieder können nur deutsche selbständige Architekten werden, die die für den neuen BDA. angenommenen Aufnahmebedingungen erfüllen. Den Vorstand und Beirat bilden z. Zt. die Herren: Reg.-Baumeister a. D. Eugen Fabricius (Vorsitzender), Erz-Diözesanbaumeister Heinr. Renard (Stellv. Vorsitzender und Schriftführer), Louis Schreiber, Prof. Hermann Stiller, Emil Schreiterer, Baurat Carl Moritz, Otto Müller-Jena und Emil Mewes. Die Geschäftsstelle befindet sich in Köln, Ubierring 53. —

Die Ortsgruppe Karlsruhe des „Bundes deutscher Architekten“ hatte auf den 20. Dez. 1919 zu einer stark besuchten Versammlung geladen, in welcher der Vorsitzende das Ergebnis der auf Veranlassung der Ortsgruppe von der Stadt ausgeschriebenen Wettbewerbe verkündete. Darauf berichtete der Vorstand des Landesbezirkes, Hr. D e i n e s, über die Gründung des neuen BDA. in Hildesheim, über die neuen Satzungen und hauptsächlich über die Einrichtung von Architektenkammern. Er verbreitete sich weiterhin über die Maßnahmen, die von der Verbandsleitung ergriffen wurden und werden, um dem durch den Krieg wie durch die jetzigen Verhältnisse aufs schärfste in Mitleidenschaft gezogenen Stand der Privatarchitekten die seiner Bedeutung entsprechende Stellung im wirtschaftlichen und sozialen Leben zu verschaffen.

Dann sprach Hr. Arch. Leonhardt aus Mannheim über das Kampfmeyersche Heimstättenengesetz. Er bezeichnete den Entwurf als eine Tat, als einen Versuch, aus dem Wohnungselend herauszukommen. Der Weg selbst und die Mittel, durch die unsere doch so notwendige Neubau-Tätigkeit wieder eingeleitet und begründet werden soll, müssen von den Fachleuten als in der praktischen Durchführung äußerst gewagt bekämpft werden. Redner wies unter Anderem auch auf den Gegensatz zwischen den bodenreformistischen Ideen und Kampfmeyers Entwurf hin. Während erstere suchen, dem Volk ein Eigentum, eine Heimstätte zu geben, will letzterer sie ihnen nehmen. Gerade der Sinn für den eigenen Herd, der tief im Volk wurzelt, und der vor allem auch ethischen Wert hat, muß diesem erhalten bleiben. Deshalb müsse das Gesetz in der Art, wie es vorgeschlagen, abgelehnt werden. Die Ausführungen fanden in der Versammlung überzeugte Zustimmung.

Hr. D e i n e s gab dann noch vertraulich einen interessanten Bericht über die brennende Frage des Wiederaufbaues in Frankreich. Die Besprechung mehrerer Fragen, die die Gemüter der Architekten heute bewegen, mußte der vorgeschrittenen Zeit wegen für die nächste Sitzung verschoben werden. —

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg. Vers. am 22. Nov. 1918. Vors.: Hr. R a m b a t z; anwes.: 44 Pers. Nach geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden erhielt Hr. Dr.-Ing. Gleim das Wort zu einem Nachruf auf den verstorbenen Baurat a. D. Gallois. Der Heimgegangene, beginnt dieser, war nicht nur eines der ältesten, sondern auch der treuesten Mitglieder des Vereins. Seine ganze Liebe galt seiner Vaterstadt Hamburg, die er denn auch, abgesehen von der Studienzeit in Karlsruhe, nie auf längere Zeit verlassen hat. Er arbeitete zunächst auf dem Bureau des Bezirks-Ingenieurs Westphalen, war sodann seit 1868 unter Lohse beim Bau der Harburg-Hamburger Eisenbahn tätig und fand nach der Eröffnung der Bahn im Jahre 1872 eine neue Tätigkeit bei den Hamburger Gaswerken, welche damals aus dem Besitz einer englischen Gesellschaft in den des hamburgischen Staates übergingen, und deren bauliche Entwicklung er bis zum Ausscheiden aus seiner Berufstätigkeit vor wenigen Jahren geleitet hat.

Er war ein tüchtiger Praktiker, wenn auch kein tiefgründiger Theoretiker. Er besaß besonders ausgedehnte Kenntnisse in allen Teilen der mechanischen und chemischen Technologie, ferner ein staunenswertes Zahlengedächtnis. Der für Geselligkeit wenig empfängliche Mann las außerordentlich viel. Im Verein hat er, hauptsächlich im Bibliothek-Ausschuß, bis zu seinem Tod eifrig mitgewirkt. Seiner Anhänglichkeit an den Verein hat er durch ein ansehnliches Vermächtnis Ausdruck gegeben.

Zu Ehren des Verstorbenen hatten sich die Anwesenden erhoben.

Es sprach nun Hr. Baritsch unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder über: „Lüttich und Umgebung unter deutscher Verwaltung.“ Redner erwähnte kurz seine Erlebnisse seit seiner Einberufung Anfang 1916, während welcher Zeit er hauptsächlich bei dem Bau der Kriegsbahn Aachen—Tongern tätig war, und legte dann die Wirksamkeit der militärischen und Zivilverwaltung in Belgien, insbesondere im Bezirk Lüttich, dar. Er gab anschauliche Schilderungen mannigfaltiger Punkte des Maas-tales und der weiteren Umgebung von Lüttich, insbesondere von Orten, deren Namen aus der ersten Zeit des Krieges wohlbekannt sind, und von den damals bewirkten Zerstörungen. Auch führte er einige Kunstbauten der erwähnten Kriegsbahn vor, deren ausführliche Besprechung von anderer Seite er auf später in Aussicht stellt. Herzliche Dankesworte begleiten den fesselnden Vortrag. —

Vers. am 29. November 1918. Vors.: Hr. R a m b a t z. Anw.: 58 Pers.

Der Vorsitzende teilt mit, daß Hr. Himmelheber am 23. Nov. 1918 70 Jahre alt geworden sei und daß der Vorstand ihm, der an den Arbeiten des Vereins so überaus tätigen Anteil nehme, die von einer Blumenspende begleiteten Glückwünsche des Vereins zum Ausdruck gebracht habe. Hr. Himmelheber spricht für die ihm erwiesene Aufmerksamkeit in herzlichen Worten seinen Dank aus.

Mit dankbarem Empfinden für den gütigen Erblasser wird die weitere Mitteilung entgegen genommen, daß die Eröffnung des Testamentes des jüngst verstorbenen Mitgliedes Gallois die Aussicht auf ein sofortiges Vermächtnis von 20 000 M. für Zwecke des Unterstützungs- und des Schirlitzfonds, sowie auf ein nach dem Ableben einer Zinsnießerin fällig werdendes Vermächtnis von etwa 30 000 M. mit der Einschränkung, daß es nicht zu Vergütungszwecken verwendet werden dürfe, ergeben habe.

Darauf sprach Hr. Dr.-Ing. B u b e n d e y, durch Pläne und Lichtbilder unterstützt, über: „Der Reichswasserstraßenplan des Oberbaudirektor Rehder.“ Redner geht aus von der Bedeutung der Massengüter-Beförderung auf dem Wasserweg, deren Kosten bei großen Entfernungen sich weit billiger stellen, als die Beförderung mit der Eisenbahn. Für Seehäfen sei es deshalb auch äußerst bedeutungsvoll, daß sie sich auf leistungsfähige Binnenwasserstraßen stützen, wie das Antwerpen und noch mehr Rotterdam mit dem den Weg bis zur Donau weisenden Fluß- und Kanalnetz erkennen ließen. In weiser Voraussicht müßten auch Hamburg und Bremen gleiche Stärkung suchen.

Das große von Rehder in einer umfangreichen Denkschrift bearbeitete Netz von Reichswasserstraßen und die von ihm darin an Binnenschiffahrtsstraßen gestellten Grundforderungen, kürzester Weg zu und von den Seehäfen, Nutzbarmachung der natürlichen Wasserstraßen durch unmittelbare Ueberleitung der Kanäle in die offene Flußschiffahrt unter Schaffung parallel zu den Flüssen laufender Kanalstrecken zur Behebung der Nachteile niedriger Wasserstände, Reichsbeihilfen für Kanalbau und -betrieb werden erläutert und kritisch beleuchtet. Die heute erforderliche Einschränkung auf das Notwendigste gebiete vorerst nur die Aufschließung der bedeutsamsten Industriegegenden Deutschlands und ihre Verbindung sowohl unter einander wie auch mit den Seehäfen, aber der sonst unerschwinglichen Kosten wegen müsse die Schiffbarmachung der natürlichen Wasserstraßen und damit ihre Einschließung in das Kanalnetz gefordert werden. In Zahlentafeln werden die Wasserweglängen, die Baukosten der Kanäle, die Fluß- und Kanalabgaben sowie die Frachtkosten übersichtlich vorgeführt, worauf der Vortragende sich den Kanalplänen zuwendet, die besonders für Hamburg von wirtschaftlicher Bedeutung sind. In Frage komme hier die Nordlinie des Mittellandkanales von Hannover über Magdeburg zum Ihle-Kanal mit den Anschlußkanälen nach Peine, Braunschweig und Hildesheim und der zu diesem Mittellandkanal von Winsen an der Elbe führende Nord-Südkanal, der Kanal von Magdeburg über Halle nach Leipzig mit dem Seitenkanal nach Westeregeln und Halberstadt, wie auch als Ausgleichsmaßregel zugunsten von Bremen der Kanal zur Verbindung der Aller bei Celle mit dem Mittellandkanal bei Ohoff. Mit dem Nord-Südkanal

in Wettbewerb trete für Hamburg eine Wasserweg-Verbindung mit dem rheinischen Kohlengebiet durch einen Kanal zwischen Stade an der Elbe und Vegesack-Bremen an der Weser; sowohl die Baukosten als auch die Frachtkosten würden hier niedriger sein als beim Nord-Südkanal.

Nachdem Redner sich dann noch über die Frage des Reichsbeitrages zu den Bau-, Unterhaltungs- und Betriebskosten von Kanälen unter Hinweis auf z. B. in Frankreich gewährte laufende Jahreszuschüsse ausgelassen hatte, geht er näher auf die mit geringem Wasserverbrauch verbundenen Schiffshebwerke ein, wie sie auf manchen Kanallinien zum Ausgleich größerer Haltungs-Unterschiede geplant seien. Im Lichtbild werden nun eine Reihe neuerer Entwürfe von Hebewerken vorgeführt und es wird daran gezeigt, daß Kanalbauten, die viele Hebewerke benötigen, bis zur Sammlung weiterer Erfahrungen über die Bewährung derartiger kostspieliger Werke besser zurückgestellt würden.

Der Vortragende schließt unter lebhaftem Beifall der Anwesenden seine Ausführungen mit dem Bemerkung, daß die Arbeit Rehders dankenswert und nicht vergebens gewesen, eine weise Beschränkung in der Ausführung der von ihm angeregten Kanallinien aber geboten sei.

Eine Anfrage des Hrn. Speckbötel, ob nicht der Frost ein beachtenswerter Feind der Kanäle und Ursache für den teuren Güterumschlag vom Schiff auf die Eisenbahn sein könne, wird vom Redner bejaht mit dem Bemerkung, daß eine planmäßige Verteilung des Güterverkehrs auf die frostfreie Jahreszeit erfolgen müsse und dann immer noch der Wasserweg billiger sei als der Schienenweg. —

Vers. am 6. Dez. 1918. Vors.: Hr. Rambatz; anwes.: 38 Pers.

Nach kurzen Mitteilungen des Vorsitzenden spricht Hr. Löwengard unter dem Beifall der Versammlung über: „Die Abgeordneten-Versammlung des „Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ in Kassel 1918“, über die wir schon berichtet haben. Redner verbindet damit unter Vorführung von Lichtbildern eine anziehende bauliche Charakteristik der Stadt Kassel. —

Vers. am 13. Dezember 1918. Vors. Hr. Rambatz; anwesend: 53 Pers.

Es fanden zunächst Vorstandswahlen und Wahlen in die Vereinsämter statt. Es werden einstimmig durch Zuruf wieder oder neu gewählt: In den Vorstand: H. Himmelheber, stell. Vors.; R. Kofahl, Rechnungsführer; A. Ihm, Geschäftsführer; O. Drubba, Schriftführer.

In den Bibliotheks-Ausschuß: O. Höch, S. v. Gaisberg, H. Himmelheber, Dr.-Ing. Mattersdorff, Dr.-Ing. Ruppel, G. Zinnow.

In den Vortrags-Ausschuß: G. Blohm, M. Bürstebinder, Dr.-Ing. R. Caesar, J. Faulwasser, Dr.-Ing. C. O. Gleim, G. H. Grell, A. Joseph, A. Löwengard, B. Ohrt, O. Schertel, H. Schüler, Dr.-Ing. F. Schumacher, W. Steinbach, E. Unger-Nyborg.

Geselligkeits-Ausschuß: H. Schomburgk, G. Blohm, R. Ehrenzeller, H. Wagenführ.

Wettbewerbs-Ausschuß: A. Löwengard, Dr.-Ing. F. Ruppel, Dr.-Ing. C. O. Gleim.

Rechnungsprüfer: C. Merckel.

Es sind Verbands-Abgeordnete für 1919: J. G. Rambatz, H. Himmelheber, A. Löwengard.

Warme Worte des Dankes widmet der Vorsitzende dem aus Gesundheitsrücksichten von seinem Vorstandsamt zurücktretenden Hrn. Dr. C. O. Gleim. Darauf übergibt Hr. Rambatz den Vorsitz an Hrn. Zinnow, um selbst das Wort zu anregenden Ausführungen über die gegenwärtigen Ereignisse in unserem Vaterland zu nehmen. Die Anregung zu diesem Schritt kam dem Vortragenden aus der Mitte der Vereinsmitglieder und gelegentlich der Vorarbeiten zur Bildung eines Rates geistiger Arbeiter. Der Wandel, den wir durchlebt haben, ist so gewaltig, daß kleine Bedenken gegen eine Bestrebung, die doch nur hinielt auf eine Erörterung der Notlage unseres Vaterlandes und auf eine Prüfung der vom Techniker einzuschlagenden Wege zum Wiederaufbau Deutschlands, zurückgestellt werden müssen. In großen Zügen kennzeichnet Hr. Rambatz die außenpolitische, die innerpolitische und die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Um die augenblickliche Trostlosigkeit für die Zukunft zu bessern, wird es für den Techniker die vornehmste Aufgabe sein, eine Exportindustrie, die aber nur eine Qualitätsindustrie sein darf, aufzurichten. Die Erfüllung dieser und weiterer dringender Aufgaben macht es notwendig, daß der Techniker unmittelbaren Einfluß auf das öffentliche Leben gewinnt und sein auch im Krieg anerkanntes Schaffen von unzeitgemäßen Hemmungen befreit. Der Techniker muß heute sein Schicksal selbst in die Hand nehmen, muß in politischen Organisationen aller Art mit seinem Wissen und

seinen Erfahrungen wirken und das Vertrauen der Allgemeinheit wie den notwendigen Einfluß für künftiges technisches Schaffen sichern.

Hr. Rambatz faßt seine mit größter Spannung aufgenommenen Ausführungen zu einer kurzen Entschließung zusammen. Durch die mannigfachen Gedanken angeregt, entspinnt sich eine lebhaft Aussprache, in der die Hrn. Leo, Stein, Speckbötel, Müller, Distel, Blohm und Himmelheber das Wort nehmen.

Die Entschließung hat folgende vom Vorstand festgestellte Fassung:

In der Erwägung,

1. daß mit einer Heranziehung immer weiterer Volkskreise zu den Aufgaben des öffentlichen Lebens als mit einer für absehbare Zeit unabänderlichen Tatsache gerechnet werden muß, und daß, wenn diese Entwicklung nicht zu einer Vorherrschaft der großen Masse führen soll, die gebildeten und besitzenden Klassen aus ihrer bisherigen Zurückhaltung heraustreten müssen, um mit ihren Kenntnissen, ihren Erfahrungen und ihrem weiteren Blick die Entschließungen der Massen zu leiten,

2. daß die erste Voraussetzung für die Möglichkeit der Wiederaufnahme einer fruchtbringenden Tätigkeit für alle Stände, besonders auch für die Techniker, in der schleunigsten Aufrichtung einer geordneten, auf das Vertrauen der Mehrheit des deutschen Volkes gestützten, und zu Verhandlungen mit dem feindlichen und neutralen Auslande befähigten und von diesem als verhandlungsfähig anerkannten Regierung besteht,

3. daß bei der nach Sachlage im Verhältnis zu den vorhandenen Bodenschätzen allzu dichten Besiedelung Deutschlands der Unterhalt des Bevölkerungsüberschusses in der Hauptsache nur mittels Herstellung und Ausfuhr technisch und künstlerisch hochwertiger Erzeugnisse des heimischen Gewerbefleißes beschafft werden kann, zu deren Erfindung und Anfertigung die Techniker in erster Reihe berufen sind,

4. daß die Vertreter der Technik, um diese Aufgabe erfüllen zu können, alles daran setzen müssen, nicht nur zu ihrem Nutzen, sondern zum Wohle des ganzen Volkes eine der heutigen Bedeutung der Technik entsprechende Wertschätzung in allen Volkskreisen zu erringen, erwartet der Architekten- und Ingenieur-Verein, ohne im Uebrigen die Stellung des Einzelnen zu der gegenwärtigen Umwälzung beeinflussen zu wollen, von seinen Mitgliedern

a) rege Beteiligung am öffentlichen Leben zur Nutzbarmachung ihrer Kenntnisse und Erfahrungen für die Allgemeinheit,

b) tatkräftiges Eintreten für alle auf die baldige Aufrichtung einer allgemein anerkannten Regierung gerichteten Bestrebungen,

c) planmäßige Mitwirkung an allen dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens dienenden Aufgaben unter Hervorhebung der vom Standpunkte des Technikers maßgebenden Gesichtspunkte,

d) eingehende Beschäftigung auch mit den bei der Vorbereitung, Lösung und Durchführung technischer Aufgaben in Betracht kommenden kaufmännischen, volkswirtschaftlichen und rechtskundlichen Erfordernissen.

Die inhaltreichen Ausführungen fanden den wärmsten Beifall der großen Versammlung. —

Tagung des Verbandes leitender Gemeinde-Baubeamten am 28. Nov. 1919 in Elberfeld. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden, Stadtbaumeister Schmidt, Wermelskirchen, geleitet. Die Punkte der Tagesordnung: 1. Baukostenzuschüsse für Klein- und Notwohnungen; 2. Beschaffung von Baustoffen für Klein- und Notwohnungen durch die Gemeinden und 3. Wucher- und Schiebertum im Baustoffhandel wurden auf Vorschlag des Vorsitzenden zusammen verhandelt.

Gemeinde-Baumeister Quebe, Rodenkirchen, empfahl, folgende Entschließung an den Herrn Wohlfahrtsminister telegraphisch abzusenden:

„Die heute in Elberfeld versammelten leitenden Gemeindebaubeamten von Rheinland und Westfalen bitten dringend um umgehende Klärung der Frage der Erhöhung bewilligter Baukostenüberteurungs-Zuschüsse, da ohne Zuschauerhöhung Zusammenbruch des Kleinwohnungsbaues unvermeidlich.“

Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Dr.-Ing. Hecker, Düsseldorf, hält es für dringend geboten, daß Maßnahmen ergriffen werden, die den Verkauf von Häusern an Ausländer verhindern. Er betont, daß gerade in dem besetzten und anschließenden Gebiet sich die Verkäufe von Wohnhäusern an Ausländer in erschreckender Weise vermehren. Bezüglich Verhinderung von Grundstückverkäufen sind bereits Anordnungen erlassen. Er hält im Interesse des Reiches geeignete Maßnahmen auch gegen den Hausverkauf für geboten und empfiehlt die

Absendung folgender Entschließung an den Justiz-Minister:
„Rationierung der Wohnungen und Vermietungsbeschränkungen veranlassen westdeutsche Hausbesitzer zum Hausverkauf an fremdländische Agenten infolge schlechten Valutastandes zu Spottpreisen. Man scheint auch durch das Mittel der Hypothekenkündigung den deutschen Hausbesitzer gefügig machen zu wollen. Grundbuchsperre bei Verkäufen an Ausländer und entsprechende Instruktion an Notare erbittet dringend der Verband leitender Gemeindebaubeamte bei Gelegenheit seiner Tagung in Elberfeld am 28. Nov. 1919.“

Hierzu erteilt die Versammlung ihre Zustimmung. Regierungs-Baumeister K a c h e l hält zur Klärung wichtiger Fragen über Baustoffbeschaffung für Kleinwohnungen, Bekämpfung des Schleichhandels mit Baustoffen, Beschlagnahme von Baustoffen und Holzbeständen und zur Verhinderung der Ausführung von Baustoffen ins Ausland eine gemeinsame Besprechung der westlichen Regierungen mit den interessierten Kreisen für notwendig und erklärt, daß die Regierung Düsseldorf auf Antrag des Verbandes das Erforderliche bezgl. der Einladungen veranlassen würde. Es wurde dann folgende Entschließung an das Wohlfahrts-Ministerium in Vorschlag gebracht:

„Baumaterialausfuhr aus Westdeutschland von derartigem Umfang, daß dringendster Wohnungsbau unmöglich. Niedriger Valutastand führt zu verheerender Schädigung des deutschen Volksvermögens. Der Verband leitender Gemeindebaubeamten Rheinlands und Westfalens bittet bei Gelegenheit seiner Tagung in Elberfeld am 28. Nov. 1919 um sofortige Grenzsperrung für Baumaterial.“

Beigeordneter Fritzen dankt darauf dem Vertreter der Regierung für seine Ausführungen und hält auch die vorgeschlagene Besprechung für dringend notwendig. Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

Dr.-Ing. Hecker hält das System der Baukostenzuschüsse für verfehlt. Er meint, daß Millionen in den Wohnungsbau gesteckt werden, der Staat aber nicht wisse, wo sie bleiben. Zweckmäßig sorgten der Staat, die Kommunen und die Industrie für Beamte, Angestellte und Arbeiter selbst, denn es sei gleichgültig, wer baue, die Hauptsache sei, daß Wohnungen geschaffen werden. Der Staat müsse sich zur Tragung der Kosten bereit erklären, aber die Bauten durch Baugenossenschaften ausführen lassen.

Hierauf glaubt der Vorsitzende die Punkte 1, 2 und 6 der Tagesordnung ausreichend geklärt und geht zu Punkt 4: Abrechnung von Notstandsarbeiten über. Er erläutert hierbei, daß der vom Minister festgesetzte Fertigstellungstermin 31. Dez. 1919 unbedingt verlängert werden müsse. Die Versammlung beschließt folgende Eingabe:

Handelministerium (Demobilisierung), Berlin.

„Die heute in Elberfeld versammelten leitenden Gemeindebaubeamten von Rheinland und Westfalen bitten dringend, den Termin zur Fertigstellung von Notstandsarbeiten angemessen zu verlängern und auch zu genehmigen, daß mit Rücksicht auf ungeheuer steigende Arbeitslöhne und Baustoffpreise Abrechnung nach wirklich entstandenen Kosten gestattet. Schwere wirtschaftliche Schäden durch Eintritt von Erwerbslosigkeit sonst unvermeidlich.“

Gemeinde-Baumeister Niemeyer-Haas bringt beachtenswerte Ausführungen über die Lehmbauweisen. Er gibt die Ursachen bekannt, die zum Einsturz des in Werden und in Haas in Ausführung begriffenen Neubaus geführt haben.

Eingehend wurde in der Versammlung die Stellung der leitenden Gemeindebaubeamten in der Gemeindeverwaltung besprochen. Hierbei wurde besonders hervorgehoben, daß die Baubeamten nicht wie bisher nur Objekte sein wollen, sondern auch als gleichberechtigte Beamte in Staat und Gemeinde anerkannt werden. Durch die Mannigfaltigkeit der Aufgaben, die der leitende Baubeamte in der Gemeinde zu lösen hat, ist dieser Stand gewiß einer von denen, der die höchste Befriedigung einem schaffenden Manne gewähren kann. Befriedigung kann der Baubeamte nur finden, wenn völlige Selbständigkeit gewährt wird. Die Versammlung ermächtigt den Vorstand des Verbandes, bei sämtlichen Gemeinden vorstellig zu werden, daß die leitenden Baubeamten zum stimmberechtigten technischen Beigeordneten mit gleichen Befugnissen wie Bürgermeister, Amtmänner und sonstige Beigeordnete und zwar sobald die Anstellung auf Lebenszeit erfolgt oder die Probienzeit abgelaufen ist, ernannt werden. Außerdem wird noch gewünscht, daß der Verband bei den Gemeinden auf eine angemessene Besoldung der leitenden Baubeamten hinwirke.

„Verein Deutsche Rheinmündung“. Der Verein hielt gegen Schluß des Jahres 1919 unter Vorsitz des Hrn. Wirkl. Geh. Rates Fritsch in Berlin seine Hauptversammlung ab. Neu gewählt wurden in den Vorstand die Hrn. Dir. Kowalsky von der Emdener Verkehrsgesell-

schaft, für den verstorbenen zweiten stellvertretenden Vorsitzenden, Geh. Kom.-Rat Menck in Altona; Dir. Huldemann von der Hamburg-Amerika-Linie in Hamburg, an Stelle des in den Ruhestand getretenen Dir. Dr. Ecker, von der gleichen Gesellschaft, als Schatzmeister; Syndikus Dr. jur. et phil. C o p p i u s in Berlin, an Stelle des gefallenen Grafen Königsmark, als Schriftführer. Im Lauf der Verhandlungen kam zum Ausdruck, daß die Anhängerschaft des Kanalplanes Wesel — Emden nicht nur während der Kriegszeit, sondern vornehmlich auch in der Gegenwart angesichts der Verkehrsschwierigkeiten und der Kohlennot sich außerordentlich vermehrt habe. Besonders aber macht sich diese alte Forderung jetzt in den industriellen Kreisen Rheinlands und Westfalens geltend. —

Verband württembergischer Industrieller. Der Verband hielt Mitte Dezember 1919 in Stuttgart eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Im Anschluß an dieselbe hielt Stadtbauinsp. Ehlgötz von Mannheim einen Vortrag über „Der Rhein—Neckar—Donau-Kanal und seine wirtschaftliche Bedeutung unter den heutigen Verhältnissen“. Der Vortrag, dem als Vertreter der Regierung Präsident v. Leibbrand und als Vertreter der Stadt Stuttgart O.B.M. Lautenschlager anwohnten, bildete eine bemerkenswerte Ergänzung der Ergebnisse der jüngst in Mannheim gehaltenen Tagung und behandelte hauptsächlich die technische Seite der Entwürfe der Firma Grün & Bilfinger in Mannheim und die daraus sich ergebenden wirtschaftlichen Folgerungen. Durch die Pläne der genannten Firma werde die Ueberlegenheit der Führung eines Großschiffahrtsweges über den Neckar und über den Rhein—Main—Donau-Kanal in überzeugender Weise dargelegt, sowohl im Hinblick auf die wesentlich niedrigeren Baukosten, auf die kürzere Kanalstrecke, wie auch auf die erheblich niedrigere Zahl der Schleusen. Was zunächst die letzteren anbelangt, so seien für die Strecke Mannheim—Plochingen nur 21 Stau-stufen nötig bei einer durchschnittlichen Kanalhaltung von 8,5 km Länge. Von Plochingen bis zur Höhe der Alb seien 11 Schleusen erforderlich mit einem durchschnittlichen Gefälle von 12 m; die Hochfläche der Alb selbst lasse sich in einer einzigen Schleusenhaltung überqueren und der Abstieg zum Donaukanal dann in 4 Schleusen erreichen. Für die Ueberquerung der Alb habe sich die Tauchschleuse, die nach Friedenspreisen einen Bauaufwand von 1,3 Mill. M. erfordert, als die zweckmäßigste erwiesen. Die Durchschleusung eines 1200-Tonnen-Kahnes nehme nur 17 Minuten in Anspruch und die gesamte Leistungsfähigkeit im Jahr berechne sich auf 9 Millionen Tonnen, entspreche somit auch den höchsten Anforderungen. Durch die Sammlung des Wassers in Tagspeichern, deren größter oberhalb Plochingen liegen würde, lasse sich die Leistungsfähigkeit des Kanals nahezu verdoppeln und weitgehend dem Bedarf an elektrischer Energie anpassen. Heute seien die Baukosten allerdings um etwa das Fünffache gestiegen, die Preise der Kohlen aber um mehr als das Neunfache, sodaß der Ausbau des Neckar—Donau-Kanals auch heute noch trotz der gesteigerten Baupreise als gewinnbringendes Unternehmen bezeichnet werden könne und die Kosten für Verzinsung und Tilgung durch die gewonnene elektrische Energie innerhalb der nächsten 50 Jahre sich vollständig aufbringen lassen, sodaß die Betriebskosten für den Großschiffahrtsweg nicht wesentlich höher kommen werden, als für die Großschiffahrt auf dem Rhein.

Nachdem der Vorsitzende Komm.-Rat Rieger-Stuttgart dem Redner für seinen auch von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag gedankt, führte Hofrat Bruckmann-Heilbronn noch aus: Die letzten Wochen haben dem Neckar-Donau-Plan recht günstige Aussichten eröffnet. Von Anfang habe der südwestdeutsche Kanalverein den Neckar-Donaukanal nur als Teilstrecke einer internationalen Großschiffahrtsstraße betrachtet und gefördert. Mit der württembergischen Regierung gehe der südwestdeutsche Kanalverein davon aus, daß sowohl der Neckar-, wie auch der Mainplan eingehend geprüft und daß der zweckmäßigste und zukunftsreichste Plan gewählt werden müsse. Das sei nach der festen Ueberzeugung des Kanalvereins und der Sachverständigen der Plan über den Neckar, der auch den bayerischen Nachbarn, insbesondere Augsburg und München, keinen Schaden, sondern die größten Vorteile bringe werde. In Verbindung mit der Kanalisierung des Neckars werde sich auch der Bodensee leicht zu einem großen Binnenschiffahrtshafen ausgestalten lassen und für späterhin eröffne sich weiterhin die Aussicht einer Verbindung des Rheins mit dem Mittelmeer. „Wir freuen uns insbesondere auch“, führte Redner aus, „daß jetzt die Grundlagen“ geschaffen sind für ein Zusammenarbeiten mit Baden und erblicken darin gewissermaßen ein Symbol für die kommende engere Zusammengehörigkeit der beiden Länder.“ —



Befestigung von Tolentino in der Provinz Macerata. Aus: Ebhardt, „Die Burgen Italiens“.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

54. JAHRGANG. NO 9. BERLIN, DEN 31. JANUAR 1920.

* * * * HERAUSGEBER: DR.-ING. h. c. ALBERT HOFMANN. * * * *

Alle Rechte vorbehalten. Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

Die Burgen Italiens. Hierzu die Abbildungen S. 65.

I.



ürstliche und republikanische Macht haben in den Jahrhunderten einer großen Geschichte jenseits der Alpen einen Reichtum an Bauwerken hinterlassen, der dem das Land Bereisenden, sei er auch sorgfältig nach Kunstschätzen fahндender Fachmann, kaum zum Bewußtsein kommt. Die Größe eines wichtigen Teiles dieses Besitzes wird uns überzeugend vor

sche Volk, daß in dieser Zeit der Umwälzungen die Fortführung eines derartigen gewaltigen Unternehmens alten Stiles möglich wurde. Diese Tatsache gewährt uns eine Hoffnung mehr dafür, daß die abgehauenen Wurzeln des deutschen Idealismus nicht absterben, sondern langsam beginnen wieder neue Triebe zu bilden, daß die Verbindung mit dem, was vordem war, nicht unwiederbringlich zerbrochen ist.

Und ist unsere Zeit zerrissen von Kampf aller Art, so lehrt uns das italienische Burgenwerk, wie kampf-erfüllt auch das ganze italienische Mittelalter gewesen, nach dem doch eine neue goldene Zeit erschien, die mit ihrem Strahlenglanz die ganze Welt erfüllte und als eine der Höhenzeiten der Geschichte immer gepriesen werden wird. Denn was sind die Burgen, und gerade diese, anderes als die Denkmäler, die ein fortwährender Krieg Aller gegen Alle, eine unübersehbare Flut von Aufständen und innerem Wüten kleiner und großer Gewalt-haber gegen einander oder die Not der Verteidigung des Schutzes dagegen der Nachwelt überlieferten. In allen Formen und Arten füllten diese Bauwerke die großen und kleinen Städte, Dörfer und das ganze Land Italien, wie ein unendliches Netz von Geschichte gewordenen Steinmälern, um die es halte von Hieb und Stoß, Schlag und Schuß, um die und um deren Besitz ungezählte Blutströme flossen. Niemand darf sich andererseits der Erkenntnis entziehen, von wie ungemeiner Wichtigkeit auch diese Werke für die Geschichte der Baukunst — nicht nur für die eigentliche Kunst- und politische Geschichte in Italien — sind, da wir bisher meist nur die

Augen geführt durch ein monumentales, auf 5 Bände berechnetes Tafelwerk, das lange vor dem Krieg auf Anregung des Romantikers auf dem deutschen Kaiserthron, des ehemaligen Kaisers Wilhelms II. begonnen, während des Krieges bis zum 4. Band gediehen ist.)* Wunderbar genug in so schwerer Zeit, die gerade solchem Gegenstand gänzlich abgewandt erscheint; er ragt vor uns auf fast wie ein fossiler Ueberrest aus uns ganz fern gerückten Tagen. Der Schluß des Werkes, der 5. Band soll, sobald die heutigen Schwierigkeiten im Buchdruckgewerbe, die der Herausgabe noch hinderlich sind, einigermaßen gehoben sein werden, folgen. Es ist doch wohl ein ehrenvolles Zeugnis für das deut-

*) Die Burgen Italiens. Von Prof. Bodo Ebhardt, 4 Bände. Verlag von Ernst Wasmuth, A.-G. in Berlin. Preis zus. 137,50 M.

kirchlichen Gebäude und Paläste als deren maßgebende Dokumente anzusehen uns gewöhnt hatten.

Anordnung und Gruppierung des Werkes sind eigenartig. Text und Tafeln laufen neben einander her. Während jener die verschiedenen Arten der Burgen nach ihrer Lage, nach ihrem Zweck und nach sonstigen maßgebenden Gesichtspunkten, wie dann auch in ihren einzelnen Teilen behandelt, bringen diese die Bauwerke im Ganzen, in der Darstellung von Norden nach Süden fortschreitend. So sind die ersten Tafelfolgen vorwiegend dem oberen Italien gewidmet und langsam gelangen wir jetzt mit ihnen bis zur Südspitze des italienischen Stiefels und bis zur Insel Sizilien.

Nachdem vorher die allgemeine geschichtliche Bedeutung und Entwicklung, sodann die einzelnen Bauteile der oberitalienischen Burgen ihre Darstellung gefunden hatten, hatte der 3. Band begonnen, die Burgenbauten nach ihrer strategischen Bedeutung zu behandeln. Es waren da, naheliegend genug, zunächst die Höhenburgen zu betrachten gewesen; ihnen folgten als Gegenpole, doch gleichen Zweckes, die Wasserburgen. Diese beiden Gruppen sind auch im mittelalterlichen Deutschland zahlreich vertreten, weniger aber die im vierten Band behandelten und für Italien so charakteristischen Stadtburgen, in denen sich von der Engelsburg an bis zum Sforza-Schloß in Mailand die innere politische Geschichte des Landes bis tief in die Renaissance hinein spiegelt. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Zwingburgen für die Städte, die große und kleine Landesherren und Tyrannen errichteten, andererseits aber auch um die festen Häuser des Stadtadels, der ja, im Großen hervortretend in der allgemeinen Spaltung in Guelfen und Ghibellinen, geradezu in jeder Stadt von Bedeutung fortwährend in feindliche Gruppen zerklüftet war, in deren Kämpfen die Straßen zu Schlachtfeldern wurden. Ungeheuer bezeichnend hierfür sind die Massen von riesigen Geschlechtertürmen, die Städten wie Bologna, Siena und vielen anderen einst eine Erscheinung verliehen nicht unähnlich der unserer großen Fabriken mit ihren vielen riesigen Schornsteinen, wovon noch heute das kleine S. Gimignano zwischen Florenz und Siena (delle belle torri) das letzte überraschende Beispiel darbietet. Ueber die wirkliche Schönheit dieser Stadtbilder läßt sich allerdings wohl streiten. In Deutschland hatten wir dergleichen, abgesehen von etwa Regensburg und Köln, nirgends in nennenswerter

Bedeutung und zwar wohl zum Vorteil unserer städtischen Schönheit.

Hierhin gehört auch der Festungscharakter öffentlicher Gebäude, wie der Rathäuser, nicht minder auch mancher Klöster und vieler Brücken. Andererseits schließen sich wesensverwandt die Talsperren an.

Diesen allgemeineren Darstellungen folgen, wie früher für Oberitalien, in den letzten Bänden die der einzelnen wichtigen Bauteile der mittelitalienischen Burgen; zunächst wird der Bergfried betrachtet. Die Darstellung der übrigen Teile nebst denen der Burgen von Unteritalien haben wir noch zu erwarten.

Das Bild aber, das sich hier, nun hoffentlich bald ganz vollständig, vor uns entrollt, ist überaus eigenartig. Man möchte sagen, daß die Kunst des Italiens der Renaissance, die wir herkömmlicher Weise als die wichtigste Entwicklungsstufe nach der Antike zu schätzen pflegen, für den eigentlichen Italienfreund mehr und mehr zurücktritt hinter der viel charakteristischeren und in mancher Hinsicht großartigeren Epoche der italienischen „Gotik“, dem 13.—15. Jahrhundert. Die Renaissance erscheint dem gegenüber nur als eine weiche süße Spätfrucht am alten Baum.

Und so wild und leidenschaftlich nun jene früheren Zeiten auch sein mochten, die stolze Höhe der eigentlichen italienischen Kunst- und Geistesblüte liegt offenbar vor der Renaissance, Ariosto und Tasso bleiben Epigonen gegen Dante, die Kunst der Pisani, Giotto's und seiner Nachfolger ist von herber, aber farben- und goldstrahlender stolzer Pracht gegenüber der weichen Formenschwelgerei des folgenden Zeitalters, die ach so bald ihrer selbst überdrüssig war.

Und es ist bezeichnend, daß der Burgenbau bis ins 16. Jahrhundert nicht wick von dem Pfade der älteren Zeit, daß ihm die alte Strenge und Herbigkeit, wirklicher Charakter, eigen blieben bis zu seinem Ende, bis eine neue allgemeine europäische Befestigungskunst und eine internationale Politik die alten inneren Kämpfe ablösten, bis Italien eintrat in den Kreis der großen politischen Bewegungen des Erdteiles.

So finden wir gerade in diesem besonderen Zweig des italienischen Bauens ein weit bezeichnenderes Bildnis italienischen Wesens, mit mächtigen Zügen, von strenger Festigkeit, aber wahren Wert. Und eine zukünftige Architekturgeschichte Italiens hat diesem Zweig seiner Baukunst besondere Würdigung und maß-

Altes und Neues.

Von Prof. Otto Schulze in Elberfeld.



U einander in wundervollem Gegensatz stehend, in der Harmonie des Ausgleiches und der Ergänzung von uns nur dadurch unterbunden und geschmälert, daß wir ihre Gegenüberstellung mit kurzsichtiger Tagesmeinung betreiben. Wir finden zu beiden selten den für jeden sachlich und unpersönlich zu führenden Streit so unbedingt notwendigen, uns rein sinnlich befreienden Abstand, d. h. die gefestigte Empfindung für das wirkliche Maß der Dinge. Betrachten wir Altes von vornherein als verbraucht, überwunden, gewesen, also als etwas, das wir beherrschen, mit dem wir uns willkürlich abzufinden vermögen, das Neue aber als uns beherrschend, zwingend, als zunächst Maßstabloses uns verwirrend, so müssen wir naturgemäß im Bann des Neuen den rückwärts fühlenden Halt am Alten verlieren. Und doch schließen ja Altes und Neues einander nicht aus, stehen nur in bedingtem Gegensatz, weil sie sich nur zeitlich, aber nicht grundsätzlich von einander entfernen; aus ihrem Zeitmaß lassen sich nicht ohne Weiteres ein Wertmaß oder ein Tateinfluß ableiten, weil unser Lebensalter in Wechselwirkung zu beiden bleibt: je jünger, je mehr sind wir dem Neuen unterworfen, je älter, je mehr stehen wir im Bann des Alten. Unser stärker werdendes Einfühlen in die Zeit schärft unser Urteil im Sinn geschichtlicher Erkenntnis an wirklich Erprobtem und Bewährtem, wir werden abwartender und prüfender dem Neuen gegenüber. An sich kommen wir vielleicht oft grundlos zu sich verschiebenden Urteilen, die aber doch nicht schwerwiegend genug sind, unsere Handlungen richtunggebend zu beeinflussen. Wir hängen an sichtbaren, die Jugend folgt unsichtbaren Fäden. Jedes Kind empfindet auch das älteste Märchen als Gegenwarts-Möglichkeit, dem Erwachsenen erscheint es als Zielpunkt eigener Wünsche.

Würden wir Deutsche mehr Geschichte erleben und machen, als solche schreiben und vortragen, wir würden die scheinbare Gegensätzlichkeit zwischen Altem und Neuem als etwas Naturgemäßes, als fortstrebende, nicht als auseinander strebende, sich loslösende Handlung erkennen. Die Wechselbeziehung gebiert Vergangenheit und tötet Gegenwart Zukünftigem zuliebe. Das Leben des Kindes ist fortstrebend von den Eltern, das Leben der Eltern ist rückstrebend zur eigenen Kindheit und damit zu Vater und Mutter. So verschärfen sich Gegensätze und Widersprüche zwischen Altem und Neuem absichtslos, trotzdem sie als Uebergänge unmerklich ineinander fließen. Ungemein feine seelische Wechselbeziehungen bestehen zwischen Vater und Tochter, sowie Mutter und Sohn in fast gleichlaufender Richtung, dagegen zwischen Vater und Sohn und Mutter und Tochter in abstrebender Wendung.

Wenn wir heute den Dingen unbefangen auf den Leib rücken, sie nach Herkunft und Art fragen, so wird namentlich der an der Geschichte gewachsene und gereifte Prüfende finden, daß wir mehr noch als in den siebziger und achtziger Jahren nicht gerade nachahmen, aber — von den rein technischen Künsten im Rahmen des Konstruktiven abgesehen —, mehr denn je aus alten Quellen schöpfen und das Geschöpfte unserem heutigen Innenleben so nahe zu bringen suchen als nur irgend möglich. Wir sind so rücksuchend geworden in der hilflosen Verausgabung unserer Gegenwarts-Sehnsucht, man denke nur an unsere Hinnegung zu vorchristlichen und alttestamentlichen Weltglück-Gedanken, daß wir heute, im erhabensten und gewaltigsten Gewittersturm, tief nach Asien hineinfühlen für Neueinrichtung in philosophischen, kulturellen und künstlerischen Grübeleien, uns aber gegen die einfachsten und zwingendsten Forderungen des Tages verschließen. Wir haben auch heute in dem Verlauf unseres wirklichen Lebens und Ringens so wenig eine neuzeitliche Religion

(Fortsetzung Seite 66.)

gebende Wichtigkeit beizulegen, da er zu ihrer Erkenntnis ein unentbehrliches Glied darstellt.

ist es nicht nötig, noch Weiteres zu sagen. Erstaunlich bleibt stets die unglaubliche, fast erschöpfende Fülle des



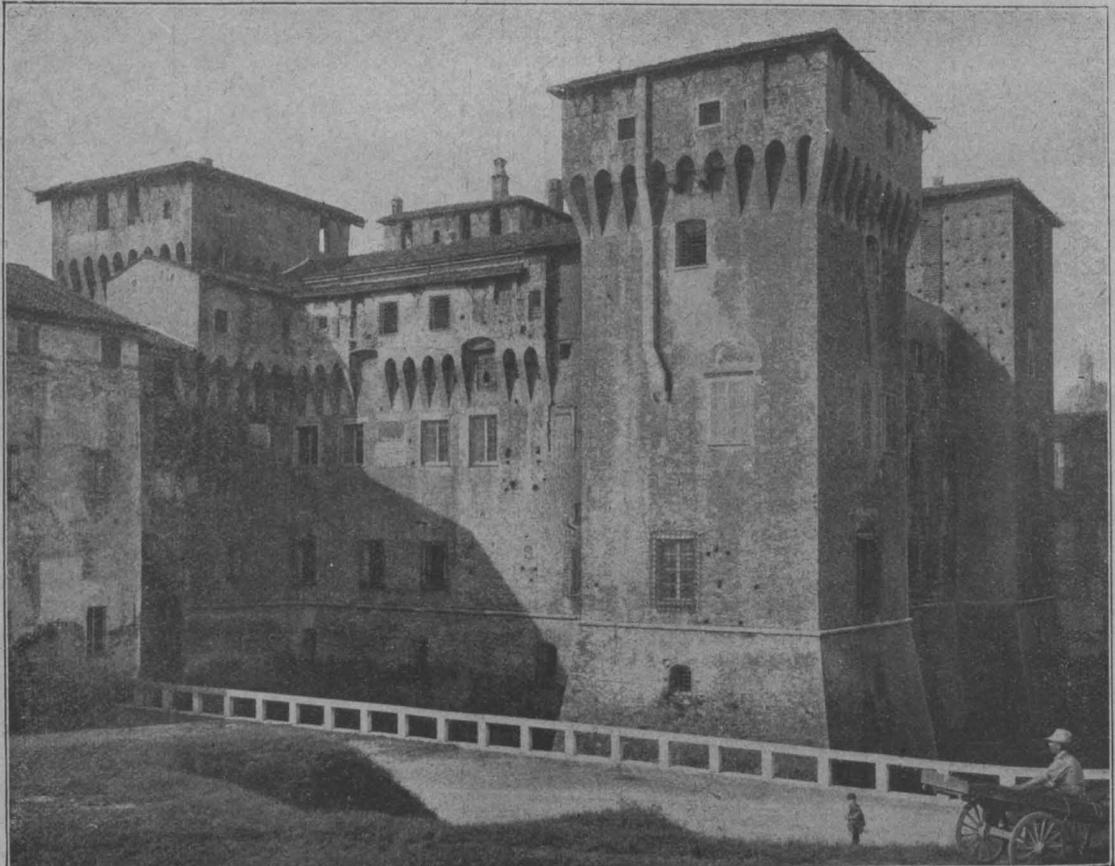
Triumphbogen des Augustus in Rimini, als mittelalterliches Stadttor.
Aus: Ebhardt, „Die Burgen Italiens“. Verlag von Ernst Wasmuth A.-G. in Berlin.

Ueber die ungeheure Arbeit, die Bodo Ebhardt Stoffes, die hier zusammengetragen ist. Wenn man auch hier geleistet hat, auf einem bisher wenig bearbeiteten Gebiet bis in die tiefsten Landwinkel hinein leuchtend, Einiges vermißt — so eine Würdigung der Reggia in Mantua oder eine Darstellung des Papstpalastes zu Vi-

terbo — so verschwindet das doch gegenüber dem um- zu Avignon erwarten, die als dem Geist nach immerhin
fassenden und reichen Material, das hier dargeboten ist. italienisch zur Vollständigkeit des außerordentlich um-



Stadtburg (Castel del buon consiglio) in Trient.



Burg der Gonzaga San Giorgio in Mantua.

Aus: Ebhardt, „Die Burgen Italiens“. Verlag von Ernst Wasmuth A.-G. in Berlin.

Vielleicht dürfen wir auch, als doch wohl zur Sache fangreichen und schönen Stoffes wohl dienen dürfte. —
gehörig, am Schluß noch einen Blick auf die Papstburg Hannover, im Dezember 1919. Albrecht Haupt.

Der neuzeitliche Unterricht an unseren Baugewerkschulen.

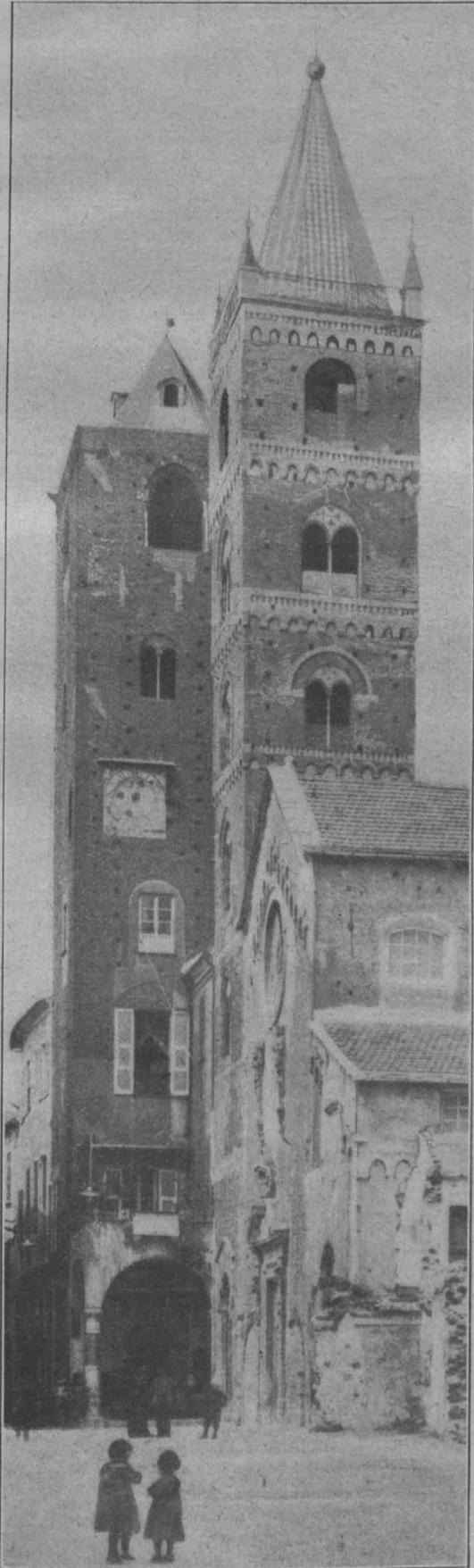
Von Prof. Peters, Baugewerkschul-Direktor in Neukölln.



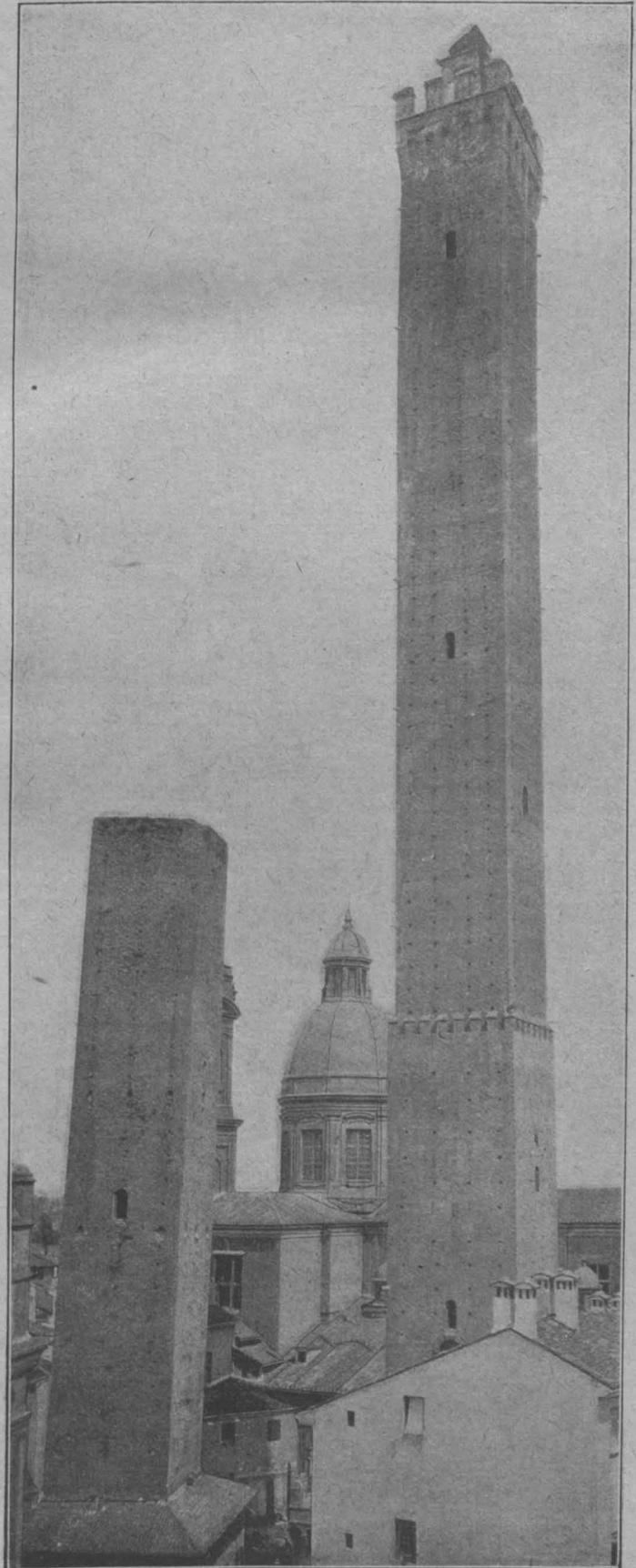
In dem Aufsatz „Zur Neuordnung des Unterrichtes an unseren Baugewerkschulen“ von C. Kersten in Berlin in der No. 1—2 der „Deutschen Bauzeitung“ vom 5. Januar 1920 hat der Verfasser beachtenswerte Anregungen gegeben, den

Unterricht der Jetztzeit entsprechend zu gestalten.

Es darf angenommen werden, daß alle Baugewerkschulen den zeitgemäßen Baustoffen und Bauweisen im Unterricht volle Beachtung schenken. Die neuzeitlichen Bauweisen sind an der staatlichen Anstalt in Neukölln ganz auf den Lehrplan verteilt, um sie den Schülern vor dem Eintritt in die Praxis so weit als möglich vertraut zu machen. Die



Stadtturm und Kirchturm in Albenga.



Stadttürme Asinelli und Garisenda von Bologna.

Neuordnung findet an der hiesigen Anstalt in folgender Weise ihre Lösung: In die Unterrichtsfächer sind die neuzeitlichen Bauweisen dem Lehrstoff der einzelnen Klassen entsprechend aufgenommen, und dafür sind andere nicht ganz zeitgemäße Konstruktionen gestrichen oder gekürzt, um einerseits den Unterricht ganz auf die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse einzustellen und andererseits eine Überlastung der Schüler zu vermeiden. Ebenso wie in der Baukonstruktion als dem Hauptlehrgegenstand an den Baugewerkschulen ist auch der Lehrstoff in der Baumaterialienkunde durchaus zeitgemäß gestaltet. Bei der Gewinnung und Herstellung aller Baustoffe wird stets auf die Ersparnis von Kohlen und auf alle dem zeitigen Baumarkt zugeführten Baustoffe aufmerksam gemacht. Auch in der gewerblichen Baukunde, im Eisenbahnbau und anderen Lehrgegenständen wird auf die notwendige Ersparnis und möglichst wirtschaftliche Ausnützung der Kohle verwiesen. Werden die Vorträge und Unterweisungen ganz in diesem Sinn durchgeführt, so finden im Bauzeichnen und im Entwerfen die Naturbauweisen, die weichen Bedachungsarten, die bauliche Bestimmungen und andere Ausführungen zeitgemäße Beachtung und Würdigung. Außerdem wird wöchentlich in einer außerplanmäßigen Vortragsstunde vor der gesamten Schülerschaft über diese und ähnliche aktuelle Fragen ausführlich von den Lehrern oder Vertretern besonderer patentamtlich geschützten Ausführungsarten gesprochen unter Verwendung z. T. nach Zeichnungen hergestellter Lichtbilder (Diapositive), welche derartige bautechnische Neuheiten anschaulich vor Augen führen und die Ausführungen der Lehrer ergänzen und unterstützen.

Die Sammlungen werden ganz unter Berücksichtigung dieser gegenwärtigen Bestrebungen fortlaufend erweitert und ergänzt. Von allen Baustoffen und Bauweisen, die auf dem Baumarkt erscheinen, werden Prospekte, Muster und Proben erworben und im Unterricht verwertet. Was an Literatur auf diesen Gebieten im Buchhandel erscheint, wird ebenso für die Bücherei beschafft und im Unterricht nutzbringend verwendet.

Die Normen des „Normenausschusses für die Deutsche Industrie“ finden in den Vorträgen und Übungen ebenfalls volle Beachtung. In dieser Richtung hatte die Neuköllner Anstalt bereits vor dem Krieg in weitem Umfang gearbeitet und schon damals Typen für gewisse, immer wiederkehrende Einzelkonstruktionen aufgestellt, um auf diese Weise den Schülern das Verständnis zu erleichtern und ihnen durch alle Klassen eine Gleichmäßigkeit in der Ausbildung zu geben, auf der sie in der Praxis dann leicht weiter aufbauen können. Mit diesen Normen hat die Schule vorzügliche Erfahrungen gemacht, ohne dadurch irgendwie in der geistigen Entwicklung der Schüler hemmend zu wirken oder Auswüchse zu zeitigen.

Ganz besonders hohe Anforderungen werden durch diese neuen Aufgaben an die Lehrer gestellt. Sie müssen sich dauernd weiterbilden, die Fachliteratur durchforschen und

als eine neue Kunst, sondern nur gewaltsam ihrem eigentlichen Boden entrissene Ableger und Stecklinge, die mit übermäßigem Aufwand an Belehrung, Selbstliebe und Taschenspieler-Kunststücken uns aufgedrungen sind. Auf keinen Fall haben wir eine neue Kunst nach dem Willen und nach der Einbildung derer, die diese angeblich neue Kunst machen und über Gebühr anpreisen. Ihre Urheber fälschen geradezu die Geschichte und machen, um die Umstellung zu vertuschen, die umfassendsten, aber verstecktesten Anleihen bei den Forschungsergebnissen der Wissenschaft, namentlich im Bereich der Entwicklungsgeschichte, der Archäologie und der philosophischen Quellen.

Es ist gewiß eine auffallende Erscheinung, daß wir gerade jetzt so viele Werke alter Schriftsteller ausgraben und in mustergültigen Neuausgaben, vielfach als Prachtwerke herausbringen. Die Denkmäler der von uns besetzten feindlichen Gebiete erfahren die gleiche Würdigung in allerbesten Wiedergabe und kostspieligster Herstellung, nicht minder die Handzeichnungen alter Meister. Unsere Baukunst und Raumkunst sucht durch ihre ersten Künstler wieder Anknüpfung an die Vorbilder aus den Zeitspannen zwischen 1780—1840, und die vornehmsten Bürgerhäuser der letzten Jahre unserer Entwicklung zeigen außen wie innen den Formen-, Farben- und Stimmungs-Niederschlag aus den Tagen der Urgroßeltern und Großeltern. Die Grabmal-Kunst von heute ist namentlich in den Zeugen der Heldenehrung bis in die Feuerlinien hinein, und besonders auf heimatlichem Boden in ihrem Allerbesten doch auch in erster Hinsicht die Rückwirkung einer großen Anleihe unserer Künstler, aufgenommen bei den Beständen unserer wundervollen alten Friedhöfe, Kreuzgänge, Mausoleen und Dome, bis zum Grabmal Theoderichs hinauf. Je weiter die durch die gegebenen Verhältnisse heraufbeschworenen Zerstörungen fortschreiten, je mehr mahnen uns die Ruinen,

nach Möglichkeit die Ausführungen der neuzeitlichen Bauweisen durch Besichtigungen eingehend studieren. Die Möglichkeit dazu wird den Lehrern in Berlin und anderen Großstädten durch die zahlreichen Veranstaltungen von bautechnischen Vorträgen und Übungen gegeben und bringt ihnen Vorteile gegen die Amtsgenossen in den kleineren Städten.

Es werden aber bald im preußischen Landesgewerbeamt, das wachsam die technischen Mittelschulen fördert, Mittel und Wege gefunden werden, um die Einheit im Lehrziel an sämtlichen Baugewerkschulen unter Berücksichtigung aller wichtigen neuzeitlichen Bauweisen und Baustoffe zu erreichen und dadurch die Schulen gleichmäßig in fortschrittlichem Sinn auszubauen und der Neuzeit anzupassen.

Mit den Schülern werden — so weit wie es möglich ist — Lehr- und Lern-Ausflüge zu neuzeitlichen Bauausführungen und Anlagen unter Leitung der Lehrer unternommen. Während der großen Herbstferien des vorigen Jahres ist auch einem großen Teil der Schüler Gelegenheit verschafft worden, sich nicht nur theoretisch sondern auch praktisch im Lehm- und Ziegelbau zu betätigen. In dieser Richtung sollen in diesem Jahr noch weitere Schritte getan werden. Denn es ist leicht verständlich, daß die praktische Betätigung in dieser wichtigsten zeitgemäßen Bauweise für den jungen Techniker von größter Bedeutung ist. Die Schüler werden im Uebrigen stets darauf hingewiesen, alle Gelegenheiten auszunützen, die sich ihnen irgendwie bieten und alle derartigen Ausführungen in Augenschein zu nehmen.

Nicht unerwähnt soll bei dieser Gelegenheit bleiben, daß es gerade die technischen Mittelschulen waren, die zuerst die Staatsbürgerkunde in ihren Lehrplan aufgenommen haben, um in dieser Richtung einem allgemeinen Mangel abzuhelfen und die jungen Techniker auch als mitverantwortliche Staatsbürger in unserem neuen Staatsleben auf beruflicher Grundlage vorzubilden. Auf den für diesen Zweck ausgearbeiteten „Leitfaden der Staatsbürgerkunde für technische Fachschulen“ von Dr.-Ing. Wende-Neukölln sei hier besonders verwiesen.

Aus den vorstehenden Ausführungen wird ersichtlich sein, daß die staatlichen Baugewerkschulen Preußens den Aufgaben der Neuzeit voll gerecht zu werden versuchen und Alles tun, um in der Technik und damit beim volkswirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Vaterlandes wirksam mit zu helfen. In diesen Bestrebungen darf jedoch nicht über das Ziel der technischen Mittelschulen hinaus geschossen werden; es muß immer im Unterricht an Zweck und Ziel dieser Anstalten gedacht und der Stoff soweit beschränkt werden, als er tatsächlich für die mittleren Techniker notwendig ist. Aufgabe der technischen Hochschulen wird es dann bleiben, in noch größerem Maß die zeitgemäßen Bauweisen und Baustoffe den Schülern dieser Anstalten vorzutragen und an der weiteren Entwicklung und Ausarbeitung vieler Neuerungen aus diesen Gebieten mitzuhelfen. —

uns mit dem erhalten Gebliebenen wieder in tiefere, ein Fortleben sichernde Beziehungen zu setzen. Was wir besaßen, ermessen wir in seinem vollen Wert erst, wenn wir es verloren haben.

Dem wirklich Neuen stehen wir hilflos gegenüber; wir sind dem Geist nach nicht die, die sich dem kommenden Tag ganz gewachsen zeigen, sich ihm ganz hingeben im Sinn vollkommener Pflichterfüllung den großen Forderungen des Lebens gegenüber. In der Sorge um uns selbst und den engsten Kreis gewiß, aber meistens nicht mit dem größeren Blick darüber hinaus. Das letztere ist nur Wenigen gegeben, die Menge lebt in den Tag hinein und hält Zufallsernte an den Dingen, die sich ihm gerade als Neuheiten bieten, weil sie mit dem Gestern bereits gar keine Beziehung mehr hatte. Haben wir zum Alten den nötigen Abstand gewonnen, so rückt es uns näher; wir rücken dagegen schon nach kurzer Zeit vielfach vom Neuen ab, weil wir durch zu unvermittelte Fühlungnahme eine volle Befriedigung, über die Augenblicksstimmung hinausreichend, nicht empfinden. Uns stehen anscheinend die Vorgänge von 1813—1815 viel näher als die Errungenschaften von 1870 bis 1871, an die wir doch eigentlich politisch und wirtschaftlich anknüpfen. Es scheint fast, als ob wir einer naturgemäßen Weiterentwicklung stets entgegen seien, die Zusammenhänge zerreißen, um eben das Tagesergebnis in unmittelbarer Beziehung zu unserem Ich als das Bedeutsamste zu buchen. Wir sehen nicht mehr das Fortleben in den Uebergängen, bei uns nicht mehr den durch Befruchtung und Steigerung gewonnenen Ausgleich, in dem das Neue auch wiederum nur durch Nachahmung, Zulernung und Umbildung Wurzeln schlagen konnte.

Unsere neue Kunst, die bei Licht besehen auch von Nichtfachleuten nicht mehr als solche empfunden wird, zeigt die Auswüchse unreifer Jugend bei geheuchelter Kind-

Vermischtes.

Geschichte einer alten Steinmetzhütte. Am 1. Jan. 1920 erfolgte in Berlin eine Vereinigung der drei großen preußischen Steinmetz-Firmen P. Wimmel & Co. in Berlin, Gebr. Zeidler in Berlin, sowie Zeidler & Wimmel in Bunzlau. Das rechtfertigt einen kurzen, auf etwa 150 Jahre zurückreichenden Rückblick über die Entwicklung des preußischen Steinmetzhandwerkes. Unter den durch die große Bautätigkeit Friedrichs II. nach Preußen gezogenen Steinmetzmeistern befand sich auch der 1749 in Kassel geborene Joh. Heinr. Wimmel, der Begründer des Wimmel'schen Steinmetzgeschäftes. Er erwarb sich bald das Vertrauen von Gontard, Langhans, Gilly und Schadow, vor allem aber Schinkels. Er starb 1818 und hinterließ das Geschäft seinem Sohn Phil. Heinrich Wimmel, der jedoch in einer Zeit größter Sparsamkeit in der Verwendung des Bausteines lebte, sodaß die Hütte zurückging. Dafür aber wurde er bahnbrechend für die Anwendung des Granites aus der Mark, Pommern und aus anderen Gegenden Preußens. Nach dessen Tod 1831 übernahm Adolf Heinrich Wimmel die Hütte und erlangte sich durch Weiterführung im gleichen Geist die Gunst von Stüler, Persius, Strack, Rauch und Drake. Sein Sohn Paul verband sich mit dem Architekten Paul Rasche zu der Firma P. Wimmel & Co.

Die Firma Zeidler geht auf Johann Gottlieb Zeidler zurück, der sich 1853 in Berlin niederließ. Nach seinem Tod 1868 bildeten seine Söhne Carl und Otto die Firma Gebr. Zeidler, die die freundschaftlichen Beziehungen weiter pflegte, die schon der Vater mit dem Haus Wimmel angeknüpft hatte. Sie führten die schlesischen Sandsteine in die Bauindustrie ein. Zu diesem Zweck wurde in Bunzlau eine Werkstatt mit Sägerei Zeidler & Wimmel begründet, welche die beiden Berliner Firmen, die unabhängig voneinander arbeiteten mit Material und Arbeit versahen. An den großen Monumentalbauten der Zeit der beiden Wilhelme hatten die Firmen großen Anteil und erlangten sich auch behördliche Auszeichnungen. Durch große Aufträge machte sich auch das Bunzlauer Unternehmen selbständig. Nach dem Tod von Paul Wimmel, Paul Rasche sowie Carl und Otto Zeidler kamen die drei Firmen in den alleinigen Besitz der Familie Zeidler und wurden nunmehr durch deren langjährigen Leiter zu der Firma Zeidler & Wimmel vereinigt.

Stadtbaurat von Ulm. Mit Wirkung vom 1. Okt. 1919 ab ist der bisherige Stadtbauinspektor in Kiel, Hr. Feuchtinger, zum Stadtbaurat von Ulm und zum technischen Berichterstatler gewählt worden. —

Bautechnische Vorträge im „Verein Deutscher Ingenieure“. Im Nov. 1919 haben im Rahmen der von C. Kersten angeregten „Bautechnischen Vorträge“ des „Vereins Deutscher Ingenieure“ auch Vorträge über Naturbauweisen stattgefunden.

lichkeit und Urwüchsigkeit; sie verblüfft, aber überzeugt nicht, ihre Fröhlichkeit ist vernachlässigtes Wachstum, Ueberlegenheits- und Alters-Vortäuschung. Gesucht Neues ist stets zweifelhafter, verworrener und verwischter Herkunft.

Und aus diesem, gerade in unseren schweren Tagen sich verstärkenden und Halt suchenden Empfinden heraus suchen wir uns rückwärts schauend wieder einzufühlen in das, was schon einmal war, das schon einmal half und uns wieder hinauf führte. Wir wollen wieder die Uebergänge, nicht das Abgerissene, Bodenlose und das Gegenwartsfremde. Wir wollen wieder die Dinge beherrschen, nicht weiterhin durch Zufalls-Ueberraschungen ihre Frohnknechte sein. Gerade wir werden sehr genötigt sein, abgerissene Fäden wieder zusammen zu knüpfen. Weg mit aller verzärtelnden und beschönigenden Rücksichtnahme auf jede kleine Befähigung, auf jede zunächst durch gesuchte Abweichungen vom gewöhnlichen Verlauf sich mit gespreizter Absicht hervordrängende Leistung. Das Alte hat in Kämpfen und in der Ueberwindung von Schwierigkeiten und Hindernissen erarbeitet und errungen werden müssen, um für uns zu einem wirklichen Besitz und sichernden Rückhalt werden zu können. Das soll auch allem Neuwerten gegenüber Geltung behalten; gerade bei der jetzt so verheißungsvollen notwendigen Neueinrichtung in unserem Gesamtleben, nicht etwa nur in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen, sondern vor allem auf kulturellem, künstlerischem und religiösem Gebiet müssen wir uns alter, bewährter Grundmauern und Tragpfeiler bedienen, wenn der zu errichtende Gedenk- und Zukunftsbau als Wahrzeichen und Mahnzeichen unseres kulturell-völkischen Ringens eine Pflegstätte für den Ausdruck unseres Gesamtlebens werden soll. Neben den Fächern der bildenden Künste, von den gewerblichen bis hoch zur Baukunst, müssen auch Dichtkunst, Theater und Musik sich ernsterer und gehaltvollerer schöpferischer Ar-

beit zuwenden, wenn auch sie belangeren Anteil an unserer Neueinrichtung nehmen wollen. Es dürfen viele Reste aus den schwülen Jahren vor dem Krieg nicht wieder aus dem ihnen bereiteten Untergang zu retten versucht werden. Aus den Ruinen muß vielmehr ein neues Leben erblühen, das des Erkämpfens wert war.

Und muß nun nicht infolge der großen Lücken an Kräften unserer Jugend der Hauptanteil an dieser Erneuerungsarbeit zufallen, die zu überwiegendem Teil sehr ernst und schwer sein wird, wirkliche, viel körperliche und geistige Anstrengung umfassend, und zwar in Rückschau auf Gewesenes und Bewährtes von Eltern, Lehrern, Altmeistern und den wirklich Großen unseres Volkes. Es wird Altes und Neues hier zusammenrücken und zusammenfließen müssen, um den wahren, gesättigten Niederschlag unserer gewaltigen Anstrengungen für die Erhaltung und Sicherung deutschen Lebens und deutscher Kultur zu bilden.

Gedenksteine und Heldenzeichen, Kriegersiedlungen und Fürsorgeheime werden nur als äußere Kennzeichen der von uns abzutragenden Dankesschuld angesehen werden können. Wie sie gemeint sind als Ausdruck unserer wahren Gesinnung und unseres Fortlebens nach dem Krieg, das werden jene Handlungen, Taten und Werke zu bezeugen und zu besiegeln haben, die unseren Kindern und Kindeskindern Rechenschaft ablegen sollen von der gewaltigen Erschütterung, die dem Neuen, das ihnen wurde, voraus ging. Der Jugend künftig gewiß auch ihr volles Recht, vor allem reichste und ungehemmte Entwicklungs- und Lebensmöglichkeit, aber nicht unter alleiniger Verantwortung und Ungebundenheit bis zu eigener Schädigung und gegen das Wohl des Volksganzen. Wir dürfen die Hände nicht wieder lassen, die uns verbanden; wir müssen ständig in Fühlung bleiben mit der Zeit und ihrem Geschehen, aus der unser neues Deutschland hervorging. —

Die Zusammenstellung der Vorträge hatten der Reichsverband zur Förderung sparsamer Bauweise und das Staatskommissariat für das Wohnungswesen übernommen. Nach der vorausgegangenen Einführung in das Gebiet der sparsamen Bauweisen und Naturbauweisen durch den I. Vorsitzenden des genannten Verbandes, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Seeßelberg, hielt den einleitenden Vortrag über „Die Naturbauweisen, ihre Arten, ihre Entwicklung und ihre wirtschaftlichen Aussichten“ der technische Direktor, Architekt Anker. Redner gab einen Ueberblick über die Entstehung, Anwendung und neuzeitliche Ausgestaltung der Naturbauweisen und zeigte u. a. eine Reihe guter Lichtbilder von ausgeführten Behelfsbauten und älteren Lehmbauten aus verschiedenen Gegenden der Heimat, die die vielseitigen Anwendungsmöglichkeiten des Lehmbaues erwiesen.

Der 13. November war durch eine Reihe von Berichten besetzt, durch welche u. a. Architekt Anker das von ihm im Feld angewendete System der Einschaltung vor schottenartig abgeschlossenen Luftschichten zwischen Putz und Lehmstampfmauer erläuterte. Architekt Gutzeit führte die Haertel-Bauweise im Lichtbild vor, in der bereits eine Reihe von Bauten in Velten und an anderen Orten hergestellt wurden. Gärtner Kühnemund aus Halensee berichtete an Hand von Zeichnungen über seine Versuche zur Herstellung gestampfter Lehmputzen- und Schlackensteine für Mauerwerk und Decken, die eine erheblich größere Festigkeit aufwiesen, als die durch Einschlagen in Formen hergestellten.

Am 3. Abend (14. Nov. 1919) gab Dr.-Ing. Gentzen von der Lebus-Gesellschaft Erläuterungen über die „Lebus-Bauweise“ an Hand eines in natürlicher Größe ausgeführten Modelles. Auch nach diesem Verfahren, das durch Benutzung einer sinnreichen Klappleere das sonst übliche, zeitraubende Versetzen der Schalungen erübrigt, sind bereits zahlreiche Bauten in Stampflehm zur Ausführung gelangt. Es sprachen sodann noch die Hrn. Architekt Brodersen, der Leiter der Siedelungsgenossenschaft des Kreises Niederbarnim, über „Neue Putz- und Härte-Verfahren“, Regierungs-Baumeister Fisch über „Lehmbaukurse“ und „Geldgebende Institute“ und Regierungs-Baumeister Flügel über „Lehmwellerwände“.

Die Kohlen- und Baustoffnot hat das Interesse weiter Kreise in erheblichem Maß für die zur Behandlung kommenden Gegenstände bestärkt; die Beteiligung an dieser Vortragsfolge war daher sehr rege. Jedem Vortrag schloß sich eine eingehende Aussprache an, in der zahlreiche Fragen zur Besprechung gelangen konnten. —

Warnung vor dem technischen Studium. Der „Oesterreichische Ingenieur- und Architektenverein“ erließ folgende Kundgebung: „Im Jahr 1914 hatten die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder 29,2 Millionen Einwoh-

ner und damals studierten an den 10 Hochschulen technischer Richtung 12 242 Hörer und an den 17 höheren Gewerbeschulen 3914 Schüler. Auf eine Million Einwohner entfielen somit 419 Hörer und 134 Gewerbeschüler. Die deutschösterreichische Republik mit ihren 6 Millionen Einwohnern besitzt noch 4 Hochschulen technischer Richtung, die von 7300 Hörern, und 5 höhere Gewerbeschulen, die von 1350 Schülern besucht werden. Auf eine Million Einwohner entfallen nunmehr 1216 Hörer und 220 Gewerbeschüler, das ist zweieinhalbfach, beziehungsweise fast doppelt so viel als im Jahre 1914. Dem vorstehend festgestellten Ueberschuß an Ingenieuren und Technikern steht ein Mangel an ausreichend vorgebildeten Werkmeistern, Polierern und Vorarbeitern gegenüber. Das Fehlen tüchtiger und gebildeter Kräfte dieser Kategorie macht sich auf allen industriellen Gebieten auf das empfindlichste fühlbar. Wer heute einem technischen Beruf zustrebt, sollte daher nur bei ganz besonderer Veranlagung das Studium an Hochschulen technischer Richtung oder an einer höheren Gewerbeschule wählen. Viel kürzer, leichter und lohnender ist der Weg über die Werkstätte und die Werkmeisterschule. Die Eltern und verantwortlichen Ratgeber handeln daher nur zum Vorteil ihrer Pflegebefohlenen, wenn sie dem höheren technischen Studium ausschließlich junge Leute zuführen, die bei der gewissenhaften Prüfung an einer Berufsberatungsstelle auch die erforderlichen körperlichen und geistigen Eigenschaften nachgewiesen haben.“ —

Ueber den Wiederaufbau in Elsaß-Lothringen erhält die „Köln. Ztg.“ von der schweizer Grenze die folgende Mitteilung: „Nach einer amtlichen Mitteilung des Generalkommissars für Elsaß-Lothringen wurden während des Krieges in Elsaß-Lothringen in 230 Ortschaften 18 000 Gebäude und Fabriken teils ganz zerstört, teils erheblich beschädigt, wovon zwei Drittel auf das Elsaß und ein Drittel auf Lothringen entfallen. Der Wiederaufbau geht schnell vonstatten. Bis Ende Dezember 1919 waren im Elsaß 800, in Lothringen 265 Häuser wieder instand gesetzt. In Lothringen ist die Wiederinstandsetzung bereits beendet. Außerdem wurden im Elsaß und in Lothringen zur Unterstützung der Flüchtlinge in zerstörten Orten 1650 Baracken erbaut und 50 Aushilfsgebäude für Schulen und Kirchen errichtet.“ —

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für Neubauten des städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Amtes in Karlsruhe wird vom Stadtrat für in Karlsruhe ansässige selbständige Privatarchitekten erlassen. Es handelt sich um die Bebauung eines Geländes auf der Strecke nach Mühlburg, auf dem sich bisher ein städtisches Gaswerk befand. —

Ein Preisausschreiben der Möbelfabrik Erwin Behr in Wendlingen wird durch das Württembergische Landesgewerbemuseum in Stuttgart für Bewerber des ganzen deutschen Sprachgebietes zum 15. April 1920 erlassen. Es handelt sich um Möbelentwürfe, „die frei von Absonderlichkeiten für weitere Kreise geeignet“, für ein Schlaf-, ein Speise-, ein Herren- und ein Empfangszimmer. Zeichnungen 1:10. Vier I. Preise zu je 1000 M., vier II. Preise zu je 750 M. und vier III. Preise zu je 500 M. Ankäufe zu je 200—300 M. vorbehalten. Im Preisgericht befinden sich außer dem Fabrikanten Erwin Behr die Hrn. Prof. Paul Bonatz in Stuttgart, Prof. Bruno Paul in Berlin, Prof. Pazaurek in Stuttgart, sowie die Verlagsbuchhändler Julius Hoffmann in Stuttgart und Alexander Koch in Darmstadt. —

Wettbewerb des Akademischen Rates in Dresden betr. die malerische Ausschmückung der Kirche in Großweitzschen. Auf die Einladung des Akademischen Rates in Dresden zur Bewerbung um eine aus Mitteln des Kunstfonds auszuführende malerische Ausschmückung für den Triumphbogen und Altarplatz der Kirche zu Großweitzschen sind 25 Entwürfe eingegangen. Von diesen sind die von Hans Möller, Bernhard Müller und Prof. Paul Rößler mit je einem Geldpreis von 500 M., die von Ferdinand Quaglia, Bruno Gimpel und Karl Schulz mit je einem Geldpreis von 200 M. ausgezeichnet worden. Es soll der Entwurf von Hans Blanke dem Ministerium des Inneren zur Ausführung empfohlen werden. Außerdem sind den Entwürfen von Otto Schubert, Willy Heckrott, Paul Perks und Paul Dienst Belobungen zugesprochen worden. —

Literatur.

Feuerungs- und Heizungstechnik für Kachelofensetzer. Von Joseph Riedl, Vorstand der städtischen Fachschule für Kachelofensetzer in München. Berlin, 1919. Verlag von Albert Lüdtke. Preis geb. 8,50 M. —

Als eine Veröffentlichung der „Zentrale für das deutsche Ofensetzer-Gewerbe in München“ kommt diese Schrift den Forderungen des Tages entgegen, denn die kommende Brennstoff-Wirtschaft wird an das Können des Ofensetzer-Gewerbes ganz besonders hohe Anforderungen stellen. Die rein erfahrungsmäßige Herstellung der Oefen und Herde bedarf der Ergänzung durch die Feuerungs- und Heizungstechnik. Ihre Grundlagen dem Ofensetzer-Gewerbe zu vermitteln, hat sich der Verfasser in dem vorliegenden Buch zur Aufgabe gestellt. Eine einfache, leicht verständliche Art der Darstellung und zahlreiche Abbildungen werden dieser Absicht gerecht. Weil aber die Brennstofffrage sowohl nach der privatwirtschaftlichen als auch nach der allgemein volkswirtschaftlichen Seite eine Frage der Allgemeinheit geworden ist, verdient das Buch das Interesse der weitesten Kreise. Es behandelt in 5 Abschnitten 1. den Schornstein als Motor, und spricht von der Kraft des Schornsteines, der Verwendung dieser motorischen Kraft, der Falschluff und dem Einfluß des Windes auf den Schornsteinzug; 2. die Brennstoffe Holz, Torf, Braunkohle und Steinkohle und ihre Entgasung; 3. die Verbrennung und ihre Temperaturen, sowie den Einfluß der Roste auf die Verbrennung; 4. die Erwärmung der Räume, die Wärmeverluste und die Verbreitung der warmen Luft im Raum; 5. die Hygiene der Heizung und zwar das Verhältnis des Körpers zur Erwärmung des Raumes und zur Luftfeuchtigkeit, sowie die Anforderungen an die Heizkörper. Die Schrift umfaßt auf 140 Seiten ein auf praktischer Erfahrung beruhendes reiches Material. Die Darstellung ist klar und anschaulich. —

Literatur-Verzeichnis.

- Altenrath, J., Dr. jur.** Das Schlafgängerwesen und seine Reform. Statistik, Schlafstellenaufsicht, Ledigenheime. Mit besonderer Berücksichtigung des weiblichen Schlafgängerwesens. — Zentralstelle für Volkswohlfahrt. — Berlin 1919. Karl Heymanns Verlag. Pr. 7 M.
- Arbeitgeber-Fragen und Gedanken zum Sozialisierungsgesetz.** Essen 1919. Verlag „Tischlergewerk“, Pr. 50 Pf.
- Bericht über die internationale Baufach-Ausstellung, mit Sonderausstellungen Leipzig 1913.** Im Auftrag des Direktorioms herausgegeben von dessen Mitglied Hans Herzog, unter Mitarbeit von Dir. Hans Miederer. Leipzig 1919. Groß 4^o geb. Pr. 25 M. und 1,50 M. für Versendung.
- Brandenburg, Max.** 25 Jahre Pumpenbranche! 1894—1919. Denkschrift über Gründung und Schicksale der Max Brandenburg Berliner Pumpenfabrik A.-G. Erfahrungen mit Aufsichtsrats-Mitgliedern und deren Praktiken. Berlin W. 30. Selbstverlag. Pr. 50 Pf.
- Geusen, L., Dipl.-Ing., Prof., Oberlehrer.** Die Eisenkonstruktionen. Ein Lehrbuch für Schule und Zeichentisch, nebst einem Anhang mit Zahlentafeln zum Gebrauch beim Berechnen und Entwerfen eiserner Bauwerke. 2. verbesserte Auflage. Mit 505 Fig. im Text und auf 2 farbigen Tafeln. Berlin W. 9. 1918. Julius Springer. Pr. geb. 18 M.
- Gohr, Wilhelm.** Das neue Deutschland. Danzig 1919. Selbstverlag Schild 4. Pr. 1,50 M.
- Haefner, C., Stadtbauinsp.** Sielwerke, Städtereinigung und Straßenbau in Rüstingen. Verwaltungsbericht des Tiefbauamtes der Stadt Rüstingen 1911—1917. Wilhelmshaven 1918. Friesen-Verlag Ad. Heine. Pr. 4 M.
- Dr. Hirsch, C., Geh. Med.-Rat, Prof. Wohnungselend und Tuberkulose.** Ueber den Einfluß der Wohnung auf die Verbreitung der Tuberkulose. Tübingen 1919. J. C. B. Mohr. (Paul Siebeck). Pr. 1 M. und 30 % Teuerungszuschlag.
- Technisch-literarischer Führer.** Herausgegeben vom Verein Deutscher Ingenieure. Betriebswissenschaften, bearbeitet von Dr.-Ing. Georg Sinner. Berlin NW. 7. 1919. Selbstverlag des Vereins. Sommerstr. 4a. Pr. 2,75 M.
- Tonindustrie-Kalender 1920 in drei Teilen. Teil 3: Bücher-Verzeichnis und Bezugsquellen-Nachweiser.** Verlag der „Tonindustrie-Zeitung“ G. m. b. H. Berlin NW. 21. Pr. 4,50 M. Dem Ausland werden die Rechnungsbeträge in die Landeswährung zum Friedenskurs umgerechnet.
- Wissenschaft und Bildung.** Einzeldarstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 25. Bändchen: Das Wetter und seine Bedeutung für das praktische Leben. Von Prof. Dr. Karl Kaßner. 2. Auflage. Mit 27 Fig. und 6 Karten. Leipzig 1918. Quelle & Meyer. Pr. 1,50 M.
- Die Volkswohnung.** Zeitschrift für Wohnungsbau und Siedlungswesen. Herausgegeben von Reg.-Bmstr. Dr.-Ing. Walter Curt Behrendt. 1. Jahrg. Heft 1. Berlin W. 66. 1919. Wilhelm Ernst & Sohn. Pr. des Jahrg. 20 M.
- Veröffentlichungen des Deutschen Wirtschaftsbundes für das Baugewerbe.** Nr. 2: Der wirtschaftliche Zusammenschluß des deutschen Baugewerbes. Bericht über das 1. Geschäftsjahr (vom 18. April bis 31. Dezember 1917). Erstattet von F. G. Gottschalk, Syndikus des Bundes. Berlin SW. 11. Bernburger Str. 21.

Inhalt: Die Burgen Italiens. — Altes und Neues. — Der neuzeitliche Unterricht an unseren Baugewerkschulen. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Literatur. — Literatur-Verzeichnis. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.